Die geheime Vorgeschichte des Weltkrieges

Auf Grund urkundlichen Stoffes
übersichtlich dargestellt

von

Dr. Hans F. Helmolt

Mit 16 Bildnissen

Leipzig / Verlag von K. F. Koehler / 1914



Ewiger Bund

https://www.ewigerbund.org



Vaterländischer Hilfsdienst

https://www.hilfsdienst.net/

Die innere Entwicklungsgeschichte des Dreiverbandes.

Dies Buch ist der Wahrhaftigkeit verschrieben und geweiht. Die Wahrheit sucht es, die Wahrheit zu finden versucht es. Das Ideal zu erreichen, ist irrenden Sterblichen nicht vergönnt. Aber wahrhaft sollen und können sie sein. Mit Hilfe der historischen Methode die unvermeidbare Differenz zwischen Forderung und Erfüllung auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken, ist das hehre Ziel auch dieser Arbeit. Sie gibt sich als bescheidnen Beitrag zum großen Ringen um die Wahrheit, worin gegenwärtig Deutschland steht zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise während der Wende vom Juli zum August 1914 vor den neutralen Zuschauern und vor dem Richterstuhle der Geschichte.

Jeder Fehler der Auffassung, jeder Irrtum des Empfindens in der Politik wiegt schwer und rächt sich bitter. Niemand von uns soll glauben, daß es sich auf dem Felde politischen Schrifttums nur um akademische Erörterungen schemenhafter Theorien handle. Schicksal und Zukunft der Nation stehen dabei stets mit in Frage. Unsägliches Weh kann verringert oder verhütet, glückhaftes Gedeihen angebahnt und gesichert werden, wenn die Publizistik Treue und Gewissen wahrt. Die Zeiten sind wahrhaftig dazu angetan, daß sich jedermann hiervon Rechenschaft gebe. Geschriebenes, das in die Öffentlichkeit hinausgeht, wirkt im Guten oder im Bösen fort.

Gewiß, im gegenwärtigen Weltenbrande handelt es sich im Grund um viel mehr als um die Aufhellung diplomatischer Spitzfindigkeiten, Bluffe und Lügen. Wie die Thronrede des Kaisers vom 4. August ausführt, haben wir die gewaltige Aufgabe zu lösen, mit der alten Kulturgemeinschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen, ein seit langen Jahren tätiges Übelwollen gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches zu brechen und den Platz zu behaupten, auf den uns Gott gestellt hat. Das geschieht in aufgedrungener Notwehr mit dem Schwerte draußen auf den Schlachtfeldern im Osten und im Westen, wie auf den Meeren ringsum. Aber den stählernen Waffen dürfen wir Ausgang und Entscheidung nicht allein überlassen. Wir beklagen es seit Wochen, wieviel — aus einer begreiflichen, aber jetzt empfindliche Nachteile bloßlegenden Selbstüberschätzung heraus — in dem Gewinnen der Neigung der unbeteiligten Nachbarn und überseeischen Völker versäumt worden ist. Nicht bloß am Legen von Kabeln hat es gefehlt, sondern auch am Spinnen jener schier unsichtbaren Fäden, die ein feines Gewebe von Imponderabilien über die Welt breiten. Laßt uns diese Unwägbarkeiten nicht zu gering einschätzen! Daß *wir* ein reines Gewissen haben, daß unser Ehrenschild blank ist, das ist unsere Überzeugung, unser Glaube; von ihm sind auch die folgenden Blätter durchweht. Aber das genügt nicht. Die *andern* müssen es auch lernen zu glauben. Wir müssen dem Feinde die Schuld am Kriege zuschieben. In diesem durchaus nicht aussichtslosen Vorhaben, den bündigen Nachweis dafür zu erbringen, dürfen wir nicht erlahmen. Denn damit widerlegen wir nicht nur die immer wieder

unternommenen Versuche, Deutschland und Österreich-Ungarn ins Unrecht zu setzen, weil sie den Krieg mit der Verletzung der belgischen Neutralität beginnen mußten, sondern wir schieben damit auch indirekt den Feinden die ungeheure Verantwortung für alles Elend zu, das — neben so vielem Herrlichen und Erhebenden — dieser Weltenbrand im Gefolge hatte und haben wird.

* * *

Vom russisch-französischen Zweibund und französisch-britischen Einvernehmen zur gemeinsamen Verschwörung gegen die mitteleuropäische Mächtegruppe.

Wenn wir recht gründlich vorgehen und den Stier bei den Hörnern packen wollen, so müssen wir mit der sogenannten Krügerdepesche beginnen.

Um die burische Regierung einzuschüchtern, daß sie den im Transvaal arbeitenden Briten (Uitlanders) politische Gleichberechtigung zugestehe, war Ende 1895 Dr. Jameson, ein Beamter englischer Handelsgesellschaften, an der Spitze einiger Hundert Bewaffneten aus dem Kapland in die Südafrikanische Republik eingefallen, aber schon nach einigen Tagen vom burischen Aufgebote gefangen genommen worden. Präsident Krüger hatte sofort die Konsuln Deutschlands und Frankreichs von dem Friedensbruch in Kenntnis gesetzt. Großbritannien, das ein Suzeränitätsrecht über den Transvaal beanspruchte, bezeichnete Krügers Schritt als vertragswidrig, obwohl deutsche Publizisten aus den Akten die Unabhängigkeit der kleinen Republik nach-

wiesen. Noch am letzten Tage des Jahres 1895 forderte eine deutsche Note die Aufrechterhaltung des internationalen Rechtsstandpunkts in Südafrika; daraufhin mißbilligte die britische Regierung Jamesons „Raid“ ausdrücklich und befahl den beteiligten englischen Offizieren den Rückzug. Die daraus entstehende britisch-deutsche Preßfehde erreichte den Gipfel der Erregung, als Kaiser Wilhelm II. den Präsidenten Krüger am 3. Januar 1896 mit folgenden Worten beglückwünschte:

„Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigner Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren.

Wilhelm I. R.“

Präsident Krüger dankte tiefbewegt am 5. Januar. Dieser Depeschenwechsel wurde in England natürlich lebhaft und scharf kritisiert. So schrieb die „Morning Post“: es sei sehr schwer, mit Kaltblütigkeit von der Kaiserdepesche zu sprechen. Die britische Nation werde sie nicht vergessen, sondern in Zukunft immer daran denken, so oft es sich um die Richtung auswärtiger Angelegenheiten handeln werde.

Dies Versprechen ist, eine seltene Ausnahme bei Großbritannien, durch all die Jahre seither gehalten worden, obwohl die deutsche Regierung alles getan hat, die Kränkung vergessen zu machen. Denn als im Herbst 1899 der Südafrikanische Krieg ausbrach und weite Kreise der deutschen Bevölkerung mit den um

ihre Freiheit heldenhaft ringenden Buren fühlte, da war es die Reichsregierung, die den unpolitischen Schwärmereien einen Riegel vorschob und lieber das Odium, vom Volke nicht verstanden zu werden, auf sich nahm, als daß sie die Bahnen kühler Korrektheit verlassen hätte. Ja, Kaiser Wilhelm ließ im Dezember 1899, als seine Großmutter, Königin Viktoria, einen düstern Brief über die Lage in Südafrika an ihn gerichtet hatte, durch einen seiner Offiziere einen genauen Bericht über die Zahl der Kämpfer auf beiden Seiten und über ihre gegenseitige Stellung beschaffen, arbeitete einen theoretischen Feldzugsplan aus, unterbreitete ihn seinem Generalstabe zur Kritik und sandte ihn dann nach England (Original in Windsor Castle). Dieser kaiserliche Plan kam dem sehr nahe, der von Lord Roberts angenommen und glücklich durchgeführt wurde. Genützt hat aber diese großherzig gedachte Unterstützung dem Kaiser nirgends. In England verschnupfte die Nachricht davon, die am 28. Oktober 1908 durch den „Daily Telegraph“ aller Welt verkündet wurde, weil die englische Eigenliebe es nicht vertragen konnte, daß sie den Sieg über die Buren womöglich lediglich dem Plane des deutschen Kaisers zu verdanken habe (Anfrage Redmonds vom 2. Nov.); in Deutschland erzeugte sie geradezu einen Riesensturm antidynastischer Erregung, wie er hier glücklicherweise zu den seltensten Erscheinungen gehört, und zerbrach das Vertrauen Kaiser Wilhelms zu seinem Kanzler und Freunde Bernhard v. Bülow; und in Südafrika selber trägt man es dem deutschen Kaiser teilweise heute noch nach, daß er zur Vernichtung der Freiheit des Burenvolkes die Hand gereicht habe. In der Tat hatte der Kaiser einer französisch-russischen Anregung, Englands südafrikanische Verlegenheiten zu einer gründlichen Demü-

tigung der Briten zu benutzen, realpolitisch abgewinkt, um in Bewahrung des europäischen Friedens das schwere Problem einer Annäherung an England selbst um den Preis einer gefühlsmäßigen Popularität zu lösen. So hat Kaiser Wilhelm 1901 in der Stunde ihrer Gefahr an den Briten gehandelt, ohne auf Dankbarkeit einen Anspruch zu erheben — nur Gerechtigkeit erwartete er.

Aber da war unterdes eine neue Unstimmigkeit dazwischengetreten. Sie hängt mit dem sogenannten Yangtseabkommen vom 16. Oktober 1900 und seiner Auslegung durch den Reichskanzler Grafen Bülow am 15. März 1901 zusammen, wonach es sich zur Überraschung des britischen Auswärtigen Amtes nicht auf die Mandschurei beziehe. Die Sache verhält sich in Wirklichkeit so, daß in der Tat Graf Bülow schon bei den Vorverhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß unter dem chinesischen Gebiete, worauf beide Vertragschließende einen Einfluß ausüben könnten, die Mandschurei nicht mit zu verstehen sei. England behauptete nun, das beziehe sich nur auf Punkt 1 des Vertrags über die Vertragshäfen, nicht aber auch auf den offenbar gegen Rußland gerichteten Punkt 2 über die Aufrechterhaltung der Integrität Chinas; letzteres leugnete der Kanzler. Kurz, Staatssekretär Lord Lansdowne fühlte sich — ob mit Recht oder Unrecht: das zu entscheiden, ist hier nicht der Ort — getäuscht und gelangte, um Rußland im fernen Osten zu bändigen, zu dem verderblichen Entschluß einer Verbindung Großbritanniens mit dem mongolischen Volke der Japaner (des rasseverratenden Zweibunds von 1902, 1905 und 1911). Fortan galt Deutschland in den diplomatischen und staatsmännischen Kreisen Englands nicht als besonders zuverlässig, ob-

wohl, wie gesagt, der Kaiser alles tat, um es zufriedenzustellen, indem er z. B. entgegen dem allgemeinen Volksempfinden die Abgesandten der Buren nicht empfing, während ein Cecil Rhodes offne Türen fand; eine von letzterem testamentarisch verfügte Stiftung von Stipendien zum Besuche der Universität Oxford erlangte Kaiser Wilhelms ausdrückliche Billigung.

Deutschlands Einkreisung durch König Eduard und seine Helfer.

Aber das alles hätte schwerlich jemals zu einem bewaffneten Konflikte geführt, hätte nicht die englische Politik unter der Ägide König Eduards VII. (1901 bis 1910) eine ausgesprochene Wendung zur Lahmlegung des aufstrebenden deutschen Weltreichs genommen. Jeder weiß, was mit dessen Einkreisungspolitik gemeint ist; jeder kennt das unter Eduards Regime eingetretene ungeheure Wachstum der britischen Flotte — darüber ist ja kein Wort mehr zu verlieren.

Ihren nach außenhin sichtbaren Beginn datieren die Versuche, Deutschland zu isolieren, von dem Pariser Besuche König Eduards Anfang Mai 1903. Nachdem schon Ende April im Hinblick auf das bevorstehende Ereignis viele Handelskammern Englands einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und Frankreich gewünscht hatten, um die Beziehungen zwischen beiden Staaten, die während des Burenkrieges einigermaßen kühl gewesen waren, von neuem zu befestigen, toastete König Eduard im Elysée am 3. Mai ausdrücklich auf das Engerknüpfen der Freundschaftsbande „zur Annäherung der beiden Länder in gemein-

samen Interessen". Der Weg zur Entente cordiale war geebnet. Gleichzeitig grollte Großbritannien den Deutschen, weil sie allein gegen Kanada, das englischen Waren Vorzugsbehandlung gewährte, auf Grund des Handelsvertrags Zuschlagszölle verfügt hatten. Vom 6. bis 9. Juli erwiderte Präsident Loubet den Besuch des britischen Königs, und am 10. Juli genehmigte das Unterhaus den vom Premier Balfour schon am 5. März angekündigten Bau einer neuen Nordsee-Flottenstation am Firth of Forth.

Die Saat Lansdownes und Delcassés.

Ihren öffentlichen Niederschlag fand die britisch-französische Annäherung in dem Kolonialabkommen vom 8. April 1904, dessen Hauptartikel darin gipfelt: Frankreich fordert von England keinen Termin einer Räumung Ägyptens, während England den Franzosen in Marokko freie Hand läßt. Spanien wurde mit seinen Ansprüchen auf marokkanische Küstenstriche am 3. Oktober desselben Jahres durch einen geheimen Zusatzvertrag abgefunden. Dieser Vorgang hatte also eine verborgne Nebengeschichte, die erst sieben Jahre später kundgetan ward. Nachdem die Pariser „Libre Parole" vom 11. Mai und der „Figaro" vom 10. November 1911 den „angeblichen" Wortlaut eines am 10. November 1902 zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossenen Geheimvertrags über Marokko veröffentlicht hatten, der, wenn überhaupt echt, durch die Verträge von 1904 stark alteriert worden ist, brachte der „Matin" vom 8. November 1911 den vom 3. Oktober 1904 datierten geheimen Beitritt Spaniens zur französisch-englischen Deklaration vom 8. April 1904. Und nicht genug damit: am 24. November 1911 wird endlich auch der gesamte Text des eben zitierten Afrika-

abkommens zusammen mit seinen fünf Geheimartikeln bekanntgegeben. Darin war die Absicht zu einer (wenn nötig, gewaltsamen) Änderung der bestehenden Verfassung Ägyptens und Marokkos durch England und Frankreich deutlich geoffenbart — die Sorge, es könne eine Großmacht mit Erfolg Einspruch erheben, war ja inzwischen behoben: am 4. November 1911 hatte Frankreich seine Rechnung mit Deutschland über Marokko beglichen.

Deutschland war bei der Verteilung Nordafrikas von 1904 weder befragt noch berücksichtigt noch hinterher benachrichtigt worden. Der mannhafte Einspruch dagegen, den Kaiser Wilhelm II. nach seiner Rückkehr aus dem Mittelmeer in einer Ansprache an den Karlsruher Oberbürgermeister am 28. April 1904 erhob („ich hoffe, daß die Ereignisse, die wir vor unsern Augen sich abspielen sehen, dazu angetan sind, die Geister auf eine Linie zu lenken, das Auge klar zu machen und den Mut zu stählen und uns einig zu finden, wenn es notwendig werden sollte, in die Weltpolitik einzugreifen") und am 1. Mai bei der Eröffnung der neuen Mainzer Rheinbrücke („wenn sie zu ernsteren Transporten benutzt werden sollte") wiederholte, wird vom „Spectator" als ein Zeichen von Deutschlands Isoliertheit verhöhnt: der Deutsche Kaiser renommiere, um seinen Mut zu beleben. Eine ähnlich anmaßende Sprache führte die „Army and Navy Gazette" im November 1904, als sie sogar die blamable Beschießung harmloser englischer Fischerboote durch die nach Ostasien fahrende russische Flotte an der Doggerbank (Nacht vom 21. zum 22. Oktober) auf das deutsche Schuldkonto zu schreiben sich unterfing.

Um die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands in Marokko vor französischen Eingriffen zu

sichern, unternahm Kaiser Wilhelm im März 1905 eine Mittelmeerreise mit der Absicht, Tanger anzulaufen und damit dem bedrängten Sultan Abd ul-Aziz beizustehen. Die Tat vom 31. März erregte zwar in der islamischen Welt begreifliches Aufsehen; aber sie blieb trotz des dadurch herbeigeführten Sturzes des französischen Ministers Delcassé (6. Juni) eine bloße Kundgebung. Die Geschichte der marokkanischen Frage von der Konferenz zu Algeciras (Anfang 1906) bis zum Kiderlen-Vertrage vom 4. November 1911 lehrt, wie Deutschland seine gerechten Interessen in Nordwestafrika Schritt für Schritt, Posten für Posten aufgab — lediglich, um es deswegen zu keinem europäischen Kriege kommen zu lassen.

Und wie wurde dieser durchaus selbstlosen, von vielen guten Deutschen herb verurteilten Friedenspolitik gelohnt? Sie wurde von den andern als Schwäche, ja Feigheit, ausgelegt und mit weiteren Versteifungen der gegnerischen Verbindung beantwortet. Nachdem schon am 9. Juli 1905 der Besuch einer britischen Flotte in Brest, einen Monat später der eines französischen Geschwaders in Portsmouth mit großem Aufwande gefeiert worden war, wurde Delcassés Programm, das ja von König Eduard bereits am 30. April 1905 bei seinem Besuch in Paris ausdrücklich gebilligt worden war, hinter den Kulissen mit allen Kräften gefördert und durchgeführt. Es gipfelte in dem Satze: Schutz vor dem unheimlich erstarkenden Deutschland durch eine Entente Frankreichs mit dem seegewaltigen England, die gleichzeitig die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Rußland und England bedeuten würde. Selbstverständlich hat das Planen eines solchen Zusammenwirkens erst verschiedene Stufen überwinden müssen, ehe es

wie eine abgeschlossene Vereinbarung behandelt werden konnte. Und noch sind wir über die einzelnen Etappen davon nicht genau unterrichtet. Aber die Grundlage, auf der das alles aufgebaut worden ist, kennen wir seit neun Jahren; nur ist sie unverdienterweise etwas in Vergessenheit geraten.

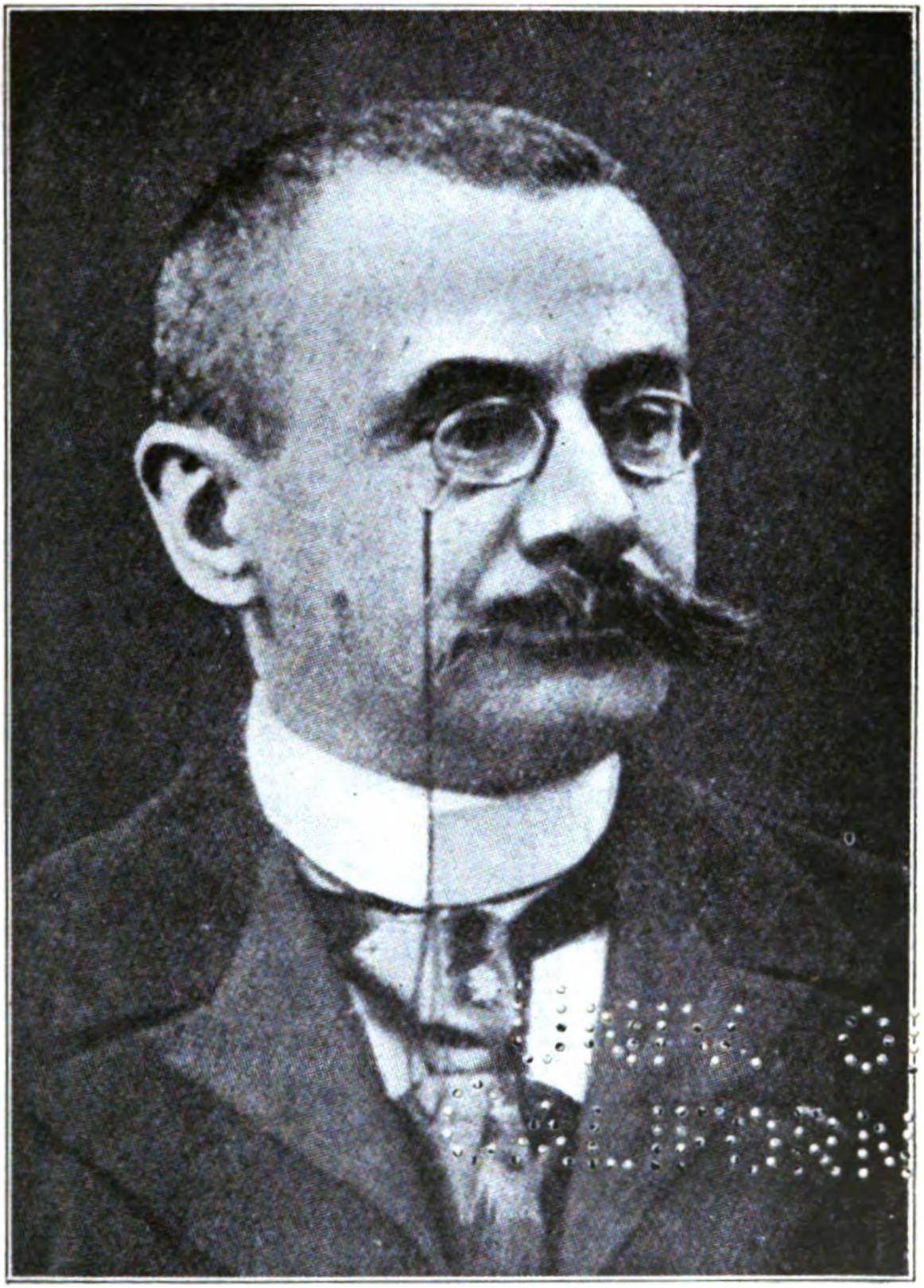
Enthüllt ist sie uns worden am 7. Oktober 1905 durch Théophile Delcassé selbst. Um sich wegen seiner verbrecherischen Marokko-Politik, die Anfang Juni seinen Sturz verursacht hatte, nachträglich zu rechtfertigen, gab er im Pariser „Matin" nackt und bloß das verblüffende Geheimnis preis:

Frankreich sei von England verständigt worden: wenn Frankreich angegriffen werden würde, sei England bereit, den Kaiser Wilhelm-Kanal zu besetzen und 100 000 Mann in Schleswig-Holstein auszuschiffen. Wenn Frankreich es wünsche, wolle England dieses Anerbieten schriftlich wiederholen.

Die näheren Umstände, unter denen das regierende Frankreich zum ersten Male davon erfuhr, hatten sich nach Delcassés dramatischer Schilderung am 6. Juni also zugetragen: „Ich wußte vorher, was im Ministerrate vorgehen würde. Ich war verurteilt, ohne gehört zu werden. Der Ministerrat war eine einfache Hinrichtungsformalität. Ich ging denn auch nur hin, nicht um meine Person, sondern um meine Politik zu verteidigen, um einen Warnruf auszustoßen und denen, die Frankreichs Zügel in der Hand halten, die Gefahren zu zeigen, denen sie sich aussetzen." Im Ministerrate verteidigte sich Delcassé gegen die Vorwürfe wegen des englischen Abkommens vom 8. April 1904. „Er habe es dem deutschen Botschafter mitgeteilt. Aber selbst wenn er Deutschland

nicht auf demselben Fuße behandelt hätte, wie England, Spanien und Italien, wäre er dazu durch Deutschland selbst berechtigt gewesen, das mehrfach bestimmt erklärt hätte, es kümmere sich um die Vorgänge im Mittelmeere nicht. Aus diesem Grunde habe es entschieden abgelehnt, mit Rußland, Frankreich und Italien in Kreta einzugreifen. Frankreich könne auf die von Deutschland vorgeschlagene Marokko-Konferenz nicht gehen, ohne sein Ansehen zu mindern. Es laufe Gefahr, Abmachungen, unter die es seine Unterschrift gesetzt und die das Parlament bestätigt habe, von dritten Mächten erörtern zu lassen. Die Konferenzeinladung müsse höflich, aber bestimmt abgelehnt werden. Delcassé zeigte Schriftstücke vor, wonach England, Spanien, Italien, Rußland und Nordamerika bereit waren, gleichfalls abzulehnen. Um den Sultan brauche man sich nicht zu kümmern. Es genüge, ihm zu sagen, daß Frankreich als Grenzmacht ihm entweder am meisten nützen oder die größten Unannehmlichkeiten bereiten könne. Frankreich müsse zurzeit die größten Anstrengungen machen, Rußland zum Friedensschluß zu bestimmen, damit es freie Hand in Europa bekomme." Er teilte schließlich dem Ministerrate mit, daß England bereit sei, Frankreich bis ans Ende zu unterstützen und ihm beizustehen, wenn es demnächst angegriffen werde.

„Sie haben jetzt", endete Delcassé seine Rede, „das Schicksal einer Politik zu bestimmen. Es fragt sich, ob Frankreich Herr seiner Politik oder unterworfen und abhängig wird, ob es als Grenzmacht Marokkos und im Besitz der Zustimmung Englands, Spaniens und Italiens seinen friedlichen und gesittenden Einfluß ausüben kann oder sich vor der Einmischung und den Befehlen Deutschlands



Théophile Delcassé,
seit Juni 1898 französischer Minister des Äußern oder der Marine in zahlreichen Kabinetten; 1913 Botschafter in St. Petersburg.



Jules Cambon,
seit 8. April 1907 französischer Botschafter in Berlin.

beugen muß, dessen nächstes Land mehrere tausend Meilen von Marokko entfernt ist, und dessen Untertanen noch vor 15 Jahren nie die marokkanische Grenze überschritten hatten. Wenn Sie sich heute beugen, werden Sie sich morgen, werden Sie sich immer beugen, und Sie wissen nicht, ob Sie immer wie heute die Welt einmütig für sich haben werden."

Rouvier antwortete ihm: „Ihre Politik gegen Deutschland ist Ihnen gut gelungen. Sie haben Spanien losgelöst, sich Englands bemächtigt und Italien verführt *).

*) Das geflügelt gewordene Wort Rouviers an Delcassé: „L'Allemagne vous reproché d'avoir débauché l'Italie", soll nach einer andern Version schon vor dem historischen Ministerrate gefallen sein. Der sozialistische Abgeordnete Gérauld-Richard teilte Mitte Oktober 1905 der „Petite République" darüber folgendes mit: „Es war im Verlauf eines der Empfänge, die im Elysee zur Ehren des Königs Viktor Emanuel III. gegeben wurden (Okt. 1903). Herr Rouvier war damals Finanzminister. Herr Delcassé unterhielt sich mit einem Botschafter. Herr Rouvier ging auf ihn zu und sagte: ‚Kennen Sie nicht die neueste Auslassung Kaiser Wilhelms über uns?' — ‚Nein,' antwortete der Minister des Äußern. ‚Ich gebe sie Ihnen. Sie wurde jüngsthin in Gegenwart des Herrn von Bülow getan, der sie ziemlich überall herumträgt: ‚Frankreich spielt entschieden mit Erfolg den Don Juan. Es hat bereits Englands Schamhaftigkeit bezwungen. Es hält Rußland mit seinen Ketten von Rosen und Gold gefangen. Jetzt verführt es mir noch Italien.' Herr Rouvier hat seither ohne Zweifel diese Phrase nicht mehr wiederholt. Aber Herr Delcassé hatte ein besseres Gedächtnis und deklamierte sie jedermann vor, gewissermaßen als den Tribut der Bewunderung, der seinem Verdienste vom Deutschen Kaiser gezollt worden sei."

Beziehen kann sich diese kaiserliche Äußerung nur auf Italiens geheimen Beitritt zum französisch-britischen Sudan-Abkommen vom 21. März 1899, der erst Ende 1901 Deutschland und Österreich-Ungarn mitgeteilt wurde, und wovon Delcassé am 3. Juli 1902 auf eine Frage des Deputierten Chastenel die bedeutungsvollen Worte prägte: „Que, en aucun

Delcassé unterbrach ihn: „Verzeihen Sie. Ich leitete die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs. Ich habe nicht die auswärtigen Beziehungen Deutschlands zu hüten.“ Rouvier entwickelte dann seine Politik mit Deutschland, und der Ministerrat gab ihm recht.

Am Abend erhielt Delcassé neben vielen andern Meldungen auch eine von einem angesehenen Manne, die lautete: „Wann findet in der Oper die Festvorstellung zu Ehren des Kaisers statt?“

* * *

So die Enthüllung Delcassés vom 7. Oktober 1905; die gleichfalls rouvierfeindliche Ergänzung der „Dépêche de Toulouse“ vom 15. Oktober weicht nur unerheblich davon ab. Selbstverständlich erregte sie in allen politisch interessierten Kreisen Europas sofort ein Aufsehen, von dessen Wucht wir uns heute keine klare Vorstellung mehr machen können. Die Hauptphasen der daran sich knüpfenden hochinteressanten Erörterungen, denen man damals allerdings bei weitem nicht den blutigen Ernst beimessen wollte,

---

cas et sous aucune forme l'Italie ne pourrait devenir l'auxiliaire ni l'instrument d'une agression contre notre pays.“ Kurz nachher, am 8. Januar 1902, hatte der Reichskanzler Bülow unter dem Eindruck von Prinettis Eingeständnis vom 14. Dezember 1901 das geflügelte Wort von der „unschuldigen Extratour“ Italiens geschaffen. Mit bemerkenswerter Ruhe begrüßte deshalb die Pariser Presse die Erneuerung des Dreibundes vom 5. Dezember 1912, da ja Italien „in keinem Falle das Werkzeug oder der Gehilfe eines Angriffs gegen Frankreich werden könne“. — Nun begreift man Italiens formelle Berechtigung zur Neutralität in einem Kriege, den die Gegner unseres Defensivbundes leider zu einem Angriffskriege Deutschlands und Österreich-Ungarns zu stempeln verstanden haben!

wie es unter der Voraussetzung vollen Eingeweihtseins hätte geschehen müssen (man spielte mehr mit dem Feuer, als daß man von der drohenden Nähe des glücklich abgewandten Brandes überzeugt gewesen wäre), verdienen aus verschiedenen Gründen eine Auffrischung unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Beleuchten sie doch namentlich die Richtigkeit der oft schon verfochtenen These, daß trotz des grundsätzlich friedfertigen Charakters des Ende 1905 aus Vertrauensmännern der liberalen Partei gebildeten Kabinetts die äußere Politik Großbritanniens sich durchaus in konservativen, d. h. deutschfeindlichen Geleisen fortbewegte. Sir Edward Grey, der nicht umsonst denselben Vornamen trägt wie der König, mit dessen Regierung man für alle Zeiten das Andenken an die Einkreisung Deutschlands verknüpfen wird, hatte und hat in längst erkanntem Mangel an eignen Gedanken nichts anderes zu tun, als das weiterzuführen, was sein Vorgänger, der Marquess of Lansdowne, eingefädelt hatte.

Wenn wir in der Untersuchung der Schuldfrage bis auf die Zeit vor einem Jahrzehnt zurückgegriffen haben, so werden wir dabei unterstützt von Eingeständnissen, die das böse Gewissen den Kriegshetzern manchmal abzupressen weiß. So schloß Stephan Lauzanne die ihm von Delcassé in die Feder diktierten Marokko-Enthüllungen im „Matin“ vom 8. Oktober 1905 mit den denkwürdigen Worten:

„Wenn Herr v. Bülow sich darüber beklagt, daß man Deutschland isolieren wolle, so müßte er sich vielmehr die Frage stellen, ob sich nicht Deutschland selbst durch sein Vorgehen von dem übrigen Europa isoliert. Die Schöpfer des Mißtrauens und des argwöhnischen Hasses, die jeden Tag mehr das Deutsche Reich ein-

schnüren, heißen nicht Delcassé, Lansdowne, nicht Eduard VII. und nicht Roosevelt, sondern sie heißen Bismarck und Moltke, Wilhelm II. und Bülow. Diese haben das in Eisen starrende, stachlige, aufgereizte und aufreizende Reich geschaffen und entwickelt, das seit einem Vierteljahrhundert Europa herausfordernd betrachtet und das Europa notgedrungen schließlich selbst scheel ansehen mußte. Sie sind es, die Deutschland, indem sie es immer mehr verpreußen, die Sympathien nehmen, die früher seine tätige Wissenschaft und seine ernste Bescheidenheit ihm sicherten. Sie sind es, die in unserer Zeit, die man milde glaubte, barbarische Drohungen oder brutale Leidenschaften emporsprühen lassen. Europa hat Furcht vor dem Feuer, das ununterbrochen in Berlin glimmt, und bildet vorsichtshalber schon jetzt die Kette."

Da lag in der Tat der Hase im Pfeffer! Gegen den ausgesprochen nur defensiven Zwecken huldigenden Dreibund schlossen sich England und Frankreich schon damals mit dem gerade damals von „Kultur" geradezu starrenden Rußland zu einem teuflischen Bunde zusammen lediglich zu dem Ziele, das wegen seiner nicht niederzuringenden Tüchtigkeit von Tag zu Tag unbequemer werdende Deutschland so einzuengen, daß es nicht mehr atmen könne. Die Wissenschaft und die michelhafte Bescheidenheit von ehemals — die wollten ihm die edeln Drei allenfalls noch zubilligen; mehr nicht!

Auffallend kleinlaut wurde die Vorgeschichte von Delcassés Fall damals in London aufgenommen. Die deutschfeindliche „Daily Mail", die ein Sonderanerbieten bezweifelte, glaubte wenigstens an eine allgemeine Zusage militärischer Unterstützung und wiederholte dies ausdrücklich am 12. Oktober. „Daily Chronicle" meinte, England besitze keine 100 000 Mann für den

ausländischen Kriegsdienst, brachte aber Einzelheiten eines vom Kriegsminister ausgearbeiten Planes zur Schaffung einer nationalen Armee von einer Viertelmillion aus Regulären, Miliz und Freiwilligen bestehender Truppen für den ausländischen Kriegsdienst Englands. Der „Standard“ aber wurde dazu ausersehen, das Gerücht und den Eindruck, als ob England eifersüchtig auf Deutschland sei, halbamtlich zu zerstreuen. Wir wissen jetzt, was wir von der „Ehrlichkeit“ derartiger Abwiegelungen hätten halten sollen!

Greifbares boten allein die „Times“. Sie erklärten: die Freunde Delcassés würden es zwar mit Freuden begrüßen, daß selbst die Franzosen, die in seinen Sturz gewilligt hätten, jetzt daran zu zweifeln begännen, ob ihm volle Gerechtigkeit widerfahren sei. Aber man werde trotzdem bedauern müssen, daß der gestürzte Minister nicht auch weiterhin seine Selbstbeherrschung bewahrt habe; denn es liege auf der Hand, daß der „Matin“ nur mit seiner Hilfe und Einwilligung habe die Enthüllungen bringen können. „Welchen Einfluß wird die Veröffentlichung auf die Auseinandersetzung mit Deutschland haben? Wir befürchten, daß der Erfolg oder der Einfluß kaum gut sein kann; denn die Enthüllungen können nur Gemüter vergiften, die schon zu sehr entflammt sind. Wir bedauern aus diesem Grunde diese Enthüllungen und tun dies um so mehr, da sie dem, was wir bereits wußten, nicht viel Wesentliches hinzufügen. Der „Matin“ behauptet, daß Monsieur Delcassé seinen Kollegen im Ministerium mitteilte, England sei bereit, Frankreich zu unterstützen, und werde die Partei der Republik ergreifen, falls ein unerwarteter Angriff gegen Frankreich gerichtet werden sollte. Dagegen haben wir nichts

einzuwenden. Wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß in einem solchen Notfalle die englische Regierung Frankreich mit vollem Beifall der Nation unterstützt haben würde. Was wir jedoch sehr anzweifeln, das ist die weitere Mitteilung: England habe die französische Regierung mündlich informiert, sie sei in einem solchen Falle bereit, gewisse Maßnahmen zu treffen. Wir glauben im Gegenteile, daß die französische Regierung sich klugerweise dessen enthielt, Zusicherungen der erwähnten Art zu verlangen. Wenn die englische Regierung unaufgefordert derartige Zusicherungen gegeben hätte, so wäre dies ein sehr dummer Fehler gewesen; denn die Regierung hätte dadurch Deutschland und seinen Freunden unter den französischen Sozialisten eine Gelegenheit geboten, wie diese sie zu benutzen verstehen. Deutschland hätte, wenn wir einen solchen Fehler machten, erklären können, daß wir Frankreich zum Kriege verführten, und es würde von dieser Behauptung nach Bedarf Gebrauch machen."

Wir nehmen uns tatsächlich die Freiheit, dem verstorbenen englischen König und seinem verflossenen Staatssekretär des Äußern die Schlechtigkeit zuzutrauen, daß ihnen zur Einschnürung Deutschlands jedes Mittel recht war, auch eine Köderung des leicht zu gewinnenden Delcassé.

Daß dies keine willkürliche Annahme **ex eventu** ist, lehrt ein einziger Blick in die Geschichte der politischen Parteien Frankreichs. Richard, Millevoye, Arthur Meyer, Judet u. a., selbst Clemenceau, schüttelten den halsbrecherischen Kriegshetzer mit nicht mißzuverstehender Geste scharf ab. In Limoges erklärte am 8. Oktober Jean Jaurès wiederholt und mit Nachdruck, die Sozialisten hätten in Gemeinschaft mit

Rouvier auf der Entfernung Delcassés bestanden, weil sie erkannt hätten, daß letzterer der „Mann der Revanche“ habe werden wollen. „Gestern hat der Matin“, so sagte er, „über die Ereignisse, die den Sturz Delcassés herbeiführten, Eröffnungen gemacht, die nur von Delcassé selbst ausgehen können. Ich bin in der Lage zu bekräftigen, daß ich in der ersten Minute der Krisis von drei Ministern erfahren habe, daß die Dinge sich in der Tat so zugetragen haben. Delcassé hatte sich angewöhnt, seine Handlungen, seine ganze Führung der auswörtigen Politik der Aufsicht des Parlaments und der öffentlichen Meinung zu entziehen. An dieser absoluten, unverantwortlichen Macht hatte er sich allmählich berauscht, und als es ihm gelungen war, Frankreich in vertraulichere Beziehungen zu Italien und England zu bringen, gab er sich in diesem Rausch dem Gedanken hin, der Mann der Revanche werden, Deutschland isolieren und zernieren zu können. Er sah sich am Ziele seiner Träume in einer zugleich dunkeln und blendenden Perspektive als Sieger und als Rächer des Rechts, der die Integrität und die Oberherrschaft Frankreichs wiederherstellte. So zog er uns unwissend und mit gebundenen Händen hinter sich her auf die schlimmsten Katastrophen los. England hatte den Plan erraten, der das Gehirn unseres leitenden Ministers beschäftigte, und sich gerüstet, ihn in der Stille auszubeuten.“

Jaurès führt dies näher aus, indem er die Haltung Englands aus der Berechnung erklärt, den von Delcassé geplanten Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland zur gewalttätigen Vernichtung des deutschen Wettbewerbs in Handel und Industrie auszunutzen.

„So kam es“, sagt Jaurès weiter, „daß, als Marokkos wegen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland ausbrachen und Deutschland die geheime Absicht einer englisch-französischen Koalition ahnend, plötzlich eingriff, um die beiden Völker zu Erklärungen zu nötigen, England — ich bin gezwungen, dies zu sagen — viel zu sehr geneigt erschien, zum Konflikt anzureizen. Es ist wahr, daß England sich an Frankreich in dem Augenblicke, wo diese Ereignisse sich vollzogen, mit einem Defensiv- und Offensivbündnisantrage gewandt hat, worin es uns seine volle Hilfe versprach, worin es sich verpflichtete, nicht allein die deutsche Flotte zu vernichten, sondern auch den Nordostseekanal und Kiel zu besetzen, sowie 100 000 Mann englischer Truppen in Schleswig-Holstein zu landen. Wenn dieser Vertrag unterzeichnet wurde — und Delcassé wollte, daß er unterzeichnet würde —, so war das der sofortige Krieg. Deshalb haben wir Sozialisten den Rücktritt Delcassés gefordert und dadurch Frankreich, Europa und der Menschheit einen Dienst geleistet.“

Daß Delcassé bei seinem Abenteuer doch nur das Werkzeug eines Höheren gewesen wäre, geht aus dem Bekenntnisse der „Libre Parole“ hervor, wonach Delcassé, der nach der für ihn so peinlichen Kammersitzung am 20./21. April zum erstenmal sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte, damals von seinen Ministerkollegen nur deshalb ersucht worden sei, im Amte zu bleiben, weil der König von England erklärt habe, er käme am 30. April nicht nach Paris, wenn Delcassé nicht mehr Minister des Äußeren sei. Freilich hat ihm dann der ihm nicht über den Weg trauende Botschafter Bertie den Affront angetan, mit dem Präsidenten Loubet zusammen zwischen Paris und Pierrefitte in

den Salonwagen des durchfahrenden Britenkönigs zu steigen, ohne ihn aufzufordern, dasselbe zu tun. Aber gerade dafür habe sich, so erzählte die „Libre Parole“, Delcassé durch Aufdeckung des Geheimvertrags gerächt. Betrogne Betrüger! Anderseits zeugt es für die edlen Charaktereigenschaften Delcassés wie die seiner heuchlerischen Ententebrüder, daß sie gar nicht so lange nach diesem „bedauerlichen“ Vorfall einander von neuem auf dem alten Wege begegneten: **Germaniam esse delendam.**

Die Tage vergingen, ohne daß der ehemalige Minister Delcassé die ihm zugeschriebenen Auslassungen auch nur im kleinsten Punkt als ungenau bezeichnet und ohne daß sich die englische Regierung gemüßigt gesehen hätte, offiziell oder auch nur offiziös in irgendeiner Weise die Behauptungen des ehemaligen Leiters der französischen auswärtigen Angelegenheiten zu bestreiten. Die ganze französische Presse nahm, nicht etwa bloß auf die Autorität Jaurès' hin, die Erzählung von der angebotenen Hilfe Englands als beglaubigte Tatsache an; ja, das Journal des Débats verstieg sich am 12. Oktober sogar zu dem Geständnisse, das „sogenannte Geheimnis“ sei allen Blättern bekannt gewesen! Das verlegene Schweigen Englands konnte man gleichfalls nur als Bestätigung ansehen. Und so zweifelte denn, außer einigen offiziösen Berliner und Wiener Beschwichtigungsräten, auch in Deutschland schließlich kein Mensch mehr daran, daß Delcassés Enthüllungen im großen ganzen echt seien. (Auf die Einzelheiten versteifen wir uns selbstverständlich nicht; sie sind es ja auch in erster Linie, die im Laufe der Jahre sicher erheblich haben geändert werden müssen.) Bald trat aus dem Übel des Geredes dreierlei klar hervor:

1. Delcassé strebte nicht nur eine Koalition gegen Deutschland an — auf eine derartige Arbeit muß man bei jedem französischen Ministerium gefaßt sein —, sondern er glaubte auch nahe am Ziele zu sein. Ein Platzen der Bombe aus Anlaß der Marokkofrage wäre ihm lieb gewesen.

2. England war bereit, sich mit Flotte und Heer auf Frankreichs Seite zu stellen. Die Erklärungen dahin wurden in mehr oder weniger offizieller Form abgegeben.

3. Als das vernünftige Frankreich das erkannte, wies es einer solchen Politik entschieden den Rücken.

Entsetzt rief namentlich Jaurès in seiner Humanité aus: „So haben wir das Einvernehmen mit England nicht verstanden!“

Darum mußte, als 1914 der Krieg an die Tür klopfte, ungestüm Einlaß begehrte und rasch über die Schwelle trat, vor allem der lästige Kritiker Jean Jaurès sein Leben lassen.

Bisher hatten wir wiederholt die These verfochten, daß der eigentliche Vater des Gedankens in England zu suchen sei, und zwar ziemlich hoch oben. Je höher man diese Persönlichkeit sucht, desto schlüpfriger wird ihre Verantwortlichkeit für Eigentumszusagen vor dem Parlamente. So konnte in Verwendung beliebter Zweideutigkeit Lord Lansdowne am 12. Oktober 1905 dem deutschen Botschafter Wolff-Metternich versichern: die britische Regierung habe der französischen Regierung kein Versprechen gegeben. Ähnliches ergibt sich aus einer recht interessanten — und eben deshalb prompt dementierten — Veröffentlichung des Figaro vom 13. Oktober 1905. Danach habe das „Foreign Office“ vor der Marokkoangelegen-

heit dreimal die französische Diplomatie ausgehorcht, um zu erfahren, ob Frankreich bereit sei, einen endgültigen Allianzvertrag zu schließen. Die französische Regierung habe sich jedoch, zweifellos aus Rücksichten auf Rußland, geweigert, diese Frage in Erwägung zu ziehen. Als jedoch der französisch-deutsche Konflikt einen akuten Charakter angenommen hatte, sei es die französische Diplomatie gewesen, welche die Frage wieder aufgenommen habe. Der französische Botschafter Paul Cambon erhielt von Lansdowne die mündliche Zusicherung des effektiven englischen Beistandes für den Fall einer Krise. Cambon teilte Delcassé mit, daß, sobald der casus foederis eintrete, England seine Zusicherung schriftlich wiederholen werde. Deutschland, durch den Botschafter Wolff-Metternich hiervon unterrichtet, habe die italienische Regierung wissen lassen, daß es den Abschluß einer derartigen französisch-englischen Allianz als casus belli ansehen würde. Die italienische Regierung teilte dies am 4. Juni dem französischen Botschafter Barrère mit; dieser depeschierte sofort nach Paris. Am 5. Juni war die Verabschiedung Delcassés entschieden. Im Laufe des am 6. Juni abgehaltenen Ministerrats wollte Delcassé mit der Erklärung: „Ich habe überdies eine formelle Zusicherung des englischen Beistandes“ eine Urkunde aus seinem Portefeuille nehmen; doch fiel ihm Rouvier sofort ins Wort und sagte: „Ich habe eine Depesche Barrères, die besagt, daß Ihre Politik den Krieg herbeiführen würde“, und alle Minister sprachen sich einstimmig gegen Delcassé aus.

In dieser Darstellung bedarf nur die Behauptung, daß Deutschland der italienischen Regierung habe mitteilen lassen, es werde den Abschluß einer französisch-englischen Allianz als casus belli ansehen, einer Ein-

schränkung. Diese Eröffnung hat nicht ganz so schroff gelautet; aber der italienische Botschafter in Berlin dürfte sie aus den von ihm gewonnenen Eindrücken ergänzt haben. Und jedenfalls hat Italien den Mitteilungen, die durchaus dem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Italien entsprachen, entnehmen können, daß Deutschland in der Marokkofrage auf dem von ihm eingenommenen Standpunkte beharren werde.

Abgesehen davon hatte die Angelegenheit mit der Nennung Lansdownes als Übermittlers der königlichen Zusicherung und Paul Cambons als Empfängers ohne Zweifel eine Verschärfung erhalten: die bloße Vermutung wurde zur unumstößlichen Gewißheit. Hatte doch auch Delcassé noch Ende Mai 1905 eine so starke Stellung im französischen Ministerium innegehabt, daß seine plötzliche Abschüttelung nur durch sehr schwerwiegende Gründe erklärlich gemacht wird. Darum forderten am 13. Oktober die liberalen „Daily News“ dringend eine offizielle Erklärung von der britischen Regierung:

„Es ist hohe Zeit, daß Lord Lansdowne den Teil seiner Diplomatie, für den er und seine Kollegen konstitutionell verantwortlich sind, aufklärt und verteidigt. In letzter Zeit hat sich die Neigung gezeigt, Lord Lansdowne auf ein Podium zu stellen; aber das Land wird wenig Grund haben, ihm zu danken, wenn es sich herausstellen sollte, daß er zuließ, daß es in Verwicklungen trieb, die das Risiko eines europäischen Krieges heraufbeschworen ... Die besten Höfe sind manchmal die Orte für Familienstreitigkeiten; aber was haben die Völker von Großbritannien oder Deutschland damit zu tun? Die deutschfeindlichen Hitzköpfe in England und die englandfeindlichen Hitzköpfe in

Deutschland stehen friedlichen Beziehungen allein im Weg, und große Völkerschaften mögen ihretwegen eines Tages schwer zu leiden haben."

Ähnlich prophetisch schrieb unterm 15. Oktober 1905 der Berliner Vertreter der „Weser-Zeitung":

„Unerwartete Kombinationen sind vor uns aufgetaucht. Wer es bisher noch nicht gewußt hat, der kann jetzt nicht im Zweifel sein, daß der nächste Krieg noch ganz andere Anforderungen an unsere Verteidigungskraft stellen würde, als sie vor fünfunddreißig Jahren an uns herangetreten sind. Zu Wasser und zu Lande muß unsere Rüstung einwandfrei sein, wenn wir in dem Weltkriege, der uns hoffentlich erspart bleibt, mit Ehren bestehen sollen."

Damit sind zugleich die Rüstungsvorlagen, die in den letzten neun Jahren das nachbarreiche Deutschland fast fortgesetzt beschäftigt haben, im höchsten Grade gerechtfertigt. Aber auch die Gegner ließen sich durch die gutgemeinten Beschwichtigungen der Offiziösen nicht in Sicherheit lullen. Wie geschäftig besonders England auf dem bisher sträflich vernachlässigten Gebiete der Verteidigung zu Lande — des billigen Vorwandes für eine unauffällige Heranbildung einer Streitmacht auf dem Kontinente — seitdem gearbeitet hat (Schaffung eines Generalstabs im Juli 1906, einer Feldarmee im Februar 1907, Warnungen des Feldmarschalls Roberts usw.), das geht aus einer Vergleichung dessen hervor, was 1905 hätte geleistet werden können, und dem, was trotz aller auch jetzt noch bestehenden Mängel 1914 tatsächlich geleistet worden ist. Damals, 1905, lachte man allgemein, nicht bloß in Deutschland, über die 100 000 Mann, die als Expeditionsarmee den Franzosen hätten helfen sollen. So schrieb, von der „Morning Post" unterstützt, der „Daily Chronicle" Mitte Oktober:

„Zunächst werden 100 000 Mann, selbst wenn wir sie an einer befestigten Küste landen könnten, während unsere Flotte Kiel angreift, gegenüber den gewaltigen Truppenmassen, die in einem europäischen Kriege zählen, gar nicht in Betracht kommen. Wir würden ferner auch nicht annähernd eine solche Armee zu Frankreichs Unterstützung landen können. Unsere Behauptung, daß wir nicht mehr als ein Viertel dieser Kopfstärke landen könnten, ist sehr heftig angegriffen worden; aber wir müssen leider daran festhalten. Wir können heute nur auf eine organisierte Armee rechnen, die ohne Zeitversäumnisse verwendet werden könnte: das Armeekorps des Generals French in Aldershot. Die genaue Stärke dieses Korps können wir natürlich nicht kennen; wir sind aber überzeugt davon, daß es uns in den ersten 14 Tagen des Krieges unmöglich sein würde, mehr als 25 000 Mann davon zu landen. Selbst wenn uns Zeit gegeben würde, könnte die Erhöhung dieser Kopfstärke nur gering sein. Wir könnten keine regulären Truppen aus Irland oder Indien wegziehen. Solange unsere Hilfstruppen unorganisiert sind und keine Artillerie besitzen, können wir unsere Küste nicht absolut von Regulären entblößen. Selbst unser erstes Armeekorps würde mit veralteten Geschützen in den Krieg zu gehen haben. Der beste Beweis der Unfähigkeit unserer augenblicklichen Regierung wird in flagrantester und verhängnisvollster Weise durch den chaotischen Zustand der Armee geliefert.“

Das waren nicht etwa bloß Abwiegelungen einiger Friedfertigkeit vortäuschenden Oppositionsblätter, sondern es verhielt sich tatsächlich so. Damals hatte England nur ein schwaches Armeekorps von 21 Bataillonen, 12 Schwadronen und 21 Batterien,

die sogenannten striking forces, jederzeit im Lager von Aldershot verwendungsbereit, d. h. nachdem es seine Reserven eingezogen hatte. Die vorhandene Reservemannschaft genügte weder an Zahl noch Güte, und bei der aktiven Truppe waren viele Mannschaften nicht felddienstfähig, zum Teil, weil sie das Alter von 20 Jahren noch nicht erreicht hatten. Bei einigen Bataillonen machten am 1. Dezember 1903 die Felddienstunfähigen ein Drittel bis zur Hälfte des Mannschaftsstandes aus. Hätte man die außer den striking forces bestehenden Truppen zum Kriege heranziehen wollen, so mußten sie zum Teile mit unausgebildeten Milizen und Freiwilligen aufgefüllt werden; dadurch hätte man aber die Armee in Indien geschädigt. Denn die in der Heimat befindlichen 59 Bataillone und 79 Batterien waren im Grunde nur Depottruppen, die den Ersatz für die indischen Regimenter heranzubilden hatten.

Doch Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Und danach hat England in der Tat all die Jahre hindurch gehandelt. Haldane glaubte, den großen Wurf getan und seinem Vaterlande das Heer gegeben zu haben, dessen es bedurfte. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß er in das früher höchst ungeordnete Wehrwesen des britischen Reiches eine gewisse Ordnung gebracht hat und nicht ohne Erfolg um die Schaffung von Reserven für die reguläre Armee bemüht gewesen ist, die vorher in diesem Punkte stiefmütterlich bedacht war. Mit Hilfe dieser Reserven hoffte er ein Heer von 160 000 Mann mit 492 Geschützen ins Feld zu stellen, die „Expeditionary Forces“, falls England in einen Kontinentalkrieg verwickelt werden sollte. Für kleinere überseeische Expeditionen aber sollten die „Striking Forces“ in der Stärke von 38 000 Mann

mit 152 Geschützen dienen, die jederzeit ohne allgemeine Mobilmachung formiert und eingeschifft werden konnten. Für die Verteidigung des Vaterlandes aber sollte die Territorial-Armee aufgeboten werden, die im Grunde nichts anderes war als die alten Volunteers unter neuem Namen und in anderm Gewande. Ihre wirkliche Kopfstärke blieb freilich stets weit hinter dem Sollstande zurück — im Jahre 1914 um rund 60 000 Mann — und zeigte überhaupt eine abnehmende Tendenz. Eine charakteristische Eigenschaft der Haldaneschen Armee-Reform war ferner die Verringerung der britischen Kolonial-Garnisonen, um die hierdurch freiwerdenden Truppen-Einheiten für den Heimatdienst zu gewinnen. So wurden die nach dem Burenkriege so starken Infanterie-Garnisonen von Südafrika auf vier Bataillone herabgesetzt, die Infanterie-Garnisonen in Nordamerika, Westindien und Ceylon aber — ich folge hierin Theod. von Sosnosky — ganz eingezogen. Dadurch gelang es Haldane, die Zahl der regulären Bataillone im Heimatland auf 83 zu bringen, von denen 79 nebst 52 Eskadronen und 87 Batterien, in sechs Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division formiert, die vorerwähnten „Expeditionary Forces" bilden sollten. Deshalb sollte man mit der weitverbreiteten irrigen Anschauung, daß die in Frankreich operierenden englischen Hilfstruppen (nur die Antwerpener Expedition war übereilt und ungenügend) eine quantité négligeable darstellen, endlich aufräumen.

* * *

Oben war u. a. der Umstand gestreift worden, daß durch die Enthüllungen teilweise auch Italien kompromittiert worden war. In der Sitzung vom



Alexandre Millerand,
seit Juni 1899 französischer Minister verschiedener Portefeuilles in mehreren Kabinetten; gemäßigter Sozialist.



Paul Cambon,
seit 18. März 1901 französischer Botschafter in London.

6. Juni 1905 (oder im Oktober 1903, beim Empfang im Elysée zu Ehren König Viktor Emanuels III. — das ist schließlich gleichgültig) hatte Rouvier dem Kollegen — angeblich in Bülows Wiedergabe einer kaiserlichen Äußerung — die Worte entgegengehalten: „L'Allemagne vous reproche d'avoir débauché l'Italie" (Deutschland wirft Ihnen vor, Italien verführt zu haben). Natürlich empfand die dreibundfreundliche Presse diese Bloßstellung sehr unangenehm. Welcher Art eigentlich die italienische „Extratour" gewesen sein mag, das ließ eine Enthüllung Judets im „Eclair" vom 15. Oktober erraten:

Tommaso Tittoni (damals italienischer Minister des Äußern) scheine mit einer sonderbaren Gewandtheit daran gearbeitet zu haben, Frankreich in einer gewagten Aktion zu kompromittieren. „Nachdem er mit unserem Botschafter beim Quirinal von einer doppelten Eventualität gesprochen, der des Einzuges französischer Truppen in Marokko, dem sofort der Einzug deutscher Truppen in das Departement Meurthe-et-Moselle gefolgt wäre, drängte er uns zu den äußersten Entschlüssen, indem er den Wunsch Englands mitteilte, ein Einvernehmen mit Frankreich herzustellen. „Wenn dem so ist," sagte er zu Herrn Barrère, „so haben Sie nichts zu fürchten; ein französisch-englisches Einvernehmen ist die beste Bürgschaft des Friedens in Europa; Deutschland wird es nie wagen, Sie anzugreifen."

Gleichzeitig ließ aber der Eclair durchblicken, daß er in dem merkwürdigen Drängen Tittonis nur eine Falle witterte; denn in der „Agenzia italiana" erklärte der letztere: „Man kann dessen sicher sein, daß Italien, was auch immer geschehen mag, seine Pflicht mit der gleichen Entschlossenheit zu erfüllen wissen wird, mit der es den Frieden verteidigt hat. Man darf aber nicht

vergessen, daß Italien durch Verpflichtungen noch für lange Zeit gebunden ist. Diese Erwägung genügt, um die Orientierung der auswärtigen Politik zu zeigen, der Italien treu bleiben wird." Also habe, folgerte Judet, Italien Frankreich ermutigt, dasselbe Deutschland herauszufordern, an dessen Seite es dann mit in den Kampf gezogen wäre. „Hatte Italien es auf Verwicklungen abgesehen? Dachte es daran, seinen Verbündeten zu verraten, oder diente es als Aufreizer zu einem Krieg, in dem es seinen gewöhnlichen Schlachtenplatz bewahrte, um aus unserem Unglück Nutzen zu ziehen und beispielsweise im Mittelmeerbecken unsere Kolonialerbschaft anzustreben? Man kann nur schwer glauben, daß Herr Delcassé, ein sehr naiver Don Juan, es wirklich verführt habe. Welch eine Illusion! Welch ein Erwachen, wenn er, nachdem er sich gründlich über den Wert der englischen Allianz geirrt, der Unabhängigkeit Italiens gegenüber Deutschland getraut hätte!"

In der Tat hat Tittoni als Minister des Äußern noch bis 1909 Dreibundpolitik geübt. Und die illoyale Anwendung eines Bismarckschen Ausspruches auf den vorliegenden Fall durch den schon damals franzosenfreundlichen „Corriere della Sera":

„Wenn eine Allianz nicht mehr den Gefühlen und Interessen eines Landes entspricht, so erfüllt sie nicht mehr ihren Zweck, und man kündigt sie", wurde von der eben erwähnten „Agenzia" und der „Patria", dem Blatte des Premiers Alessandro Fortis, entrüstet mit den Worten zurückgewiesen:

„Das Mailänder Blatt möge sich stets vor Augen halten, daß ein unverdienter machiavellistischer Ruf der italienischen Politik auch heute noch nicht bei den Nationen getilgt werden konnte. Der Corriere wird

ihn mit seinen Auslassungen wieder verstärken. Seine Worte sind nicht nur unklug, sondern auch unmoralisch."

* * *

„England hat den Traum geahnt, der das Gehirn Delcassés erfüllte, und bereitet sich im stillen vor, ihn auszubrüten. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel bedrohen alle Tage mehr und mehr den Handel und die Industrie Englands auf allen Weltmärkten. Es wäre zynisch und skandalös für England, an Deutschland den Krieg zu erklären, einzig um dessen Militärmacht zu zerstören, seine Flotte zu vernichten und seinen Welthandel zu ersticken. Aber wenn eines Tages zwischen Frankreich und Deutschland ein Streit entstünde und wenn Frankreich Rechtsgründe oder Ansprüche nationaler Unverletzlichkeit und Würde anriefe, so könnte hinter diese herrlichen Vorwände die Berechnung der englischen Kapitalisten, die mit Gewalt die deutsche Konkurrenz ersticken wollen, bequem sich verstecken und schließlich zum Ziele gelangen. So geschah es, daß, als anläßlich Marokkos die Schwierigkeit zwischen Deutschland und Frankreich entstand und als Deutschland, einen verborgenen Zweck der französisch-englischen Koalition vermutend, schroff auftrat, um die beiden Völker zu Erklärungen zu zwingen, England — ich bin genötigt es zu sagen — viel mehr geneigt war, den Konflikt zu verschärfen als zu mildern."

So schrieb Jean Jaurès Mitte Oktober 1905 in seiner Humanité; er hat recht behalten sollen und den Kampf gegen die britische Heuchelei mit seinem Leben

bezahlt. Damals desavouierten Frankreichs friedliebender Premier und die Mehrheit der französischen Wähler die Abenteuerpolitik Delcassés und seines hohen englischen Freundes — aufgegeben aber wurde sie, wie wir zu unserm Schaden Ende Juli 1914 erfahren mußten, darum keineswegs. Und zwar geschah dies schon unter dem unmittelbaren Eindrucke des von England wie eine eigne Niederlage empfundenen Sturzes Delcassés. Am 18. Oktober 1905 brachte der „Standard“ eine Berliner Mitteilung, wonach die britische Regierung vor etwa vier Monaten der deutschen Regierung habe ziemlich deutlich sagen lassen, was Großbritannien zu tun gedenke, wenn Deutschland Frankreich angreifen sollte. Diese Mitteilung sei mündlich geschehen, und zwar habe sie ausdrücklich besagt, daß England Frankreich „aktiv unterstützen“ würde, wenn ein solcher Fall eintreten sollte. Diese Mitteilung habe die deutsche Regierung am 16. Juni oder an einem diesem Datum sehr nahen Tage erhalten. Das war also zehn Tage nach dem Rücktritte Delcassés, und die Unterredung, in der die Mitteilung gemacht worden sei, solle zwischen dem deutschen Botschafter in London und dem britischen Minister des Auswärtigen stattgefunden haben. Lord Lansdowne habe dem Grafen Wolff-Metternich gesagt: die britische Regierung glaube jedoch nicht, daß Deutschland daran denke, Frankreich anzugreifen, so daß sich diese Mitteilung auf eine sehr unwahrscheinliche Möglichkeit beziehe. Aber gleichzeitig sei der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß Großbritannien seine Verpflichtungen Frankreich gegenüber in der weitestgehenden Weise zu interpretieren wünsche.

Damit sind wir von neuem auf die richtige Fährte gelangt. Selbst für den sehr wahrscheinlichen Fall,

daß die Anregung zum Niederzwingen Deutschlands von König Eduard VII. ausgegangen ist, müssen wir den konstitutionell verantwortlichen Mann, der sie aufnahm und weitergab, in dem Marquess Henry of Lansdowne erblicken. Mit einer intimen Kenntnis der Dinge, wie sie damals eigentlich nur Fürst Bülow — dem man deswegen sofort die Verfasserschaft zuschrieb — haben konnte, traf den Schuldigen eine scharfe Abrechnung in der „Neuen Freien Presse“ vom 18. Oktober, die zwar den Briten soeben erst in Schutz genommen hatte, aber erfahrungsgemäß ihre Spalten für diplomatische Auslassungen auch der Gegenpartei gern zur Verfügung stellt. Der Artikel lautete so:

„In Lansdowne verkörpert sich die Abneigung gegen Deutschland, die Eifersucht und Antipathie, welche das große Rätsel der englischen Stimmung ist. Bevor er aber noch Gelegenheit hatte, sie im Amte des Staatssekretärs des Äußern in die offizielle englische Politik zu verpflanzen, hatte er zum mindesten nicht die Präsumtion für sich, bedächtig ermessen zu können, was auch in geringeren Dimensionen, wie in denen eines Krieges mit Deutschland an Frankreichs Seite, die Opfer und Enttäuschungen und Gefahren eines Kriegsunternehmens bedeuten. Er war, als der Burenkrieg begann, Staatssekretär des Krieges, und damals bedeckte er sich keineswegs mit Ruhm; denn von einer Voraussicht und von genügender Vorbereitung des Truppentransportes, des Nachschubes, von umsichtiger Beförderung der Munition und Fourage über die ungeheure Entfernung hin war keine Rede, und zwei Jahre hatte das große England zu tun, um der zwanzig- oder fünfundzwanzigtausend Buren Herr zu werden, die ihm in Transvaal sich widersetzten. Als ihn dann aber nichtsdestoweniger Salisbury zum

Staatssekretär des Äußern in sein Kabinett berief, war die öffentliche Meinung entrüstet über diese Geringschätzung, die ihr Salisbury bewies. Mit den Erfahrungen des Transvaalkrieges vertrug es sich schlecht, daß Lansdowne aus dem Staatssekretariat des Krieges nach Downing Street übersiedelte, um dort die Leitung der auswärtigen Politik Englands in die Hand zu nehmen.

Jetzt wachen diese Erinnerungen auf, da man sieht, welch namenloses Unheil diese Politik anzurichten im Begriffe war, an welcher nach den Delcasséschen Enthüllungen Lord Lansdowne sich beteiligte. Sein stürmisches und leidenschaftliches Naturell hatte sich mit den wachsenden Jahren nicht beruhigt, und es war wie diplomatische Wahlverwandtschaft, daß er Delcassé auf demselben diplomatischen Wege begegnete. Wohin dieser Weg allem Anscheine nach führen sollte, haben die Enthüllungen Delcassés gezeigt, die England und Lansdowne gewiß nicht in freundlichem Licht erscheinen lassen.

Es wird nicht leicht vergessen werden, daß Delcassé durch den englischen Kollegen zu dem Glauben an eine eventuelle englische Hilfeleistung in einem Kriege mit Deutschland verleitet oder in diesem Glauben wenigstens gelassen wurde, bis der Sturz Delcassés das Gewebe zerriß. Und solange Lansdowne Staatssekretär des Äußern im Kabinett Balfour bleibt, wird nirgends mehr, auch in England nicht, die Zuversicht Platz greifen, daß die englische Politik aufrichtig zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit Deutschland zurückkehren werde. Durch die Enthüllungen Delcassés ist nur dieser selbst, nicht Frankreich, dagegen mit Lansdowne auch England kompromittiert worden. Daran wird sich auch nichts ändern, solange mit dem

Kabinett Balfour auch Lansdowne die Politik Englands lenkt. Die entscheidende Wichtigkeit der im kommenden Jahre bevorstehenden englischen Neuwahlen ergibt sich daraus nicht bloß für England selbst, sondern für die ganze friedliebende Welt. Von dem Ergebnisse dieser Wahlen wird es abhängen, ob auf England und seiner Politik der Verdacht lasten bleibt, daß in Downing Street die Störung des Weltfriedens betrieben wird, ein Verdacht, der durch die Enthüllungen Delcassés so reichliche Nahrung empfangen hat. Lansdowne wird den Flecken, den er seinem französischen Freund und Komplizen Delcassé zu danken hat, so wenig mehr von seinem Gewand abstreifen können wie Macbeth. Er hat mit dem furchtbaren Gedanken eines Doppelkrieges, der zu einem Weltkriege sich steigern konnte, gespielt. Das ist das Stigma, welches er nicht mehr los wird, und alle Ableugnung wird ihn nicht davor bewahren, daß sich das Andenken Delcassés an ihn heftet und ihn herabzieht in die Gemeinschaft mit einem verblendeten und frevelhaften Friedensstörer, vor dem sein eigenes Volk erschrak, als es von dem namenlosen Unheil vernahm, welches anzurichten er im Begriffe war."

Sir Edward Grey.

Es kam genau so, wie der von Bülow inspirierte Artikel prophezeit hatte. Chamberlains Schutzzollpolitik sprengte die unionistische Partei; das Kabinett Balfour, dessen Stellung seit Monaten sowieso erschüttert war, reichte am 4. Dezember 1905 seine Entlassung ein, und im „Foreign Office" kommandierte statt Lansdowne vom 10. Dezember an Sir Edward Grey.

Aber wer daraus auf eine grundlegende Abkehr von der bisherigen Deutschfeindlichkeit geschlossen

hatte, mußte bald erkennen, daß er sich auf dem Holzwege befand: der Liberale wandelte weiter in den Entente-Geleisen seines konservativen Vorgängers.

Eine treffende Charakteristik Greys liefert folgender englische Kollegenbrief, der während der Londoner Botschafterkonferenz im Winter von 1912 auf 1913 geschrieben ist:

„Es ist für uns, die wir Grey seit Anbeginn seiner Laufbahn kennen, sehr unterhaltsam, zu beobachten, wie er seinen kontinentalen Kollegen imponiert. Sie scheinen irgend etwas in ihm zu vermuten, was durchaus nicht in ihm steckt. Er ist einer der hervorragendsten Sportangler des Königreichs und ein recht guter Tennisspieler. Politische oder diplomatische Fähigkeiten besitzt er wirklich nicht; man müßte denn eine gewisse ermüdende Langweiligkeit seiner Art zu reden und ein seltsames Beharrungsvermögen als solche anerkennen. Earl Rosebery sagte einmal von ihm, er mache einen so konzentrierten Eindruck, weil er nie einen eigenen Gedanken habe, der ihn von einer Arbeit ablenken könne, die man ihm mit genauen Direktiven in die Hand gegeben. Als neulich ein etwas temperamentvoller fremder Diplomat sich bewundernd über Greys leise Art äußerte, die nie erkennen lasse, was in ihm vorgehe, meinte ein vorwitziger Sekretär: ‚Ist eine tönerne Sparbüchse bis oben mit Gold gefüllt, so klappert sie allerdings nicht, wenn man sie schüttelt. Ist aber kein einziger Penny drin, so klappert sie auch nicht. Bei Winston Churchill klappern ein paar Nickel so laut, daß es einem auf die Nerven geht, bei Grey nicht das geringste Klappern. Nur wer die Büchse in der Hand hält, kann wissen, ob sie ganz voll oder ganz leer ist!‘ Das war frech, aber gut gesagt. Ich glaube, daß Grey einen sehr anständigen Charakter

hat, wenn ihn auch eine gewisse stupide Eitelkeit gelegentlich einmal verführen mag, sich auf Angelegenheiten einzulassen, von denen Hände, die auf unbedingte Sauberkeit halten, besser wegblieben. Seine Entschuldigung ist aber immer, daß er aus sich selbst heraus keine Sache zu übersehen und durchzudenken vermag. Er, der von sich aus in keiner Weise ein Intrigant ist, kann, sobald ein geschickter Intrigant sich seiner bedienen mag, als der vollkommenste Intrigant erscheinen. Darin lag für politische Intriganten schon immer eine Versuchung, sich gerade ihn zum Werkzeug zu wählen, und allein diesem Umstande verdankt er seine heutige Stellung."

Während die Entfremdung zwischen den Höfen von Potsdam und Windsor trotz sorgfältigster Pflege der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen durch unsern Kaiser von Jahr zu Jahr zunahm, verständigte sich unter Abweisung des Witteschen Plans einer russisch-deutschen Annäherung („Temps" vom 20. September 1905) Rußland je länger desto besser mit demselben England, das eben noch (am 12. August 1905) das Bündnis mit Japan von 1902 für zehn Jahre erneuert hatte und zumal in Mittelasien ganz andere Ziele verfolgte als Rußland. Der seit dem 10. Dezember 1905 die äußeren Geschicke Großbritanniens mit bemerkenswerter Zähigkeit in Lansdowneschem Geist, unter fast völliger Ausschaltung des Parlaments, leitende Minister Sir Edward Grey legte nicht nur dem deutschen Riesenunternehmen der Bagdadbahn fortgesetzt Steine in den Weg, sondern benutzte auch das Gerücht von einer Festsetzung Deutschlands am Nordende des Persischen Golfs (Anfang Juni 1906), um sich in die Angelegenheiten Persiens zu mischen und schließlich mit Rußland sogar eine nicht bloß

akademische Dreiteilung des durch innere Wirren unheilvoll zerrissenen Landes in eine britische (SO.), eine russische (N.) Interessensphäre und den neutralen Südwesten vorzunehmen (31. August 1907). Auch hierbei war und blieb Deutschland vollkommen ausgeschaltet.

Unterdes wurde der Ausbau des herzlichen Einvernehmens Englands mit Frankreich durchaus nicht vernachlässigt. Man wird, geht man methodisch vor, nicht in den Fehler verfallen, alles und jedes nach dem durch den Krieg gewonnenen Einblick in bisher verborgene Falten der diplomatischen Hülle unter den Gesichtswinkel einer einzigen, geschlossenen Reihe von eben auf diesen Krieg lossteuernden Machenschaften zu stellen; denn wir wollen nicht vergessen, daß es auch heute noch in den Reihen unserer Feinde Männer von Rang und Ruf gibt, die diesen Weltbrand und die Art, wie er von Iswolski und Ssasonow, Cartwright und Grey, Barrère und Delcassé heraufbeschworen worden ist, verabscheuen. Aber vieles gewinnt doch nunmehr ein ganz anderes Aussehen als vorher, wo wir lange Jahre hindurch aufrichtig bestrebt waren, trotz alledem und alledem den Frieden zu bewahren und um dieses höheren Zweckes und höchsten Gutes willen so manche Demütigung und Enttäuschung hinnahmen in dem frommen Glauben, den Krieg damit dauernd vermeiden zu können. Die Gegenseite behauptet zwar andauernd, Deutschlands zunehmende Flottenrüstung sei der mittelbare Anlaß zu der wachsenden Feindseligkeit der andern gewesen. Sie unterschlägt dabei den Umstand, daß, wie im Schaffen größerer Einheiten durch den Bau von Dreadnoughts und Überdreadnoughts, so namentlich auch in der Steigerung der Kriegsschiffzahl und des Bautempos

England seit Jahren den Ton angegeben hat. Und sie vergißt dabei geflissentlich die ausschlaggebende Tatsache der höchst ungünstigen geographischen Lage Deutschlands im Herzen Europas. Dieser von der Natur auferlegte Nachbarreichtum zwingt unser Vaterland gebieterisch, sich durch ein jederzeit schlagfertiges Heer und eine wenigstens zu fühlbarer Abwehr geeignete Marine vor Übelwollen und Überfall zu sichern. Daß wir mitten in einer Flut von Anfeindungen diesem Ziele wenigstens nahegekommen sind, das danken wir unserm Kaiser und seinen getreuen Ratgebern Bülow, Bethmann Hollweg und Tirpitz.

Während der Dreibund, wie ja all die Jahre hindurch selbst von seinen Gegnern, wenn auch widerwillig, anerkannt worden ist, aus geographischen Gelegenheiten heraus lediglich der Verteidigung geweiht war, wohnten der Verbindung der um ihn herum lauernden Staaten von vornherein mehr oder weniger und je länger, desto mehr, aggressive Absichten und Zwecke inne. Klar geht das schon aus einer Debatte im französischen Senate hervor. Da hatte am 20. November 1906 der klerikale Senator Gaudin de Villaine die Regierung über ihre allgemeine Politik interpelliert und ihr Willfährigkeit gegen England vorgeworfen. Nicht besonders geschickt erwiderte der Premier Clemenceau: über das französisch-britische Einvernehmen könne er nichts sagen. Er (persönlich) glaube jedoch nicht an das Bestehen einer militärischen Abrede. Was den Revanchegedanken betreffe, so sei er (Clemenceau) entrüstet darüber, daß ein französischer Senator ihm eine Falle habe stellen und ihm die Verpflichtung habe auferlegen wollen, entweder die Hoffnungen guter Franzosen zu enttäuschen oder eine kriegerische Erklärung abzugeben. Er werde daher gar nicht ant-

worten. Gaudin de Villaine hatte es leicht, festzustellen: es sei eine ungeheure Sache, daß der Ministerpräsident Frankreichs nichts von einem französisch-britischen Militärabkommen wisse; das Parlament müsse endlich Aufklärung darüber erhalten.

Doch dieser gewiß nicht unbilligen Wißbegier ist niemals Gerechtigkeit widerfahren. Nur indirekt kann man den Inhalt des Abkommens erschließen. Damals, in den ersten Jahren der Marokkokrise, war es wahrscheinlich noch ziemlich allgemeiner Natur, ohne fest umrissene Konturen. So mochte formell Sir Edward Grey nicht gerade lügen, als er am 5. Juli 1906 während der Unterhausdebatte über seinen Etat erklärte:

„Die frühere Regierung (d. h. Marqueß of Lansdowne) hat mit Frankreich ein Übereinkommen getroffen, das unter gewissen Bedingungen diplomatische Unterstützung versprach. Mit der Beseitigung von Schwierigkeiten, die seit langem zwischen England und Frankreich bestanden hatten, keimte eine Freundschaft zwischen den beiden Ländern auf, die fortgesetzt wuchs. Wenn immer sich Gelegenheit dazu bot, trat die in dem Abkommen vorgesehene diplomatische Unterstützung von selber auf, ohne Einschränkung und ohne Vorbehalt. Unsere beiderseitigen Verpflichtungen wurden dem Buchstaben und dem Geiste nach erfüllt. Dies gute Einvernehmen ist weder gegen irgend ein anderes Land gerichtet, noch kann es durch anderweitige Entfaltungen unserer Auslandspolitik irgendwie beeinträchtigt werden."

Die Umgarnung Belgiens.

Also umschloß im Jahre 1906 noch ein ziemlich lockeres Band die Ententegenossen. Immerhin hatte man schon damals Zeit und Gelegenheit gefunden, die

Frage einer Verwertung belgischen Bodens als der von der Natur gegebenen Einfallspforte gegen Deutschland unter merkwürdiger Berücksichtigung der Neutralität Belgiens zu behandeln. Im Herbst 1914 haben die Deutschen im eroberten Brüssel beim Aufräumen der vom belgischen Generalstabe zurückgelassenen Archivalien gewisse Urkunden in einer Mappe gefunden, welche die Aufschrift trägt „Intervention anglaise en Belgique". Daraus geht hervor, daß schon im Jahre 1906 die Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht genommen war. Nach einem vorgefundenen Schreiben an den belgischen Kriegsminister vom 10. April 1906 hat der Chef des belgischen Generalstabs mit dem damaligen englischen Militärattaché in Brüssel, Oberstleutnant Barnardiston, auf dessen Anregung in wiederholten Beratungen einen eingehenden Plan für gemeinsame Operationen eines englischen Expeditionskorps von 100 000 Mann mit der belgischen Armee gegen Deutschland ausgearbeitet. Der Plan fand die Billigung des Chefs des englischen Generalstabs, Generalmajors Grierson. Dem belgischen Generalstab wurden alle Angaben über Stärke und Gliederung der englischen Truppenteile, über die Zusammensetzung des Expeditionskorps, die Ausschiffungspunkte, eine genaue Zeitberechnung für den Abtransport u. dgl. geliefert. Auf Grund dieser Nachrichten hat der belgische Generalstab den Transport der englischen Truppen in das belgische Aufmarschgebiet, ihre Unterbringung und Ernährung dort eingehend vorbereitet. Bis in alle Einzelheiten ist das Zusammenwirken sorgfältig ausgearbeitet worden. So sollten der englischen Armee eine große Anzahl Dolmetscher und belgischer Gendarmen zur

Verfügung gestellt und die nötigen Karten geliefert werden. Selbst an die Versorgung englischer Verwundeten war bereits gedacht worden.

Dünkirchen, Calais und Boulogne waren als Ausschiffungspunkte für die englischen Truppen vorgesehen. Von hier aus sollten sie mit belgischem Eisenbahnmaterial in das Aufmarschgebiet gebracht werden. Die beabsichtigte Ausladung in französischen Häfen und der Transport durch französisches Gebiet beweist, daß den englisch-belgischen Vereinbarungen solche mit dem französischen Generalstab vorausgegangen waren. Die drei Mächte haben die Pläne für ein Zusammenarbeiten der „verbündeten Armeen", wie es im Schriftstück heißt, genau festgelegt. Dafür spricht auch, daß in den Geheimakten eine Karte des französischen Aufmarsches vorgefunden worden ist.

Das erwähnte Schreiben enthält einige Bemerkungen von besonderem Interesse. Es heißt dort an einer Stelle, Oberstleutnant Barnardiston habe bemerkt, daß man zurzeit auf die Unterstützung Hollands nicht rechnen könne. Er habe ferner vertraulich mitgeteilt, daß die englische Regierung die Absicht habe, die Basis für den englischen Verpflegungsnachschub nach Antwerpen zu verlegen, sobald die Nordsee von allen deutschen Kriegsschiffen gesäubert sei. Des weiteren regte der englische Militärattaché die Einrichtung eines belgischen Spionagedienstes in der Rheinprovinz an.

Der Ausbau der Entente.

Dauernd wurde entweder durch taktvolle Polierung alter Reibungsflächen oder durch aktiven Ausbau der Verständigung die Verklammerung fester gezogen.

Das geschah auf mannigfache Weise: durch Begegnungen und Besprechungen, durch Spionage und Berichterstattung, durch geheime gegenseitige Unterstützung und offenes Eintreten füreinander. Diesem System gegenüber hatten die Diplomaten des Dreibunds einen schweren Stand. Man darf auch heute nicht vergessen, daß der Pazifismus ausgerechnet im Laufe des ersten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts aus der Aschenbrödelrolle mählich heranwuchs und sich ziemlich beherrschende Stellung zu erobern verstand. In diesen rauhen Monaten ist man wenig geneigt, ihm gerecht zu werden; aber das wird ihm auch der grimmigste Chauvinist kaum abstreiten wollen: er steigerte das Verantwortlichkeitsgefühl. Wenn auch der nüchterne Staatsmann, der nicht mit weichen Gefühlen, sondern mit harten Tatsachen zu rechnen gewöhnt ist, weit entfernt war, sich der holden Hoffnung auf einen allgemeinen Frieden auch nur für Augenblicke hinzugeben, so war man doch, in der mitteleuropäischen Mächtegruppe zumal, geneigt, eben „um des lieben Friedens willen" es an Versuchen nicht fehlen zu lassen, mit den Gegnern Fühlung zu behalten und offenbare Unfreundlichkeiten nicht tragisch zu nehmen. So lag der deutschen Regierung dauernd an einem leidlich guten Verhältnisse zu Rußland (wir werden unten, beim Streifen des Jahres 1910, davon zu sprechen haben); deshalb hielt sie darauf, daß Wien im Laufe des Jahres 1909 den abgerissenen Draht mit Petersburg wieder anknüpfte. Und da anderseits Kaiser Wilhelm eifrig dahin strebte, zu England mindestens einen modus vivendi zu finden, so waren ihm englische Annäherungsversuche an Österreich-Ungarn (die freilich uneingestanden das Ziel verfolgten, Kaiser Franz Josephs Räte womöglich von der deutschen

„Bevormundung“ zu befreien) an und für sich ebensowenig unangenehm wie Italiens auffallend gutes Verhältnis zu Frankreich. Natürlich konnte man der emsigen Geschäftigkeit König Eduards, der z. B. 1907 am 2. Februar den Präsidenten Fallières in Paris, am 8. April den König Alfons in Cartagena und am 18. April den König Viktor Emanuel III. in Gaeta besuchte, so daß man schon an eine Quadrupelallianz zwischen Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien glaubte, nicht ohne Mißtrauen nachgehen. Aber hinter der Aussprache Baron Aehrenthals mit Sir Charles Hardinge in Ischl (15. August 1907) und den Audienzen, die Eduard VII. dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau und dem russischen Minister des Äußeren Iswolski in Marienbad gewährte, erblickten deutsche Politiker keineswegs bloß Versuche, Österreich-Ungarn zu ködern und von Deutschland zu lösen *). Sicherlich lagen den Monarchenbesuchen und Ministerbegegnungen oft genug konkrete Wünsche mehr wirtschaftlicher Art zugrunde; so darf man als Hauptzweck der spanisch-englischen Besprechung eine spanische Flottenanleihe ansehen, wobei England die meisten Lieferungen zugeteilt erhalten wollte. Und den nötigen Ausgleich boten, wenigstens nach außen hin, anscheinend herzliche Zusammenkünfte wie die des Zaren und die des Königs von Großbritannien mit dem Deutschen Kaiser zu Swinemünde (3./6. August 1907), zu Wilhelmshöhe (14. August) und zu Windsor (12. November), so daß schon ein sehr scharfes Auge dazu gehörte, das Wesentliche vom Nebensächlichen zu unter-

*) Zu der letzten Versuchung Kaiser Franz Josephs durch König Eduard in Ischl am 12 Aug. 1908 vgl. Th. von Sosnoskys „Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“ II (1914), S. 158.

scheiden. So dürfen wir, klug gemacht durch bittere Erfahrung, die Reise General Frenchs nach Petersburg (Mitte Oktober 1907) hinterher als eine politische Mission ersten Ranges einschätzen, die mancher Generalstabsfahrt der folgenden Jahre die Marschrichtung gegeben haben dürfte.

Reval.

Im allgemeinen pflegt der vorsichtige Beurteiler diplomatisch-politischer Vorgänge von den mit besonderem Prunk in Szene gesetzten Begegnungen der verschiedenen Staatshäupter, den Antritts- und Gegenbesuchen, Ordensübermittlungen usw. nicht allzuviel zu halten, und wir wollen gewiß nicht in den Fehler verfallen, bloß ex eventu gewissen „Entrevuen" der letzten Jahre eine größere Bedeutung anzudichten, als ihnen in Wahrheit zukommt. Aber man muß auch nicht gar zu naiv und gutgläubig sein oder bleiben. Ohne Zweifel ist das vor einem Jahrzehnt in den ersten Maschen begonnene Netz, das uns erdrosseln sollte, immer fester und fester um uns gespannt worden; und zu diesem Unterfangen haben äußerlich so harmlos aussehende Missionen wie die eben erwähnte Frenchs sicherlich beigetragen.

Denn auf dem Fuße folgte ihr am 9./10. Juli 1908 die Begegnung König Eduards VII. mit dem Zaren Nikolaus II. zu Reval. Vorausgegangen waren ihr am 14. Mai die Eröffnung der französisch-englischen Ausstellung in London durch den Prinzen von Wales, den jetzigen König Georg, und zwei französische Minister, und Ende desselben Monats der Besuch des Präsidenten Fallières. Am 25. Mai hatte König Eduard darauf getoastet, daß die „Entente cordiale" auch eine

„Entente permanente“ sein möge, und der „Temps“ hatte dieser deutlichen Anspielung sekundiert, indem er mit seltener Sehergabe am 26. Mai schrieb: „Der Beistand der französischen Armee in einem europäischen Kriege, worein Großbritannien verwickelt würde, hat für die britische Regierung einen unschätzbaren Wert“ (notabene: die Trinksprüche hatten von der Aufrechterhaltung des Friedens gesprochen!). „Hat der Beistand Großbritanniens in einem europäischen Kriege, worein Frankreich verwickelt würde, für letzteres einen gleichen Wert? Diese Frage, die ernsteste, die sich ein französischer Staatsmann stellen kann, muß mit aller Aufrichtigkeit beantwortet werden. In der gegenwärtigen Lage ist eine diplomatische Unterstützung Englands für Frankreich vor einem Krieg außerordentlich nützlich; aber sobald der Krieg einmal begonnen wäre, würde diese Unterstützung nur wenig helfen. Die Seesiege Großbritanniens würden von der Grenze keine einzige Kanone, keinen einzigen Mann fernhalten. England würde Frankreich in keinem Maße die Dienste leisten, die gegenwärtig die russische Armee allein Frankreich leisten kann. Mit einem Wort: ein französisch-britisches Bündnis hätte für Frankreich in militärischer Hinsicht nur äußerst geringfügigen Nutzen. Es wäre indes ganz anders, wenn das englische Heer nicht nur in seiner Organisation, sondern auch in seiner Rekrutierung gründlich umgestaltet und eines tatkräftigen Krieges auf dem Festlande fähig wäre, d. h. wenn es in der Lage wäre, zu landen, auf eine (gewisse) Macht eine Ablenkung auszuüben und so die Macht des Anpralls zu vermindern, den die französische Armee auszuhalten hätte. Mit einem Worte: wenn England für Frankreich ein zweites Rußland würde.“

Begreiflicherweise war die Mehrheit der englischen Presse angesichts der damals schier unbesieglich erscheinenden Unbeliebtheit des Gedankens, in England die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, wenig erbaut von den an sich durchaus logischen Ausführungen und Schlußfolgerungen Tardieus. Man belehrte die Franzosen, einer Ausgestaltung zum Bündnisse bedürfe die britische Freundschaft nicht, die als solche schon genug wert sei. Aus Gründen mehr sozialer Natur lehnte die britische Arbeiterpartei die Intimität ihres Königs mit dem absoluten Zaren aller Reußen ab. Darüber hinaus aber war diese Bindung an sich so manchem Briten von Grund aus unsympathisch. Ihre einschneidende Bedeutung erfaßte der irisch-nationalistische Abgeordnete und Dubliner Rechtsprofessor John Mac Neill treffend, indem er am 4. Juli 1908 im Unterhause darauf hinwies, daß der ständige Unterstaatssekretär des Äußern Sir Charles Hardinge (der spätere Vizekönig von Indien), Admiral Fisher und General French, aber keine Kabinettsminister den König begleiten würden, was die Verfassung verletze. Sir Edward Grey hatte große Mühe, die Revaler Zusammenkunft lediglich als Besiegelung des britisch-russischen Asienabkommens von 1907 hinzustellen; neue Verhandlungen seien weder im Gange, noch beabsichtigt. — Seit einiger Zeit wissen wir, was von derartigen Beteuerungen Greys zu halten ist. Nur der Satz aus seiner Entgegnung enthielt einen wahren Kern: „Die russische Rasse hat eine große Zukunft und wird eine große Rolle in der Welt spielen.“ Doch wenn auch der arbeiterparteiliche Protestantrag nach stürmischer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt und mit Hilfe der konservativen Opposition die Reise des Königs nach Rußland gebilligt wurde — dort selbst

fand die demokratische Kritik am absolutistischen Systeme kein freundliches Echo: die rechtsstehende Presse Petersburgs und Moskaus protestierte gegen die schweren Beleidigungen des Zaren (so hatte Ramsay Macdonald am 30. Mai im Labour Leader geäußert: Der Zar sei ein gemeiner Mörder, auf den die britischen Arbeiter mit Verachtung spien!), und die „Rußkoje Snamja" schrieb: „England, das unkultivierte Völker wie Zitronen ausquetscht, ist der Erbfeind Rußlands."

Es waren also keineswegs heitere Auspizien, unter denen die denkwürdige Begegnung in Reval am 9. Juni 1908 stattfand. Die offiziösen Federn hatten viel Tinte zu verspritzen, um den friedfertigen Charakter des Ereignisses unterstreichen zu können. Daß es eine Spitze gegen Deutschland haben müsse, verkannten die Führer der verschiedenen Dumaparteien keineswegs. So erblickte Purischkewitsch von der äußersten Rechten darin eine Gefährdung der hundertfünfzigjährigen deutsch-russischen Freundschaft; sein Parteigenosse Markow befürchtete eine Abenteuerpolitik mit dem Erfolg einer Niederlage Rußlands, einer Schwächung Deutschlands und einem Triumphe Großbritanniens. Ja, der Dumapräsident Chomjakow lehnte ein förmliches Bündnis mit der Beherrscherin der Meere ausdrücklich deswegen ab, weil es Keime zu Komplikationen in sich schließe, wobei der Inselstaat ruhig zusehen, Rußland aber der verlierende Teil sein werde. Doch diese mehr oder weniger weitblickenden, vernünftigen Stimmen blieben in der Minderheit; der größte Teil der russischen Blätter verharrte bei seiner berufsmäßigen Hetze gegen Deutschland und begrüßte deshalb die Annäherung an Großbritannien, das anscheinend dasselbe schöne Ziel verfolge, mit ungeheuchelter Genugtuung.

So hatte denn das von einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe ränkevoller Staatsmänner ausgearbeitete Unternehmen einer über Paris zu erzielenden Verständigung der alten Gegner London und Petersburg greifbare Gestalt gewonnen. Wie der französische Minister des Äußern Pichon Ende Mai 1908 aus dem „Foreign office" die Auffassung hatte mitnehmen dürfen, daß die Entente cordiale fortan zum festen Bestandteile der Politik Frankreichs und Englands gehöre, so war in den Konferenzen Hardinges, Fishers und Frenchs mit Iswolski und seinen Räten sicher nicht bloß von asiatischen Grenzzwischenfällen die Rede gewesen. Nicht umsonst spielte Präsident Fallières, als er am 27. Juli 1908 vor Reval auf der russischen Kaiseryacht „Standart" die Freundschaft der Republik mit dem Zarismus feierte, darauf an, daß nunmehr in Europa eine Bürgschaft des Gleichgewichts gegeben sei. Entschuldigt wurde das alles damit, daß man vorgab, Deutschland habe Frankreich in der marokkanischen Frage „bramarbasieren" wollen, da ja Rußland nach seinen japanischen Niederlagen und inneren Wirren nicht imstande sei, seinem Bundesgenossen zu helfen. Nun hätten aber der Zweibund und das herzliche Einvernehmen durch die britisch-russische Annäherung ihre harmonische Ergänzung gefunden.

Der Sieg der Jungtürken. Die Einverleibung Bosniens.

Das europäische Gleichgewicht sollte unmittelbar darauf seine erste, harte Probe bestehen. Im Juli 1908 hatte die jungtürkische Bewegung dem veralteten Absolutismus der Türkei die Wiedereinführung der Verfassung von 1876 aufgezwungen, und am 5. Oktober

hatte gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens die österreichisch-ungarische Monarchie die seit 1878 vertragsmäßig besetzten und verwalteten Länder Bosnien und Herzegowina sich förmlich einverleibt. Dieser eine dreißigjährige, uneigennützige Arbeit notwendigerweise abschließende Schritt beschwor eine europäische Krisis von ungeahnter Tragweite herauf. Aber die Entschlossenheit, womit Deutschland den Sekundantendienst von Algeciras vergalt, indem es sich gegenüber der auf Rußlands Hilfe pochenden serbischen Kriegsrüstung bundestreu auf Österreich-Ungarns Seite stellte und ihm unterm 26. Februar 1909 zu einer vorteilhaften Einigung mit der Türkei verhalf, schüchterte Rußland dermaßen ein, daß es am 28. Februar Serbien im Stiche ließ, am 2. März ihm den „freundschaftlichen Rat“ erteilte, seine Kompensationsforderungen aufzugeben, und seinerseits am 26. März die Einverleibung Bosniens ausdrücklich anerkannte. Aber wenn auch durch die Betätigung der „Nibelungentreue“ das Ränkespiel Iswolskis entlarvt und für den Augenblick erledigt war — dauernd war der Frieden Europas damit nicht gesichert. Russische Mühlen mahlen langsam. Und die diplomatische Niederlage, die sich der Dreiverband verdientermaßen zugezogen hatte, indem er das ränkesüchtige und mit skrupelloser Unverfrorenheit auftretende Serbien in seiner lärmenden Anmaßung und lächerlichen Großmachtsucht monatelang rückhaltlos unterstützt hatte, wurde nicht gleich verschmerzt, wenn auch äußerlich Einsicht geheuchelt wurde.

Man empfand es allenthalben: es war eine „Ruhe vor dem Sturme“. Diesem Gefühle gab namentlich Earl Rosebery am 5. Juli 1909 auf dem Bankett der großen kolonialen Pressekonferenz des britischen Reiches,

der am 14. Juni bei Spithead eine 345 Schiffe und 80 000 Seeleute umfassende Flottenparade vorgeführt werden sollte, beredt Ausdruck: Gewaltig sei diese Armada, aber immer noch unzulänglich. England werde Dreadnoughts bauen, solange es noch einen Shilling zu ihren Kosten, einen Mann für ihre Besatzung habe (man beachte die charakteristische Reihenfolge). Trotz des Fehlens einer Frage, die sonst zum Kriege führe, trotz des Mangels an Gründen zu Reibereien rüste ganz Europa. Diese Ruhe vor dem Sturme habe etwas Erschreckendes. Auch Winston Churchill, damals noch Handelsminister, sprach am 11. Juni vor den Pressevertretern von der beängstigenden Stille, die großen Katastrophen vorausgehe, von Zeiten der Sorge und der Panik, vom Vorabend eines Zusammenbruchs und vom Rand eines furchtbar gähnenden Abgrunds: Anzeichen, denen man mit eisernen Nerven begegnen müsse. Großbritannien erblickte diese Abhilfe im Steigern der Zahl und der Größe seiner Kriegsschiffe sowie in der Beschleunigung des Bautempos. Diesem Rüstungsfieber gegenüber, dem die andern Staaten notgedrungen ihre Konzessionen machten, hatten die Verständigungspolitiker je länger desto mehr einen schweren Stand. Und was half es, wenn Dr. Lunn am 15. Dezember 1909 in Boston die Menschheit darüber aufklärte, er wisse es aus dem Mund eines kernfesten Mannes, dem des Prinzen Heinrich von Preußen, daß die aufpeitschende Behauptung, allabendlich werde auf den deutschen Kriegsschiffen der Trinkspruch ausgebracht: „Der Tag!“ (an dem die deutsche Flotte die britische in der Nordsee besiegen werde), von Anfang bis zu Ende eine unsinnige Lüge sei? Die britische Marine glaubte an diese, gegenwärtig durch Ernst Lissauers temperament-

volles „Haß“-Gedicht und seine Übersetzung ins Englische unausrottbar gemachte Legende steif und fest weiter. Konnte sie sich doch auf die Gepflogenheit ihrer eigenen Minister berufen, die jede, aber auch jede Verstärkung der Marine in allen diesen Jahren mit Berufung auf das angeblich gefahrdrohende Wachstum einzig und allein der deutschen Flotte zu begründen suchten. So konnte das von den maßgebenden Kreisen Deutschlands immer wieder ausgestreute und liebevoll gehegte Saatkorn des auf gegenseitiger Achtung beruhenden Vertrauens natürlich nicht gedeihen. Die Distel des Hetzworts von der heraufkommenden „deutschen Hegemonie“ überwucherte und erstickte es.

Die Nachwehen des Kaiserlichen Novemberſturms von 1908 hatten Mitte Juli 1909 der Kanzlerschaft Bülows ein vorzeitiges Ende bereitet. Die damit unfehlbar zusammenhängende einstweilige Unsicherheit in der politischen Gruppierung brachte eine vorübergehende Abschwenkung Italiens mit sich, das dem durch die unfreiwillig geduldete Annexion Bosniens verwundeten Rußland gewissermaßen auf halbem Wege begegnete. Denn dieser Schritt Österreich-Ungarns hatte auch das italienische Mißtrauen insofern geweckt, als Rom seit langem eifersüchtig darüber gewacht hatte, daß sich Österreich-Ungarn am Balkan nicht „au delà de Mitrovitza“ vergrößere*); und obgleich Freiherr von Aehrenthal zur Kundgebung seiner Abneigung gegen den ihm zugemuteten „Vormarsch auf Saloniki“ die freiwillige Räumung des Sandschaks Novibazar gleichzeitig verfügt (und am 28. Oktober durchgeführt) hatte, ließ sich Italien damals nicht von dem Argwohn abbringen, daß Wien eine unbequeme

*) Vgl. hierzu v. Sosnoskys „Balkanpolitik“ II, S. 268.

Ausdehnung „am andern Ufer der Adria“ plane. Daraus wird es ohne weiteres verständlich, daß es, in erlaubter Benutzung der vom Dreibundvertrag offengelassenen Latitüden, zum Schutze vor unliebsamen Möglichkeiten eine dritte Rückversicherung abschloß, die mit Rußland. Dieses Vorkommnis verdient im Rahmen der jüngsten Erfahrungen eine gesonderte Beleuchtung (im Sonderabschnitt „Die italienische Neutralität“).

König Eduards Ende. Potsdam.

Hatte das Jahr 1909 durch Italiens Extratouren von Baja (Empfang Eduards VII. am 29. April) und von Racconigi (Besuch des Zaren am 24. Oktober unter ostentativer Umgehung österreich-ungarischen Bodens), durch die Aussprache König Eduards mit dem französischen Premier Clemenceau in Paris am 16. April, dem am 15. August das durch Cartwrights Anwesenheit gewürzte Marienbader Frühstück mit dem inzwischen durch Delcassé Gestürzten folgte, endlich durch die mit Flottenparaden verbundenen Empfänge des Zaren in Cherbourg am 31. Juli und in Spithead am 2. August einen mehr als beunruhigenden Eindruck hinterlassen, so schien sich mit dem Jahre 1910 der stark verdunkelte politische Horizont erfreulich aufzuhellen. Am 20. März setzte die russische Regierung die Mächte von den Verhandlungen in Kenntnis, die das Petersburger und das Wiener Kabinett miteinander gepflogen hatten; nachdem dabei festgestellt worden sei, daß zwischen beiden hinsichtlich des Balkans volle Übereinstimmung in den politischen Grundsätzen bestehe, seien die normalen Beziehungen zwischen beiden Regierungen wiederhergestellt worden. Am Tage darauf leugnete

der britische Premier Asquith das Vorhandensein eines britisch-französischen Mittelmeer-Abkommens militärischer oder maritimer Natur. Und am 6. Mai starb der britische König, der in konstitutionellen Formen als tätigster Diplomat seines Landes die Einkreisung Deutschlands im Umherziehen besorgt hatte: Eduard VII., den Asquith am 11. Mai vor dem Unterhaus in meisterhaftem Verdrehen als Peacemaker, den Weltfriedensstifter, rühmte.

Ein Hauptstein des Anstoßes war damit hinweggeräumt: so viel war sicher. Aber eine wirkliche Besserung der Verhältnisse wurde damit, das sollte sich freilich erst viel später herausstellen, nicht erreicht. Ja, man darf behaupten: die Lage verschlimmerte sich sogar. Denn war man in Deutschland angesichts des anerkannt gefährlichen Einflusses König Eduards auf seiner Hut gewesen, so war man nun, nach seinem Tode, geneigt, die Dinge von der rosigsten Seite zu betrachten. Hatte man noch im Februar 1909 den Aufenthalt des britischen Königs in Berlin richtig als Schaumschlägerei ohne reellen Hintergrund eingeschätzt, so ergab man sich jetzt zu unvermittelt der holden Täuschung, alle Gefahren, die den europäischen Frieden bedroht hatten, seien mit einem Male verschwunden.

Und das hatte die große Lüge von Potsdam fertiggebracht. Am 17. Oktober 1910 hatte der britische Gesandte in Teheran der persischen Regierung angekündigt, seine Regierung werde zur Sicherung des Handels in Südpersien Maßregeln durch eigene Machtmittel ergreifen, falls dort nicht innerhalb dreier Monate die Ruhe wiederhergestellt sei. Diese britische Drohung veranlaßte Rußland, das sie als eigenmächtigen Vorstoß und Verletzung des Abkommens von 1907 ansah,

den schon damals geäußerten Wünschen Deutschlands nach Berücksichtigung seiner persischen Interessen nunmehr näherzutreten. Am 4. November 1910 war Zar Nikolaus II. in Wildpark eingetroffen, und am Tage darauf war zu Oranienburg eine Hofjagd abgehalten worden. Daraufhin hatte zwar Minister Ssasonow (seit Ende September Iswolskis Nachfolger) noch vorsichtig betont, daß von einem Bestreben, Rußland zu anderen politischen Kombinationen (als dem Bündnis mit Frankreich und dem Einvernehmen mit England) hinüberzuziehen, keine Rede sein könne; es sollten nur Deutschlands Interessen, die mit der Bagdadbahn verbunden seien, gewahrt werden. Aber schon am 10. Dezember 1910 faßte der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg das Ergebnis der Potsdamer Begegnung dahin zusammen: es sei von neuem festgestellt worden, daß „sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte". Von Deutschland war dies für den Balkan und für Persien sicher ehrlich gemeint — nicht aber von Rußland. Denn der von Bethmann geprägte Wortlaut vom Wesen und Inhalt des Potsdamer Protokolls wurde von dem verantwortlichen Leiter der äußeren Politik Rußlands, entgegen dem diplomatischen Gebrauche, niemals wiederholt, sondern nur von der oppositionellen Presse Petersburgs verwertet, so oft es galt, dem diplomatischen Beamtenkörper an der Sängerbrücke eins anzuhängen, als ob er zu slavisch in deutschen Geleisen einherwandle und, was es von versteckten Bosheiten in dieser Richtung noch geben mochte. Dafür wurde unterm 19. August 1911 ein Abkommen Rußlands mit Deutschland über Persien und die Bagdadbahn veröffentlicht, das nur die russische Ver-

sicherung brachte, dem deutschen Riesenunternehmen keine Schwierigkeiten mehr in den Weg stellen, sondern im Gegenteile seinen Anschluß an das russisch-nordpersische Bahnnetz über Chanykin fördern zu wollen — das war alles. Ein magerer Ersatz. Und der peinliche Eindruck, daß wir uns wieder einmal über den tatsächlichen Ertrag einer internationalen Vereinbarung allzu optimistisch getäuscht hatten, verstärkt sich, wenn wir uns rasch die übrigen Hauptvorgänge des Jahres 1911 vergegenwärtigen.

Delcassé redivivus.

Eins der markantesten Ereignisse ist und bleibt entschieden das Wiederaufkommen Théophile Delcassés. Als am 1. März 1911 der Senator Monis das Kabinett bildete, das das Ministerium Briand ersetzen sollte, übernahm der überzeugte Vertreter des Ententegedankens das Marineportefeuille und hatte die Genugtuung, daß sein Voranschlag am 7. März mit überragender Mehrheit angenommen wurde, obwohl sein Festhalten am 30,5 cm-Geschütz von einigen Fachleuten getadelt wurde. In dieselbe Zeit fiel auch eine Wiederholung des bei den Parlamenten des herzlichen Einvernehmens überaus beliebten Frage- und Antwortspiels: sind feste Verpflichtungen vorhanden oder nicht? Am 2. Februar hatte der damalige französische Minister des Äußern Pichon die vollkommene Innigkeit der Entente cordiale ungestümen Zweiflern gegenüber einwandfrei festgestellt. Nicht nur habe ihn Rußland über alle Phasen seiner Verhandlungen mit Deutschland über Persien und die Bagdadbahn genau auf dem Laufenden gehalten, sondern auch sonst hörten die Partner nicht auf, sich über alle Fragen, die sie interessierten, zu unterhalten und ihre Anstrengungen zu

demselben Ziele zu vereinigen, einem Ziele des Friedens, aber auch der Würde. Möglicherweise nahm diese Erklärung der englische Arbeiterparteiler F. W. Jowett am 8. März zum Anlaß, um an Grey die neugierige Frage zu richten, ob während seiner Amtsführung den Franzosen versprochen worden sei, daß in gewissen Fällen britische Truppen zu ihrer Unterstützung entsendet werden würden. Natürlich antwortete das Auswärtige Amt mit Nein. Es konnte das mit gutem Gewissen tun; denn die Verneinung bezog sich selbstverständlich nur auf die unmittelbare Aktualität einer materiellen Verbindlichkeit — und eine solche war in der Tat damals noch nicht verwirklicht. Vielmehr bildete dies einen Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen den beiden Mächten, solange die Neuorganisierung des britischen Landheeres, die Vorbedingung einer brauchbaren Expedition nach dem Festlande, noch nicht durchgeführt war (im Grund ist sie es, trotz Roberts, heute noch nicht). Damals schwebten nur Erwägungen über die Art des militärischen Zusammenwirkens; jedenfalls hatten 1910 die Besprechungen, die über die diplomatische Vorstufe hinaus bereits einen technischen und praktischen Charakter angenommen hatten, kein abschließendes Ergebnis gehabt. Nur über die Flotten war man sich längst klar: die britischen Geschwader waren ja namentlich aus dem Mittelmeere, dessen Verteidigung im großen ganzen den Franzosen überlassen wurde, nach dem Kanal und der Nordsee gezogen worden, wo neue britische Flottenstützpunkte geschaffen wurden (so Rosyth am Firth of Forth seit 1908; vgl. oben, S. 16). Demnach hatten die beiden Regierungen die gleichzeitige und solidarische Mobilmachung der französischen und der britischen Marinestreitkräfte längst formell vorausbestimmt. Freilich,

ohne daß darüber ein schriftlicher Staatsvertrag abgeschlossen worden wäre: eben, um es jederzeit vor den Volksvertretern ableugnen zu können, blieb es beim mündlichen Eventualabkommen.

Belgien optiert für Frankreich.

Aber das alles hätte die breite Öffentlichkeit kaum sonderlich aufgeregt: die Unruhe kam wieder einmal von Marokko her. Es ist ja noch in aller Erinnerung, welch ungeheure Erregung Anfang Juli 1911 die Entsendung des Kreuzers „Panther" nach Agadir verursacht hat. Die Dinge standen mehrere Male tatsächlich auf des Messers Schneide. Besonders bezeichnend für die damalige Schwäche ist der berühmt gewordene Satz: „Nun folgte eine Periode des Schweigens" in Greys Erzählung von der Entwicklung der marokkanischen Krisis (Unterhausrede vom 27. November).

In diesem Zusammenhange darf auch darauf hingewiesen werden, daß in jenen gewitterdrohenden Monaten das belgische Problem Gestalt zu nehmen beginnt. Das Heeresgesetz vom November 1909 hatte versagt; und am 19. Dezember 1911 erklärte Senator Hanrez: im Fall eines deutsch-französischen Konflikts sei Belgien genötigt, sich für die eine oder andere der beiden Nationen zu erklären. Habe man schlechthin Vertrauen zu den Neutralitätsverträgen, dann sei es auch nicht nötig, für die Erhaltung eines Heeres 80 Millionen Franks jährlich auszugeben.

„Für die eine oder die andere der beiden Nationen": dies Entweder-Oder sollte knapp drei Jahre später eine sehr merkwürdige Entscheidung finden. Aber schon damals, Ende 1911, hatte man sich die Antwort in den maßgebenden Kreisen Belgiens sehr einseitig

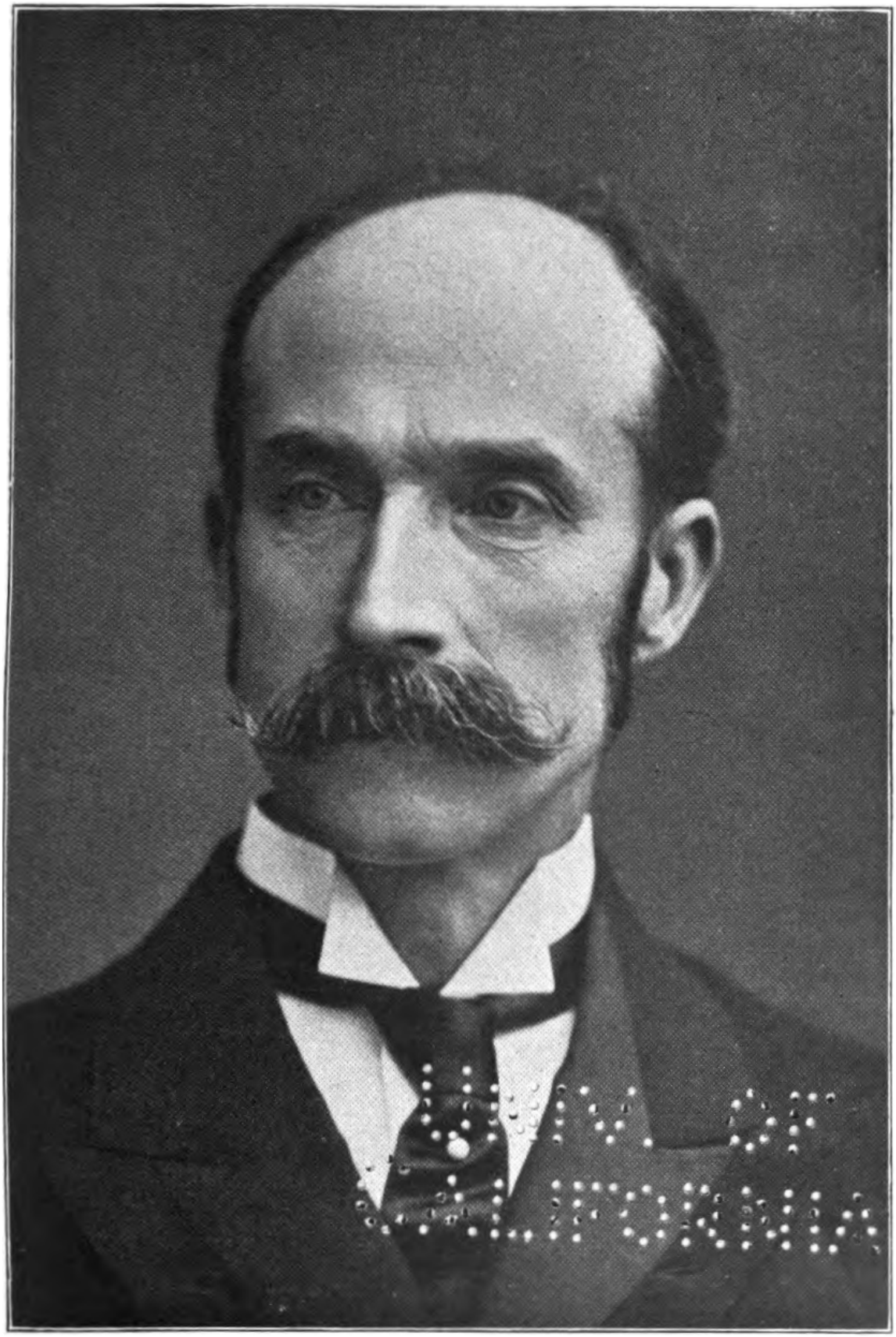
zugunsten Frankreichs zurechtgelegt. Darüber sind wir seit kurzem einwandfrei unterrichtet.

Das im Brüsseler Archive des belgischen Generalstabs, Herbst 1914, vorgefundene militärische Material erfährt eine wertvolle Ergänzung durch einen ebenfalls bei den Geheimpapieren befindlichen Bericht des langjährigen belgischen Gesandten in Berlin, Baron Greindl's, an den belgischen Minister des Äußern, worin mit großem Scharfsinn die dem englischen Angebot zugrunde liegenden Hintergedanken enthüllt werden und worin der Gesandte auf das Bedenkliche der Situation hinweist, in die sich Belgien durch eine einseitige Parteinahme zugunsten der Ententemächte begeben habe. In dem sehr ausführlichen Bericht, der vom 23. Dezember 1911 datiert ist, führt Baron Greindl aus, der ihm mitgeteilte Plan des belgischen Generalstabs für die Verteidigung der belgischen Neutralität in einem deutsch-französischen Kriege beschäftige sich nur mit der Frage, was für militärische Maßnahmen für den Fall zu ergreifen seien, daß Deutschland die belgische Neutralität verletze. Die Hypothese eines französischen Angriffs auf Deutschland durch Belgien habe aber gerade soviel Wahrscheinlichkeit für sich. Der Gesandte führt dann wörtlich folgendes aus:

„Von der französischen Seite her droht die Gefahr nicht nur im Süden von Luxemburg. Sie bedroht uns auf unserer ganzen gemeinsamen Grenze. Für diese Behauptung sind wir nicht nur auf Mutmaßungen angewiesen. Wir haben dafür positive Anhaltspunkte.

Der Gedanke einer Umfassungsbewegung von Norden her gehört zweifellos zu den Kombinationen der Entente cordiale. Wenn das nicht der Fall wäre, so hätte der Plan, Vlissingen zu befestigen, nicht ein solches Geschrei in Paris und London hervorgerufen.

Man hat dort den Grund gar nicht verheimlicht, aus dem man wünschte, daß die Schelde ohne Verteidigung bliebe. Man verfolgte dabei den Zweck, unbehindert eine englische Garnison nach Antwerpen überführen zu können, also den Zweck, sich bei uns eine Operationsbasis für eine Offensive in der Richtung auf den Niederrhein und Westfalen zu schaffen und uns dann mit fortzureißen, was nicht schwer gewesen wäre. Denn nach Preisgabe unseres nationalen Zufluchtsortes hätten wir durch unsere eigene Schuld uns jeder Möglichkeit begeben, den Forderungen unserer zweifelhaften Beschützer Widerstand zu leisten, nachdem wir so unklug gewesen wären, sie dort zuzulassen. Die ebenso perfiden wie naiven Eröffnungen des Obersten Barnardiston zur Zeit des Abschlusses der Entente cordiale haben uns deutlich gezeigt, um was es sich handelte. Als es sich herausstellte, daß wir uns durch die angeblich drohende Gefahr einer Schließung der Schelde nicht einschüchtern ließen, wurde der Plan zwar nicht aufgegeben, aber dahin abgeändert, daß die englische Hilfsarmee nicht an der belgischen Küste, sondern in den nächstliegenden französischen Häfen gelandet werden sollte. Hierfür zeugen auch die Enthüllungen des Kapitäns Faber, die ebensowenig dementiert worden sind wie die Nachrichten der Zeitungen, durch die sie bestätigt oder in einzelnen Punkten ergänzt worden sind. Diese in Calais und Dünkirchen gelandete englische Armee würde nicht an unserer Grenze entlang nach Longwy marschieren, um Deutschland zu erreichen. Sie würde sofort bei uns von Nordwesten her eindringen. Das würde ihr den Vorteil verschaffen, sofort in Aktion treten zu können, die belgische Armee in einer Gegend zu treffen, in der wir uns auf keine Festung stützen können, falls wir



Henry Marquess of Lansdowne,
November 1900 bis 4. Dezember 1905 britiſcher Staatsſekretär des Auswärtigen.



Sir Edward Grey,
seit 10. Dezember 1905 britiſcher Staatsſekretär des Äußern.

eine Schlacht riskieren wollen. Es würde ihr ermöglichen, an Ressourcen aller Art reiche Provinzen zu besetzen, auf alle Fälle aber unsere Mobilmachung zu behindern oder sie nur zuzulassen, nachdem wir uns formell verpflichtet hätten, die Mobilmachung nur zum Vorteil Englands und seines Bundesgenossen durchzuführen. Es ist dringend geboten, im voraus einen Schlachtenplan für die belgische Armee auch für diese Möglichkeit aufzustellen. Das gebietet sowohl das Interesse an unserer militärischen Verteidigung als auch die Führung unserer auswärtigen Politik im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich."

Diese Ausführungen von vorurteilsfreier Seite stellen in überzeugender Weise die Tatsache fest, daß dasselbe England, das sich jetzt als Schirmherr der belgischen Neutralität gebärdet, Belgien zu einer einseitigen Parteinahme zugunsten der Ententemächte bestimmt und daß es zu einem Zeitpunkte sogar an eine Verletzung der holländischen Neutralität gedacht hat. Des weiteren erhellt daraus, daß die belgische Regierung, indem sie den englischen Einflüsterungen Gehör schenkte, sich eine schwere Verletzung der ihr als neutraler Macht obliegenden Pflichten hat zuschulden kommen lassen. Die Erfüllung dieser Pflichten hätte es erheischt, daß die belgische Regierung in ihren Verteidigungsplänen auch die Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich vorgesehen und daß sie für diesen Fall analoge Vereinbarungen mit Deutschland getroffen hätte wie mit Frankreich und England. Die aufgefundenen Schriftstücke bilden einen dokumentarischen Beweis für die den maßgebenden deutschen Stellen lange vor Kriegsausbruch bekannte Tatsache der belgischen Konnivenz mit den Ententemächten.

Sie dienen als eine Rechtfertigung für unser militärisches Vorgehen und als eine Bestätigung der der deutschen Heeresleitung zugegangenen Informationen über die französischen Absichten. Sie mögen dem belgischen Volke die Augen darüber öffnen, wem es die Katastrophe zu verdanken hat, die jetzt über das unglückliche Land hereingebrochen ist.

* * *

Man wird nicht irregehen, wenn man annimmt, daß die Debatte vom Dezember 1911 den Anstoß zur belgischen Heeresreform von 1912 gegeben hat, die, wie wir erst 1914 erfahren haben, damals den Belgiern von Frankreich und England in zartfühlender Weise nahegelegt worden ist. Minister de Broqueville gab am 12. November 1912 das Programm bekannt, die Militärreform (Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht) erscheine geboten durch die Rolle, die Belgien bei einem etwaigen Kampfe der Westmächte Europas unter Umständen spielen könne. Deutlicher braucht die Abhängigkeit des belgischen Militärgesetzes von den britisch-französischen Plänen kaum gekennzeichnet zu werden.

Der Fall Cartwright.

Doch ehe wir ganz zu den Vorkommnissen des Jahres 1912 übergehen, muß noch ein unliebsames Zwischenspiel des voraufgegangenen Jahres wenigstens kurz gestreift werden, die Geschichte mit dem Interview des britischen Botschafters in Wien, Sir Fairfax Cartwrights, ohne Namen, aber unter unverkennbarer Anspielung auf ihn durch Dr. Münz veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse“ vom 24. August 1911. Mit einer bei aktiven Diplomaten ungewöhnlichen Schärfe

und Gehässigkeit wurden darin die deutschen Verhandlungen mit Frankreich über die Marokkokompensation kritisiert. Die Tat von Agadir sei das Werk einer Clique, hinter der nicht das Volk stehe; England, über dessen Stimmung Berlin schlecht unterrichtet sei, verurteile Deutschlands Haltung entschieden usw. usw. Obwohl die deutsche Mißstimmung über diese auffallende Entgleisung offen kundgegeben wurde, brachte es Großbritannien fertig, den ungeschickten Schwätzer offiziell zu halten bis in den Hochsommer 1913 (Rücktritt Cartwrights am 26. August 1913). So steuerte auch dieser Zwischenfall sein Steinchen bei zu den mancherlei Enttäuschungen und Gefahren des Jahres 1911, die lediglich Deutschlands Mäßigung im Marokkovertrage vom 4. und 16. November noch in zwölfter Stunde glücklich beschwor.

Die Maschen des Netzes werden enger gezogen.

Darüber war man sich in ziemlich weiten Kreisen Deutschlands allgemach klar geworden, daß es sich von den ringsum lauernden Nachbarn keines Erbarmens zu versehen haben würde, wenn es einmal aufhören sollte auf der Hut zu sein. Denn an dem Netze, das im Herbst 1911 beinahe zusammengezogen worden wäre, wenn sich die Entente damals schon fertig und des Sieges sicher gefühlt hätte, wurde 1912 nun erst recht fleißig weiter gearbeitet, damit die ersehnte Beute ja nicht entschlüpfen könne.

Nach einer Londoner Meldung vom Anfang Oktober 1914 hat der britische Premierminister Asquith kurz vorher in einer Ansprache zu Cardiff erklärt:

„Unsere Regierung richtete 1912 eine Mitteilung an die deutsche Regierung über unsere künftigen Beziehungen zu Deutschland. In dieser Mitteilung wurde erklärt, daß England Deutschland nicht angreifen noch einen Angriff auf Deutschland unterstützen werde, den Deutschland nicht herausforderte. Dies genügte der deutschen Politik nicht. Deutschland wünschte, daß wir noch weitergehen und uns zur Wahrung strengster Neutralität verpflichten sollten, für den Fall, daß Deutschland sich in einem Kriege befände. Auf dieses Ersuchen konnte nur eine Antwort erfolgen, und die englische Regierung gab sie."

Dazu bemerkte die „Nordd. Allg. Zeitung" vom 5. Oktober 1914 folgendes:

„Diese ‚Enthüllung' des Herrn Asquith ist zeitgemäß. Englands Beteiligung an dem gegenwärtigen Kriege, der nicht von Deutschland, sondern von Rußland provoziert worden ist, beweist, wie richtig die deutsche Regierung den Wert englischer Zusicherungen einschätzte, indem sie die damalige Erklärung der englischen Regierung als ungenügend ansah. Die Äußerung des englischen Premierministers wirft aber auch wieder ein bezeichnendes Licht auf die Behauptung der englischen Regierung, daß lediglich die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland das Eingreifen Englands in den Krieg herbeigeführt habe. Wenn, nach den bekannten Erklärungen Sir E. Greys im Unterhaus und dem Fürsten Lichnowsky gegenüber Zweifel in diesem Punkt überhaupt noch bestehen konnten, so erfährt nunmehr die Welt auch noch aus dem Munde der kompetentesten Persönlichkeit in England, daß die englische Regierung bereits im Jahre 1912 entschlossen war, an einem europäischen Krieg

an der Seite der Gegner Deutschlands unter allen Umständen teilzunehmen."

Welchen Einfluß damals schon und wieder Delcassé ausübte, der geheime Inspirator des Revanchegedankens und willfährige Helfershelfer bei der Einkreisung Deutschlands, das zeigte sich Anfang 1912 bei der Krisis, die das Ministerium Caillaux zu Falle brachte: seine Rekonstruktion kam lediglich deshalb nicht zustande, weil Delcassé erklärte, nur dann die äußeren Angelegenheiten an Stelle des angeblichen Deutschfreundes de Selves übernehmen zu wollen, wenn er die Marine einem „bedeutenden" Nachfolger ausfolgen könne — und der fand sich eben nicht. Endlich gelang die Bildung eines Kabinetts Poincaré, und Delcassé wurde abermals Marineminister. Wenn auch diese Ränke und Machenschaften mehr in das Kapitel der inneren Politik Frankreichs gehören — bezeichnend ist es jedenfalls, daß auch heute noch Poincaré als Präsident der Republik und Delcassé als Minister des Äußeren im erweiterten Kabinett Viviani die führenden Geister der Deutschfeinde in Front bedeuten.

Von welcher Gesinnung diese beiden Staatsmänner beseelt sind, lehren folgende Vorgänge: als am 1. März 1912 ein Antrag Piou auf dem Weg einer Verfassungsänderung den Abschluß von Geheimverträgen verbieten wollte, lehnte ihn die Deputiertenkammer ab, nachdem Premier Poincaré erklärt hatte, kein Staat könne Geheimverträge entbehren. Wenig später, am 14. Juni, sprach er sich etwas ausführlicher darüber aus. Die Beziehungen zu Rußland und zu England seien, so sagte er, niemals besser gewesen als jetzt. Wenn auch die Entente cordiale einer Urkunde ermangele, so habe sie doch die Mehrheit der beiden Völker für sich. Währenddes arbeitete Winston Churchill

chill, seit Okt. 1911 Erster Lord der Admiralität, der am 9. Februar 1912 in Glasgow eine große Flotte „für die Deutschen mehr eine Art Luxus“ genannt hatte, energisch an der Weiterbildung des Einverständnisses zum festen Bündnis, erlangte aber anscheinend im Sommer noch nicht die Zustimmung seiner Ministerkollegen zu seiner aggressiven Politik. Er bemäntelte das in seiner großen Flottenergänzungs-Programmrede vom 22. Juli 1912 damit, daß im Mittelmeere ja doch nicht mit einer gemeinsamen Gegnerschaft Österreich-Ungarns und Italiens zu rechnen sei („deren vergangene Geschichte nicht frei von Differenzen gewesen sei und die niemals eine Zwistigkeit mit England gehabt hätten“: Anspielung auf den zweiten Rückversicherungsvertrag Italiens; siehe Guicciardinis Senatserklärung vom 24. April 1906). Man muß hierbei daran erinnern, daß im Mai Premier Asquith und Marineminister Churchill über Genua zur Besichtigung der Marineanlagen von Malta und Gibraltar eine Inspektionsreise nach dem Mittelmeer unternommen hatten, die berechtigtes Aufsehen erregt hatte, weil zu den Konferenzen auf Malta auch Lord Kitchener, der jetzige Kriegsminister, erschien. Der allzu deutschfreundliche Kriegsminister, Viscount Haldane, erhielt am 10. Juni seinen Abschied. Die ergänzenden Maßnahmen Frankreichs traf Delcassé im September durch eine auffallende Konzentrierung seiner Schlachtschiffe im Mittelmeer. Und wenn auch die gegen diese Rücksetzung Brests sofort einsetzende Bewegung vorübergehend Erfolg hatte — fortan galt es als politisches Axiom: Großbritannien übernimmt den Schutz der französischen Nordküste, Frankreich den der mediterranen Interessen Englands. Daraus resultiert u. a. die Ablehnung der Neutralitätsanregungen Deutschlands

vom 29. Juli 1914 (Brit. Weißbuch Nr. 85) und vom 1. August (ebendort Nr. 123).

Das russisch-französische Marineabkommen.

Aber das war nur die britisch-französische Seite der Ententerüstung gegen Deutschland. Die französisch-russische Ergänzung war ungefähr zu derselben Zeit zu Paris glücklich geschaffen worden. War dem russisch-französischen Bündnis vom 22. August 1891 schon 1892 in Petersburg eine militärische Vereinbarung zugefügt worden, die in den letzten Jahren gelegentlich der großen Manöver usw. sicherlich wiederholt modernisiert und vervollkommnet worden ist, so hatte am 13. Juli 1912 der russische Marinegeneralstabschef Konteradmiral Fürst Lieven zu Paris eine Abmachung über das künftige Zusammenwirken der beiden Flotten vereinbart. Diese zeitgemäße Weiterentwicklung der 92er Militärkonvention (mise au point) zu einem Bündnis, das sich gleichzeitig auf Heer und Flotte erstreckt, fand äußerlich ihre Bezeugung oder, wie manche meinten, ihre schriftliche Unterzeichnung zu Petersburg durch Poincaré am 11. August 1912. Das offizielle Communiqué (vom 16. August) sprach ausdrücklich davon, daß die Entente der beiden befreundeten und verbündeten Länder „fortschreitend" allen Bedürfnissen angepaßt sei, die ein Bündnis vorhersehen müsse. Die russische Reaktion darauf bildeten das sog. kleine Flottenprogramm für 1913 über 130 Millionen Mark und die geheime Vorlage mit einem verstärkten Flottenbau für die Zeit bis 1916 (November 1912).

Und während Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, der gegenwärtige Generalissimus, an den französischen Herbstübungen teilnahm, weilte der Minister des Äußern Ssasonow in London und auf Balmoral.

Das Reutertelegramm vom 23. September 1912 betonte ausdrücklich, daß das künftige Zusammengehen Englands und Rußlands bei jeder diplomatischen Aktion sich nicht etwa bloß auf Persien, sondern auf die allgemeine internationale Lage beziehe. Auf der Rückreise von England besprach sich Sfasonow am 2. Oktober in Paris mit Poincaré und Fallières; wahrscheinlich nicht bloß über die Wirren und Geheimverträge am Balkan *).

Das Schlußstück.

Wie ein Hohn wirkt hinterher die Erinnerung daran, daß genau zu jener Zeit, Mitte November, der „Verständigungs"-Botschafter Fürst Lichnowsky sein dornenvolles Amt in London angetreten hat. Erleichtert wurde ihm dies nur dadurch, daß er — wie wir alle — noch keine Ahnung hatte, wie weit schon die Dinge auf der Gegenseite gediehen waren. Denn die Bekanntschaft mit der urkundlichen Bekräftigung des Hauptergebnisses all der bisherigen Diplomatenbesprechungen und Generalstabsreisen ist uns allen erst vor wenigen Wochen vermittelt worden durch Veröffentlichung des grundlegenden, den Eventualvertrag im entscheidenden Augenblicke selbsttätig in ein festes Bündnis verwandelnden Briefwechsels zwischen Sir Edward Grey und dem Londoner Botschafter Frankreichs, Herrn Paul Cambon. Dieser einschneidende Austausch zweier trotz aller Kautelen bindenden Schriftstücke bildet den Abschluß der 1903 eingeleiteten Einkreisung Deutschlands; vgl. Nr. 105 des Britischen Weißbuchs vom 30. Juli 1914. Die Korrespondenz hat folgenden Wortlaut:

*) Ihren Wortlaut findet man bei Th. v. Sosnosky, „Balkanpolitik" II, 272—275.

Brief Sir E. Greys an den französischen Botschafter Paul Cambon.

Foreign Office, November 22, 1912.

My dear Ambassador! From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether or not to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not, and ought not to be regarded as an engagement that commits either Government to action in a contingency that has not arisen and may never arise. The disposition, for instance, of the French and British fleets respectively at the present moment is not based upon an engagement to cooperate in war.

You have, howewer, pointed out that, if either Government hat grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.

I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the General Staffs would at once be taken into consideration, and the Governments would then decide, what effect should be given to them.

Zu deutsch:

Mein lieber Botschafter! Von Zeit zu Zeit in den letzten Jahren haben die französischen und die britischen Marine- und Militärfachleute miteinander beraten. Es hat sich dabei immer von selbst verstanden, daß solche Beratung nicht die Freiheit einer jeden Regierung einschränke, in irgendwelcher Zukunft zu entscheiden, ob dem andern mit bewaffneter Macht beizustehen sei oder nicht. Wir sind übereingekommen, daß diese Beratung zwischen den Fachleuten weder jetzt noch in Zukunft als eine Verpflichtung für die Regierungen angesehen werden soll, in gewissen Fällen, die sich noch nicht ereignet haben und die sich niemals ereignen mögen, handelnd einzugreifen. Die Anordnung z. B. der britischen und der französischen Flotte bezüglich des gegenwärtigen Augenblicks ist nicht gegründet auf eine Verpflichtung zum Zusammenwirken im Kriege.

Sie haben indessen darauf hingewiesen, daß, wenn eine der beiden Regierungen gewichtigen Grund hätte, einen nicht herausgeforderten Angriff von einer dritten Macht zu erwarten, es wesentlich sein würde, zu wissen, ob sie bei einem solchen Ereignis auf die bewaffnete Hilfe der andern rechnen könnte.

Ich stimme damit überein, daß, wenn eine der beiden Regierungen gewichtigen Grund hätte, einen nicht herausgeforderten Angriff von einer dritten Macht oder sonst etwas den allgemeinen Frieden Bedrohendes zu erwarten, sie sofort mit der andern erörtern sollte, ob beide Regierungen zusammen handeln sollen, um dem Angriff zuvorzukommen und den Frieden zu bewahren, und wenn, welche Maßnahmen sie zu gemeinsamem Vorgehen vorbereiten sollen. Wenn diese Maßnahmen zum Eingreifen führen sollten, wären die Pläne der Generalstäbe zunächst in

Betracht zu ziehen, und die Regierungen würden dann entscheiden, welche Folge ihnen gegeben werden soll.

Brief des französischen Botschafters M. Paul Cambon an Sir E. Grey.

Londres, le 23 Novembre 1912.

Par Votre lettre en date d'hier 22 Novembre, Vous m'avez rappelé que dans ces dernières années les autorités militaires et navales de la France et de la Grande Bretagne s'étaient consultées de temps en temps; qu'il avait toujours été entendu que ces consultations ne restreignaient pas la liberté pour chaque Gouvernement de décider dans l'avenir s'ils se prêteraient l'un l'autre le concours de leurs forces armées; que de part et d'autre ces consultations entre spécialistes n'étaient et ne devaient pas être considérées comme des engagements obligeant nos Gouvernements à agir dans certains cas; que cependant je Vous avais fait observer que si l'un ou l'autre Gouvernement avait de graves raisons d'appréhender une attaque non provoquée de la part d'une tierce Puissance, il deviendrait essentiel de savoir s'il pourrait compter sur l'assistance armée de l'autre. Votre lettre répond à cette observation et je suis autorisé à Vous déclarer que dans le cas où l'un de nos Gouvernements aurait un motif grave d'appréhender soit l'agression d'une tierce Puissance soit quelque événement menaçant pour la paix générale, ce Gouvernement examinerait immédiatement avec l'autre si les deux Gouvernements doivent agir de concert en vue de prévenir l'agression ou de sauvegarder la paix. Dans ce cas, les deux Gouvernements déli-

béraient sur les mesures qu'ils seraient disposés à prendre en commun; si ces mesures comportaient une action, les deux Gouvernements prendraient aussitôt considération les plans de leurs Etats-Majors et décideraient alors de la suite qui devrait être donnée à ces plans.

Zu deutsch:

Durch Ihren Brief vom gestrigen 22. November haben Sie mich daran erinnert, daß in diesen letzten Jahren die Militär- und Marinebevollmächtigten Frankreichs und Großbritanniens sich von Zeit zu Zeit beraten haben, und daß dies stets so verstanden wurde, daß diese Beratungen nicht die Freiheit jeder Regierung beschränkten, in der Zukunft zu entscheiden, ob eine der anderen bewaffnete Hilfe leihen wolle und daß ferner nach Übereinkunft diese Beratungen weder jetzt noch künftig angesehen werden sollten als eine Verpflichtung, die unsere Regierungen in gewissen Fällen zum Eingreifen verbände, daß ich indessen Sie darauf aufmerksam machte, wenn die eine oder andere Regierung gewichtige Gründe habe, einen nicht herausgeforderten Angriff von einer dritten Macht zu erwarten, würde es wesentlich sein, zu wissen, ob sie auf die bewaffnete Hilfe der andern zählen könnte. Ihr Brief antwortet auf diese Bemerkung, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß, wenn eine unserer beiden Regierungen gewichtigen Grund hätte, entweder einen Angriff einer dritten Macht oder irgendein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu erwarten, diese Regierung sofort mit der andern beraten würde, ob die beiden Regierungen zusammen handeln sollen, um dem Angriff zuvorzukommen oder den Frieden zu bewahren. In diesem Falle würden die beiden Regierungen über die gemeinsamen Maß-

nahmen beraten, welche sie zu ergreifen gedenken. Wenn diese Maßnahmen zu einem gemeinsamen Vorgehen führen sollten, würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Betracht ziehen und dann über die Folge entscheiden, welche diesen Plänen gegeben werden solle.

So weit der Notenaustausch zwischen Grey und Cambon, der, wie die peinlich wiederholten Hauptwendungen lehren, weniger einem privaten Briefwechsel gleicht als einem förmlichen Staatsvertrage. Grey oder sein Partner brauchte nun, wenn es ihm angezeigt erschien, bloß auf diesen elektrischen Knopf zu drücken, um die ganze Maschinerie sofort in Gang zu bringen.

Genaue Kenntnis davon hat das Auswärtige Amt in Berlin ein halbes Jahr später erlangt, wie folgendes (kürzlich veröffentlichte) geheime Aktenstück beweist:

„..... März 1913.

Immer enger werden die Maschen des Netzes, in die es der französischen Diplomatie gelingt England zu verstricken. Schon in den ersten Phasen des Marokkokonfliktes hat bekanntlich England an Frankreich Zusagen militärischer Natur gemacht, die sich inzwischen zu konkreten

Vereinbarungen der beiderseitigen Generalstäbe

verdichtet haben. Bezüglich der Abmachungen wegen eines Zusammenwirkens zur See erfahre ich von gewöhnlich gut unterrichteter Seite das folgende:

Die englische Flotte übernimmt den Schutz der Nordsee, des Kanals und des Atlantischen Ozeans, um

Frankreich die Möglichkeit zu geben, seine Streitkräfte im westlichen Bassin des Mittelländischen Meeres zu konzentrieren, wobei ihm als Stützpunkt für die Flotte Malta zur Verfügung gestellt wird. Die Einzelheiten beziehen sich auf die Verwendung von französischen Torpedoflottillen und Unterseebooten im Kanal und des englischen Mittelmeergeschwaders, das bei Ausbruch des Krieges dem französischen Admiral unterstellt wird.

Inzwischen hat die Haltung der englischen Regierung während der marokkanischen Krisis im Jahre 1911, in der sie sich als ein ebenso kritikloses wie gefügiges Werkzeug der französischen Politik erwiesen und durch die Lloyd-Georgesche Rede (vom 26. März) den französischen Chauvinismus zu neuen Hoffnungen ermutigt hat, der französischen Regierung eine Handhabe geboten, um einen weiteren Nagel in den Sarg zu treiben, in den die Ententepolitik die politische Entschließungsfreiheit Englands bereits gebettet hat.

Von besonderer Seite erhalte ich Kenntnis von einem Notenwechsel, der im Herbst vergangenen Jahres

zwischen Sir Edward Grey und dem Botschafter Cambon

stattgefunden hat, und den ich mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung hier vorzulegen die Ehre habe. In dem Notenwechsel vereinbaren die englische und die französische Regierung für den Fall eines drohenden Angriffs von seiten einer dritten Macht sofort in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, ob gemeinsames Handeln zur Abwehrung des Angriffs geboten sei, und gegebenenfalls, ob und

inwieweit die bestehenden militärischen Vereinbarungen zur Anwendung zu bringen sein würden.

Die Fassung der Vereinbarungen trägt mit feiner Berechnung der englischen Mentalität Rechnung. England übernimmt formell keinerlei Verpflichtung zu militärischer Hilfeleistung. Es behält dem Wortlaute nach die Hand frei, stets nur seinen Interessen entsprechend handeln zu können. Daß sich aber durch diese Vereinbarungen in Verbindung mit den getroffenen militärischen Abmachungen England de facto dem französischen Revanchegedanken bereits rettungslos verschrieben hat, bedarf kaum einer besonderen Ausführung.

Die englische Regierung spielt ein gefährliches Spiel. Sie hat durch ihre Politik in der bosnischen und in der marokkanischen Frage Krisen hervorgerufen, die Europa zweimal an den Rand eines Krieges brachten. Die Ermutigung, die sie direkt wie indirekt andauernd dem französischen Chauvinismus zuteil werden läßt, kann eines Tages zu einer Katastrophe führen, bei der englische wie französische Soldaten auf französischen Schlachtfeldern englische Einkreisungspolitik mit ihrem Blute bezahlen werden.

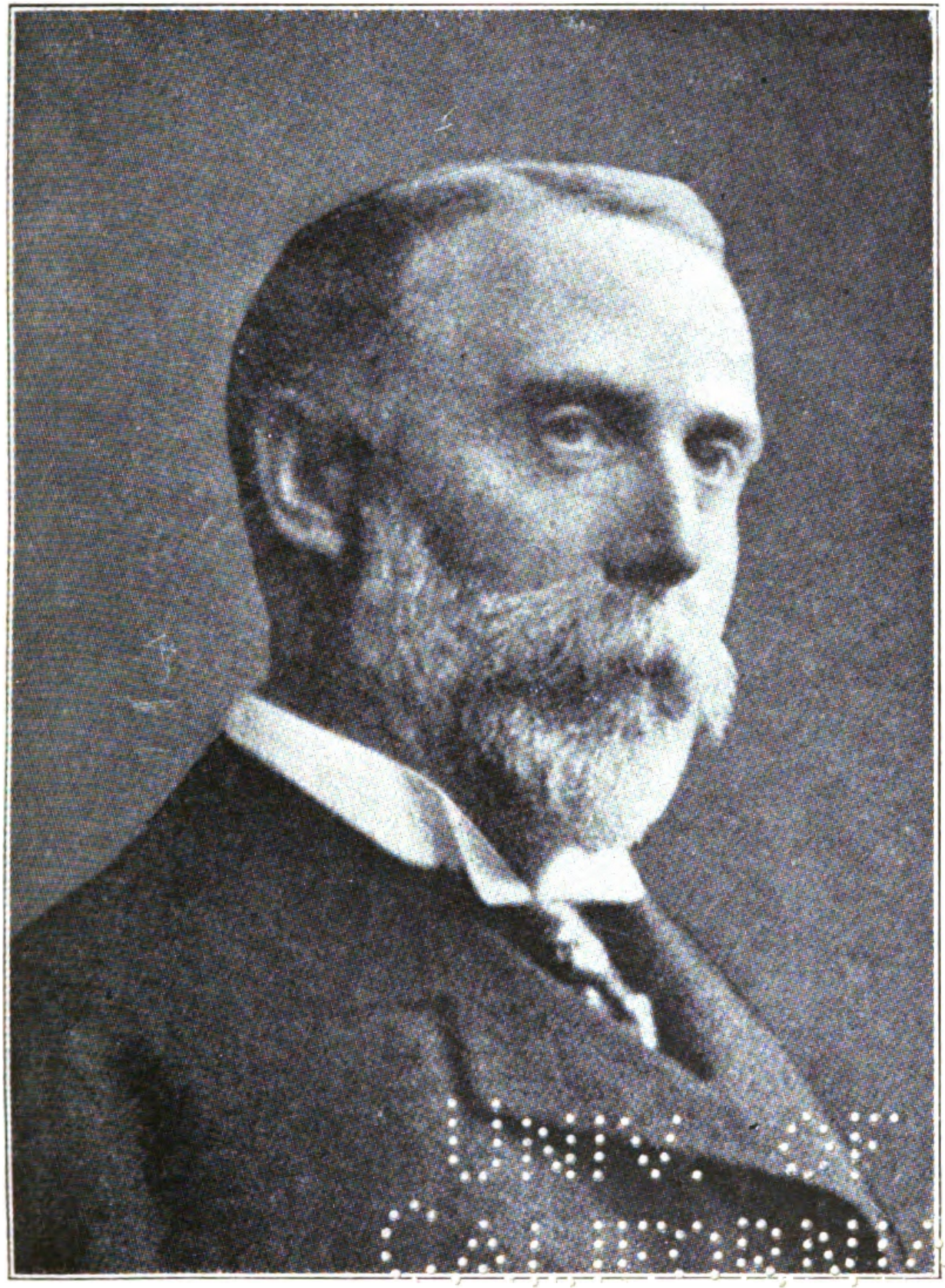
Die Saat, die König Eduard gesät hat, geht auf."

Die letzte Erneuerung des Dreibunds.

Vermutlich war davon ein leises Echo schon auf der Wende vom November zum Dezember 1912 zu den Ohren der Dreibundsstaatsmänner gelangt; vielleicht hatte auch das eben skizzierte Mittelmeerabkommen zwischen Frankreich und England auf Italien doch mehr Eindruck gemacht, als man nach Lage seiner Rückversicherungen hätte erwarten dürfen. — Wie dem auch sei: der Dreibund erneuerte seine Einung noch

vor Ablauf der gegenseitigen Verpflichtungen und erweiterte sie, wenn wir recht unterrichtet sind, zeitgemäß und zweckentsprechend durch Berücksichtigung der neuen afrikanischen Interessen Italiens unterm 5. Dezember 1912. Fatal daran war nur das eine (damals kaum beachtet), daß die Pariser Presse die ohne Zweifel ostentativ frühzeitige Erneuerung sofort mit dem Andenken an Delcassés Worte vom 3. Juli 1902 bediente, daß Italien ja in keinem Falle Werkzeug oder Gehilfe eines Angriffs auf Frankreich werden könne. So war in der Tat der Dreibund nie gemeint gewesen. Aber seine Gründer und Ergänzer hatten dabei den einen Fall (der dann leider zur Wirklichkeit werden sollte) außer acht gelassen: daß einer der beiden Partner durch Herausforderungen schlimmster Art gezwungen sein könnte, aus der jahrzehntelang beobachteten Defensive heraus wider seinen Willen und in Notwehr zur Kriegserklärung zu verschreiten.

Nichtsdestoweniger erfaßte die deutsche Reichsregierung die augenscheinliche Verschärfung der internationalen Lage richtig und beantwortete sie mit der großen Heeresvorlage von 1913. Es war ja nicht bloß der Umsturz der Dinge am Balkan, womit allein die Verstärkung der deutschen Armee gut und gerne gerechtfertigt werden konnte, sondern dazu kam auch eine Reihe beunruhigender Erscheinungen, wie die Wahl des ehrgeizigen Premiers Poincaré zum Präsidenten der Republik, die Sendung Delcassés nach Petersburg, die beleidigende Nichtaufnahme der besonderen Mission des Prinzen Hohenlohe durch den Zaren, die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich und die Einbehaltung des Jahrgangs 1910, die Manöver-, Gesandten- und Geschwaderfahrten kreuz und quer. Kurz: die Atmosphäre war mit



Sir Maurice de Bunſen,
ſeit 26. Auguſt 1913 britiſcher Botſchafter in Wien.



Sir Edward Goſchen,
ſeit 20. November 1908 britiſcher Botſchafter in Berlin.

Pulver geladen. Wahrscheinlich wäre es den Ententemächten lieber gewesen, wenn die Explosion ein oder zwei Jahre später erfolgt wäre: sie wären dann eben „fertiger“ gewesen, als es Mitte 1914 noch oder schon der Fall war. Aber daß alles auf eine Entladung über kurz oder lang hintrieb, das geht nicht nur aus dem Geschilderten hervor, sondern soll nun in einer geschlossenen Kette von Urkunden und Beweisstücken unwiderleglich dargetan werden.

Der Entscheidung entgegen.

Die erste Hälfte des Jahres 1914.

12. Januar. An Stelle des endgültig nach Frankreich zurückkehrenden Botschafters Delcassé wird der Ministerialdirektor Paléologue zum französischen Botschafter in Petersburg ernannt.

Ein französischer Prophet.

Der französische Prätendent Philipp von Orléans befand sich zur Zeit des Kriegsbeginns in Frankfurt a. M. Er reiste kurz vor der Mobilmachung so eilig ab, daß er eine große Anzahl von Koffern zurückließ. Diese wurden in Beschlag genommen. Bei ihrer Durchsuchung wurden Papiere vorgefunden, u. a. eine Anzahl von Geheimberichten, die ein Major Dublaix in seiner Eigenschaft als militärischer Vertrauensmann des Herzogs von Orléans diesem erstattet hat. Diese Berichte sind überwiegend militärisch-technischen Inhalts, wählen aber auch gelegentlich einen Ausflug in das Gebiet der höheren Politik. Wir geben folgenden Bericht wieder:

Ber.-Nr. 227. den 29. Januar 1914.

Gnädigster Herr!

Ich habe gestern ziemlich lange einen Seeoffizier sprechen können, der persönliche Beziehungen zum Hauptmann Péret, dem Adjutanten des Marine-

ministers, und zum Hauptmann Dimitrew, dem russischen Marineattaché, besitzt. Wir haben von dem kürzlich erfolgten Besuch des russischen Admiralstabschefs, Admirals Russin, in Paris gesprochen.

Es scheint, daß in zwei geheimen Zusammenkünften die französischen und die russischen Admiralstäbler geprüft haben, welche Rolle die russischen Geschwader für den Fall eines europäischen Krieges spielen könnten. Natürlich ist es nicht möglich, zu erfahren, was in diesen Zusammenkünften beschlossen worden ist. Die Besprechung soll sich aber vornehmlich auf ein künftiges Eingreifen der russischen Schwarzmeerflotte im Mittelmeere bezogen haben.

Die voraussichtliche Rolle der russischen Ostseeflotte sei nur nebenher in Betracht gezogen worden. Wenn diese Auskunft zutreffend ist, und ich habe Grund, es zu glauben, so muß man daraus ohne Zweifel den Schluß ziehen, daß das etwaige Zusammenwirken der russischen Ostseeflotte mit den englischen Nordseegeschwadern für den Fall eines europäischen Krieges von dem russischen Marineminister Admiral Grigorowitsch mit der britischen Admiralität geprüft worden ist und geprüft werden wird.

Allerdings hat erst kürzlich im Unterhaus auf eine Frage des radikalen Abgeordneten King über die Vorbereitung oder den Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention Sir Edward Grey geantwortet: „Wenn zwischen den europäischen Mächten Krieg ausbräche, so bestehe kein geheimes Einvernehmen, das die Freiheit der Regierung oder des Parlaments beschränken oder einengen könnte, wenn es sich darum handeln würde, über die Teilnahme Englands an den Feindseligkeiten zu entscheiden.“ — Vor einem Jahr

hatte Herr Asquith mit Beziehung auf ein französisch-englisches Bündnis die gleiche Sprache geführt.

Es ist aber notorisch, daß die amtlichen Erklärungen der englischen Minister immer buchstäblich genommen und im engsten Sinne ausgelegt werden müssen. Man muß also einräumen, daß kein diplomatisches Schriftstück vorhanden ist, das England förmlich verpflichtet, für diesen oder jenen bestimmten Fall seine Heere und seine Flotten mit denen Frankreichs und Rußlands zu verbünden. Aber: es ist darum nicht weniger gewiß, daß militärische Abmachungen, die zwischen den Armee- und Marinestäben dieser drei Mächte zustande gekommen sind, mit Genauigkeit die Beteiligung der britischen Streitkräfte an dem Kampf zu Lande und zur See für den Fall regeln, daß Regierung und Parlament in England die Teilnahme an den Feindseligkeiten beschließen sollten. Und ferner: wie groß auch die Zuneigung (?) der englischen Radikalen für Deutschland und ihre Abneigung gegen Rußland sein mag, sicherlich würde England sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die ihm ein europäischer Krieg für die Vernichtung oder Schwächung des einzigen ernstlichen Nebenbuhlers um die Seeherrschaft bieten würde.

Mit diesem Geheimbericht vom 29. Januar 1914 hat, so bemerkte hierzu die Nordd. Allg. Zeitung vom 25. Oktober 1914, der Major Dublaix sich als ein guter Prophet für das erwiesen, was Anfang August in England tatsächlich geschehen ist.

8. Februar. Ein kaiserlicher Ukas ordnet an, daß im ganzen russischen Reiche mit Ausnahme der Gouvernements des Weichselgebietes die Landwehrmänner des ersten Aufgebots, die bei der Einberufung von

1911 und von 1913 direkt zur Landwehr gezählt worden waren, im laufenden Jahre zu vierwöchigen Übungen einzuberufen seien.

11. Februar. Der russische Ministerpräsident Wladimir Nikolajewitsch Kokowzow, seit dem 24. September 1911 Nachfolger des ermordeten Nationalisten Stolypin, wird durch Iwan Lappinowitsch Goremykin (Premier 1906) ersetzt. Kokowzow, ein bedeutendes Finanztalent (allerdings mit Hilfe rücksichtsloser Ausbeutung des Branntweinmonopols), wird zur Verabschiedung zwar gegraft; letztere bedeutet aber eine entschiedene Ab- und Rückkehr vom Scheinkonstitutionalismus zum Absolutismus.

19. Februar. Der Zar empfängt in Zarskoje Sselo den neuen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szapary.

2. März. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht aus der Feder ihres Petersburger Mitarbeiters vom 24. Febr. einen aufsehenerregenden Artikel über Truppenanhäufungen an der Westgrenze und andere Kriegsvorbereitungen Rußlands. Weil man bei den bekannten Beziehungen des Blattes zu den maßgebenden Kreisen den Artikel als von Berlin inspiriert ansieht, verursacht er an den Börsen von Paris und Petersburg große Unruhe und fördert ungewollt die Spekulationen des Baissiers. Das Organ des russischen Finanzministers Bark erklärt am 5. März die Nachricht der K. Z. für jeder Begründung bar. Dagegen bläst ein vom Kriegsminister Suchomlinow gutgeheißener Artikel der Petersburger Börsenzeitung vom 13. März eine laute Fanfare: „Rußland will den Frieden, ist aber zum Kriege bereit. Die russische Armee ist nicht nur groß, sondern auch vorzüglich ausgebildet. Sie ist immer siegreich gewesen und hat ihre Kriege stets im Lande des Feindes ge-

führt; sie wird den erst jüngst ihr angewöhnten Begriff der Defensive vollkommen vergessen. Sie ist die erste der Welt. Rußland ist fertig.“ Anderseits betonen sowohl „Rossija“ wie die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß die Regierungen Rußlands und Deutschlands keineswegs die Absicht hätten, über die Legende von der russisch-deutschen Freundschaft ein Kreuz zu machen. In demselben versöhnlichen Geiste richtet am 23. Mai 1914 Minister Ssasonow einen Appell an die aufgeregte Presse beider Länder, solche Polemiken seien schlecht begründet, unnütz und störend.

10. März. Bei der Einbringung des Heeresvoranschlages im Unterhaus erklärt der englische Kriegsminister Seely: „Wir halten außerhalb Englands 117 000 Mann völlig mobilisiert und im Heimatlande selbst 121 000 Mann sowie 146 000 Reservisten sofort zum Dienste verwendbar. Im Fall einer Mobilisierung würden wir in sehr kurzer Zeit ein Expeditionskorps von 162 000 Mann haben, alles voll ausgerüstet: Leute, Pferde, Geschütze und Munition.“

17. März. Aus Winston Churchills großer Flottenrede seien nur zwei Sätze vermerkt: Schwerlich würde eine andere Macht ein Torpedoboot weniger bauen, wenn Großbritannien seine Politik in der Frage des Seebeuterechts änderte. — Im Mittelmeere wolle England der selbständige Wächter seiner Interessen bleiben und keine besonderen Verpflichtungen eingehen; daher werde es 1915 dorthin ein Geschwader von 8 Schlachtschiffen den schon dort befindlichen 4 Panzerkreuzern zufügen. Am 6. Mai erklärt der Staatssekretär des Äußern, Sir Edward Grey, in Ergänzung des ersten der eben zitierten Churchillschen Sätze: daß es auf dem Rechte der Blockade bestehen müsse, damit die britische Flotte in Kriegszeiten einen

wirksamen Druck auf den Feind auszuüben vermöge. Hinsichtlich der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten hoffe er in einem Jahre so weit zu sein, daß er die Bedingungen vorlegen könne, unter denen die Regierung zu Verhandlungen bereit wäre.

20. März. Meuterei englischer Reiteroffiziere im Truppenlager von Curragh, die nicht gegen das zur Auflehnung neigende Ulster verwandt werden wollen. Ministerkrisis am 30. März: Kriegsminister Seely, Generalfeldmarschall French und Generalleutnant Ewart treten zurück; Asquith übernimmt auch das Kriegsministerium, Generalstabschef wird Sir Charles Douglas, bisher Generalinspekteur der Heimtruppen (gestorben auf der Fahrt zum Kriegsschauplatz im Oktober 1914).

14. April. Um den französisch-russischen Mittelmeerplänen gegenüber (vgl. 29. Januar) gewappnet zu sein und verschiedene offene Fragen (Albanien, Kleinasien, Rumänien und vielleicht auch Nordafrika) zu lösen, treffen der k. u. k. Minister des Äußern Graf Berchtold, sein römischer Botschafter von Mérey und sein Sektionschef Graf Forgach zu Abbazia mit dem italienischen Minister des Äußern, Marchese di San Giuliano, und seinem Wiener Botschafter, Herzog von Avarna, zusammen. Ihre offizielle Verlautbarung vom 18. April betont die Übereinstimmung mit dem persönlich nicht vertretenen Deutschland. Man darf annehmen, daß damals das Thema der italienischen Bundeshilfe mit besprochen worden ist; ja es dürfte sogar die Zahl der italienischen Armeekorps bestimmt worden sein, die bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland an die französische Grenze zu werfen seien. Jedenfalls war die telegraphische Verbindung von

Abbazia mit Korfu, wo damals Kaiser und Kanzler weilten, keinen Augenblick unterbrochen. Das war der deutsche Gegenzug gegen Frankreichs Wiederaufnahme der dreijährigen Dienstzeit und seine Finanziierung der strategischen Bahnbauten in Westrußland.

Die britisch-russische Marinekonvention.

21. April. König Georg V. und Königin Mary treffen zum Besuche des Präsidenten Poincaré in Paris ein. Von Rußland und von Frankreich wird dabei dem Wunsche nach Ausgestaltung der Entente zum förmlichen Bündnis unverblümt Ausdruck gegeben. Die Mehrheit der englischen Blätter ist dagegen. So schreiben die „Daily News“: diese Verwandlung werde den Krieg unvermeidlich machen; jedenfalls wolle England keine Freundschaft, die nur mit der Feindschaft gegen ein anderes verwandtes Volk vereinbar wäre. Auch die „Morning Post“ spricht sich offen gegen einen festen Gegendreibund aus; „Westminster Gazette“ unterstreicht die dargebrachte „Freiheit“ Großbritanniens, das Herr seiner Politik zu bleiben wünsche. So abgewiesen, behauptete das Petersburger amtliche Nachrichtenbureau, die britische Gelegenheit habe (wie die Wetschernaja Wremja geschrieben hatte) keine Gelegenheit gehabt, gegenüber einem russischen Vorschlag auf Umbildung der Entente äußerste Kälte zu zeigen; denn ein solcher sei gar nicht gemacht worden. Darum einigte man sich in der Zusammenfassung des Ergebnisses am 23. April auf die „Notwendigkeit, das Zusammenarbeiten unter dem Gesichtspunkte des europäischen Gleichgewichts fortzusetzen“ und zu London eine Art von „ständiger Fühlung“ einzurichten (so Ssasonow am 23. Mai).

Daß der Dreibund keinen Anlaß gehabt hätte, ob dieser Gestaltung der Dinge zu triumphiern, lehrte Theodor Schiemanns vielerörterte Enthüllung vom 14. August; er teilte damals in der „Kreuzzeitung“ folgendes mit:

„Nachdem König Georg V. am 21. April d. J. in Paris eingetroffen war, haben Verhandlungen zwischen Sir Edward Grey und dem russischen Botschafter in Paris, Iswolski, stattgefunden. Die Russen schlugen vor, die Entente in eine Allianz zu verwandeln. Das lehnte Sir Edward Grey zwar ab; aber die Fundamente zu einer russisch-englischen Marine-Konvention wurden gelegt. Grey gab seine Zustimmung dazu, daß die Beratungen zur Feststellung dieser Vereinbarung von den beiderseitigen Marinestäben ausgearbeitet werden sollten. Der russische Marine-Generalstab stellte darauf folgende Anträge: Als Kompensation dafür, daß für den Fall eines Krieges zwischen dem Dreibund und den Ententemächten ein Teil der deutschen Flotte auf Rußland abgeschoben werde, soll England vor Ausbruch des Krieges eine ausreichende Anzahl Handelsschiffe in die Ostseehäfen schicken und diese englischen Fahrzeuge dazu benutzt werden, um russische Truppen in Pommern zu landen. Die Verhandlungen darüber wurden in London dem zweiten Sekretär und Marinebevollmächtigten Wolkow übertragen und der Botschafter von Benckendorff über den ganzen Plan unterrichtet. Der Abschluß der Konvention sollte erfolgen, wenn der englische Admiral Prinz Ludwig v. Battenberg im August in St. Petersburg eintreffe.

„Leider habe ich“, so bemerkt Professor Schiemann dazu, „weitere Auskunft von meinem Gewährsmann

nicht erhalten. Aber der Prinz ist nicht nach St. Petersburg gefahren; der von Rußland uns aufgezwungene Krieg machte es unmöglich.“

Daß daran nicht bloß etwas, sondern recht viel Wahres gewesen ist, lehrt ein Blick in die folgenden diplomatischen Akten, deren Geheimnisse unser Auswärtiges Amt in richtiger Erkenntnis einer solchen Veröffentlichung Mitte Oktober 1914 preisgegeben hat. Das erste Stück (I.) davon lautet so:

. . . . Mai 1914.

Über die politischen Ergebnisse des Besuchs des Königs von England in Paris erfahre ich, daß zwischen Sir Edward Grey und Herrn Doumergue eine Reihe politischer Fragen erörtert worden ist. Außerdem ist französischerseits die Anregung erfolgt, die bestehenden besonderen militärpolitischen Abmachungen zwischen Frankreich und England durch analoge Abmachungen zwischen England und Rußland zu ergänzen. Sir Edward Grey hat den Gedanken sympathisch aufgenommen, sich aber außerstande erklärt, ohne Befragen des englischen Kabinetts irgendeine Bindung zu übernehmen. Der Empfang der englischen Gäste durch die französische Regierung sowie die Pariser Bevölkerung soll den Minister in hohem Grade beeindruckt (so!) haben. Es ist zu befürchten, daß der englische Staatsmann, der zum erstenmal in amtlicher Eigenschaft im Ausland geweilt und, wie behauptet wird, überhaupt zum ersten Male den englischen Boden verlassen hat, französischen Einflüssen in Zukunft noch in höherem Grade unterliegen wird, als das bisher schon der Fall war.

Die zweite Urkunde (II.) geht schon etwas weiter:

.... Juni 1914.

Von einer Stelle, die sich die alten Sympathien für Deutschland bewahrt hat, ist mir mit der Bitte um strengste Geheimhaltung die gehorsamst beigefügte Aufzeichnung über eine Konferenz zugegangen, die am 26. Mai d. J. beim Chef des russischen Marinestabes stattgefunden hat und in der die Grundlagen für die Verhandlungen über das russisch-englische Marineabkommen festgestellt worden sind. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen bis jetzt geführt haben, wußte mein Gewährsmann noch nicht, äußerte aber sehr ernste Besorgnisse über die Förderung, die der russische Nationalismus erfahren werde, wenn das Abkommen tatsächlich zustande komme. Sei man des Mitgehens Englands erst gewiß, so würden die bekannten panslawistischen Hetzer nicht zögern, die erste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um es zum Kriege zu bringen. Auch Herr Sasonow treibe zusehends mehr in das Fahrwasser der russischen Kriegspartei.

Anlage.

St. Petersburg, den 13./26. Mai 1914.

Von der Erwägung ausgehend, daß eine Vereinbarung zwischen Rußland und England erwünscht sei über das Zusammenwirken ihrer maritimen Streitkräfte für den Fall kriegerischer Operationen Rußlands und Englands unter Teilnahme Frankreichs, gelangte die Konferenz zu folgenden Schlüssen:

Die geplante Marinekonvention soll die Beziehungen zwischen den russischen und den englischen Streitkräften zur See in allen Einzelheiten regeln; deshalb ist eine Verständigung über Signale und Spezialchiffres, Radiotelegramme und den Modus des Ver-

kehrs zwischen den russischen und englischen Marinestäben herbeizuführen. Die beiden Marinestäbe sollen sich außerdem regelmäßig gegenseitig Mitteilung machen über die Flotten dritter Mächte und über ihre eigenen Flotten; besonders über technische Daten sowie über neu eingeführte Maschinen und Erfindungen.

Nach dem Vorbilde der franko-russischen Marinekonvention soll auch zwischen dem russischen und dem englischen Marinestab ein regelmäßiger Meinungsaustausch zur Prüfung von Fragen, welche die Marineministerien beider Staaten interessieren, herbeigeführt werden.

Das russische Marineabkommen mit England soll gleich dem franko-russischen Marineabkommen vorher vereinbarte, aber getrennte Aktionen der russischen und der englischen Kriegsmarine ins Auge fassen. Im Hinblick auf die strategischen Ziele ist zu unterscheiden einerseits zwischen den maritimen Operationen im Gebiet des Schwarzen Meeres und der Nordsee, anderseits zwischen dem voraussichtlichen Seekampf im Mittelmeer. In beiden Gebieten muß Rußland bestrebt sein, von England Kompensationen dafür zu erhalten, daß es einen Teil der deutschen Flotte auf die russische abzieht.

Im Gebiet des Bosporus und der Dardanellen sollen zeitweilige Unternehmungen in den Meerengen als strategische Operationen Rußlands im Kriegsfall ins Auge gefaßt werden.

Die russischen Interessen in der Ostsee verlangen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch würde die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die russische aufgehoben und vielleicht eine russische Landung in Pommern möglich werden. Hierbei

könnte die englische Regierung einen wesentlichen Dienst leisten, wenn sie vor Beginn der Kriegsoperationen eine so große Zahl von Handelsschiffen in die baltischen Häfen schickte, daß der Mangel an russischen Transportschiffen ausgeglichen wird.

Was die Lage im Mittelmeere betrifft, so ist es für Rußland höchst wichtig, daß dort ein sicheres Übergewicht der Streitkräfte der Entente über die austro-italienische Flotte hergestellt wird. Denn falls die österreichisch-italienischen Streitkräfte dieses Meer beherrschen, würden Angriffe der österreichischen Flotte im Schwarzen Meere möglich sein, was für Rußland ein gefährlicher Schlag wäre. Es muß angenommen werden, daß die austro-italienischen Streitkräfte den französischen überlegen sind. England müßte daher durch Belassung der notwendigen Zahl von Schiffen im Mittelmeere das Übergewicht der Streitkräfte der Ententemächte mindestens so lange sichern, als die Entwicklung der russischen Marine noch nicht so weit fortgeschritten ist, um die Lösung dieser Aufgabe selbst zu übernehmen. Russische Schiffe müßten mit Zustimmung Englands als Basis im englischen Mittelmeer die englischen Häfen benutzen dürfen, ebenso wie die französische Marinekonvention der russischen Flotte gestattet, sich im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu basieren.

III.

. . . . Juni 1914.

Die Nachricht, daß französischerseits anläßlich des Besuches des Königs von England in Paris militärische Abmachungen zwischen England und Rußland angeregt worden sind, wird mir bestätigt. Über die Vorgeschichte erfahre ich zuverlässig, daß die Anregung auf Herrn

Iswolski zurückgeht. Der Gedanke des Botschafters war es gewesen, die erwartete Feststimmung der Tage von Paris zu einer Umwandlung der Tripleentente in ein Bündnis nach Analogie des Dreibundes auszunutzen. Wenn man sich schließlich in Paris und Petersburg mit weniger begnügt hat, so scheint dafür die Erwägung maßgebend gewesen zu sein, daß in England ein großer Teil der öffentlichen Meinung (darauf zieht sich das Foreign Office stets zurück, wenn es etwas Unbequemes abschütteln möchte) dem Abschluß förmlicher Bündnisverträge mit andern Mächten durchaus ablehnend gegenübersteht. Angesichts dieser Tatsache hat man sich trotz der zahlreichen Beweise für den gänzlichen Mangel an Widerstandskraft der englischen Politik gegen Einflüsse der Entente — ich darf an die Gefolgschaft erinnern, die noch jüngst Rußland in der Frage der deutschen Militärmission in der Türkei von England erfahren hat — offenbar gescheut, gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Es ist vielmehr die Taktik schrittweise langsamen Vorgehens beschlossen worden. Sir Edward Grey hat die französisch-russische Anregung im englischen Ministerrat warm vertreten, und das Kabinett hat sich seinem Votum angeschlossen. Es ist beschlossen worden, in erster Linie ein Marineabkommen ins Auge zu fassen, und die Verhandlungen in London zwischen der englischen Admiralität und dem russischen Marineattaché stattfinden zu lassen.

Die Befriedigung der russischen und französischen Diplomatie über diese erneute Überrumpelung der englischen Politiker ist groß. Man hält den Abschluß eines formellen Bündnisvertrages nur noch für eine Frage der Zeit. Um dies Ergebnis zu beschleunigen, würde man in St. Petersburg sogar zu gewissen Scheinkonzessionen an England in der

persischen Frage bereit sein. Die zwischen den beiden Mächten in dieser Hinsicht in letzter Zeit aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten haben noch keine Erledigung gefunden. Russischerseits arbeitet man vorläufig mit beruhigenden Versicherungen wegen der Besorgnisse, die in England im Hinblick auf die Zukunft Indiens in neuerer Zeit wieder hervorgetreten sind.

IV.

. . . . Juni 1914.

Man ist in Petersburg und London sehr beunruhigt wegen der französischen Indiskretionen über die russisch-englische Marinekonvention. Sir Edward Grey befürchtet Anfragen im Parlament. Der Marineattaché, Kapitän Wolkow, der einige Tage in Petersburg gewesen ist, vermutlich um Instruktionen für die Verhandlungen in Empfang zu nehmen, ist nach London zurückgekehrt. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

V.

. . . . Juni 1914.

Im Unterhause wurde von ministerieller Seite an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob Großbritannien und Rußland jüngst ein Marineabkommen abgeschlossen hätten, und ob Verhandlungen über den Abschluß einer solchen Vereinbarung unlängst zwischen den beiden Ländern stattgefunden hätten oder gegenwärtig im Gange wären.

Sir Edward Grey nahm in seiner Antwort Bezug auf ähnliche im Vorjahr an die Regierung gerichtete Anfragen. Der Premierminister habe damals, so fuhr Sir Edward Grey fort, geantwortet, es bestünden für den Fall des Ausbruchs eines Krieges

zwischen europäischen Mächten keine unveröffentlichten Vereinbarungen, die die freie Entschließung der Regierung oder des Parlaments darüber, ob Großbritannien an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht, einengen oder hemmen würden. Diese Antwort sei heute ebenso zutreffend, wie vor einem Jahre. Es seien seither keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht abgeschlossen worden, die die fragliche Erklärung weniger zutreffend machen würden; keine derartigen Verhandlungen seien im Gange, und es sei auch, soweit er urteilen könne, nicht wahrscheinlich, daß in solche eingetreten werden würde; wenn aber irgendein Abkommen abgeschlossen werden sollte, das eine Zurücknahme oder Änderung der erwähnten letztjährigen Erklärung des Premierministers nötig machen sollte, so müßte es seiner Ansicht nach, und das würde auch wohl der Fall sein, dem Parlamente vorgelegt werden.

Die englische Presse enthält sich in ihrer großen Mehrzahl jeglicher Bemerkungen zu der Erklärung des Ministers.

Nur die beiden radikalen Blätter „Daily News“ und „Manchester Guardian“ äußern sich in kurzen Leitartikeln. Die erstgenannte Zeitung begrüßt die Worte Sir Edward Greys mit Genugtuung und meint, sie seien klar genug, um jeden Zweifel zu zerstreuen. England sei nicht im Schlepptau irgendeines andern Landes. Es sei nicht der Vasall Rußlands, nicht der Verbündete Frankreichs und nicht der Feind Deutschlands. Die Erklärung sei eine heilsame Lektion für die englischen Preßleute, die glauben machen wollten, daß es eine „Tripleentente“ gebe, die dem Dreibund wesensgleich sei.

Der „Manchester Guardian“ hingegen ist durch die Erklärung des Ministers nicht befriedigt. Er

bemängelt ihre gewundene Form und sucht nachzuweisen, daß sie Auslegungen zulasse, die das Vorhandensein gewisser, vielleicht bedingter Verabredungen der gerüchtweise verlautbarten Art nicht durchaus ausschlössen.

Die Erklärungen Sir Edward Greys entsprechen einer vertraulichen Äußerung einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Ministers:

„Er könne aufs ausdrücklichste und bestimmteste versichern, daß keinerlei Abmachungen militärischer oder maritimer Natur zwischen England und Frankreich bestünden, obwohl der Wunsch nach solchen auf französischer Seite wiederholt kundgegeben worden sei. Was das englische Kabinett Frankreich abgeschlagen habe, werde es Rußland nicht gewähren. Es sei keine Flottenkonvention mit Rußland geschlossen worden, und es werde auch keine geschlossen werden."

VI.

.... Juni 1914.

Sir Edward Grey hat offenbar das Bedürfnis empfunden, den Ausführungen des „Manchester Guardian" über seine Interpellationsbeantwortung in Sachen der angeblichen englisch-russischen Flottenentente sogleich nachdrücklich entgegenzutreten. Die „Westminster Gazette" bringt an leitender Stelle aus der Feder Mr. Spenders, der zu den intimsten politischen Freunden Sir Edward Greys gehört, ein Dementi, das an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrigläßt. Es ist darin gesagt: Es besteht kein Flottenabkommen, und es schweben keine Verhandlungen über ein Flottenabkommen zwischen Großbritannien und Rußland. Niemand, der den Charakter und die Methoden

Sir Edward Greys kenne, werde auch nur einen Augenblick annehmen, daß die von ihm abgegebene Erklärung bezwecke, die Wahrheit zu verschleiern.

VII.

.... Juni 1914.

Daß die Erklärung Sir Edward Greys im englischen Unterhaus über das russisch-englische Marineabkommen von der öffentlichen Meinung in England so bereitwillig akzeptiert worden ist, hat hier und in Petersburg große Erleichterung hervorgerufen. Die Drahtzieher der Aktion hatten schon befürchtet, daß der schöne Traum des neuen Dreibundes ausgeträumt sein könne. Es fällt mir übrigens schwer daran zu glauben, daß es dem „Manchester Guardian" allein beschieden gewesen sein sollte, den Trick zu durchschauen, dessen sich Sir Edward Grey bediente, indem er die Frage, ob Verhandlungen über ein Marineabkommen mit Rußland schwebten oder im Gange seien, nicht beantwortete, sondern die ihm gar nicht gestellte Frage verneinte, ob England bindende Verpflichtungen bezüglich der Beteiligung an einem europäischen Krieg eingegangen sei. Ich neige vielmehr der Ansicht zu, daß die englische Presse in diesem Falle wieder einmal einen Beweis für ihre bekannte Disziplin in Behandlung von Fragen der auswärtigen Politik gegeben und, sei es auf ein mot d'ordre hin, sei es aus politischem Instinkte, geschwiegen hat. Welchen Kritiken und welchen Bemängelungen der deutschen Volksvertreter und der deutschen Presse würde nicht die Kaiserliche Regierung ausgesetzt sein, welches Geschrei über unsere auswärtige Politik und unsere Diplomaten würde sich nicht erheben, wenn eine ähnliche Erklärung vor dem

Reichstag abgegeben würde! In dem parlamentarischen England schweigt jedermann, wenn ein Minister in so offenkundiger Weise die eigene Partei, die Volksvertretung und die öffentliche Meinung des ganzen Landes irrezuführen sucht. Was bringt nicht England alles seiner Germanophobie zum Opfer!

In wie souveräner Weise Großbritannien seine künftige „Aufgabe“ auffaßte, geht aus Nr. VIII hervor. Hinsichtlich der andern kleineren Staaten und ihrer Neutralität glaubten die Mächte des Dreiverbandes nach Belieben verfügen zu können. Das russische Blatt „Nowoje Sveno“, das sich vor dem Kriege durch einige Reihen von Indiskretionen auszeichnete, brachte am 11. Juli folgenden Aufsatz aus der Feder Brjancaninows, eines Verwandten des russischen Botschafters in Konstantinopel M. v. Giers:

„Mit dem Gefühle tiefer Freude können wir unseren Lesern eine Nachricht mitteilen, deren ungeheuere internationale Bedeutung keines Kommentars bedarf. Wie wir aus unzweifelhafter Quelle erfuhren, wurde in London zwischen einer verantwortlichen englischen Persönlichkeit und dem Grafen Bencendorff eine englisch-russische Marine-Militärkonvention unterzeichnet. Ihr Text wurde vom Konteradmiral Bitti dorthin gebracht und übergeben, dem deshalb auch die unerhörte Ehre zuteil wurde, den Monarchen zur selben Zeit persönlich zu geleiten, während in Cherbourg der feierliche Gottesdienst anläßlich der Ermordung Franz Ferdinands stattfand. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Konvention nicht nur defensiv, sondern sie sieht auch eine Landung der Engländer in Holland vor. Kraft

der Konvention tritt die russische baltische Flotte im Krieg unter das Kommando des Kommandanten der englischen Geschwader, deren Aufenthalt in Norwegen vorgesehen ist, damit sie gestützt auf die freundschaftliche Neutralität Dänemarks, sofort nach Eröffnung der militärischen Operation oder, genauer gesagt, vor diesen (!) in den baltischen Gewässern erscheine und gemeinsam mit der russischen Flotte unsere vorläufig noch ungeschützten Ufer schütze. Selten waren wir in der Lage, die russische Regierung zu einem Erfolg zu beglückwünschen; aber jetzt sind wir so glücklich, das tun zu können. Das Verdienst daran gebührt dem Botschafter Grafen Benckendorff, dessen Autorität und Popularität in England, Rußland und der Entente diesen unvergleichlichen Erfolg eintrugen. Jetzt können wir, gestützt auf die englische Flotte und unsere endlich vollkommen bereite Armee, das Ende jener Politik der Abhängigkeit von Berlin fordern, die sowohl mit unserer Würde als auch mit unserer internationalen Geltung unvereinbar ist."

Daß die Engländer in Holland einfallen, Norwegen zum Flottenstützpunkte machen und Dänemark ebenfalls zum Kriege gegen Deutschland zwingen wollten, setzt die ungeheure Heuchelei, die von ihrer Seite mit der angeblichen Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland erst ins rechte Licht. Wenn es anders gekommen ist, so ist das aber nicht dem mangelnden Eifer der Diplomatie des Dreiverbandes, die Souveränität der neutralen Staaten zu verletzen, zuzuschreiben, sondern der klaren Erkenntnis der Neutralen von dem durchaus selbstsüchtigen, gewalttätigen und kulturfeindlichen Charakter der Politik des Dreiverbandes und seiner Ziele.

Den „schönen“ Beschluß möge folgende Sofioter Meldung der Wiener „Reichspost“ vom 24. Oktober bilden:

„Die letzte Nummer der in Petersburg erscheinenden Zeitung „Nowoje Zweno“ berichtet, daß vor einigen Tagen auf Verlangen Englands eine neue englisch-französisch-russische Marinekonvention abgeschlossen worden sei, derzufolge der Oberbefehl über die russische Baltische Flotte und die Schwarzmeer-Flotte den Engländern übertragen werde. Großbritannien verpflichte sich gleichzeitig, die Flotten durch eigene Geschwader zu verstärken. Das Blatt fügt hinzu, daß die Forderungen Englands nach unbedingter Unterordnung der französischen und russischen Admirale unter die englischen Flottenkommandanten von Frankreich anfangs bekämpft worden sei; Rußland habe dem Vorschlag sogleich zugestimmt.

Die Nachricht klingt an sich etwas abenteuerlich, aber nach allem Voraufgegangenen durchaus nicht unwahrscheinlich. Was die Nachricht von der Unterordnung der russischen und der französischen Admirale unter englischen Oberbefehl angeht, so würde damit auch eine Neuerung der Befehlsverhältnisse im Mittelmeer in Aussicht genommen sein. Dort hat bisher der französische Admiral das englische Geschwader unter sich gehabt. Jedenfalls sehnt sich namentlich Rußland nach einer Stärkung der eigenen schwachen Flotte durch englische Schiffe. Wie diese Schiffe freilich in die Ostsee und in das Schwarze Meer kommen sollen, das wird fein verschwiegen.

Daß seit dem 21. April innerhalb des „herzlichen Einvernehmens“ etwas im Gange war, hatte natürlich

den verantwortlichen Stellen des Dreibunds nicht unbekannt bleiben können. Es fanden sich denn schon am 12. Mai die beiden Generalstabschefs Deutschlands und Österreich-Ungarns, die Herren v. Moltke und Conrad v. Hötzendorf, zu einer eingehenden Abendbesprechung unter vier Augen in Karlsbad zusammen.

Was enthält eigentlich der Dreibundvertrag?

Was die beiden Generale damals miteinander vereinbart haben, wird kaum jemals bekannt werden. Daß es aber auf keinen Angriff abgesehen war, sondern lediglich auf das Ausfindigmachen der denkbar wirksamsten Abwehr, geht unwiderleglich aus dem niemals bestrittenen Defensivcharakter der Dreibundverträge hervor. Geboren aus der unentrinnbaren „gottgegebenen“ Not der geographischen Lage und dem Reichtum an lauernden Nachbarn heraus, hat der Dreibund von Beginn an (1879) bis zum ungewollten Kriegsausbruche nur die Verteidigung seiner Mitglieder zum Daseinszwecke gehabt. Im Anhange zu Arthur Singers „Geschichte des Dreibunds“ (Leipzig 1914) habe ich es unter dem Beifalle maßgebender Stellen versucht, die bisher niemals veröffentlichten Texte des Abkommens zwischen Berlin und Rom und des zwischen Wien und Rom im Wege des Indizienbeweisverfahrens zu erschließen. Danach hat jenes wahrscheinlich etwa folgenden Inhalt:

Artikel 1. Sollte eins der beiden Reiche von Frankreich angegriffen werden, so sind die Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und den Frieden nur gemeinsam zu schließen.

Artikel 2. Sollte einer der Kontrahenten von einer andern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich der andere Kontrahent, dem Angreifer nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens wohlwollende Neutralität zu bewahren.

Sollte in solchem Falle der Angreifer aktiv oder indirekt durch Frankreich unterstützt werden, so tritt Artikel 1 sofort in Kraft.

Artikel 3. Geheimhaltung und automatische Verlängerung des Vertrags.

Artikel 4. Anerkennung Roms als der Hauptstadt des geeinigten Italiens, dessen Integrität verbürgt wird. Keine Verbürgung des deutschen oder österreichisch-ungarischen Besitzstands durch Italien.

Das Abkommen zwischen Rom und Wien hat insofern einen andern Wortlaut, als Österreich-Ungarn es ablehnte, mit Italien einen Vertrag mit einer Spitze gegen Frankreich zu schließen. Italien verpflichtete sich jedoch, der Donaumonarchie zu helfen, wenn sie durch einen französischen Angriff auf Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden sollte; im Fall eines russischen Angriffs wollte Italien neutral bleiben (vgl. S. 54 und den Abschnitt über Italiens drei Rückversicherungen). Von Balkan-Abreden haben Österreich-Ungarn und Italien zwischen den Erneuerungen des Dreibunds seit 1897 mehrere getroffen. Wien hat wiederholt versichert (ohne deshalb immer Glauben zu finden), daß es über Bosnien und die Herzegowina hinaus nicht vorgehen wolle. Über Mazedonien wollten sich beide Teile auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung der Nationalitäten einigen; dieser Punkt ist durch den Bukarester Frieden von 1913 einstweilen erledigt. Albanien sollte ein „Noli me tangere“ für beide (und alle

übrigen) Mächte bleiben; die außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln bei der kürzlich von Italien vorgenommenen Besetzung Valonas, das um keinen Preis in griechische Hände fallen durfte, zeugen beredt davon. Über Kompensationen im Fall einer einseitigen Verletzung dieses letztgenannten Grundsatzes war — entgegen der landläufigen Meinung — nichts ausgemacht; stets war nur von einem Ausgleiche der Interessen die Rede. Also hinsichtlich territorialer Absichten auf den Balkan eine durchaus negative Vereinbarung; auch ihr fehlt jeder aggressive Gedanke. Dasselbe gilt von der Sicherung der mittelmeerischen Interessen der Dreibundstaaten.

Gerade wegen gewisser offenen Fragen, die die Balkanwirren der letzten Jahre erzeugt und großgezogen hatten, schien es in der ersten Hälfte des Jahres 1914 so, als ob sich zwischen Italien und England ein Konflikt entwickeln wolle. Am 14. Dezember 1913 hatte Sir Edward Grey das Problem der im Lausanner Frieden unter gewissen Voraussetzungen in Aussicht gestellten Rückgabe der Zwölf-Inseln, des Dodekanesos, an die Türkei in einer Note behandelt und dabei die Lage, die sich für Italien aus seiner Besetzung jener Inseln im Ägäischen Meer ergeben habe, als „anomal“ bezeichnet. Natürlich hatte diese ungewöhnliche und je nach dem Standpunkte verschiedenfach auslegbare Wendung in Italien stark verschnupft und die Neigung zur Herausgabe des Faustpfands eher verringert als erhöht. Im Laufe der diplomatischen Debatte aber hatte sich herausgestellt, daß Großbritannien den Ausdruck nicht als aus Unfreundlichkeit gegen Italien gemünzt aufgefaßt wissen wollte; und so konnte denn am 26. Mai 1914 der Marchese

di San Giuliano mitteilen, das erfreuliche Ergebnis sei ein italienisch-englisches Abkommen vom 19. Mai über die von Italien gewünschten Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien. Vermutlich hat auch die Sorge, diese Errungenschaft in Anatolien könne bei einer aktiven Teilnahme am Weltkriege sofort hinfällig werden, neben zahlreichen andern Gründen (siehe oben) die Italiener veranlaßt, neutral zu bleiben.

*

1. Juni. Rücktritt des Ministeriums Doumergue aus innerpolitischen Gründen.

4. Juni. Vergeblicher Versuch Vivianis, ein Kabinett zu bilden.

9. Juni. Ministerium Ribot (Delcassé Marineminister); gestürzt am 12. Juni.

13. Juni. Ministerium Viviani; später durch den Eintritt Delcassés und anderer erweitert.

13. Juni. Der Zar in Constanza bei König Carol von Rumänien; während der König am 14. Juni vorsichtig nur von der Sympathie mit Rußland spricht, betont Nikolaus II. die Solidarität der Interessen der beiden Länder — ohne indes damit zum gewollten Ziele zu gelangen.

An demselben 13. Juni tadelt ein dem russischen Kriegsminister Suchomlinow zugeschriebener Artikel der „Birschewija Wjedomosti“ die ewigen Kabinettswechsel in Frankreich, die die Durchführung der dreijährigen Dienstzeit gefährdeten; und letztere bilde nun mal das notwendige Gegenstück zu dem von Frankreich geforderten Anteil an der Vergebung militärischer Bestellungen. Rußland habe alles getan, wozu das Bündnis mit Frankreich es verpflichte; daraus leite es das Recht ab, zu erwarten, daß auch der Bundesgenosse seine Verpflichtungen erfülle. Ganz im Sinne

des oben gestreiften Artikels desselben Verfassers vom 13. März nagelt der Offiziosus diesmal fest, daß die Friedensstärke des russischen Heeres auf 2 300 000 Mann erhöht worden sei. Da die Heere Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens 880 000 + 500 000 + 400 000 Mann betrügen, so sei Rußland berechtigt, von Frankreich einen Stand von 770 000 Mann zu erwarten; was nur bei Aufrechterhaltung des Dreijahresdienstes zu erreichen sei. In fetten Lettern gesetzt war der Schlußsatz: „Frankreich und Rußland wollen den Krieg nicht; aber Rußland ist bereit, und es hofft, daß Frankreich es gleichfalls sein werde."

In geheimer Sitzung genehmigte am 23. Juni die Reichsduma eine Reihe wichtiger Rüstungsvorlagen (neue Pulverfabrik, Verlängerung der aktiven Dienstzeit um 3 Monate, Heerstraßen an der Westgrenze, Verstärkung der Schwarzmeerflotte, Minen, Flugwesen, Verbot der Pferdeausfuhr u. a. m.).

An demselben Tage lief ein britisches Geschwader in Kronstadt ein.

Inzwischen hatte sich der britische Marineminister Churchill durch ein Vierzig-Millionen-Abkommen mit der Anglo-Persian Oil Company die ausreichende Versorgung der britischen Flotte mit Öl als Teilersatz für die nach wie vor unentbehrliche Kohle gesichert (Annahme seines Antrags im Unterhaus am 17. Juni 1914). Aus den übrigen Unterhausdebatten jener Tage ist noch erwähnenswert die von Grey überlegen abgetane Forderung des Iren Swift MacNeill: das Parlament solle die auswärtige Politik stärker kontrollieren dürfen. Daß damit an einen der wundesten Punkte unserer modernen Kultur gerührt war, beweist die nun folgende Vorgeschichte des blutigsten aller Kriege Seite für Seite.

Hinter den Kulissen.

Die geheimen Verhandlungen unmittelbar vor und bis zum Bruche.

Der äußere Anstoß.

Jede kriegerische Verwicklung hat wenigstens eine mehr oder weniger tiefsitzende Ursache und eine mehr oder weniger oberflächliche Veranlassung. Des gegenwärtigen Weltbrands Ursachen sind — neben Frankreichs niemals aufgegebenen Revanchegelüsten — Rußlands panslavistische, auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns abzielende Ränke und Großbritanniens Neid auf die mächtig emporstrebende wirtschaftliche Kraft Deutschlands. Letztere rechtzeitig niederzuringen, dazu war den im „herzlichen Einvernehmen“ Vereinigten, die sich seit einiger Zeit endlich auch offen „Verbündete“ (alliés) nennen, jedes Mittel recht. Nur keine falsche Scham! Das war und ist ihre Losung. Und so entblödete sich Rußland nicht, dem durch Meuchelmord gebrandmarkten „Bruder“ Serbien um jeden Preis zu helfen; seine Bundesgenossen zum Beistande mit den Waffen zu vermögen, kostete wenig Mühe. Dasselbe Britannien, das sich nach der blutigen Belgrader Juninacht des Jahres 1903 drei lange Jahre standhaft geweigert hatte, beim serbischen Hof einen Vertreter zu beglaubigen, leistet jetzt Gefolgschaft einem großen Reiche, das seine ganze Wucht dafür

einsetzt, daß dem durch einen zweiten Mord unheilbar kompromittierten Serbentume kein Leides geschehe. Führwar, eine edle „Kulturgemeinschaft“!

28. Juni 1914. Ermordung des präsumtiven Oberbefehlshabers des k. und k. Heeres, des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, und seiner Gemahlin, der Herzogin Sophie von Hohenberg, zu Serajewo, der Hauptstadt Bosniens, durch großserbische Verschwörer (über die Einzelheiten ihres Prozesses vgl. in einem weiteren Bande den besonderen Abschnitt „Serajewo und Serbien“). Dieser Frevel war die direkte Veranlassung des Weltkriegs.

Die diplomatischen Vorgänge tageweise geordnet.

Der 20. Juli:

Präsident Poincaré in Peterhof beim Zaren.

Aktenstücke.

(Aus den Mitte Oktober von der „Nordd. Allg. Zeitung“ preisgegebenen Urkunden.)

. . . . Juli 1914.

Gelegentlich meiner heutigen Unterhaltung mit Herrn Ssasonow wandte sich das Gespräch auch dem Besuch des Herrn Poincaré zu. Der Minister hob den friedfertigen Ton der gewechselten Trinksprüche hervor. Ich konnte nicht umhin, Herrn Ssasonow darauf aufmerksam zu machen, daß nicht die bei derartigen Besuchen ausgetauschten Toaste, sondern die darangeknüpften Preßkommentare den Stoff zur Beunruhigung geliefert hätten. Derartige Kommentare seien auch diesmal nicht ausgeblieben, wobei sogar die Nachricht von dem angeblichen Abschluß einer russisch-

englischen Marinekonvention verbreitet worden sei. Herr Ssasonow griff diesen Satz auf und meinte unwillig, eine solche Marinekonvention existiere nur „in der Idee des ‚Berliner Tageblattes' und im Mond".

Gleichzeitig konnten aber einige Vertreter der französischen und der russischen Publizistik, ihnen voran Jules Hedeman vom „Matin", den Mund nicht genug voll nehmen, um die militärische Überlegenheit der Alliance gegenüber Österreich-Ungarn und Deutschland in den glühendsten Farben vorzuführen. Jules Hedeman hatte keine besonderen militärischen Kenntnisse; es war daher schwer verständlich, wieso der russische Generalstab ausgerechnet ihm derart präparierte Informationen vorsetzen konnte. In der Ententepresse ward dabei mit Zahlen operiert, die einstweilen nur auf dem Papiere standen; Reformen, die erst in Durchführung begriffen waren, wurden für voll genommen. Nach den Mitteilungen, die Hedeman über die Pläne eines russisch-französischen Einfalles in Deutschland und Österreich veröffentlichte, wäre die Zahl der zum Einmarsch bereiten russischen Korps der Zahl der Korps, die Österreich und Deutschland an ihrer Ostfront zur Verfügung stehen, bedeutend überlegen. Das machte Eindruck.

Mit demselben Datum setzen die Angaben eines umfangreichen Aktenstückes ein, das auf den folgenden Blättern sehr oft zu Worte kommen wird. Das britische „White Paper", erschienen als „Blaubuch" des Foreign Office am 5. August 1914, umfaßt in 159 diplomatischen Schriftstücken die Korrespondenz des Staatssekretärs Sir Edward Grey mit verschiedenen Staatsmännern vom 20. Juli bis zum 4. August 1914.

Br. Wb. 1: Grey an Sir Edw. Goschen, Botschafter in Berlin*).

London, 20. Juli. Bericht über Greys heutige Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky über den Stand der österreichisch-serbischen Krisis. Letztere als Ursache eines Krieges zwischen den Großmächten verabscheut; darüber herrscht Übereinstimmung.

Der 22. Juli:

Hochgradige Spannung ob der Frage: Zu welchen Schritten gegen Serbien wird sich Wien entschließen?

Br. Wb. 2: Goschen an Grey.

Berlin, 22. Juli. (Tel.) Bericht über Goschens gestrige Unterhaltung mit dem Staatssekretär von Jagow, der die Belgrader Frage als eine Angelegenheit ansah, die lediglich Österreich-Ungarn und Serbien angehe; trotzdem habe er den serbischen Gesandten in Berlin wiederholt auf die Wichtigkeit anständiger Beziehungen zwischen den beiden Staaten hingewiesen.

Der 23. Juli:

Österreich-Ungarns befristete Note an Serbien. Der deutsche Reichskanzler unterrichtet davon die deutschen Botschafter in Paris, London und Petersburg.

---

*) Mit Br. Wb. 1, 2, 3 usw. werde ich die einzelnen Stücke des Britischen Weißbuchs vom 5. August der Reihe nach bezeichnen. Gegenstücke dazu sind: das Deutsche Weißbuch (D. Wb.) vom 3. August 1914, das Russische Orangebuch (R. Orb.) und das Belgische Graubuch (Be. Grb.) mit 71 Aktenstücken vom 24. Juli bis 29. August. Ein französisches Gelbbuch ist zwar schon seit Mitte Oktober angekündigt, war aber bis zur Fertigstellung dieses Buches noch nicht ausgegeben.

Br. Wb. 3: Grey an Sir Maurice de Bunsen, Botschafter in Wien.

London, 23. Juli. Bericht über Greys heutige Unterhaltung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff über den unmittelbar bevorstehenden Schritt Wiens in Belgrad. Grey bedauert die Befristung, weil sie die öffentliche Meinung in Rußland erhitzen könne; ein Termin hätte bei einer Verschleppung der Antwort durch Serbien jederzeit noch nachträglich gestellt werden können. Graf Mensdorff erklärt die Befristung damit, daß Serbien in den dreiundeinhalb Wochen seit dem Serajewoer Frevel es unterlassen habe, freiwillig zur Aufdeckung des Schuldigen beizutragen; sein Versprechen von 1909, gute Nachbarschaft halten zu wollen, habe es niemals eingelöst. Wenn Serbien nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers aus eigenem Antrieb eine Untersuchung angestellt hätte, so wäre alles vermieden worden. Grey warnt Mensdorff vor den Konsequenzen eines allzu kräftigen Auftretens. Sollten Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland und Deutschland miteinander in Krieg geraten, so würde das Unsummen von Geld verschlingen, den Handel und die Industrie Europas schwer schädigen. Mensdorff antwortete darauf: alles werde von Rußland abhängen; und dessen Haltung sei neuerdings nicht sehr günstig.

O. Wb. 1a: Die Note Österreich-Ungarns an Serbien.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad überreichte am Abend des 23. Juli, 6 Uhr, der serbischen Regierung eine Verbalnote mit den Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung, wor-

in die Antwort bis Sonnabend, den 25. Juli, 6 Uhr abends, verlangt wird. Sie hat folgenden Wortlaut:

Am 31. März 1909 hat der Königlich Serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der Kaiserlichen und Königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien erkennt an, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrags treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere der schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich Serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldete schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtung verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die Königlich Serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment angedauert, in

dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord von Serajewo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der „Narodna Odbrana" angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich Serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen

gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner, was immer eines Teiles Österreich-Ungarns, mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird."

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist,

2. sofort mit der Auflösung des Vereins „Narodna Odbrana" vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die andern Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen,

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren,

4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlichen Regierung bekanntzugeben, sich die k. und k. Regierung vorbehält,

5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken,

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden.

Von der k. und k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen,

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,

8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern,

jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Serajewo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen,

9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen,

10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der Königlichen Regierung spätestens bis Sonnabend, den 25. d. M., um 6 Uhr nachmittags.

Eine Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.

Beilage. Die bei dem Gericht in Serajewo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Meuchelmordes beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Serajewo zu ermorden, wurde in

Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinovic, einem gewissen Milan Ciganovic und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Voja Tankkosic ausgeheckt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und dem Major Voja Tankkosic verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4. Um das Gelingen des Attentats zu sichern, unterwies Milan Ciganovic den Princip, den Gabrinovic und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topschider dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Gabrinovic und Grabez den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganovic organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabatz (Rade Popovic) und Loznica sowie von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

O. Wb. 1b: Der Reichskanzler begleitete diesen Schritt mit folgender Instruktion an die deutschen Botschafter in Paris, London und Petersburg:

Die Veröffentlichungen der Österreichisch-Ungarischen Regierung über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen die Ziele, die sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung derselben bedient. Auch müssen durch die bekanntgegebenen Tatsachen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-Ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit dem serbischen Königreich hinauslaufen, in Belgrad zu suchen ist, und dort zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der Österreichisch-Ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikte führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die Serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es hat sich in unzweideutiger Weise kundgetan, daß es weder mit der Würde, noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-Ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, dem Treiben jenseits der Grenze noch tatenlos zuzusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der Österreichisch-Ungarischen Regierung nur als gerechtfertigt angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, daß die Serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen läßt. Es würde der Österreichisch-Ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrigbleiben, als ihre Forderungen bei der Serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß.

Ew. usw. beehre ich mich zu ersuchen, sich in vorstehendem Sinne (dem derzeitigen Vertreter des Herrn Viviani) (Sir Edward Grey) (Herrn Ssasonow) gegenüber auszusprechen und dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum

Austrag zu bringende Angelegenheit handele, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer andern Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Einem gefälligen telegraphischen Bericht über den Verlauf Ihrer Unterredung werde ich mit Interesse entgegensehen.

*

Br. Wb. 38: Sir Rennell Rodd, britischer Botschafter zu Rom, an Grey.

Rom, 23. Juli. (Eingetr. am 27. Juli.) Ich schließe, daß Italien von den Bedingungen der bevorstehenden Note an Serbien Kenntnis erhalten hat. Der Generalsekretär meinte, die Schwierigkeit liege darin, daß Österreich-Ungarn nach so manchen Enttäuschungen am Balkan für sein Prestige einen endgültigen Erfolg notwendig brauche.

*

Diese äußerlich unscheinbare und von „Foreign Office“ wohl nicht ohne Absicht nicht nach dem Zeitpunkte der Absendung, sondern nach dem Turnus des Einlaufs in das Weißbuch eingeordnete briefliche Meldung aus Rom hat deshalb besonderen Reiz und Wert, weil sie einem der Gründe für die Nichteinhaltung der Dreibundverpflichtung durch Italien direkt widerspricht. Wie die römische „Tribuna“ vom 2. August mitteilte, hatte sich der italienische Ministerrat nach langer Beratung am 1. August auf fünf Punkte geeinigt (siehe darüber weiter unten!); davon lautete der dritte so:

„Wie allgemein bekannt, wurde die Note der Österreichisch-Ungarischen Regierung an Serbien, aus der die gegenwärtige Lage entstanden ist, der Italienischen Regierung durchaus nicht mitgeteilt. Daher

war auch Italien nicht in der Lage, sich zu diesem diplomatischen Schritte zu äußern oder von seinem Rechte, Ratschläge zu erteilen, Gebrauch zu machen."

Und in Punkt 4 kommt der Ministerrat auf dieselbe Nichtachtung zurück, indem er sagt: Italien könnte sich um so weniger gebunden halten, als die Verbündeten mit ihm nicht das notwendige Einvernehmen gepflegt hätten. Schließlich sei, so lautet Punkt 5, Italien, das man völlig im Dunkeln über alle Pläne gelassen hätte, verhindert gewesen, rechtzeitig die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Da man nun nicht annehmen darf, daß eine Großmacht in einer so entscheidenden Frage wider besseres Wissen bindende Beschlüsse fasse, so ist zwingend zu erschließen, daß Sir Rennell am 23. Juli sich getäuscht und den Generalsekretär des italienischen Ministeriums des Äußern gründlich mißverstanden hat.

Der 24. Juli:

Graf Berchtold erklärt dem russischen Geschäftsträger, eine Verschiebung der Machtverhältnisse am Balkan liege ihm fern.

Minister Ssasonow erklärt erregt dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès, eine Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts sei unmöglich, und äußert zum britischen Botschafter die Hoffnung, daß dessen Regierung nicht nachlassen werde, ihre Solidarität mit Rußland und Frankreich zu bezeugen.

Br. Wb. 4: Graf Berchtold, k. u. k. Minister des Auswärtigen, an Graf Mensdorff.

Wien, 24. Juli (Übersetzung Mensdorffs für das „Foreign Office"). Text der österreichisch-ungarischen

Note an Serbien vom 23. Juli, befristet auf 25. Juli, 6 Uhr am Abende. Dazu der Dossier vom selben Tage (vgl. den 27. Juli).

Br. Wb. 5: Grey an Bunsen.

London, 24. Juli. (Tel.) Bericht über Greys Unterhaltung mit dem Grafen Mensdorff über das Wiener Ultimatum, das teilweise Serbiens unabhängige Souveränetät alteriere. „Ich weiß von keinem Staat, der an einen andern unabhängigen Staat ein Dokument von solch schwerwiegender Art gerichtet hätte. Punkt 5 ist unvereinbar mit der Unabhängigkeit und Souveränetät, da es darauf hinausgeht, Österreich das Recht zu geben, Beamte in Serbien zu ernennen." Doch solle diese Bemerkung nicht die Streitfrage selbst kritisieren, sondern nur seine Sorge um die Erhaltung des Friedens beleuchten. Jedenfalls müsse nun die Britische Regierung in einen Meinungsaustausch mit andern Mächten treten (das war das „Drücken auf den elektrischen Knopf", das Signal zur heimlichen Mobilisierung in den Ländern des Dreiverbandes und in Belgien; vgl. S. 81). Graf Mensdorff wiederholt, angesichts der serbischen Hinhaltetaktik sei eine kurze Befristung nötig gewesen.

D. Wb. 3: Telegramm des deutschen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914.

Graf Berchtold hat heute den russischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihm eingehend und freundschaftlich den Standpunkt Österreich-Ungarns Serbien gegenüber auseinanderzusetzen. Nach Rekapitulierung der historischen Entwicklung der letzten Jahre betonte er, daß die Monarchie nicht daran denke, Ser-

bien gegenüber erobernd aufzutreten. Österreich-Ungarn werde kein serbisches Territorium beanspruchen. Es halte strikt daran fest, daß der Schritt nur eine definitive Maßregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe. Notgedrungen müsse Österreich-Ungarn Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber verlangen. Es liege ihm fern, eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Balkan herbeiführen zu wollen. Der Geschäftsträger, der noch keine Weisungen aus Petersburg hatte, hat die Ausführungen des Ministers ad referendum genommen mit der Zusage, sie sofort Ssasonow zu unterbreiten.

D. Wb. 4: Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914.

Den Inhalt des Erlasses 592 habe ich soeben in einer langen Unterredung mit Ssasonow eingehend verwertet. Der Minister erging sich gegen Österreich-Ungarn in maßlosen Anklagen und war sehr erregt. Auf das Bestimmteste erklärte er: daß die serbisch-österreichische Differenz zwischen den Beteiligten allein ausgetragen werde, könne Rußland unmöglich zulassen.

R. Orb.: Kronprinz Alexander von Serbien an den Zaren Nikolaus II.

Belgrad, 11. (24.) Juli 1914.

„Gestern abend hat die Österreichisch-Ungarische Regierung eine Note an die Serbische Regierung überhändigt, betreffend den Mord von Serajewo. In Übereinstimmung mit den internationalen Bestimmungen erklärte sich Serbien am nächsten Tage

nach dem schrecklichen Mord bereit, eine Untersuchung auf seinem Gebiet einzuleiten, da Österreich behauptete, daß serbische Untertanen an dem Morde teilgenommen hätten. Die Forderungen der österreichischen Note stehn aber im Gegensatz zu der Integrität Serbiens und werden als eine Erniedrigung betrachtet. Unter anderem verlangt man von uns eine Erklärung und eine Proklamation an das serbische Heer im Staatsanzeiger, worin wir unsere feindliche Gesinnung gegenüber der Monarchie anerkennen und unser Bedauern aussprechen über unsere Duldung und Agitation gegen Österreich; weiter müssen wir zustimmen, daß österreichische Beamte bei der durch die Note geforderten Untersuchung teilnehmen sollen. Österreich gibt uns 48 Stunden, um dies alles anzunehmen; wenn wir die Annahme ablehnen, so wird es seinen Gesandten aus Belgrad abberufen. Wir sind bereit, von den Forderungen Österreich-Ungarns, die mit unserer Integrität in Übereinstimmung zu bringen sind, die zu erfüllen, welche Eure Majestät uns rät anzunehmen. Auch sind wir bereit, diejenigen, von denen feststeht, daß sie an dem Verbrechen teilgenommen haben, zu bestrafen. Unter den Wünschen Österreichs sind einige, die eine Änderung unserer Gesetzgebung notwendig machen, und dafür brauchen wir Zeit. Die uns gewährte Frist ist zu kurz. Das österreichische Heer steht an unserer Grenze und kann uns jeden Augenblick angreifen. Wir können uns allein nicht verteidigen. Darum bitten wir Eure Majestät, uns so schnell wie möglich zu Hilfe zu eilen. Eure Majestät hat mir viele Zeichen seiner guten Gesinnung gegeben, und wir hoffen, daß unser Ruf im slawischen Lande Eurer Majestät, das seine Rasse liebt, einen Widerhall finden wird. Ich gebe den Gefühlen

des serbischen Volkes Ausdruck, daß in diesen trüben Zeiten Eure Majestät sich des Schicksals Serbiens annehmen werden. Alexander.

Be. Grb. 1. Der belgische Gesandte in Wien übersendet mit Brief vom 24. Juli an seine Regierung den Text des Ultimatums von Österreich-Ungarn an Serbien.

Als Anlage zu Nr. 1 ist das Ultimatum genau wiedergegeben.

Be. Grb. 2: Enthält den Brief des belgischen Auslandsministers Davignon an die Gesandtschaften in Paris, Berlin, London, Wien und St. Petersburg, worin diesen Vertretungen eine schriftliche Anweisung der belgischen Regierung ohne Datum übersandt wird. Diese brieflichen Weisungen sind an die genannten Mächte abzugeben, sobald ein Telegramm des Auslandsministers Davignon dazu auffordert. Diese Anweisungen ohne Datum besagten u. a.:

Die internationale Lage ist ernst; die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen verschiedenen Mächten macht vorbereitende Maßnahmen der Königl. Belgischen Regierung notwendig.

Belgien hat mit der peinlichsten Genauigkeit die Pflichten eines neutralen Staates beobachtet, die ihm von den Verträgen vom 19. April 1839 auferlegt werden. Diesen Pflichten ist es gewillt, nachzukommen, wie die Dinge auch laufen mögen. Die freundschaftlichen Beziehungen der Mächte sind so oft versichert worden, daß Belgien das Vertrauen hat, daß sein Territorium von den Konflikten unberührt bleiben wird, die sich an seinen Grenzen zutragen werden. Dagegen hat Belgien nichtsdestoweniger alle nötigen Maßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung seiner Neutralität

zu sichern. Die belgische Armee ist mobilisiert und befindet sich in den strategischen Stellungen, die gewählt wurden, um das Land zu verteidigen und seine Neutralität zu schützen.

Es ist bedauerlicherweise nötig, Herr Minister, auf dem Charakter dieser Maßnahmen zu bestehen. Sie haben keinen andern Grund als den, Belgien in die Lage zu versetzen, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Sie sind nicht beeinflußt, weder von der Absicht, teilzunehmen an einem kriegerischen Vorgehen der Mächte, noch von mißtrauischen Empfindungen gegen sie (die Mächte) getragen. Indem ich mich an die empfangenen Befehle halte, habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz eine Abschrift der Erklärungen der Belgischen Regierung zu überreichen, und bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen. Eine gleiche Erklärung ist an die andern Mächte ergangen, die die Neutralität Belgiens garantieren.

Br. Wb. 6: Sir G. Buchanan, Botschafter in St. Petersburg, an Grey.

Petersburg, 24. Juli. (Tel.) Bericht über Buchanans Telephongespräch mit dem Minister des Äußern Ssasonow über das Wiener Ultimatum an Serbien. Ssasonow bittet Buchanan, ihn in der französischen Botschaft aufzusuchen, um zu dritt über den drohenden Krieg sich auszusprechen, und sagt dort, Österreich-Ungarn hätte niemals einen solchen Schritt getan, wenn nicht Deutschland dazu geraten hätte. Er hofft: die Britische Regierung werde nicht ermangeln, ihre Solidarität mit Rußland und Frankreich zu erklären. Der französische Botschafter gibt seinerseits diese Erklärung aus freien Stücken: Frankreich werde notwendigenfalls allen Ver-

pflichtungen nachkommen, die ihm durch das Bündnis mit Rußland auferlegt seien. Buchanan — anscheinend nicht zu allem autorisiert — ist hierin vorsichtiger, da ein Krieg lediglich um — des wegen einer gewissen Mord-Sommernacht lange geächteten — Serbiens willen in England nicht populär wäre (wenn sich die verantwortlichen Staatsmänner Englands von einer unbequemen Verpflichtung drücken möchten, pflegen sie sich mit Vorliebe auf die — sonst nie berücksichtigte — öffentliche Meinung zu berufen). Ssasonow widerlegt das und nagelt fest, daß Großbritannien nicht imstande sei, sich selber aus dem Rahmen der gestellten Probleme zu tilgen („Great Britain could not afford to efface herself from the problems now at issue").

Ssasonow ist persönlich davon überzeugt, daß die russische Mobilisation unter allen Umständen durchgeführt werden müsse; doch werde darüber noch ein Ministerrat zu bestimmen haben. Der französische Botschafter plädiert abermals für eine entschiedene Haltung. Schließlich stellt Buchanan einen britischen Druck auf Deutschland und Österreich-Ungarn in Aussicht, dahingehend, daß ein Angriff auf Serbien den gesamten europäischen Frieden gefährden werde. Ssasonow meint, Großbritannien werde über kurz oder lang doch in den Krieg mit verwickelt werden. Buchanan hat von der Unterredung den Eindruck, daß selbst bei einer Ablehnung Englands Frankreich und Rußland entschlossen seien, kräftig aufzutreten.

Br. Wb. 7: Bunsen an Grey.

Wien, 24. Juli. (Tel.) Vor seiner Urlaubsreise hatte der russische Botschafter Schebeko versichert, daß jeder Schritt Österreichs, Serbien zu demütigen, Ruß-

land nicht gleichgültig lassen werde. In diesem Sinne ist heute der russische Geschäftsträger beim Minister des Äußern vorstellig geworden. Berchtold hat entgegnet, sein ganzes Land wisse, daß sein Dasein auf dem Spiele stehe, und sei davon befriedigt.

Br. Wb. 8: Crackanthorpe, Erster Gesandtschaftssekretär in Belgrad, an Grey.

Belgrad, 24. Juli. (Tel.) Serbien hofft auf britisches Einschreiten; Paschitsch findet die österreichischen Bedingungen unannehmbar.

Br. Wb. 9: Deutsche Note, überbracht durch den deutschen Botschafter.

London, 24. Juli. Deutschland rechtfertigt Österreich-Ungarns Vorgehen und wünscht dringend die Lokalisierung des Konflikts. (Übersetzung der Instruktion des Reichskanzlers an die Botschafter in Paris, London und Petersburg vom 23. Juli; siehe Deutsches Weißbuch 1 b.)

Br. Wb. 10: Grey an den Botschafter in Paris, Sir F. Bertie.

London, 24. Juli. Grey instruiert Bertie, er habe den französischen Botschafter heute davon unterrichtet, daß, wenn Rußland das österreichische Ultimatum unannehmbar finde, er (Grey) sich außerstande sehe, mäßigend auf Rußland einzuwirken. Das werde er heute nachmittag dem deutschen Botschafter sagen. Der einzige Ausweg sei eine gemeinsame Vermittlung der vier nicht direkt an Serbien interessierten Mächte Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien gleichzeitig in Wien und in Petersburg. Cambon

meinte, dazu sei es wohl schon zu spät. Grey erwiderte, die feindlichen Mächte könnten ja während der Vermittlung ihren Vormarsch einstellen; auf alle Fälle müsse sich aber Deutschland an ihr beteiligen. Cambon wiederholte, wenn Österreich einmal im Marsche sei, dann sei es zu spät; also sei die Hauptsache, durch eine rasche Vermittlung zwischen Österreich und Serbien in Wien Zeit zu gewinnen. Und Deutschland müsse sie den andern Mächten vorschlagen.

Br. Wb. 11: Grey an Sir H. Rumbold, britischen Botschaftsrat in Berlin.

London, 24. Juli. (Tel.) Grey berichtet, daß er in dem in Nr. 10 berichteten Sinne den deutschen Botschafter bearbeitet habe; Rumbold solle das Herrn v. Jagow mitteilen. Privatim habe Lichnowsky geäußert, er hoffe, Serbien werde durch eine entgegenkommende Antwort Österreich eine Handhabe bieten, nicht unmittelbar einschreiten zu müssen.

Br. Wb. 12: Grey an Crackanthorpe.

London, 24. Juli. (Tel.) Rat an Serbien, nicht völlig ablehnend zu antworten.

Der 25. Juli:

Grey glaubt nicht, daß die öffentliche Meinung in England einen Krieg wegen Serbiens dulden werde; nach Ausbruch des Krieges könnten aber Zwischenfälle eintreten, die England mit hineinzögen. Grey findet, daß kein unabhängiger Staat sich einem Verlangen wie dem von Österreich-Ungarn gestellten unterwerfen könne.

Ungenügende Antwort Serbiens. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad.

Beginn der Telegraphenzensur in Frankreich.

In diesem Stadium der Ereignisse und Verhandlungen hat man entschieden den Eindruck, daß (vgl. vor allem Br. Wb. Nr. 17 und die im Br. Wb. Nr. 26 zitierte, wegen ihres anmaßenden Tones von vornherein kaum diskutable Note) Rußland es war, das um keinen Preis Österreich-Ungarn — trotz seiner Versicherungen, keinen Gebietszuwachs anzustreben — Serbien gegenüber gewähren lassen wollte, weil es dann eine unbequeme Zunahme österreichischen Prestiges am Balkan befürchtete. Das durfte nicht sein; darum trieb Ssasonow, dem Paléologue assistierte, zum Kriege.

Br. Wb. 20: Bunsen an Grey.

Wien, 25. Juli. (Tel.) Bei nicht bedingungsloser Annahme der Note durch Serbien heute abend wird der österreichische Gesandte Belgrad verlassen.

Br. Wb. 21: Crackanthorpe an Grey.

Belgrad, 25. Juli. (Tel.) Die serbische Antwort wird sehr versöhnlich gehalten sein.

Br. Wb. 22: Derselbe an denselben.

Belgrad, 25. Juli. (Tel.) Da der neue französische und der russische Gesandte noch keine Instruktionen erhalten hatten, so enthielt sich Crackanthorpe eines Winkes an Serbien, zumal da Rußland wahrscheinlicherweise zur Mäßigung geraten habe.

*

Hiernach hat es den Anschein, als ob der britische Gesandte in Belgrad den ihm im Br. Wb. Nr. 12 erteilten Auftrag bewußt nicht ausgeführt habe.

Be. Grb. 3: Minister Davignon instruiert die belgischen Gesandten zu Rom, im Haag und zu Luxem-

burg über den Schritt, den er am Tage vorher gegenüber ihren Kollegen zu Paris, Berlin, London, Wien und St. Petersburg getan hatte.

O. Wb. 1a: Die Note der Königl. Serbischen Regierung vom 12./25. Juli 1914 lautet in deutscher Übersetzung wie folgt*):

Die Königliche Regierung hat die Mitteilung der k. u. k. Regierung vom 10. d. M. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, das die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen der österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Die Königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschtina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die Erklärung der Serbischen Regierung vom 18. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen

*) Der volle Wortlaut ist notwendig, um den oft gehörten Vorwurf zu entkräften: Österreich-Ungarn habe sich mit Serbiens Antwort zufrieden geben können! Dieser ungerechtfertigte Vorwurf hatte dadurch Verbreitung erlangt, daß der Pariser „Temps“ als Organ Iswolskis einen (gefälschten) Auszug gebracht hatte, wonach Serbien in der Tat nachgiebig gewesen wäre. Diese Fälschung ist von dem Teile der deutschen Presse, dem sie aus Raumgründen bequemer war als das lange Original, leider ungeprüft übernommen worden.

und rechtlichen Zustand zu ändern. Die Königliche Regierung stellt fest, daß die k. u. k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsichtlich dessen die k. u. k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert, und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Dazu bemerkt die Österreichisch-Ungarische Regierung:

Die Königlich Serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von seiten der Serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Änderung der Stellung Bosniens und der Herzegowina unternommen wurde.

Damit verschiebt sie in bewußt willkürlicher Weise die Grundlagen unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, daß sie und ihre Organe in dieser Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten.

Unser Gravamen geht vielmehr dahin, daß sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen unterlassen hat, die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken.

Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern und zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein freundnachbarliches

Verhältnis zu treten, nicht bloß die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Die Note Serbiens fährt dann fort:

Die Königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die Behauptung der Königlich Serbischen Regierung, daß die Äußerungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht in vollem Widerspruche zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiete des Preß- und Vereinsrechts, das einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Übrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die Serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, daß sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirkung im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Die Note Serbiens fährt fort:

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Diese Behauptung ist unrichtig. Die Serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen.

Note Serbiens:

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung somit bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere auf der ersten Seite des Amtsblatts vom 13./26. Juli folgende Enuntiation zu veröffentlichen: Die Königlich Serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete

von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Unsere Forderung lautete: „Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda ...“

Die von der Königlich Serbischen Regierung vorgenommene Änderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, daß eine solche gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht, oder daß ihr eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die Serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desavouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, daß sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und daß diese damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung ...“ gleichlautend mit dem geforderten Texte.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die von uns geforderte Formulierung lautete: „Die Königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre ... mitgewirkt haben ...“

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatz „laut der Mitteilung der k. und k. Regierung“ verfolgt die Serbische Regierung den bereits oben angedeuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter

1. Anläßlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anläßlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Wir hatten gefordert:

„1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.“

Wir wollten also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, daß derartige Preßangriffe in Hinkunft unterbleiben; wir wünschten

also einen bestimmten Erfolg auf diesem Gebiete sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolge dienen sollen, und zwar:

a) Ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Preßäußerungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, um so mehr, als bekanntermaßen die subjektive Verfolgung von Preßdelikten äußerst selten möglich ist, und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, daher uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet;

b) ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, daß die Konfiskation gestattet würde — ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also vollkommen unbefriedigend — dies um so mehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, daß uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden, und daß im Falle der Ablehnung der Gesetzesvorlagen durch die Skupschtina — von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen — alles beim alten bliebe.

Note Serbiens:

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr

keine solchen, daß der Verein „Narodna Odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherischen Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana“ sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die monarchiefeindliche Propaganda der „Narodna Odbrana“ und der ihr affilierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die Serbische Regierung behauptet, daß ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangt haben:

die Propagandamittel dieser Gesellschaften zu konfiszieren;

die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, so daß uns auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, daß dem Treiben der monarchiefeindlichen Assoziationen, insbesondere der „Narodna Odbrana“, durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

Note Serbiens:

3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuscheiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Auch in diesem Falle verlangt die Serbische Regierung erst Beweise dafür, daß im öffentlichen Unterrichte Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda getrieben wird, während sie doch wissen muß, daß die bei den serbischen Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstandenden Stoff enthalten, und daß ein großer Teil der serbischen Lehrer im Lager der „Narodna Odbrana“ und der ihr affiliierten Vereine steht.

Übrigens hat die Serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderungen nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Texte den von uns gewünschten Beisatz „sowohl was den Lehrkörper, als auch was die Lehrmittel anbelangt“, wegließ — ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo die monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

Note Serbiens:

4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zu schulden kommen lassen; sie er-

wartet, daß ihr die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Indem die Königlich Serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahnendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheinen unsere Forderungen auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

Note der Königlich Serbischen Regierung:

5. Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich Serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig etwas zu tun wie das Strafprozeßrecht:

Es handelt sich um eine Angelegenheit **rein staatspolizeilicher Natur**, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher unverständlich und wäre bei ihrer vagen allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluß des zu treffenden Abkommens zu führen.

Note der Königlich Serbischen Regierung:

6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Unser Verlangen war ganz klar und nicht mißzudeuten. Wir begehrten 1. Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts, 2. Teilnahme von k. und k. Organen an den hierauf bezüglichen **Erhebungen** (Recherche im Gegensatz zu enquête judiciaire), 3. es ist uns **nicht** beigefallen, k. und k. Organe an dem serbischen **Gerichtsverfahren** teilnehmen zu lassen: Sie sollten nur an den **polizeilichen Vorerhebungen** mitwirken, welche das Material für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Wenn die Serbische Regierung uns hier mißversteht, so tut sie dies bewußt, denn der Unterschied zwischen enquête judiciaire und den einfachen Recherchen muß ihr geläufig sein.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünschte, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe an dem polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeilichen Interventionen bestehen in großer Menge), hat sie sich auf einen Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

Note der Serbischen Regierung:

7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voislar Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anbelangt, der ein Angehöriger der österreich-ungarischen Monarchie ist, und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Serajewo gesammelten Schuldbeweise in der bezeichneten Form bekanntzugeben.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Diese Antwort ist hinterhältig. Ciganovic ging laut der von uns veranlaßten Nachforschung drei

Tage nach dem Attentat, als bekannt wurde, daß Ciganovic an dem Komplotte beteiligt war, auf Urlaub und begab sich im Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, daß Ciganovic schon am 15./28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst schied. Hierzu kommt, daß der Polizeipräfekt von Belgrad, der die Abreise des Ciganovic selbst veranlaßt hat und der wußte, wo dieser sich aufhielt, in einem Interview erklärte, ein Mann namens Milan Ciganovic existiere in Belgrad nicht.

Note der Serbischen Regierung:

8. Die Serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen gegen die Unterdrückung des Schmuggelns von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabac—Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die Königliche Regierung ist gern bereit, Erklärungen über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Ausland nach dem Attentat in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Der Königlich Serbischen Regierung müssen die bezüglichen Interviews ganz genau bekannt sein. Wenn sie von der k. und k. Regierung verlangt, daß diese ihr allerlei Details über diese Interviews liefere und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, daß sie auch die Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

Note der Serbischen Regierung:

10. Die Königliche Regierung wird, sofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die Königlich Serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen, und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das Internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der Serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben.

Schluß der Note.

Br. Wb. 13: Russische Note, überbracht durch den russischen Botschafter.

London, 25. Juli. (Übersetzung.) Minister Ssasonow hat am 24. Juli dem russischen Geschäftsträger

in Wien folgendes telegraphiert: Das österreichische Communiqué an die Mächte läßt zu wenig Zeit zum Wegräumen der Schwierigkeiten; wesentlich ist also eine Erstreckung der Frist für Serbien. — Ehe man letzterem einen Rat geben kann, muß man doch die Anklage Wiens gründlich studiert haben! Eine Ablehnung, den Termin hinauszuschieben, würde den internationalen Beziehungen widersprechen. Fürst Kudaschew ist instruiert, in diesem Sinne beim Wiener Kabinette vorstellig zu werden. Ssasonow hofft, daß die Britische Regierung dem eben entwickelten Standpunkte beitreten und den britischen Botschafter in Wien dahingehend instruieren werde.

Br. Wb. 14: Grey an Bertie und Buchanan.

London, 25. Juli. (Tel.) Der österreichische Botschafter war autorisiert, zu erklären, daß der in Belgrad getane Schritt kein Ultimatum, sondern eine Démarche mit Befristung war; sollten die österreichischen Forderungen nicht erfüllt werden, so werde seine Regierung mit militärischen Vorbereitungen — nicht: Operationen! — beginnen.

Sollte die Österreichisch-Ungarische Regierung diese Information nicht auch in Paris und Petersburg abgegeben haben, so ist sofort der betreffende Minister des Äußern davon zu unterrichten; denn sie erleichtert die unmittelbare Lage.

Br. Wb. 15: Bertie an Grey.

Paris, 25. Juli. (Tel.) Ich höre vom Direktor der politischen Abteilung, daß die französische Regierung die in Nr. 14 gegebene Aufklärung noch nicht erhalten hat. Trotzdem hat sie dem Pariser Gesandten Serbiens den in Nr. 12 angedeuteten Rat erteilt.

Br. Wb. 16: Bertie an Grey.

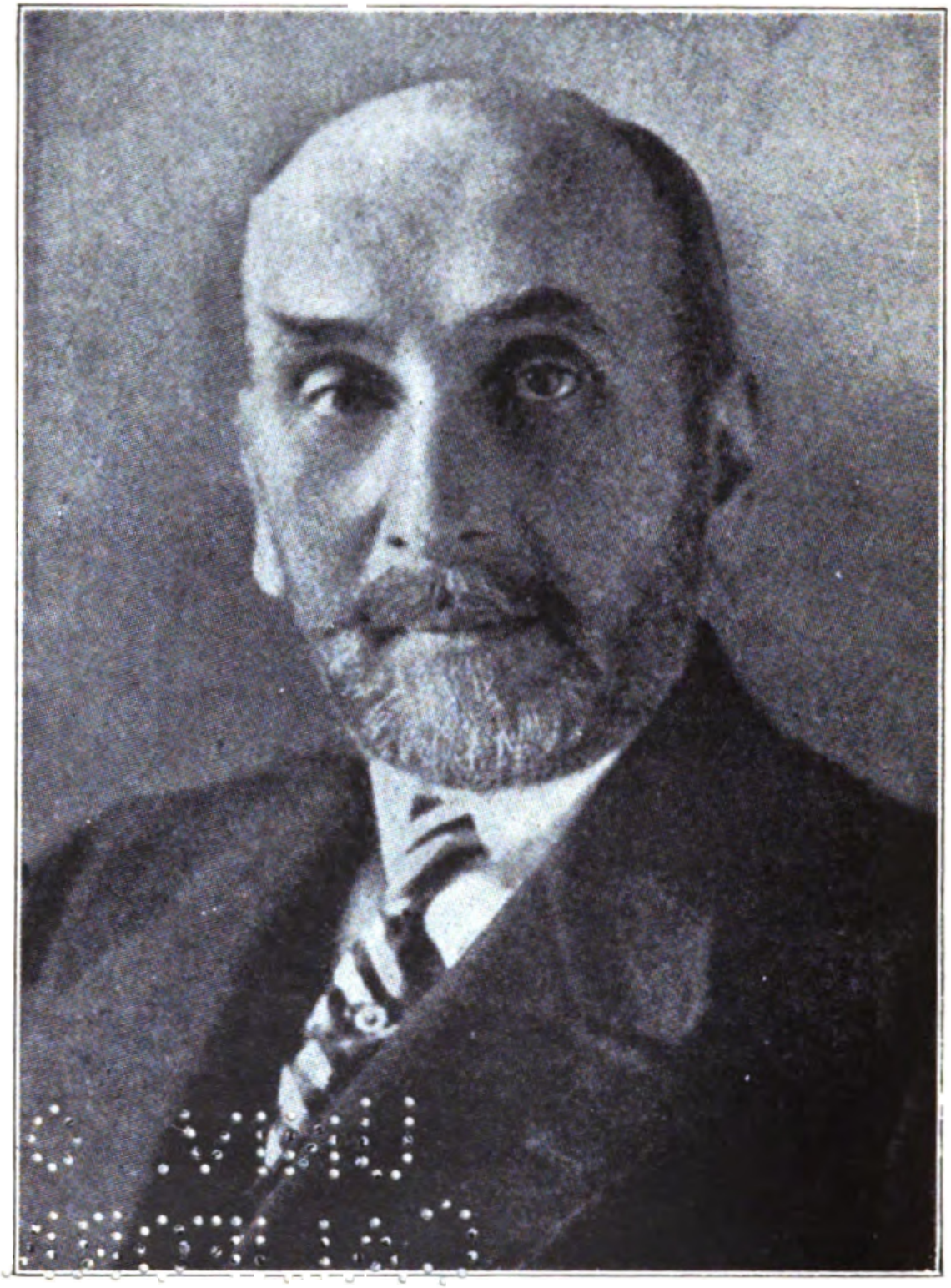
Paris, 25. Juli. (Tel.) Der Direktor der politischen Abteilung hofft auf eine wenn auch nicht alles bewilligende, so doch entgegenkommende Antwort Serbiens, um feindlichen Schritten Wiens vorzubeugen.

Br. Wb. 17: Buchanan an Grey.

Petersburg, 25. Juli. (Tel.) Ich habe am Vormittage dem Minister des Äußern die in Nr. 14 gegebene Aufklärung vermittelt und am Nachmittage mit ihm den vom französischen Botschafter vorgeschlagenen Rat an Serbien besprochen. In beiden Fällen erhob Ssasonow Einwendungen: zum ersten habe er aus deutschen Kreisen abweichende Informationen, und zum zweiten sei es zu spät. Im Fall eines österreichischen Angriffs werde, so erklärte gestern der serbische Gesandte, seine Regierung Belgrad aufgeben und gleichzeitig an die Mächte appellieren. Rußland werde dann die Regelung der Angelegenheiten England, Frankreich, Deutschland und Italien überlassen. Es habe keine aggressiven Absichten; aber Österreichs Vorgehen sei in Wahrheit gegen Rußland gerichtet. Ssasonow meinte, wenn England sich fest auf die Seite Frankreichs und Rußlands stelle, dann werde Deutschland zurückweichen; trete dagegen England jetzt zur Seite, dann würden bald Ströme Blutes fließen, und schließlich werde England doch in den Krieg verwickelt werden. Buchanan erwiderte, daß England einstweilen die Rolle des Mittlers vorziehe; sollten jedoch seine Ratschläge verschmäht werden, dann würde es eines Tages der Verbündete Rußlands werden. Ssasonow sagte: unglücklicherweise (!) sei Deutschland davon überzeugt, auf die britische Neutralität rechnen zu dürfen. Buchanan warnt ihn vor



Wladimir Nikolajewitsch Kokowzow,
seit 24. September 1911 bis 11. Februar 1914
russischer Ministerpräsident.



Sergei Dimitrijewitsch Sſaſonow,
ſeit 28. September 1910 ruſſiſcher Miniſter des Äußern.

einer Mobilisierung; denn wenn Rußland mobilisiere, werde Deutschland sich nicht mit einer Mobilisierung begnügen und Rußland Zeit geben, die seinige zu vollenden, sondern werde sofort den Krieg erklären. Ssasonow erwidert: Rußland könne nicht zugeben, daß Österreich die Vorherrschaft am Balkan an sich reiße und Serbien vernichte. Im Vertrauen auf Frankreichs Hilfe werde Rußland alle Gefahren eines Krieges auf sich nehmen.

R. Orb.: Minister Ssasonow an den russischen Botschafter in London.

Petersburg, 25. Juli.

Im Fall einer weiteren Verschlimmerung der Lage, die zu entsprechenden Maßnahmen der Großmächte Anlaß geben würden, rechnen wir darauf, daß England nicht zögern wird, sich ohne weiteres auf die Seite Rußlands und Frankreichs zu stellen, um das europäische Gleichgewicht zu wahren, zu dessen Gunsten Großbritannien in der Vergangenheit stets interveniert hat. Dieses Gleichgewicht wäre gefährdet im Fall eines österreichischen Triumphes.

Aus den Mitte Oktober von der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichten diplomatischen Urkunden:

Juli 1914.

Euer pp. beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Schreibens zu übersenden, das der Adjutant eines zurzeit hier weilenden russischen Großfürsten unter dem 25. Juli von Petersburg aus an den Großfürsten gerichtet hat und über dessen wesentlichen Inhalt ich bereits telegraphisch berichten durfte. Das Schreiben, von dem ich auf vertraulichem Wege Kenntnis

erhielt, erweist meines gehorsamen Dafürhaltens, daß man schon seit dem 24. d. M. in Rußland zum Kriege entschlossen ist.

Anlage.

12./25. Juli, Petersburg.

„In Petersburg waren große Unordnungen unter den Arbeitern, sie fielen sonderbar mit der Anwesenheit der Franzosen bei uns und mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien zusammen. Gestern hörte ich von dem französischen Militäragenten General de la Guiche, er habe gehört, daß Österreich an den Arbeiterunruhen nicht unschuldig sei. Jetzt kommt aber alles rasch zu normalen Verhältnissen. Und es scheint, daß, von den Franzosen ermutigt, unsere Regierung aufgehört hat, vor den Deutschen zu zittern. Es war längst Zeit! Es ist besser, sich einmal klar auszusprechen, als sich ewig hinter den ‚professionellen Lügen' der Diplomaten zu verbergen. Das Ultimatum Österreichs ist von unerhörter Frechheit, wie alle hiesigen Zeitungen einmütig sagen. Eben habe ich die Abendzeitungen gelesen — gestern war Sitzung des Ministerrats; der Kriegsminister hat sehr energisch gesprochen und bestätigt, daß Rußland zum Kriege bereit sei, und die übrigen Minister haben sich voll angeschlossen; es wurde in entsprechendem Geist ein Bericht an den Kaiser fertiggestellt, und dieser Bericht wurde an demselben Abend bestätigt. Heute wurde im ‚Russischen Invaliden' eine vorläufige Mitteilung der Regierung veröffentlicht, daß ‚die Regierung sehr durch die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des österreichischen Ultimatums an Serbien besorgt sei. Die Regierung verfolgt aufmerksam die Entwicklung der serbisch-

österreichischen Zusammenstöße, bei denen Rußland nicht gleichgültig bleiben kann'. Diese Mitteilung ist von allen Zeitungen mit sehr günstigen Kommentaren nachgedruckt worden. Wir alle sind überzeugt, daß dieses Mal keine Rasputins Rußland verhindern werden, seine Pflicht zu erfüllen. Deutschland, das Österreich vorschickt, ist fest entschlossen, sich mit uns zu messen, bevor wir unsere Flotte ausbauen, und die Balkanstaaten haben sich noch nicht vom Kriege erholt. Auch wir müssen der Gefahr ins Gesicht sehen und nicht unseren Kopf verstecken, wie während des Balkankrieges, als Kokowzow nur an die Börse dachte. Damals aber wäre der Krieg leichter gewesen, da der Balkanbund voll bewaffnet war. Aber bei uns trieb man die Straßendemonstrationen, die gegen das elende Österreich gerichtet waren, durch die Polizei auseinander! Jetzt aber würde man ebensolche Demonstrationen freudig begrüßen. Überhaupt wollen wir hoffen, daß das Regiment der Feiglinge (nach Art Kokowzows) und gewisser Schreier und Mystiker vorüber ist. Der Krieg ist ein Gewitter. Mögen auch Katastrophen kommen, es wäre immer besser, als in dieser unerträglichen Schwüle zu beharren. Aus Erfahrung weiß ich bestimmt, daß für mich der ruhigste Platz in der Front ist, wo man die Gefahr in ihrer natürlichen Größe sieht, und das ist gar nicht so furchtbar; am schlimmsten ist es in der Nachhut, in der die Atmosphäre der Feigheit herrscht, unwahrscheinliche Gerüchte umlaufen und Paniken entstehen. Im künftigen Kriege aber wird das Innere Rußlands die Nachhut sein."

Be. Grb. 4:

Der belgische Gesandte in Belgrad sendet den Text der serbischen Antwort an Minister Davignon.

D. Wb. 13: Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London vom 25. Juli 1914.

Die von Sir Edward Grey zwischen österreichisch-serbischem und österreichisch-russischem Konflikte gemachte Unterscheidung trifft vollkommen zu. Wir wollen ebensowenig wie England uns in ersteren einmischen, und nach wie vor vertreten wir den Standpunkt, daß diese Frage dadurch lokalisiert bleiben muß, daß alle Mächte sich der Einmischung enthalten. Es ist deshalb unsere dringende Hoffnung, daß Rußland sich eines jeden aktiven Eingriffs enthalten wird, im Bewußtsein seiner Verantwortung und des Ernstes der Situation. Wir sind, falls ein österreichisch-russischer Streit entstehen sollte, bereit, vorbehaltlich unserer bekannten Bündnispflichten, zwischen Rußland und Österreich mit den anderen Großmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen.

Br. Wb. 18: Rumbold, Botschaftsrat in Berlin, an Grey.

Berlin, 25. Juli. (Tel.) Der Staatssekretär des Äußern instruierte heute vormittag, unmittelbar nach Empfang eines Telegramms Lichnowskys, den Botschafter v. Tschirschky, dem Grafen Berchtold eine Erstreckung der Frist an Serbien nahezulegen. Leider ersah er aus den Zeitungen, daß Berchtold nicht in Wien, sondern in Ischl weilte. Er wisse nicht, was Österreich vorhabe, gab aber zu, daß es wohl Serbien eine Lektion erteilen wolle. Aber Graf Berchtold habe dem russischen Geschäftsträger ausdrücklich versichert, daß Österreich-Ungarn kein serbisches Gebiet wegnehmen wolle. Demnach dürfe man auf

Lokalisierung des Konflikts rechnen; Rußland werde sich damit abfinden: Deutschland wünsche ja auch keinen Krieg. Sollten sich dennoch die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich verschlimmern, dann sei v. Jagow mit der vorgeschlagenen Vierervermittlung in Wien und Petersburg einverstanden. Privatim versicherte er, keine Kenntnis vom gesamten Inhalte der Wiener Note gehabt zu haben.

Br. Wb. 19: Sir R. Rodd, britischer Botschafter in Rom, an Grey.

Rom, 25. Juli. (Tel.) Der Generalsekretär im Ministerium des Äußern zeigte sich heute von der geplanten Vierervermittlung unterrichtet. Nach seiner Meinung werde sich Österreich nur mit einer bedingungslosen Annahme seiner Note begnügen. In Rom kursiere das glaubwürdige Gerücht, Österreich beabsichtige, sich der Eisenbahn nach Saloniki zu bemächtigen.

Br. Wb. 23: Crackanthorpe an Grey.

Belgrad, 25. Juli. (Tel.) Der österreichische Gesandte hat 6.30 Belgrad verlassen. Die Serbische Regierung ist nach Nisch abgegangen. Ich folge ihr; nur der Vizekonsul bleibt beim Gesandtschaftsarchiv.

Br. Wb. 24: Grey an Buchanan.

London, 25. Juli. (Tel.) Die öffentliche Meinung wird einen Krieg um Serbiens willen nicht billigen (vgl. Br. Wb. Nr. 6). Bricht er dennoch aus, so kann uns die Entwicklung anderer Handlungen oder Zwischenfälle in den Krieg verwickeln („the development of other issues may draw us into it": Anspielung auf die Entente-Verpflichtungen); deshalb bin ich bestrebt, dem zuvorzukommen. Der

einzige Ausweg ist: Rußland und Österreich zu ersuchen, nicht die Grenze zu überschreiten, um den vier Mächten Zeit zur Vermittlung zu geben. Dabei ist Deutschlands Mitwirkung wesentlich.

Br. Wb. 25: Grey an Rumbold.

London, 25. Juli. (Tel.) Der österreichische Botschafter war ermächtigt, zu erklären, daß der Abbruch der Beziehungen zu Serbien zwar militärische Vorbereitungen, aber noch keine militärische Operationen nach sich ziehen werde (vgl. Br. Wb. Nr. 14). Das wird, so sagte dann Grey zum deutschen Botschafter, die Überschreitung der Grenze ein wenig verzögern. Dennoch ist mit der sofortigen Mobilisierung Österreichs und Rußlands zu rechnen. Die Rettung des Friedens besteht somit nur in einer gemeinsamen Bitte Deutschlands, Frankreichs, Rußlands (so! versehen für „Italiens") und Großbritanniens an jene beiden Mächte, nicht die Grenze zu überschreiten. Der deutsche Botschafter versicherte, Deutschland habe vom Texte der Note ebensowenig genauere Kenntnis gehabt wie die andern Mächte; doch nun könne Österreich nicht mehr zurück. Zwischen Österreich und Rußland jedoch sei eine Vermittlung wohl noch möglich. Grey ersucht Deutschland um seine Mitwirkung und stellt das Einverständnis der zurzeit heimreisenden Regierung Frankreichs in Aussicht.

Br. Wb. 26: Grey an Bunsen.

London, 25. Juli. (Tel.) Der russische Botschafter übermittelte das Telegramm seiner Regierung, das den russischen Botschafter in Wien beauftragte, folgendes dem Grafen Berchtold auszurichten: Die Russische Regierung hoffe zuversichtlich, daß die Öster-

reichische die Frist doch noch verlängere, damit die Mächte die vorgebrachten Beschwerden genauer studieren könnten. Das Gegenteil verstoße nicht nur gegen die internationale Sitte, sondern beraube auch die österreichische Note an die Mächte jedes praktischen Wertes. Bunsen solle diesen russischen Schritt unterstützen. Selbst wenn Österreich die Frist nicht erstrecke, so solle es doch eine Erörterung der russischen Wünsche zulassen, ehe es nicht wieder gutzumachende Schritte tue (um jeden Preis hieß es eben: Zeit gewinnen!).

Br. Wb. 27: Grey an Bertie, Rumbold und Buchanan.

London, 25. Juli. (Tel.) Ich habe dem deutschen Botschafter den von Crackanthorpe (Br. Wb. Nr. 21) skizzierten Inhalt der serbischen Antwort mitgeteilt und die Hoffnung geäußert, Deutschland werde daraufhin seinen Einfluß auf Wien ausüben, daß letzteres die Sache günstig ansehe.

Br. Wb. 28: Vacat (vermutlich während des Druckes ausgeschieden).

Br. Wb. 29: Grey an Rodd.

London, 25. Juli. Dem italienischen Botschafter erzählte ich das, was ich dem deutschen Botschafter gesagt hatte. Er billigte das warm und machte kein Geheimnis daraus, daß Italien den Krieg vermieden zu sehen wünsche.

Br. Wb. 30: Grey an Crackanthorpe.

London, 25. Juli. Bericht über eine Unterredung des serbischen Gesandten Boschkowitsch mit dem Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson am 23. Juli, in der jener eine Rechtfertigung Serbiens versucht hatte,

während Nicolson, ohne ein Urteil über die Attentatsschuld Serbiens zu fällen, zu Nachgiebigkeit geraten hatte.

Br. Wb. 31: Bunsen an Grey.

Wien, 25. Juli. (Tel., eingetroffen 26. Juli.) Die serbische Antwort ist für ungenügend erachtet worden und der österreichisch-ungarische Gesandte hat Belgrad verlassen. Der Krieg dürfte unvermeidlich sein.

Der 26. Juli:

Österreich-Ungarn erklärt zum zweitenmal in Petersburg, keine Eroberungspläne gegen Serbien zu hegen.

Zuverlässige Meldungen über russische Rüstungen; entsprechende Erklärung Deutschlands in Petersburg.

Sir Edward Greys Vorschlag einer Erneuerung der Botschafter-Konferenz.

Be. Grb. 5:

Die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Brüssel teilt dem Minister des Äußern Davignon den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Belgrad mit.

D. Wb. 5: Der deutsche Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit Ssasonow. Beide Beteiligte hatten, wie sie mir nachher sagten, einen befriedigenden Eindruck. Die Versicherung des Botschafters, daß Österreich-Ungarn keine Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe haben wolle, hat den Minister sichtlich beruhigt.

Trotzdem rüstete Rußland. Die Unterlage hierüber liefern folgende drei Meldungen:

O. Wb. 6: Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 25. Juli 1914.

Meldung für S. M. von General von Chelius. Im Krasnoelager wurden heute die Truppenübungen plötzlich abgebrochen, und die Regimenter kehren in ihre Garnisonen sofort zurück. Die Manöver sind abgesagt worden. Die Kriegsschüler wurden heute statt im Herbst zu Offizieren befördert. Über das Vorgehen Österreichs herrscht im Hauptquartier große Aufregung. Ich habe den Eindruck, daß alle Vorbereitungen für die Mobilmachung gegen Österreich getroffen werden.

O. Wb. 7: Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 26. Juli 1914.

Der Militärattaché bittet um Übermittlung nachstehender Meldung an den Generalstab:

Ich halte es für sicher, daß für Kiew und Odessa die Mobilmachung befohlen worden ist. Bei Warschau und Moskau ist dies fraglich und bei den andern wohl noch nicht der Fall.

O. Wb. 8: Telegramm des deutschen Konsulatsverwesers in Kowno an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

In Kowno Kriegszustand erklärt.

Daraufhin gab Deutschland in Petersburg folgende Erklärung ab:

Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands werden uns zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg. Da uns

Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland bekannt sind, würde diese Mobilisierung gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein. Wir können nicht annehmen, daß Rußland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will. Da Österreich-Ungarn den Bestand des serbischen Königreichs nicht antasten will, sind wir der Ansicht, daß Rußland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Den Wunsch Rußlands, den Bestand des serbischen Königreichs nicht in Frage stellen zu lassen, werden wir um so eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn diesen Bestand gar nicht in Frage stellt. Es wird leicht sein, im weiteren Verlaufe der Angelegenheit die Basis einer Verständigung zu finden.

Die Deutsche Reichsregierung instruierte ihre Botschafter in London, Paris und Petersburg wie folgt:

D. Wb. 10: Dringendes Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London.

26. Juli 1914.

Österreich-Ungarn hat in Petersburg offiziell und feierlich erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtigt, den Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier eingegangenen Nachrichten steht in Rußland Einberufung mehrerer Reservistenjahrgänge unmittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Wenn sich diese Nachrichten bewahrheiten, so werden wir gegen unsern Wunsch zu Gegenmaßregeln gezwungen. Auch heute noch geht unser Streben dahin, den Konflikt zu lokalisieren

und den europäischen Frieden zu erhalten. Wir bitten daher in diesem Sinne in Petersburg mit allem Nachdruck zu wirken.

D. Wb. 10a: Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris vom 26. Juli 1914.

Nachdem Österreich-Ungarn Rußland offiziell erklärt hat, daß es keinen territorialen Gewinn beabsichtige, den Bestand des Königreichs nicht antasten wolle, liegt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, nur bei Rußland, das die gesamte Verantwortung zu tragen hat. Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsch um die Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, daß es in Petersburg seinen Einfluß in beruhigendem Sinne geltend machen wird.

D. Wb. 10b: Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 26. Juli 1914.

Nachdem Österreich sein territoriales Desinteressement feierlich erklärt hat, ruht die Verantwortung für eine eventuelle Störung des europäischen Friedens durch eine russische Intervention allein auf Rußland. Wir vertrauen immer noch darauf, daß Rußland keine Schritte unternehmen wird, die den europäischen Frieden ernstlich gefährden würden.

Am gleichen Tage schlug Sir Edward Grey die Erneuerung der Londoner Botschafterkonferenz vor (vgl. unten, Br. Wb. 36).

R. Orb.: Ssasonow an den russischen Botschafter in Wien.

Petersburg, 26. Juli.

Ich hatte heute eine freundschaftliche Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter. Wir haben die zehn an Serbien formulierten Forderungen geprüft, und ich machte ihn darauf aufmerksam, daß, außer der unmöglichen Form, einige dieser Forderungen keineswegs erfüllt werden könnten, selbst wenn die Serbische Regierung bereit wäre, sie anzunehmen. So können z. B. die Punkte 1 und 2 nicht erfüllt werden ohne eine vorherige Änderung des serbischen Preßgesetzes und des Vereinsgesetzes. Die Skupschtina würde nur schwer ihre Einwilligung dazu geben. Die Erfüllung der Punkte 4 und 5 könnte äußerst gefährliche Konsequenzen haben und zu territorialen Akten gegen die Mitglieder des Königshauses und gegen Paschitsch führen, was sicher nicht die Absicht Österreichs ist. Was die anderen Punkte anlangt, so glaube ich, daß mit einigen Modifikationen eine Verständigung nicht allzu schwer wäre, wenn man die angeführten Ursachen durch genügende Beweise stützte. Im Interesse des Friedens, der, wie Graf Szápary sagt, für Österreich ebenso teuer wie für die andern Mächte ist, wäre es notwendig, der jetzigen gespannten Lage ein Ende zu machen. Zu diesem Zwecke wäre es mir lieb, daß der österreichisch-ungarische Botschafter die Ermächtigung erhalte, in einen besonderen Gedankenaustausch mit mir einzutreten, um gemeinsam die neue Formulierung einiger Artikel aus der österreichischen Note vom 10. (23.) Juli auszuarbeiten. Vielleicht, daß man auf diese Weise eine Formel finden würde, die zu gleicher Zeit Österreich eine Genugtuung gibt und auch von

Serbien akzeptiert werden kann. Sprechen Sie im Sinne dieser Depesche mit dem Minister des Auswärtigen. Es handelt sich darum, eine freundschaftliche Form zu finden. Diese Depesche wird auch den Botschaftern in Deutschland, Frankreich, England und Italien mitgeteilt.

R. Orb.: Ssasonow an Botschafter Krupenski in Rom.

Petersburg, 26. Juli.

Italien könnte eine erste Rolle in dem Versuch, den Frieden zu wahren, spielen, wenn es sich entschließen könnte, den nötigen Druck auf Österreich auszuüben, und wenn es eine glatte negative Stellung in dem Konflikt nehmen würde, da dieser nicht lokalisiert bleiben kann. Es wäre wünschenswert, daß Sie die Überzeugung ausdrücken, daß es für Rußland unmöglich ist, nicht für Serbien zu intervenieren.

Br. Wb. 32: Bunsen an Grey.

Wien, 26. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter, überzeugt davon, daß sich Rußland ruhig verhalten werde, da Österreich-Ungarn keinen Gebietszuwachs erstrebe, meinte, daß der russische Minister des Äußern, von dessen Persönlichkeit alles abhänge, dem Druck einiger panslawistischer Zeitungen leicht widerstehen könne — wenn er nur wolle. Denn er sei nicht so töricht, einen Schritt zu tun, der eine Reihe benachbarter Probleme, wie der schwedischen, der polnischen, der ruthenischen, der rumänischen und der persischen Frage, in Fluß bringen werde. Und Frankreich sei noch nicht imstande, einem Kriege die Stirn zu bieten. Bunsen bedauerte den allzu scharfen Ton des österreichischen Ultimatums. Denn an sich

könnte man mit mancher Forderung Wiens sympathisieren, wenn nur der Ausdruck etwas gemäßigter gewesen wäre. Aber freilich, das betonte der deutsche Kollege, sei es tatsächlich unmöglich gewesen, mit Serbien anders zu sprechen. Serbien war auf dem Punkt, eine Lektion zu bekommen, die es verdiente. Und Rußland habe kein Recht, ein Protektorat über Serbien sich anzumaßen. Daß aber letzteres von der nicht befriedigenden Eigenschaft seiner Antwort von vornherein überzeugt war, beweise die Tatsache, daß es noch vor ihrer Abgabe mobilisiert und die Regierung aus Belgrad entfernt habe.

Br. Wb. 33: Rumbold an Grey.

Berlin, 26. Juli. (Tel.) Der Kaiser ist plötzlich letzte Nacht heimgekehrt. Im Auswärtigen Amte fürchtet man, daß diese Initiative Kombinationen und Beunruhigung hervorrufen werde. Der Unterstaatssekretär des Äußern nimmt auf Grund eines Petersburger Berichts an, daß Rußland ruhig bleiben werde, wenn sich, wie versprochen, Österreich nichts vom serbischen Boden aneignen werde.

Br. Wb. 34: Derselbe an denselben.

Berlin, 26. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter in Wien ist instruiert, der dortigen Regierung — im Sinne des britischen Wunsches — die Erwartung auszusprechen, daß sie die serbische Antwort gut aufnehme, falls sie dem gemeldeten Entwurf entspräche.

Br. Wb. 36: Grey an Bertie, Rumbold und Rodd.

London, 26. Juli. (Tel.) Wird der betr. Minister des Äußern bereit sein, seinen Londoner Botschafter

dahin zu instruieren, daß Grey mit den Vertretern von Frankreich, Italien und Deutschland Mittel und Wege suche, Verwicklungen vorzubeugen? Im bejahenden Falle müßten dann die Vertreter derselben vier Mächte in Belgrad, Wien und Petersburg darum nachsuchen, daß alle aktiven militärischen Operationen während der Konferenz suspendiert würden.

Br. Wb. 35: Rodd an Grey.

Rom, 26. Juli. (Tel.) Italien begrüßt den Plan einer Viererkonferenz. Der österreichische Botschafter betonte, daß die Abberufung seines Belgrader Kollegen noch keine Kriegserklärung bedeute.

Br. Wb. 37: Grey an Bertie.

London, 26. Juli. (Tel.) Übermittelt Rumbolds Berliner Telegramm Br. Wb. Nr. 18 vom 25. Juli und wiederholt die Frage Br. Wb. Nr. 36.

Br. Wb. 40: Bunsen an Grey.

Wien, 26. Juli. (Tel.; eingetroffen 27. Juli.) Der russische Botschafter, vom Urlaub zurück, nahm an, daß die Österreichisch-Ungarische Regierung auf Krieg sinne, und daß es daher zur Urgierung der am Schlusse des 26. Stückes empfohlenen Politik zu spät sei. Zur Viererkonferenz (Br. Wb., Nr. 36) äußerten er und sein französischer Kollege Zweifel, ob die Regierungen in Berlin und Wien den russischen Standpunkt zulassen würden, wonach Rußland auch im Rahmen einer lediglich österreichisch-serbischen Auseinandersetzung etwas zu sagen habe. — Die italienische Instruktion zur Unterstützung des russischen Wunsches nach Hinausschiebung des Termins kam zu spät.

Der 27. Juli:

Veröffentlichung des k. u. k. Dossiers.

Allgemeine Mobilmachung in Serbien.

Der russische Kriegsminister Suchomlinow erklärt dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, es sei noch keine Mobilmachungsorder ergangen; mit der Mobilisierung von 13 Armeekorps seien lediglich vorbereitende Maßregeln getroffen.

Erste Meldungen über vorbereitende Maßnahmen Frankreichs.

Br. Wb. 39: Antwort der Serbischen Regierung vom 25. Juli auf die österreichisch-ungarische Note vom 23. Juli.

London, 27. Juli. (Übersetzung, überbracht vom serbischen Gesandten; vgl. die N. A. Z. vom 29. Juli.)

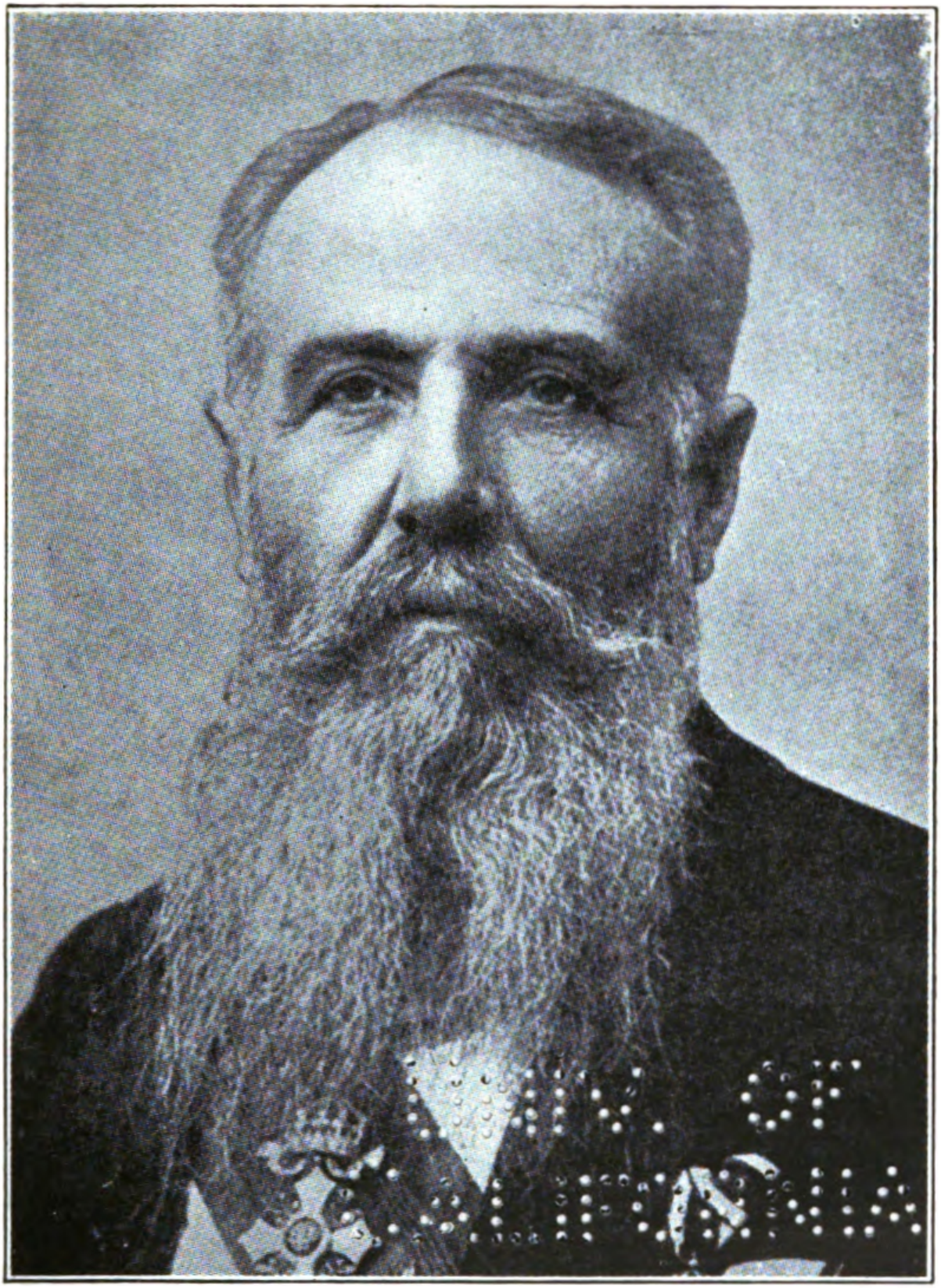
Aus dem österreichisch-ungarischen Material.

Wien, 27. Juli. Das in der österreichisch-ungarischen Zirkularnote an die auswärtigen Botschaften in Angelegenheit des serbischen Konflikts erwähnte

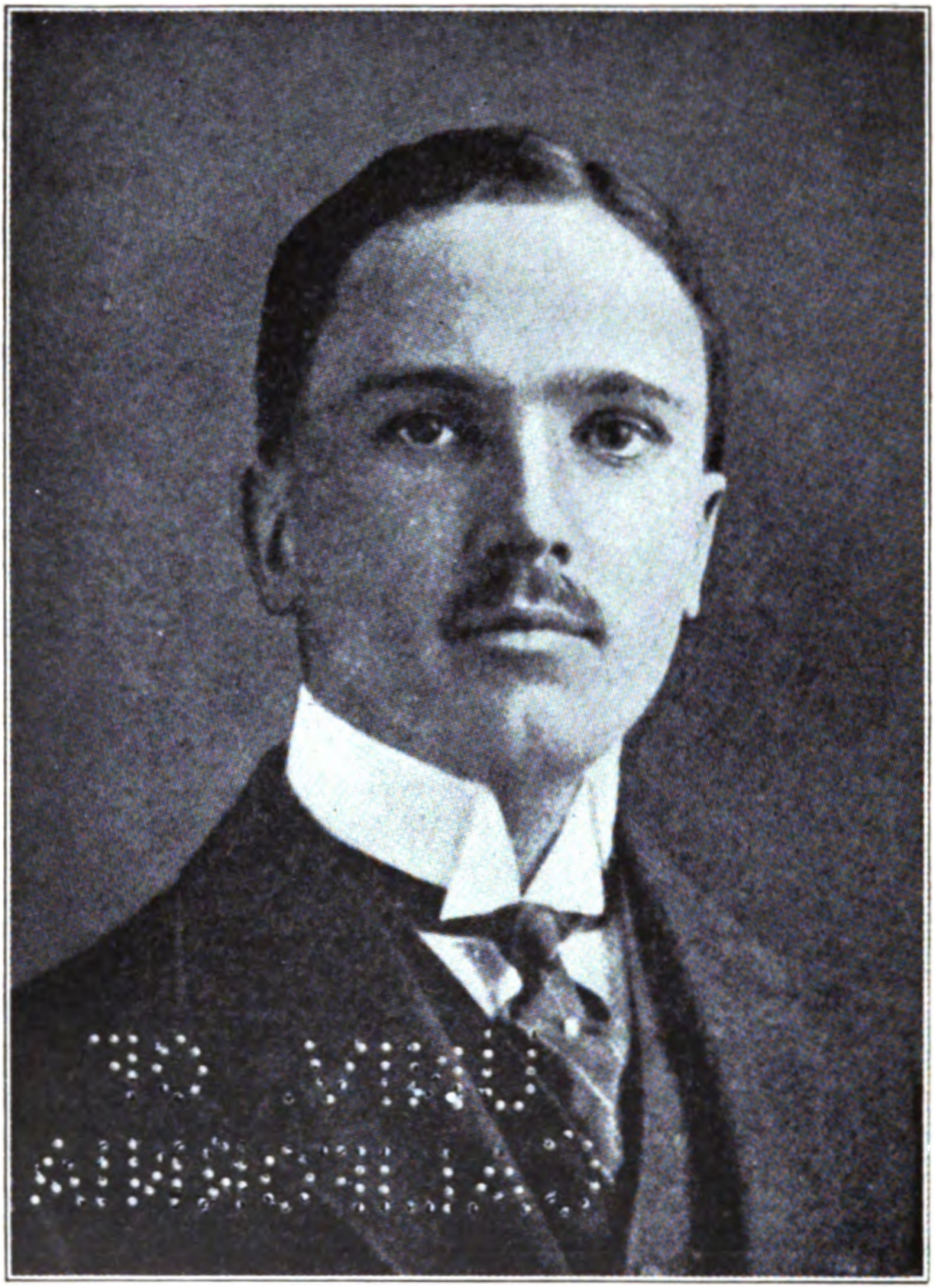
Dossier

wird heute veröffentlicht.

In diesem Memoire wird darauf hingewiesen, daß die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die südlichen Teile Österreich-Ungarns von der Monarchie loszureißen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, weit zurückgreift. Diese in ihren Endzielen stets gleichbleibende und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnde Propaganda erreichte zur Zeit der Annexionskrise ihren Höhepunkt und trat damals offen mit ihren Tendenzen hervor. Während einerseits die gesamte serbische Presse zum Kampfe gegen die Mo-



Nikola Paſchitſch,
ſeit 10. Dezember 1904 Premierminiſter Serbiens
mit nur kurzen Unterbrechungen.



H. Comte de Lalaing,
seit 20. Juni 1903 belgiſcher Geſandter in London.

narchie aufrief, bildeten sich — von andern Propagandamitteln abgesehen — Assoziationen, die diese Kämpfe vorbereiteten, unter denen die Narodna Odbrana an Bedeutung hervorragte. Aus einem revolutionären Komitee hervorgegangen, konstituierte sich diese vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation unter Leitung von Staatsmännern und Offizieren, darunter dem General Jankovic und dem ehemaligen Minister Ivanovic. Auch Major Oja Tankovic und Milan Pribicevic gehören zu diesen Gründern. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den bevorstehenden Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziele gesetzt. In einer dem Memoire angefügten Anlage wird ein Auszug aus dem vom Zentralausschusse der Narodna Odbrana herausgegebenen Vereinsorgane gleichen Namens veröffentlicht, worin in mehreren Artikeln die Tätigkeit und Ziele dieses Vereins ausführlich dargelegt werden. Es heißt darin, daß zu der Hauptaufgabe der Narodna Odbrana die Verbindung mit ihren nahen und ferneren Brüdern jenseit der Grenze und unsern übrigen Freunden in der Welt gehören.

Österreich ist als erster und größter Feind bezeichnet. Wie die Narodna Odbrana die Notwendigkeit des Kampfes mit Österreich predigt, predigt sie eine heilige Wahrheit unserer nationalen Lage. Das Schlußkapitel enthält einen Appell an die Regierung und das Volk Serbiens, sich mit allen Mitteln für den Kampf vorzubereiten, den die Annexion vorangezeigt hat.

Das Memoire schildert nach einer Aussage eines von der Narodna Odbrana angeworbenen Komitatschis die damalige Tätigkeit der Narodna Odbrana,

die eine von zwei Hauptleuten, darunter Tankovic, geleitete Schule zur Ausbildung von Banden unterhielt, Schulen, welche von General Jankovic und von Hauptmann Milan Pribicevic regelmäßig inspiziert wurden. Weiter wurden die Komitatschis im Schießen und Bombenwerfen, im Minenlegen, Sprengen von Eisenbahnbrücken usw. unterrichtet. Nach der feierlichen Erklärung der Serbischen Regierung vom Jahre 1909 schien auch das Ende dieser Organisation gekommen zu sein. Diese Erwartungen haben sich aber nicht nur nicht erfüllt, sondern die Propaganda wurde durch die serbische Presse fortgesetzt. Das Memoire führt als Beispiel die Art und Weise an, wie das Attentat gegen den bosnischen Landeschef Varesanin publizistisch verwertet wurde, indem der Attentäter als serbischer Nationalheld gefeiert und seine Tat verherrlicht wurde. Diese Blätter wurden nicht nur in Serbien verbreitet, sondern auch auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie eingeschmuggelt.

Unter der gleichen Leitung wie bei ihrer Gründung wurde die Narodna Odbrana neuerlich der Zentralpunkt einer Agitation, welcher der Schützenbund mit 762 Vereinen, ein Sokolbund mit 3500 Mitgliedern und verschiedene andere Vereine angehörten.

Im Kleide eines Kulturvereins auftretend, dem nur die geistige und die körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna Odbrana ihr wahres reorganisiertes Programm in vorzitiertem Auszug aus ihrem Vereinsorgan, in welchem „die heilige Wahrheit“ gepredigt wird, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit ist, gegen Österreich, seinen ersten größten Feind, diesen Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone zu führen, und das Volk mit allen Mitteln

auf den Kampf vorzubereiten, zur Befreiung der unterworfenen Gebiete, in denen viele Millionen unterjochter Brüder schmachten. Die in dem Memoire zitierten Aufrufe und Reden ähnlichen Charakters beleuchten die vielseitige auswärtige Tätigkeit der Narodna Odbrana und ihrer affiliierten Vereine, die in Vortragsreisen, in der Teilnahme an Festen von bosnischen Vereinen, bei denen offen Mitglieder für die erwähnte serbische Vereinigung geworben wurden, besteht. Gegenwärtig ist noch die Untersuchung darüber im Zuge, daß die Sokolvereine Serbiens analoge Vereinigungen der Monarchie bestimmten, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbande zu vereinigen. Durch Vertrauensmänner und Missionäre wurde die Aufwiegelung in die Kreise Erwachsener und der urteilslosen Jugend gebracht. So wurden von Milan Pribicewitsch ehemalige Honvedoffiziere und ein Gendarmerieleutnant zum Verlassen des Heeresdienstes in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verleitet. In den Schulen der Lehrerbildungsanstalten wurde eine weitgehende Agitation entwickelt. Der gewünschte Krieg gegen die Monarchie wurde militärisch auch insofern vorbereitet, als serbische Emissäre im Falle des Ausbruchs der Feindseligkeiten mit der Zerstörung von Transportmitteln usw., der Anfachung von Revolten und Paniken betraut wurden. Alles dies wird in einer besonderen Beilage belegt.

Das Memoire schildert ferner den Zusammenhang zwischen dieser Tätigkeit der Narodna Odbrana und den affiliierten Organisationen mit den Attentaten gegen den Königlichen Kommissär in Agram Cuvaj im Juli 1912, dem Attentat von Dojcic in Agram 1913 gegen Skerlecz und dem mißglückten Attentat Schäfers

am 20. Mai im Agramer Theater. Es verbreitet sich hierauf über den Zusammenhang des Attentats auf den Thronfolger und dessen Gemahlin, über die Art, wie sich die Jungen schon in der Schule an dem Gedanken der Narodna Odbrana vergifteten und wie sich die Attentäter mit Hilfe von Pribicewic und Dacic die Werkzeuge zu dem Attentat verschafften, wobei insbesondere die Rolle des Majors Tankosic dargelegt wird, der die Mordwaffen lieferte, wie auch die Rolle eines gewissen Ciganovic, eines gewesenen Komitatschi und jetzigen Beamten der serbischen Eisenbahndirektion Belgrad, der schon 1909 als Zögling der Bandenschule der damaligen Narodna Odbrana auftauchte. Ferner wird die Art dargelegt, wie Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt wurden, die keinen Zweifel darüber läßt, daß dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna oft begangener Schleichweg war.

Eine Beilage enthält einen Auszug aus den Akten des Kreisgerichts in Serajewo über die Untersuchung des Attentats gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin. Danach sind Princip, Cabrinovic, Grabez, Crupilovic und Papovic geständig, in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Mehmedbasic ein Komplott zur Ermordung des Erzherzogs gebildet und ihm zu diesem Zwecke aufgelauert zu haben. Cabrinovic ist geständig, die Bombe geworfen und Gabrilo Princip das Attentat mit der Browningpistole ausgeführt zu haben. Beide Täter gaben zu, bei der Verübung der Tat die Absicht des Mordes gehabt zu haben. Die weiteren Teile der Anlage erhalten weitere Angaben der Beschuldigten vor dem Untersuchungsrichter über Entstehung des Komplotts, Herkunft der

Bomben, welche fabrikmäßig hergestellt wurden, für militärische Zwecke bestimmt waren und ihrer Originalpackung nach aus dem serbischen Waffenlager aus Kragujevac stammten. Englich gibt die Beilage Auskunft über den Transport der drei Attentäter und der Waffen von Serbien nach Bosnien. Aus dem weiteren Zeugenprotokoll ergibt sich, daß ein Angehöriger der Monarchie einige Tage vor dem Attentat dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Belgrad Meldung von der Vermutung erstatten wollte, daß ein Plan zur Verübung des Attentats gegen den Erzherzog während dessen Anwesenheit in Bosnien bestehe. Dieser Mann soll nun durch Belgrader Polizeiorgane, welche ihn unmittelbar vor Betreten des Konsulats aus nichtigen Gründen verhafteten, an der Erstattung der Meldung verhindert worden sein. Weiter gehe aus dem Zeugenprotokoll hervor, daß die betreffenden Polizeiorgane von dem geplanten Attentat Kenntnis gehabt hätten. Da diese Angaben noch nicht nachgeprüft sind, kann über deren Stichhaltigkeit vorläufig noch kein Urteil abgegeben werden. In der Beilage zum Memoire heißt es: Vor dem Empfangssaal des serbischen Kriegsministeriums befinden sich an der Wand vier allegorische Bilder, von denen drei Darstellungen serbischer Kriegserfolge sind, während das vierte die Verwirklichung der monarchiefeindlichen Tendenzen Serbiens versinnbildlicht. Über einer Landschaft, die teils Gebirge (Bosnien), teils Ebene (Südungarn), darstellt, geht die Zora, die Morgenröte der serbischen Hoffnungen, auf. Im Vordergrunde steht eine bewaffnete Frauengestalt, auf deren Schilde die Namen aller „noch zu befreienden Provinzen“: Bosnien, Herzegowina, Wojwodina, Syrmien, Dalmatien usw. stehen.

O. Wb. 11: Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

Militärattaché meldet über Gespräch mit Kriegsminister:]

Ssasonow habe diesen letzteren gebeten, mich über die Lage aufzuklären. Der Kriegsminister hat mir sein Ehrenwort darauf gegeben, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Es würden lediglich vorläufig Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, aber es sei kein Reservist eingezogen und kein Pferd ausgehoben. Wenn Österreich die serbische Grenze überschreiten werde, so werden diejenigen Militärbezirke, die auf Österreich gerichtet sind, Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, mobilisiert werden. Diejenigen an der deutschen Front, Warschau, Wilna, Petersburg unter keinen Umständen. Man wünsche den Frieden mit Deutschland dringend. Auf meine Frage nach dem Zwecke der Mobilmachung gegen Österreich erfolgte Achselzucken, und es wurde auf die Diplomatie hingewiesen. Ich sagte dem Minister, daß man die freundschaftlichen Absichten bei uns würdige, aber auch die allein gegen Österreich gerichtete Mobilmachung als sehr bedrohlich ansehen werde.

R. Orb.: Zar Nikolaus II. an den Kronprinzen Alexander von Serbien*).

Petersburg, 14. (27.) Juli 1914.

„Eure Königliche Hoheit, durch einen in einem höchst kritischen Augenblick (am 24. Juli) an

*) Eine von anderer Seite stammende Übersetzung lautet so:

„Ew. Königl. Hoheit haben, als Sie sich an mich in einem ausnehmend schweren Augenblicke wandten, sich nicht in den

mich gerichteten Aufruf, haben sich betreffend den Gefühlen, die mich für das serbische Volk beseelen, nicht getäuscht. Der heutige Stand der Lage beansprucht meine ganze Aufmerksamkeit, und meine Regierung tut das Möglichste, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Ich bin überzeugt, daß Eure Hoheit und die serbische Regierung mir die Aufgabe mit allen Kräften zu erleichtern wünschen. Es soll nichts ungeprüft bleiben, um eine Lösung zu finden, die die Würde Serbiens unangetastet läßt und die Schrecknisse eines neuen Krieges erspart. Solange noch eine Hoffnung besteht, das Blutvergießen zu vermeiden, müssen wir alle Kräfte anspannen, um das Ziel zu erreichen. Sollten wir aber, gegen unseren Wunsch, nicht dazu kommen, so kann Eure Hoheit sicher sein, daß Rußland unter keinen Umständen Serbien allein lassen wird." Nicolaus.

Hieraus geht klipp und klar hervor, daß Rußland zu einem bewaffneten Eingreifen zugunsten Serbiens schon zu einer Zeit fest entschlossen war, als man in

---

Gefühlen geirrt, die ich zu Ihnen hege und an meine herzliche Gewogenheit für das serbische Volk. Die jetzige Lage der Dinge erweckt meine allerernsteste Aufmerksamkeit, und meine Regierung macht alle Anstrengungen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Ich zweifle nicht daran, daß Ew. Hoheit und die Königliche Regierung von dem Wunsche beseelt sind, nichts außeracht zu lassen, bei der Entscheidung der Dinge die Würde Serbiens zu wahren und die Greuel eines neuen Krieges zu vermeiden. Solange noch die geringste Hoffnung vorhanden ist, Blutvergießen zu vermeiden, müssen alle unsere Bemühungen auf dieses Ziel gerichtet sein. Sollten wir jedoch entgegen unseren aller aufrichtigsten Wünschen hierin keinen Erfolg haben, so wollen Ew. Hoheit davon versichert sein, daß Rußland auf keinen Fall gleichgültig gegenüber dem Geschicke Serbiens verbleiben wird."

Petersburg noch die beruhigendsten Versicherungen abgab und scheinbar zögerte, gegen Österreich-Ungarn Stellung zu nehmen. Durch dieses Telegramm erhielt, das leidet keinen Zweifel, Serbien nach dem langen (wörtlich noch nicht bekannt gewordenen) Petersburger Telegramm vom 25. Juli noch einmal die feste Zusicherung des Zaren, daß es auf den Beistand Rußlands zählen dürfe.

Damit tritt die Spannung aus ihrer österreichisch-serbischen Phase ein in ihren zweiten Abschnitt: den österreichisch-russischen.

D. Wb. 12: Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London vom 27. Juli 1914.

Von einem Vorschlag Sir Edward Greys, eine Konferenz in London zu vieren abzuhalten, ist hier bisher nichts bekannt. Es ist für uns unmöglich, unsern Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen. Unsere Vermittelungstätigkeit muß sich auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken.

Be. Grb. 6:

Bericht des belgischen Gesandten Baron Beyens in Berlin, wonach die Englische Regierung eine Vierervermittlung vorschlägt. Der belgische Gesandte bemerkt: Deutschland allein hat noch nicht geantwortet; der Kaiser wird entscheiden.

D. Wb. 15: Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London vom 27. Juli 1914.

Wir haben die Vermittelungsaktion in Wien in dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinn

sofort eingeleitet. Überdies haben wir Graf Berchtold auch den Wunsch des Herrn Ssasonow auf direkte Aussprache mit Wien mitgeteilt.

Gleichzeitig trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen Frankreichs ein. Der deutsche Gesandte in Bern telegraphierte an den Reichskanzler am 27. Juli:

D. Wb. 9:

Erfahre zuverlässig, daß französisches XIV. Korps Manöver abbrach.

R. Orb.: Ssasonow an die russischen Botschafter in London und Paris.

Petersburg, 27. Juli.

Der englische Botschafter hat sich heute erkundigt, ob wir es für nützlich erachten, daß England die Initiative der Einberufung einer Konferenz der Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens nimmt, um einen Ausweg aus der heutigen Lage zu finden. Ich antwortete dem Botschafter, daß ich mit dem Botschafter Österreichs Verhandlungen eingeleitet habe, meines Erachtens unter günstigen Bedingungen. Doch habe ich die Antwort auf meinen Vorschlag der Revision der österreichischen Note zwischen den zwei Kabinetten noch nicht erhalten. Wenn die direkten Verhandlungen in Wien ungünstig verlaufen, bin ich bereit, den englischen Vorschlag oder irgendeinen anderen, der den Konflikt lösen könnte, anzunehmen.

Br. Wb. 41: Bunsen an Grey.

Wien, 27. Juli. (Tel.) Aussprache Bunsens mit allen Großmacht-Vertretern. Eindruck: ein Krieg Österreich-Ungarns mit Serbien ist unvermeid-

lich; des erstern Großmachtstellung steht auf dem Spiel, und kein Vermittlungsversuch hat von vornherein Aussichten, ehe nicht die Sühne erreicht ist. Die öffentliche Meinung des Landes ist auf seiten der Regierung.

Br. Wb. 42: Bertie an Grey.

Paris, 27. Juli. (Tel.) Frankreich stimmt der in Br. Wb. Nr. 36 f. angeregten Konferenz zu. Doch müsse vorher der deutsche Botschafter in Wien mit Erfolg vorgesprochen haben.

Br. Wb. 43: Goschen an Grey.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Reaktion auf Greys Vorschlag einer Londoner Vierer-Konferenz (Br. Wb. Nr. 36 vom 26. Juli): Der Staatssekretär des Äußern hegt Bedenken, da sie als Schiedsgericht nur auf Ersuchen Österreichs und Rußlands einberufen werden könne, so daß dieser Weg „nicht praktikabel" sei. Er (Jagow) habe Nachricht aus Petersburg, wonach Ssasonow jetzt beabsichtige, mit Graf Berchtold direkt einen Meinungsaustausch zu pflegen. Diese Methode werde wohl zu einem befriedigenden Ergebnisse führen. Sollte Rußland nur im Süden mobilisieren, so werde Deutschland ruhig bleiben; sollte jedoch Rußland im Norden mobilisieren, so werde Deutschland dasselbe tun, da es sich nicht überraschen lassen dürfe. Doch habe er aus Petersburg Nachrichten, die die allgemeine Lage hoffnungsvoller erscheinen ließen.

Br. Wb. 44: Buchanan an Grey.

Petersburg, 27. Juli. (Tel.) Bericht über die gestrige Unterredung des österreichisch-ungarischen Botschafters mit dem Minister des Äußern. Ssasonow

habe ausgeführt: während einige Forderungen Österreichs an Serbien gerechtfertigt seien, kollidierten andere mit der Würde Serbiens als eines unabhängigen Staates. Rußland wolle in Belgrad seine guten Dienste anbieten. Und um die Spannung zu beseitigen, sollten anderseits England und Italien mit Österreich zusammenarbeiten. Jedenfalls könne England über die (in Br. Wb. Nr. 6 vom 24. Juli) vorsichtig skizzierte Stellung nicht hinausgehen, und Sasonow irre, wenn er dächte, die Sache des Friedens könne dadurch gefördert werden, daß England der deutschen Regierung sage: wenn Ihr Österreich mit den Waffen unterstützt, dann habt Ihr es auch mit uns zu tun! Denn dadurch werde Deutschlands Haltung nur versteift werden. Vielmehr müsse England die Stellung eines Freundes annehmen, dem an der Bewahrung des Friedens gelegen sei. Darum habe er (Buchanan) geraten, die Russische Regierung solle den Mobilisierungs-Befehl solange wie irgend möglich hinausschieben, und den russischen Truppen solle nicht eher erlaubt werden, die Grenze zu überschreiten, bis jener Ukas heraus sei.

Ein echt macchiavellistischer Rat!

Br. Wb. 45: Derselbe an denselben.

Petersburg, 27. Juli. (Tel.) Direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg über Serbien in Sicht.

Br. Wb. 46: Grey an Goschen.

London, 27. Juli. (Tel.) Berichtet über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter (der anscheinend zu dieser Stunde noch nicht darüber informiert war, daß Greys Vorschlag — s. Br. Wb. Nr. 43 — nicht praktikabel sei). Grey meint: Da Rußlands

mildernder (!) Einfluß auf die Antwort der serbischen Antwort erkennbar sei, so sei es nun an Österreich, Mäßigung zu zeigen. Jedenfalls könne man die serbische Note zur Grundlage weiterer Verhandlungen machen. Sonst werde der Konflikt kaum lokalisiert bleiben. Wie es Deutschland nicht zulassen könne, daß Österreich zermalmt werde, ebenso gebe es für die andern Mächte Gründe zum Einschreiten, die nichts mit der serbischen Frage an sich zu tun hätten. Darum solle Deutschland seinen ganzen Einfluß auf Wien aufbieten.

Br. Wb. 47: Grey an Buchanan.

London, 27. Juli. (Tel.) Der russische Botschafter beschwerte sich darüber, daß in deutschen und österreichischen Kreisen der Eindruck vorherrsche: England bleibt beiseitestehen. Dieser Eindruck sollte, so setzte ich auseinander, zerstreut werden durch den **Befehl an die zufällig (!) in Portland vereinigte Erste Flotte, nicht zu Manöver-Urlaub auseinanderzugehen.** Anderseits warnte ich den russischen Botschafter, anzunehmen, daß meine Beziehungen zu dem genannten Befehle so ausgelegt werden müßten, als ob wir mehr als diplomatisch vorzugehen versprächen.

*

Damit war der Übergang des Konflikts vom österreichisch-russischen Zwischenzustand in seine letzte, die europäische Phase eingeleitet.

Wie der Wirkl. Legationsrat Dr. Georg Irmer in seiner Schrift „Los vom englischen Weltjoch!“ („Zwischen Krieg und Frieden“, I) zuverlässig berichtet, hat acht Tage vor der englischen Kriegserklärung der Kommandierende Admiral der englischen Flotte

an den Minister Grey depeschiert: „Wir haben die deutsche Flotte in unserer Hand, — ein Wort, und wir fegen sie weg!“

Br. Wb. 48: Grey an Bunsen.

London, 27. Juli. Graf Mensdorff war beauftragt, mir die Langmut Österreich-Ungarns gegenüber den fortgesetzten Wühlereien Serbiens auseinanderzusetzen. Österreich brauche unbedingt eine Bürgschaft für die Zukunft; da die friedlichen Mittel versagten, habe es mit Bedauern an die Gewalt appellieren müssen. Das sei lediglich ein Akt der Selbstverteidigung im europäischen Interesse. Österreich rechne dabei auf die britische Sympathie mit diesem Vorgehen, das hoffentlich lokalisiert bleibe. Der Botschafter wiederholte, daß keine Wegnahme serbischen Bodens beabsichtigt sei. Grey erwiderte, daß er die österreichische Ansicht von dem Ungenügendsein der serbischen Antwort nicht begreifen könne. Mensdorff gab zu: auf dem Papiere sehe sie in der Tat befriedigend aus; aber die Hauptsache: eine Mitwirkung österreichischer Beamter bei der Untersuchung über das Serajewoer Attentat habe Serbien abgelehnt; womit praktisch erwiesen sei, daß es nicht daran denke, seine Minierarbeit einzustellen. Grey formulierte so: Könnt Ihr Serbien bekriegen und gleichzeitig Rußland zufriedenstellen — gut; im andern Falle sind die Folgen unberechenbar. Jedenfalls glaubt Rußland, daß die serbische Antwort die Spannung eher gemindert habe, anstatt sie zu erhöhen. Daß wir die Flotte zusammenhielten, soll keine Drohung, sondern nur eine Vorsichtsmaßregel angesichts der allgemeinen Besorgnis sein.

Br. Wb. 49: Grey an Rodd.

London, 27. Juli. Der italienische Botschafter hat den Unterstaatssekretär dahin informiert, daß Italien mit dem Gedanken einer Londoner Viererkonferenz einverstanden sei. San Giuliano werde es Deutschland nahelegen, in Petersburg, Wien und Belgrad auf die Suspendierung militärischer Operationen während der Konferenz zu dringen.

Br. Wb. 51: Bertie an Grey.

Paris, 27. Juli (eingetroffen 28. Juli). Übersendet eine Abschrift vom Memorandum des französischen stellvertretenden Ministers des Äußern Bienvenu-Martin, das die Schritte aufzählt, die er gemacht hatte, um dem Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien vorzubeugen (Unterstützung des Greyschen Konferenzplans).

Br. Wb. 52: Note der französischen Regierung an die britische.

Paris, 28. Juli (Übersetzung, überbracht durch Paul Cambon). Betrifft gleichfalls die Greysche Viererkonferenz und die Instruktionen hierfür an die französischen Vertreter in London, Berlin, Wien, Petersburg und Belgrad.

Br. Wb. 53: Ssasonow an Benckendorff.

Petersburg, 27. Juli (Tel.; Übersetzung, überbracht durch Benckendorff am 28. Juli). Der britische Botschafter Buchanan vergewisserte sich bei Ssasonow über den Standpunkt Rußlands gegenüber dem Plan einer Londoner Viererkonferenz. Ssasonow erwiderte: er habe mit Wien direkte Unterhandlungen begonnen, wisse jedoch noch nicht, wie sein Vorschlag einer Re-

vision der Note zwischen den beiden Kabinetten dort aufgenommen worden sei. Sollte sich dieser Weg als ungangbar erweisen, so sei ihm der britische oder ein anderer Vorschlag genehm. Dagegen wünsche er von heute an dem Mißverständnis ein Ende gesetzt zu sehen, das aus der Antwort entstehen könnte, die der französische Justizminister dem deutschen Botschafter Freiherrn v. Schoen im Hinblick auf den dem kaiserlich russischen Kabinett gegebenen Rat zur Mäßigung erteilt habe (über diesen Vorgang ist sonst nichts bekannt geworden).

Br. Wb. 55: Buchanan an Grey.

Petersburg, 27. Juli (Tel.; eingetroffen 28. Juli). Buchanan fand am Nachmittage den Minister Ssasonow in optimistischer Stimmung. Letzterer wolle auf Serbien einwirken, daß es Österreich Genugtuung leiste; nur dürfe es nicht sein Vasall werden. Vorderhand ziehe Ssasonow einen direkten Meinungsaustausch mit Wien vor; doch wolle er gern davon abstehen, falls sich die Mächte auf die Konferenz in London einigten.

Br. Wb. 56: Bunsen an Grey.

Wien, 27. Juli (Tel.; eingetroffen 28. Juli). Bericht über die Unterredung des russischen Botschafters Schebeko mit dem Ersten Sektionschef (Unterstaatssekretär des Äußern) Frhr. v. Macchio. Rußland könne einem Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht gleichgültig zusehen; vorher solle jedoch irgend etwas geschehen. Macchio erwiderte: das sei schwer; inzwischen hätten die Serben mit einem Scharmützel an der Donau begonnen. Schebeko versprach, auf die Serben in entgegengesetztem Sinne

einzuwirken, daß sie vor einem österreichischen Vorrücken zurückwichen. Die damit gewonnene Zeit solle zu Verhandlungen benutzt werden. Bereits sei eine befriedigende Unterredung zwischen dem Petersburger Botschafter Österreich-Ungarns und Ssasonow am gestrigen Tage zu verzeichnen; das k. und k. Ministerium solle ja seinen Petersburger Vertreter zu weitern Schritten bevollmächtigen.

Br. Wb. 57: Rodd an Grey.

Rom, 27. Juli (Tel.; eingetroffen 28. Juli). Der Minister des Äußern meinte, die Voraussetzung jeder weitern Unternehmung sei die volle Annahme der österreichischen Forderungen durch Serbien; tue es das, dann werde Österreich-Ungarn befriedigt sein, und Serbien könne dann sagen, daß es zwar nicht vor Österreich-Ungarn allein, aber vor Europa das Feld geräumt habe. Die Wiener Preßtelegramme, wonach Österreich angenehm berührt sei von den Erklärungen Italiens, seien unbegründet: er (San Giuliano) habe sich Österreich gegenüber in keiner Weise zur serbischen Note geäußert. Im übrigen wiederholte er die schon zweimal gegebene Versicherung, daß Österreich kein Gebietsopfer von Serbien heische.

*

Der letzte Satz scheint, wie in dem unter Br. Wb. Nr. 38 glossierten Falle, der Meldung der „Tribuna“ über die Beschlüsse des italienischen Ministerrates vom 1. August zu widersprechen. Dort steht (Punkt 3, Absatz 2): Italien habe sich auf jede Weise bemüht, die territoriale und politische Unabhängigkeit Serbiens betreffen, zu erhalten. Österreich-Ungarn aber habe darauf nur erwidert, es sei dies seine bestimmte Absicht, ohne seinen Erklärungen einen bindenden Charakter zu

geben. In diesem Falle scheint es uns so, als ob nicht Rodd den Minister San Giuliano abermals mißverstanden habe, sondern daß der italienische Ministerrat den von Deutschland durchweg für bindend erachteten Erklärungen Wiens mit unangebrachtem und von San Giuliano nicht geteiltem „Balkan"-Mißtrauen begegnet sei. Österreich-Ungarn hatte lediglich eine endgültige Sicherung seiner Südprovinzen vor den fortgesetzten und sogar vor Meuchelmord nicht zurückschreckenden großserbischen Wühlereien im Auge; und es wird immerdar eine unverantwortliche Handlungsweise bleiben, daß Rußland ohne Mandat und Berechtigung ihm dabei in den Arm gefallen ist.

Daß sich Italien in „keiner" (d. h. nicht in zustimmender) Weise zur serbischen Note geäußert hat, stimmt; ob es ohne amtlichen Auftrag der italienische Botschafter Herzog von Avarna in Wien getan hat, läßt sich nicht einwandfrei feststellen. Jedenfalls hat die Italienische Regierung, was nicht allgemein beachtet worden ist, am 27. Juli die sog. „kleine" Neutralitätserklärung abgegeben, und zwar bei allen Regierungen. Sie bezog sich selbstverständlich nur auf den damals bereits ausgebrochenen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien und nur auf die Voraussetzung, daß dieser Krieg zwischen den beiden Mächten lokalisiert bleibe. Davon, daß Italien am 27. Juli eine Neutralitätserklärung ausgesprochen habe, die sich auf den damals noch gar nicht ausgebrochenen Weltkonflikt beziehen sollte, wie Botschafter Iswolski Ende September gerne glauben machen wollte, um eine Entzweiung zwischen den Dreibundmitgliedern herbeizuführen, davon ist selbstverständlich keine Rede. Mit der Neutralität gegenüber dem Weltkrieg hat sich

Italien erst in der Ministerratssitzung vom 1. August beschäftigt, als es feststellen zu können glaubte, daß die deutsche Kriegserklärung an Rußland und das bevorstehende Eingreifen Englands den casus foederis ausschlössen.

Der 28. Juli:

Erster Tag der österreichisch-ungarischen Teil-Mobilmachung; Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.

Rundschreiben des Reichskanzlers an die deutschen Regierungen.

Vermittelndes Telegramm des Kaisers an den Zaren.

Greys Vermittlungsvorschlag als unpraktisch erledigt.

Be. Grb. 7: Telegramm des Grafen Errembault de Dudzeele, belgischen Gesandten in Wien, an den Minister Davignon in Brüssel.

Wien, 28. Juli. Der Minister des Äußern gibt mir Kenntnis von der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.

Br. Wb. 50: Bunsen an Grey.

Wien, 28. Juli (erhalten 31. Juli). Übersendet den Text der österreichisch-ungarischen Note vom 28. Juli, die die Kriegserklärung an Serbien offiziell verkündigt, in englischer Übersetzung.

*

Österreich-Ungarn macht teilweise mobil; Kaiser Franz Josef richtet ein Manifest an seine Völker (Wortlaut: siehe Helmolt-Meulenhoffs „Weltkrieg", S. 83—85!).

Trotzdem setzte Deutschland seine Bemühungen in Wien fort, daß Graf Berchtold seinen Kollegen Ssasonow über den eigentlichen Zweck seines Vorgehens befriedigend aufkläre.

O. Wb. 14: Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 28. Juli 1914.

Wir bemühen uns unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise klarzulegen. Hieran ändert auch die inzwischen erfolgte Kriegserklärung nichts.

O. Wb. 2: Der Reichskanzler an die Bundesregierungen.

Vertraulich! Berlin, den 28. Juli 1914.

Euer pp. wollen der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, folgende Mitteilung machen:

Angesichts der Tatsachen, die die Österreichisch-Ungarische Regierung in ihrer Note an die Serbische Regierung bekanntgegeben hat, müssen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Attentat, dem der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Gemahlin zum Opfer gefallen sind, in Serbien zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Serbischen Regierung und Armee vorbereitet worden ist. Es ist ein Produkt der großserbischen Bestrebungen, die seit einer Reihe von Jahren eine Quelle dauernder Beunruhigungen für die Österreichisch-Ungarische Monarchie und für ganz Europa geworden sind.

In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der Österreichisch-Ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikte führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die Serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen. Es würde weder mit der Würde noch mit ihrem Recht auf Selbsterhaltung vereinbar sein, wollte die Österreichisch-Ungarische Regierung dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage müssen das Vorgehen sowie die Forderungen der Österreichisch-Ungarischen Regierung als gerechtfertigt angesehen werden.

Die Antwort der Serbischen Regierung auf die Forderungen, welche die Österreichisch-Ungarische Regierung am 23. d. M. durch ihren Vertreter in Belgrad hat stellen lassen, läßt indessen erkennen, daß die maßgebenden Faktoren in Serbien nicht gesonnen sind, ihre bisherige Politik und agitatorische Tätigkeit aufzugeben. Der Österreichisch-Ungarischen Regierung wird demnach, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrigbleiben, als ihre Forderungen durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen.

Einzelne russische Stimmen betrachten es als selbstverständliches Recht und als die Aufgabe Rußlands, in dem Konflikte zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aktiv für Serbien Partei zu ergreifen. Für die aus einem solchen Schritte Rußlands resultierende europäische Konflagration glaubt die „Nowoje Wremja“ sogar Deutschland verantwortlich machen zu dürfen, sofern es nicht Österreich-Ungarn zum Nachgeben veranlaßt. Die russische Presse stellt hiermit die Verhältnisse auf den Kopf. Nicht Österreich-Ungarn hat den Konflikt mit Serbien hervorgerufen, sondern Serbien ist es gewesen, das durch eine skrupellose Begünstigung großserbischer Aspirationen auch in Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie diese selbst in ihrer Existenz gefährdet und Zustände geschaffen hat, die schließlich in der frevelhaften Tat von Serajewo ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn Rußland in diesem Konflikte für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich gewiß ein gutes Recht. Es muß sich aber darüber klar sein, daß es damit die serbischen Bestrebungen auf Unterhöhlung der Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu den seinigen macht, und daß es allein die Verantwortung dafür trägt, wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Großmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht. Diese Verantwortung Rußlands liegt klar zutage und wiegt um so schwerer, als Graf Berchtold Rußland offiziell erklärt hat, es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben noch den Bestand des serbischen Königreichs anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den seine Existenz gefährdenden serbischen Umtrieben haben.

Die Haltung der Kaiserlichen Regierung in dieser Frage ist deutlich vorgezeichnet. Die von den Pan-

slawisten gegen Österreich-Ungarn betriebene Agitation erstrebt in ihrem Endziel, mittels der Zertrümmerung der Donaumonarchie die Sprengung oder Schwächung des Dreibundes und in ihrer Folgewirkung eine völlige Isolierung des Deutschen Reichs. Unser eigenstes Interesse ruft uns demnach an die Seite Österreich-Ungarns. Die Pflicht, Europa wenn irgend möglich vor einem allgemeinen Kriege zu bewahren, weist uns gleichzeitig darauf hin, diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Lokalisierung des Konflikts hinzielen, getreu den Richtlinien derjenigen Politik, die wir seit nunmehr 44 Jahren im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit Erfolg durchgeführt haben. Sollte indes wieder Erhoffen durch ein Eingreifen Rußlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bundespflicht mit der ganzen Macht des Reichs die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwerte greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte.

Br. Wb. 54: Ssasonow an Benckendorff.

Petersburg, 28. Juli (Tel.; Übersetzung überbracht durch Benckendorff am selben Tage). Aus Unterredungen mit dem deutschen Botschafter schöpfte Ssasonow den Eindruck, daß Deutschland die unnachgiebige Haltung Österreichs begünstige; jedenfalls scheine es seinen Einfluß auf den Bundesgenossen nicht auszuüben. Daß auch Deutschland die serbische Note für ungenügend erachte, beunruhigt. Demzufolge sollte England in Berlin, dem Schlüssel der Lage, nochmals vorstellig werden.

*

Rußland erkennt also, daß sein Versuch, durch die glatte Unterstützung Serbiens die mitteleuropäische Mächtegruppe zu verblüffen und eine diplomatische Niederlage Österreichs zu erzwingen, gescheitert war. Nun spannt es den britischen Ententegenossen vor seinen Wagen.

Br. Wb. 58: Bertie an Grey.

Paris, 28. Juli. (Tel.) Der Minister des Äußern dankt für die Mitteilung der in Br. Wb. Nr. 46 vom 27. Juli skizzierten Aussprache Greys mit dem deutschen Botschafter.

Br. Wb. 59: Derselbe an denselben.

Paris, 28. Juli. (Tel.) Dasselbe geschieht hinsichtlich der in Br. Wb. Nr. 47 vom 27. Juli geschilderten Unterredung Greys mit dem russischen Botschafter. Daß sich Großbritannien in einer vorläufig nur Serbien und Österreich-Ungarn angehenden Streitfrage nicht solidarisch mit Rußland erklären könne, sei verständlich.

O. Wb. 16: Telegramm des deutschen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 28. Juli 1914.

Graf Berchtold bittet mich, Eurer Exzellenz seinen verbindlichen Dank für Mitteilung des englischen Vermittlungsvorschlags zu sagen. Er bemerkt jedoch dazu, daß nach Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung er den Schritt Englands als verspätet ansehen müsse.

Br. Wb. 60: Goschen an Grey.

Berlin, 28. Juli. (Tel.) In einer Aussprache mit dem französischen und dem italienischen Kollegen

gewann Goschen den Eindruck, daß sich die deutsche Ablehnung des Greyschen Konferenzvorschlags wohl nur gegen die Form richte, nicht gegen das Bestreben überhaupt, den Frieden zu erhalten.

Br. Wb. 61: Bunsen an Grey.

Wien, 28. Juli. (Tel.) Der Minister des Äußern erklärte, er könne die Schritte gegen Serbien nicht länger hinausschieben; den Gedanken an Verhandlungen auf Grund der serbischen Antwort müsse er ablehnen. Das Prestige der Monarchie sei engagiert.

*

Damit war der Greysche Konferenzvorschlag begraben. Sein Hintergedanke, die zweifellose Berechtigung einer österreichischen Nachbarschaftsbeschwerde einer (wie gewisse Erfahrungen lehrten) monatelangen, jedes Großmachtgefühl ertötenden Untersuchung in London zu unterziehen, war durchschaut. Wie „objektiv“ Grey selber darüber dachte — obwohl er es zweimal aus- und nachdrücklich abgelehnt hatte, „serbischer“ als Rußland zu sein —, das beweist der unseres Erachtens bisher noch nicht aufgedeckte Zusammenhang des Beieinanderhaltens der britischen Ersten Flotte in vollem Bestande vom 27. Juli an — lediglich (wie Br. Wb. Nrn. 47 und 48 zeigen) auf einen russischen Wink hin.

Br. Wb. 62: Bunsen an Grey.

Wien, 28. Juli. (Tel.) Unter Vermeidung des Wortes „Vermittlung“ hat Bunsen mit Berchtold die Möglichkeit von Londoner Verhandlungen nochmals besprochen, doch ohne Erfolg: der Minister sagte ruhig, aber fest, daß auf der Grundlage der

serbischen Note keine Erörterung zugelassen werden könne. Der friedfertige Charakter seines Kaisers bürge dafür, daß es sich um einen gerechten und unvermeidlichen Krieg handle. Bunsen entgegnete, Grey werde dies mit Bedauern hören, weil er fürchte, daß nun Komplikationen den Frieden Europas stören würden. Aber er betonte, daß, möge auch in der Folge der britische Standpunkt von dem österreichischen hie und da abweichen, darum die britische Sympathie mit Österreichs Beschwerden gegen Serbien nicht aufhören werde. Berchtold erwiderte: das beruhe auf Gegenseitigkeit; doch Rußland habe Österreich in seiner gerechten Sache nicht in den Arm fallen sollen, da letzteres an keine Gebietsvergrößerung dächte.

Br. Wb. 63: Rodd an Grey.

Rom, 28. Juli. (Tel.) Betrifft die Weiterbehandlung von Br. Wb. Nr. 27 vom 25. Juli durch San Giuliano.

Br. Wb. 64: Derselbe an denselben.

Rom, 28. Juli. (Tel.) Bericht über eine Unterredung mit San Giuliano, der seinerseits am Morgen den Besuch des serbischen Geschäftsträgers entgegengenommen hatte. Danach war Serbien bereit, die ganze österreichische Note anzunehmen, wenn zur Ausführung der in Punkt 5 und 6 vorgesehenen Bedingungen Genaueres bestimmt würde; das könnte auf dem Umweg über die Mächte geschehen. Unterdes hat die österreichisch-ungarische Regierung eine lange Darlegung ihrer Begründung der Ablehnung der serbischen Antwort veröffentlicht (noch nicht in Rodds Händen). Darin

befände sich, so meinte San Giuliano, ein Punkt, der wohl einer genauern Untersuchung wert sei: Serbien habe Wiens Forderung eines Mitwirkens von österreichischen Agenten in Serbien zur Aufspürung der Schuldigen willkürlich so vergröbert, als ob Wien die Mitwirkung seiner Beamten in richterlichen oder administrativen Maßnahmen verlangt habe. — Der italienische Botschafter in London wurde mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.

Br. Wb. 65: Crackanthorpe an Grey.

Nisch, 28. Juli. (Tel.) Ich habe Serbien zu größter Mäßigung geraten. — Meldung von Scharmützeln auf der Donau.

Br. Wb. 66: Derselbe an denselben.

Nisch, 28. Juli. (Tel.) Österreich hat Serbien den Krieg erklärt.

Br. Wb. 67: Grey an Goschen.

London, 28. Juli. (Tel.) Verteidigt zwar seinen Konferenzplan, stellt ihn aber angesichts des direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg zurück. Es ist sehr befriedigend zu hören vom deutschen Botschafter, daß Deutschland im Sinne der in Br. Wb. Nr. 46 skizzierten Politik in Wien vorstellig geworden ist.

*

Bunsen behauptete später, in seiner Rückschau vom 1. September, wider besseres Wissen: Deutschland habe in Wien nicht zur Nachgiebigkeit geraten.

Br. Wb. 68: Derselbe an denselben.

London, 28. Juli. (Tel.) Erwartet für den Fall, daß noch die vier Mächte zwischen Österreich-Ungarn

und Rußland vermitteln sollten, Richtlinien von der deutschen Regierung. Im andern Falle Satz 1 von Br. Wb. Nr. 67.

Br. Wb. 69: Grey an Buchanan.

London, 28. Juli. (Tel.) Begrüßt die Aussicht auf einen direkten Meinungsaustausch. Könnte nicht Ssasonow das genauer formulieren, was er den Ministern in Belgrad vorschlagen wolle? Und darüber vorher mit Wien sich aussprechen? Das würde dem Ganzen eine greifbare Grundlage geben.

Br. Wb. 70: Telegramme Ssasonows an Swerbejew und Benckendorff, durch letztern am 29. Juli Grey überbracht.

a. Petersburg, 28. Juli. (Tel.) Angesichts der österreichischen Kriegserklärung an Serbien wird die kaiserliche Regierung morgen (29. Juli) in den Bezirken Odessa, Kiew, Moskau und Kasan die Mobilisierung verkünden. Anweisung an Swerbejew, diese Maßregel, die keine aggressive Absichten gegen Deutschland berge, der deutschen Regierung anzuzeigen.

b. Petersburg, 28. Juli. (Tel.) Die österreichische Kriegserklärung setzt dem direkten Meinungsaustausch ein Ende. Dringend ist jetzt eine britische Aktion, die auf eine Vermittlung zur Suspendierung der militärischen Operationen Österreich-Ungarns gegen Serbien abzielt. Denn ohne diese Suspendierung würde Österreich nur Zeit gewinnen, Serbien zu zermalmen.

Br. Wb. 71: Goschen an Grey.

Berlin, 28. Juli (Tel., eingetr. 29. Juli). War auf Einladung am Abende beim Reichskanzler.

Letzterer ist darauf bedacht, im Vereine mit England für die Bewahrung des allgemeinen Friedens zu arbeiten. Den Londoner Konferenzplan habe er deswegen nicht für glücklich gehalten, weil in diesem „Areopage“ je zwei Mächte von jeder Gruppe zu Gericht zu sitzen hätten über die beiden übrigen Mächte. Aber im übrigen arbeite er ernstlich zu Wien und Petersburg in friedlichem Sinne. Leider habe er soeben gelesen, daß Rußland 14 Armeekorps im Süden mobilisiert habe. Nun sei es schwer geworden, in Wien noch Mäßigung zu predigen. Greife nunmehr Österreich-Ungarn zu ähnlichen Maßregeln, so sei Rußland allein dafür verantwortlich. Goschen versuchte, einen Teil der Verantwortlichkeit auf Österreich zu wälzen, weil es abgelehnt habe, die serbische Note als Grundlage für weitere Verhandlungen zu benutzen. Der Reichskanzler betonte: die serbische Streitfrage sei eine österreichische Angelegenheit, die Rußland gar nichts angehe. Jedenfalls müsse aber ein Krieg zwischen den Großmächten vermieden werden; dies waren des Kanzlers letzte Worte.

Der österreichisch-ungarische Kollege Graf Szögyény glaubte nicht an Krieg, da Rußland weder einen solchen brauche noch in der Lage sei, einen mitzumachen. So denken hier viele.

Br. Wb. 72: Buchanan an Grey.

Petersburg, 28. Juli. (Tel., eingetr. 29. Juli.) Ssasonow war pessimistisch. Buchanan sagte: es sei wichtig, die wahren Absichten der russischen Regierung zu kennen: genüge ihr die Versicherung, daß Österreich die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens nicht antasten wolle? Ssasonow

verneinte die Frage; **an dem Tage, wo Österreich die serbische Grenze überschreite, würde der Befehl zur Mobilisierung gegen Österreich gegeben werden.**

Der deutsche Botschafter, dem ich dies erzählte, bat mich, mäßigend auf Ssasonow einzuwirken; Tschirschky handle in Wien ebenso. Ich machte dem Kollegen klar, daß, da Rußland ernst mache, ein allgemeiner Krieg nicht abzuwenden sei, wenn Österreich Serbien angreife.

Br. Wb. 73: Bunsen an Grey.

Wien, 28. Juli (Tel., eingetroffen 29. Juli). Bericht über die Wiener Verbalnote, die als Selbsthilfe den Krieg gegen Serbien ankündigt. Österreich-Ungarn werde, wenn Serbien ebenfalls so handle, die Haager Konventionen vom 18. Oktober 1907 und die Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909 respektieren.

Br. Wb. 74: Derselbe an denselben.

Wien, 28. Juli (Tel., eingetr. 29. Juli). Der russische Botschafter informierte mich, daß die Österreichisch-Ungarische Regierung die Petersburger Anregung zu einem direkten Meinungsaustausch über den serbischen Konflikt (zwischen Ssasonow und Szapary in Petersburg) abgelehnt habe. Nun bilde der Londoner Konferenzplan die einzige Aussicht auf Erhaltung des europäischen Friedens.

Br. Wb. 93: Das erste von drei Telegrammen, in englischer Übersetzung, am 30. Juli durch den russischen Botschafter überbracht.

a. Der russische Botschafter Schebeko an den Minister Ssasonow; Wien, 28. Juli. (Tel.) Bericht

über eine Unterredung mit dem Grafen Berchtold. Letzterer betonte, eine Erörterung auf Grund der österreichisch-ungarischen Note sei ausgeschlossen, seitdem die serbische Antwort die Beweise für die Unaufrichtigkeit serbischer Versprechungen für die Zukunft ergeben habe.

D. Wb. 20: Kaiser Wilhelm an den Zaren.

28. Juli 10.45 p. m.

Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den Österreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien in Deinem Reiche hervorruft. Die skrupellose Agitation, die seit Jahren in Serbien getrieben worden ist, hat zu dem empörenden Verbrechen geführt, dessen Opfer Erzherzog Franz Ferdinand geworden ist. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht heute noch in jenem Lande. Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, Du und ich sowohl, als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.

Anderseits übersehe ich keineswegs, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluß ein, um Österreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Be-

mühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst.

Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter gez. Wilhelm.

Der 29. Juli:

Wiederholung der beruhigenden Erklärungen Rußlands:

Ehrenwort des russischen Generalstabschefs, daß nirgends (!) Mobilmachung erfolgt sei; telegraphische Bitte des Zaren an den Kaiser, ihm zu helfen. Kaiser Wilhelm nimmt die Mittlerrolle an; diplomatische Aktion in Wien.

Wichtige Beratung bei Kaiser Wilhelm. Warnung nach Paris gerichtet.

Der Reichskanzler schlägt dem Botschafter Sir Edward Goschen ein allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und Großbritannien vor.

Sir Edward Grey warnt den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky, er solle sich durch den freundschaftlichen Ton der Unterhaltung nicht über den Weg täuschen lassen, den die britischen Interessen nehmen würden.

Damit tritt die Krisis in ihren dritten Abschnitt ein und nimmt einen **europäischen** Charakter an.

Sprengung der Savebrücke zwischen Semlin und Belgrad.

Am 29. Juli berichtete der Militärattaché in Petersburg telegraphisch über eine Unterredung mit dem Generalstabschef der russischen Armee:

„Der Generalstabschef hat mich zu sich bitten lassen und mir eröffnet, daß er von Seiner Majestät soeben komme. Er sei vom Kriegsminister beauf-

tragt worden, mir nochmals zu bestätigen, es sei alles so geblieben, wie es mir vor zwei Tagen der Minister mitgeteilt habe. Er bot mir schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlichster Form, daß nirgends eine Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes bis zur Stunde, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sei. Er könne sich dafür für die Zukunft nicht verbürgen, aber wohl nachdrücklichst bestätigen, daß in den Fronten, die auf unsere Grenzen gerichtet seien, von Seiner Majestät keine Mobilisierung gewünscht würde. Es sind aber hier über erfolgte Einziehung von Reservisten in verschiedenen Teilen des Reichs, auch in Warschau und in Wilna, vielfache Nachrichten eingegangen. Ich habe deshalb dem General vorgehalten, daß ich durch die mir von ihm gemachten Eröffnungen vor ein Rätsel gestellt sei. Auf Offiziersparole erwiderte er mir jedoch, daß solche Nachrichten unrichtig seien; es möge hier und da allenfalls ein falscher Alarm vorliegen.

Ich muß das Gespräch in Anbetracht der positiven, zahlreichen, über erfolgte Einziehungen vorliegenden Nachrichten als einen Versuch betrachten, uns über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen."

Diesen trügerischen Eindruck suchte folgende Bitte des Zaren an den Kaiser zu verstärken:

D. Wb. 21: Der Zar an Kaiser Wilhelm.

Petershoff. Palais, 29. Juli 1 p. m.

Ich bin erfreut, daß Du zurück in Deutschland bist. In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig, mir zu helfen. Ein schmählicher (!) Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden; die

Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr werde widerstehen können und gezwungen sein werde, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen. gez. Nikolaus.

D. Wb. 22: Der Kaiser an den Zaren.

29. Juli 6.30 p. m.

Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich — wie ich Dir in meinem ersten Telegramm sagte — Österreich-Ungarns Vorgehen nicht als „schmählichen Krieg“ betrachten. Österreich-Ungarn weiß aus Erfahrung, daß Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf dem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Ansicht werde ich bestärkt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtige. Ich meine daher, daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, daß eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien mög-

lich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die — wie ich Dir schon telegraphierte — meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich würden militärische Maßnahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben.

gez. Wilhelm.

„Times" gegen „Times".

„Times" vom 29. Juli 1914:

„Deutschland hat sich sehr gut betragen. Es wird natürlich seinem Verbündeten eine diplomatische Unterstützung gewähren; indessen kann der deutsche Generalstab von den Bedingungen, unter denen Österreich diesen Feldzug beginnt, nicht sonderlich erbaut sein. Deutschland ist an den österreichischen Kriegswagen geschmiedet (Germany is being dragged at the heels of the Austrian war chariot), und seine Lage ist nicht erquicklich.

Wenn Deutschland zum Armageddon werden sollte, so wird es einen großen Teil des verbündeten Heeres in den serbischen Bergen auf einem Nebenkriegsschauplatz beschäftigt finden, so daß auf dem Hauptkriegsschauplatz die Bür-

„Times" vom 27. Oktober 1914:

„Zweifellos haben die Deutschen zu dieser Stunde etwas über die Bedeutung von Bündnissen gelernt. Es war Preußens Gewohnheit, jeden und alles seinen selbstsüchtigen Interessen zu opfern, und dieser Krieg war keine Ausnahme von der Regel. Preußen sah ruhig zu, wie die Österreicher erdrückt wurden, und anstatt Dankl und Auffenberg zu unterstützen, nutzte es alle seine Kräfte, um Ostpreußen von den Russen zu säubern.

Österreich wurde ein Opfer der verkehrten deutschen Strategie und mußte als ein sklavisches Werkzeug in den Händen der Deutschen ein Dutzend seiner besten Generale entlassen.

Deutschland hat sich die

de des Krieges ganz oder doch zum großen Teil auf Deutschlands Schultern ruhen würde.

Wenn Deutschland kann, wird es sich vom Kriege fernhalten. Ein casus foederis braucht notwendigerweise nicht eher einzutreten, als bis Österreich von Rußland tatsächlich angegriffen wird.

Was Italien betrifft, so hieße es wirklich zuviel verlangt, daß es seine Armee für eine Vergrößerung Österreichs in die Wagschale werfe. Sollte Italien aber wagen, seine Flotte in Tätigkeit zu setzen, so würde es in kurzer Frist stürmisches Wetter im Mittelmeer geben."

Kontrolle auf dem östlichen Kriegsschauplatz angemaßt und wird so lange wie möglich fortfahren, preußische Interessen zu verteidigen.

Die jammervolle Doppelmonarchie ist an den „preußischen" Kriegswagen geschmiedet (The wretched Dual-Monarchy is being dragged at the tail of the Prussian war chariot), und wenn die Österreicher Preußens Zwecken gedient haben, wird man sie ihrem Schicksal überlassen."

Während am 29. Juli in Berlin beim Kaiser eine lange, wichtige Beratung stattfand, begann in Wien die vom Zaren erbetene diplomatische Aktion.

Gleichzeitig erging eine Warnung nach Paris in Gestalt des folgenden Telegramms des Reichskanzlers an den dortigen deutschen Botschafter:

D. Wb. 17: Die uns über französische Kriegsvorbereitungen zugehenden Nachrichten mehren sich von Stunde zu Stunde. Ich bitte dies bei der Französischen Regierung zur Sprache zu bringen und sie eindringlichst darauf hinzuweisen, daß uns derartige Maßnahmen zu Schutzmaßregeln zwingen würden. Wir würden Kriegsgefahr proklamieren müssen, und wenn dies auch noch keine Einberufungen und noch nicht Mobilisierung bedeute, so würde dadurch immerhin die Spannung erhöht werden. Wir hofften fortgesetzt noch auf Erhaltung des Friedens.

An demselben Tage hatte der deutsche Botschafter in Petersburg eine Unterredung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, über die er telegraphisch das Folgende berichtete:

„Der Minister versuchte mich zu überreden, daß ich bei meiner Regierung die Teilnahme an einer Konversation zu vieren befürworten sollte, um Mittel ausfindig zu machen, auf freundschaftlichem Wege Österreich-Ungarn zu bewegen, diejenigen Forderungen aufzugeben, die die Souveränität Serbiens antasten. Ich habe, indem ich lediglich die Wiedergabe der Unterredung zusagte, mich auf den Standpunkt gestellt, daß mir, nachdem Rußland sich zu dem verhängnisvollen Schritte der Mobilmachung entschlossen habe, jeder Gedankenaustausch hierüber sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erscheine. Was Rußland jetzt von uns Österreich-Ungarn gegenüber verlange, sei dasselbe, was Österreich-Ungarn Serbien gegenüber vorgeworfen werde: einen Eingriff in Souveränitätsrechte; Österreich-Ungarn habe versprochen, durch Erklärung seines territorialen Desinteressements Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen: ein großes Zugeständnis seitens eines kriegführenden Staates. Man sollte deshalb die Doppelmonarchie ihre Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Es werde beim Friedensschluß immer noch Zeit sein, auf Schonung der serbischen Souveränität zurückzukommen.

Sehr ernst habe ich hinzugefügt, daß augenblicklich die ganze austroserbische Angelegenheit der Gefahr einer europäischen Konflagration gegenüber in den Hintergrund trete, und habe mir alle Mühe gegeben, dem Minister die Größe dieser Gefahr vor Augen zu führen.

Es war nicht möglich, Ssasonow von dem Gedanken abzubringen, daß Serbien von Rußland jetzt nicht im Stich gelassen werden dürfe.“

R. Orb.: Der russische Geschäftsträger in Serbien an Ssasonow.

Nisch, 29. Juli.

Ich habe den Text der Antwortdepesche des Kaisers an den Kronprinzen Alexander mitgeteilt. Nachdem Paschitsch die Depesche gelesen hatte, bekreuzte er sich und sagte: „Mein Herr! Der Zar ist groß und gnädig.“ Er umarmte mich dann und konnte seine Rührung kaum verbergen.

Br. Wb. 75: Goschen an Grey.

Berlin, 29. Juli. (Tel.) War heute wieder auf Einladung beim Reichskanzler. Er berichtete, daß Wien eine Erörterung der serbischen Frage nicht mehr zulasse. Er habe **nach Wien** telegraphiert, **er nehme an, daß der Krieg gegen Serbien wohl nur bezwecke, Bürgschaften für die Zukunft zu schaffen,** da ausdrücklich kein Gebietszuwachs erstrebt werde. **Sei das richtig,** so solle sich **Wien offen** dazu äußern; das werde allen Mißverständnissen vorbeugen. Daß er **so weit** gegangen sei, werde seine **Friedfertigkeit** dartun und zugleich von dem Vertrauen zeugen, das er, der Kanzler, Grey entgegenbringe.

Br. Wb. 76: Derselbe an denselben.

Berlin, 29. Juli. (Tel.) Den Staatssekretär des Äußern fand ich heute sehr niedergeschlagen. Er glaubte, gerade der Versuch, auf Grund der serbischen Antwort zu vermitteln, habe Wien veranlaßt, ein fait accompli zu schaffen; er habe das schon

gestern befürchtet. Beunruhigung verursachten die Nachrichten über die Mobilisierung in Rußland und große militärische Maßnahmen in Frankreich, obwohl der französische Botschafter versichert habe, seine Regierung hätte nur — wie die deutsche — Offiziere aus dem Urlaub zurückgerufen. Daß die Deutsche Regierung das getan habe, bestritt v. Jagow; aber Goschen sagt, es sei Tatsache.

Jules Cambon habe dem Unterstaatssekretär des Äußern gesagt: vielleicht sei der Augenblick, wo dem militärischen Prestige Österreich-Ungarns durch den Einmarsch in Serbien Genüge getan sei, der richtige, um zwischen den vier nicht interessierten Mächten von neuem über Mittel und Wege zur Verhütung schwererer Verwicklungen zu beraten. Zimmermann meinte, das sei erwägenswert, da es von dem gescheiterten Konferenzplan abweiche.

Der russische Botschafter hat die Mobilisierung von vier Bezirken des Südens angezeigt (vgl. Br. Wb. Nr. 70a).

Br. Wb. 77: Grey an Goschen.

London, 29. Juli. (Tel.) Erkennt die in Br. Wb. Nr. 75 umrissene Haltung des Reichskanzlers an. Sollte es ihm gelingen, daß Österreich-Ungarn Rußland zufriedenstelle und so vom Zusammenstoße mit ihm abhalte, dann würden sich alle vereinigen, ihm als Retter des europäischen Friedens zu danken.

Br. Wb. 78: Buchanan an Grey.

Petersburg, 29. Juli. (Tel.) Heute ist die Teil-Mobilisierung angeordnet worden. Ich teilte dem Minister des Äußern Ihr Telegramm

Br. Wb. Nr. 67 und gleichzeitig vertraulich die Bemerkungen mit, die v. Jagow zu der Kunde von der russischen Mobilisierung im Süden Goschen gegenüber gemacht hatte (vgl. Br. Wb. Nr. 76); Ssasonow hatte davon bereits gehört (!). Letzterer fuhr fort zu betonen, daß die Mobilisierung nur gegen Österreich gerichtet sei, das jede Erörterung der serbischen Frage abgelehnt habe. Also seien neue Verhandlungen zwischen den drei uninteressierten Mächten, in welcher Form auch immer, erwünscht. Rußland habe jedenfalls alles (!!) getan, was in seiner Macht stand, den Frieden zu erhalten; die britische Öffentlichkeit werde das anerkennen, daß es nicht Rußlands Schuld gewesen sei, wenn der Krieg ausbreche. Alles, was die Schärfe des Ultimatums dämpfe und von Serbien angenommen werden könne, solle willkommen sein. Das in Br. Wb. Nr. 69 Vorgeschlagene sei eine Sache minderer Wichtigkeit. Der deutsche Botschafter hatte Ssasonow gegenüber von den Bemühungen in Wien um Erhaltung des Friedens berichtet; Buchanan glaubte das einschränken zu müssen, da sich wenigstens Graf Pourtalès (der natürlich manches Geheimnis der russischen Mobilisation kannte) ungünstig darüber geäußert habe, weil sie den Frieden gefährde, und lenkte des Kollegen Aufmerksamkeit auf gewisse Dinge, die Rußland entlasten sollten.

Ssasonow gab Buchanan zu verstehen, daß Rußland die Grenze nicht sofort überschreite, sondern daß mindestens eine Woche bis zur Durchführung der Mobilisation verstreichen werde. **Unterdes** sollten **Rußland und England**, um keine gefährliche Lage entstehen zu lassen, **alle Dinge gemeinsam** tun.

*

Immer mehr zeigt es sich, daß in diesem Stadium der Auseinandersetzungen Rußland es ist, das keine Bestrafung des — wie von allen zugegeben wird — schuldigen Balkanstaats zulassen will und deshalb zum Kriege treibt (Br. Wb. Nr. 72). Wie von San Giuliano sofort richtig erkannt worden war, hatte Serbien eine der wichtigsten Bedingungen der österreichisch-ungarischen Démarche absichtlich vergröbert (Punkt 5 und 6: Umdeutung einer Mitwirkung rein polizeilicher Beamten an den Erhebungen zu einer die serbische Verfassung verletzenden Mitwirkung von k. und k. Beamten am serbischen Gerichtsverfahren), um ihre Ablehnung leichter begründen zu können (Br. Wb. Nr. 64). Im Gegensatze zu diesen, von England mehr oder weniger unterstützten Winkelzügen stehen die bis an die Grenze bundesbrüderlichen Verhaltens (Br. Wb. Nr. 75) gehenden Bemühungen des Reichskanzlers um die Erhaltung des europäischen Friedens in Wien, die sogar die lebhafte Anerkennung Greys hervorriefen (Br. Wb. Nr. 77).

Br. Wb. 79: Bunsen an Grey.

Wien, 29. Juli. (Tel.) Des Kaisers Aufruf an sein Volk (so! im Originale hieß es: an seine Völker) ist heute erschienen. Daß der Krieg mit Serbien nicht mehr aufzuhalten ist, darüber stimmen der französische und der italienische Kollege mit mir überein. Ob sich Österreich-Ungarn bewegen ließe, seine in Petersburg abgegebene Erklärung (weder die Unabhängigkeit Serbiens zu vernichten noch serbisches Gebiet zu nehmen) in eine bindende Verpflichtung Europa gegenüber zu verwandeln, wodurch vielleicht Rußland veranlaßt würde, ruhig zu bleiben, bezweifelt der italienische Botschafter.

Br. Wb. 80: Rodd an Grey.

Rom, 29. Juli. (Tel.) Hinweis auf den Widerspruch zwischen der Erklärung Lichnowskys vom 27. Juli (Br. Wb. Nr. 46) und der durch Goschen übermittelten Erklärung v. Jagows vom selben Tage (Br. Wb. Nr. 43) über die Stellung Deutschlands zu Greys Vorschlag; italienische Informationen lehren, daß Goschen recht berichtet hatte. San Giuliano hat letzte Nacht nach Berlin telegraphiert, die deutsche Regierung solle eine Formel vorschlagen, die man einem Meinungsaustausch in London zugrunde legen könne. Jedenfalls werde Italiens öffentliche Meinung es der italienischen Regierung nie vergeben, wenn sie nicht alles versucht hätte, den Krieg zu vermeiden; und Deutschland solle ihr dabei helfen. Letzteres wolle aber nicht daran glauben, daß Rußland ernst mache; darum werde es auf Deutschland, dem an guten Beziehungen zu England viel liege, Eindruck machen, wenn es merke, daß Großbritannien mit Rußland und Frankreich zusammen handeln werde. Sollte Deutschland jedoch keinen Vorschlag formulieren wollen, dann verspreche sich San Giuliano immer noch etwas von einem Meinungsaustausche zwischen Italien und Großbritannien als Vertretern je einer Mächtegruppe.

Br. Wb. 81: Grey an Rodd.

London, 29. Juli. (Tel.) Nachricht, daß der Konferenzgedanke gescheitert ist. Nun ersuche er (Grey) den italienischen Minister des Äußern, in Berlin und Wien sein Heil zu versuchen.

Br. Wb. 82: Beaumont, vormals britischer Botschaftsrat in Athen, an Grey.

Konstantinopel, 29. Juli. (Tel.) Der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter hat die Bemerkung fallen lassen: Salonikis wirtschaftliche Lage unter griechischer Verwaltung sei beklagenswert, und die mohammedanische Bevölkerung Neuserbiens, die mit der serbischen Herrschaft unzufrieden sei, werde die österreichischen Truppen unterstützen. Daraus schließe ich auf Wiens Absicht, über den Sandschak sich auszudehnen und strafweise neuserbisches Gebiet zu besetzen.

Br. Wb. 83: Crackanthorpe an Grey.

Nisch, 29. Juli. (Tel.) Dank Paschitschs für Greys Unterhausrede vom 27. Juli.

Br. Wb. 84: Grey an Goschen.

London, 29. Juli. (Tel.) Der Reichskanzler hat durch Lichnowsky Grey über den Stand der Vermittlung usw. informieren lassen. Grey erwiderte, daß er heute früh gehört habe, Wien lehne Sasonows Vorschlag (Aussprache zwischen ihm und Graf Szapary) ab, und die Petersburger Preßkorrespondenten meldeten, die Russische Regierung wolle mobilisieren. Da der Konferenzplan nicht genehm sei, solle Deutschland eine andere Methode formulieren, woraufhin die vier Mächte ihren Einfluß auf Wien und Petersburg gegen einen Krieg zwischen beiden geltend machen könnten; Frankreich und Italien seien damit einverstanden. Deutschland brauche also nur auf den elektrischen Knopf zu drücken.

*

Das war der vom diplomatischen Standpunkt aus meisterhaft geschickt angelegte Schachzug Greys, Deutschland, dem er das Scheitern seines von vornherein unpraktikabeln Konferenzplans in die Schuhe schob, für die weitere Gestaltung der Dinge verantwortlich zu machen. Mit dem Druck auf den Knopf war ein solcher Druck Deutschlands auf Österreich gemeint, der einer Demütigung Österreichs und einer schweren Erschütterung unseres Bundesverhältnisses zu ihm gleichgekommen wäre.

Auf das „großherzige" englische Anerbieten ist nun nachstehendes Telegramm gefolgt:

Br. Wb. 85: Goschen an Grey.

Berlin, 29. Juli 1914.

Ich wurde heute abend zu dem Reichskanzler gerufen. Seine Exzellenz waren gerade von Potsdam zurückgekehrt. Er sagte, falls Österreich von Rußland angegriffen würde, befürchte er, ein europäischer Krieg würde unvermeidlich werden, gemäß den Verpflichtungen, die Deutschland als Verbündeter Österreichs habe, trotz seinen fortgesetzten Bemühungen den Frieden zu erhalten. Er ging dann dazu über, folgendes feste Angebot für die britische Neutralität zu machen. Er sagte, es sei klar, soweit er imstande sei, das Hauptprinzip der britischen Politik zu beurteilen, daß Großbritannien niemals zusehen und erlauben würde, daß Frankreich in irgendeinem Konflikt zertrümmert würde. Das sei jedoch nicht das Ziel Deutschlands. Vorausgesetzt, daß die britische Neutralität gesichert wäre, würde er der Britischen Regierung jede Sicherheit geben, daß die Kaiserliche Regierung keine Gebietserwerbungen auf Kosten Frankreichs erstrebe, sollte sie siegreich sein in irgendeinem Krieg, der kommen

möge. Ich fragte Seine Exzellenz darauf wegen der französischen Kolonien, und er antwortete, daß er nicht in der Lage sei, eine ähnliche Verpflichtung auf diesem Gebiete einzugehen. Was aber Holland anginge, so sagte Seine Exzellenz, solange Deutschlands Gegner die Unversehrtheit und Neutralität der Niederlande achteten, sei Deutschland bereit, der englischen Regierung die Versicherung zu geben, daß sie das gleiche tun würde. Es hinge von dem Verhalten Frankreichs ab, welche Maßnahmen Deutschland gezwungen würde, in Belgien zu ergreifen; aber wenn der Krieg vorüber wäre, würde die belgische Integrität geachtet werden, wenn Belgien nicht gegen Deutschland Partei ergriffe. Seine Exzellenz schloß damit, daß er sagte: Solange er Kanzler wäre, sei das Ziel seiner Politik gewesen, wie Sie wohl wüßten, eine Verständigung mit England herbeizuführen. Er vertraue darauf, daß die obenstehenden Versicherungen die Grundlage solcher Verständigung bilden würden, die er so sehr herbeiwünsche. Er habe im Sinn ein allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen England und Deutschland, obwohl es natürlich im gegenwärtigen Augenblick zu früh wäre, es in seinen Einzelheiten zu erörtern, und eine Versicherung der britischen Neutralität in dem Konflikt, den die gegenwärtige Krisis herbeiführen könne, würde ihm ermöglichen, die Verwirklichung seines Wunsches ins Auge zu fassen. Auf die Frage Seiner Exzellenz, was ich dächte, wie seine Bitte von Ihnen aufgenommen würde, antwortete ich, daß ich es nicht für wahrscheinlich hielt, daß Sie sich zu diesem Zeitpunkt in irgendeiner Weise binden würden, und daß ich der Meinung sei, Sie würden wünschen, volle Freiheit zu behalten.

*

Jeder Deutsche wird fühlen, daß der Reichskanzler mit diesem Angebot bis an die äußerste Grenze dessen gegangen ist, was Deutschlands Ehre erlaubte. Zweifellos würde Frankreich, sollten wir im Kriege unterliegen, Elsaß-Lothringen zurückfordern, also eine erhebliche Erwerbung reichsdeutschen Gebiets versuchen. Der Kanzler aber verpflichtet sich, wenn wir siegen, das Gebiet Frankreichs, ausgenommen die Kolonien, unangetastet zu lassen.

Br. Wb. 86: Rodd an Grey.

Rom, 29. Juli. (Tel.) San Giuliano hält die serbische Phase der Krisis für erledigt, seitdem Rußland in Berlin seine Teilmobilisation angezeigt habe.

Be. Grb. 8: Ein Brief des Ministers Davignon an die Gesandten Belgiens in Berlin, Paris, London, Wien, St. Petersburg, Rom, Haag und Luxemburg, wonach gesagt wird, daß die Belgische Regierung beschlossen habe, die Armee auf Friedensstärke (die belgische Armee hat nicht immer volle Friedensstärke gehabt) zu bringen. Diese Maßnahme soll nicht mit einer Mobilisierung gleichbedeutend sein.

Die nächsten Sätze enthalten eine Erklärung darüber, was Friedensstärke in Belgien bedeute, um etwaigen Anfragen gegenüber gewappnet zu sein.

Br. Wb. 87: Grey an Bertie.

London, 29. Juli. Ich habe Paul Cambon erzählt, daß ich den Fürsten Lichnowsky gewarnt habe, er solle nicht aus dem freundschaftlichen Tone der Unterhaltung darauf schließen, Großbritannien werde bei weiterer Verschärfung der Dinge beiseite stehen. Anderseits habe ich Cambon darauf aufmerksam ge-

macht, daß die öffentliche Meinung (!) die diesmalige Schwierigkeit anders auffasse als die Marokkokrisis vor einigen Jahren. Damals war Frankreich in erster Linie interessiert, und Deutschland versuchte, es in einer Angelegenheit zu demütigen, die der Gegenstand eines Sonderabkommens zwischen Großbritannien und Frankreich war. Heute handelt es sich um einen österreichisch-serbischen Streit, der England selbst dann noch nicht ins Feld ruft, wenn sich Rußland einmischt. Dann sei es eben ein Kampf zwischen Teutonen und Slawen um die Vorherrschaft am Balkan; und wegen einer Balkanfrage in den Krieg zu ziehen, lehne England ab. Aber wenn Deutschland und Frankreich hineingezogen würden, dann sei es auch für England Zeit zu überlegen, was es zu tun habe. Frankreich sei durch den Zweibund gebunden; England sei frei von Verpflichtungen; aber die britischen Interessen verlangten Berücksichtigung. Er (Cambon) kenne die Vorsichtsmaßregeln (!), die hinsichtlich der britischen Flotte getroffen seien (vgl. Br. Wb. Nr. 47 vom 27. Juli). Aber wenn er Lichnowsky im oben zitierten Sinne gewarnt habe, so solle darum Cambon nicht etwa glauben, daß das um einer Möglichkeit willen geschehen sei, von der Grey immer noch hoffe, daß sie nicht eintrete.

Cambon bestätigt diese Auffassung mit folgenden Worten: Solange es sich um einen teutonisch-slawischen Balkanstreit drehe, fühle sich Großbritannien nicht berufen einzuschreiten; sollten dagegen Deutschland und Frankreich darein verwickelt werden, so daß es sich **um die Hegemonie von Europa** handele, **dann werde England entscheiden, was es zu tun habe.** Cambon schien auf diese Ankündigung gut vorbe-

reitet zu sein und übte keine Kritik daran. Er sagte noch: Frankreichs öffentliche Meinung sei ruhig, aber entschieden. Sollte Deutschland fragen, ob Frankreich neutral bleiben werde, falls Deutschland Rußland angreife, so müsse mit Nein! geantwortet werden; denn Frankreich sei verpflichtet, Rußland zu helfen.

*

Aus der ganzen Aufmachung dieser Instruktion, die nicht als Telegramm nach Paris ging, weil sie im Augenblicke gar nicht eilig war, und aus der Fassung, die Greys Worte wie einen Vertrag durch Cambon wiederholen läßt, geht unwiderleglich hervor, daß wir hier einen der Fälle vor uns haben, wo um zukünftiger Veröffentlichungen willen eine Urkunde abgefaßt und eingereiht wird, die kein Geheimnis von Kabinett zu Kabinett mitteilt, sondern vielmehr gewissermaßen „zum Fenster hinaus“ eine Festsetzung formuliert, die gegebenen Falles die eingeschlagene Politik vor der Öffentlichkeit rechtfertigen soll. Darum sind solche Stücke nicht minder wertvoll; nur muß man eben nicht meinen, daß etwas überraschend Neues damit gegeben werde. Grey verrät unbeabsichtigterweise selber den Hergang, wenn er einfließen läßt: Cambon „seemed quite prepared“ — er war es in der Tat. Denn wir erhalten hier den Niederschlag jahrelanger Entente-Vereinbarungen in äußerlich harmloser Form, ad usum delphini. Das war die elektrische Leitung, auf deren Knopf — nach dem S. 71 ff. bekanntgegebenen Briefwechsel Grey-Cambon vom 22./23. November 1912 — jeder britische Staatssekretär nur zu drücken brauchte, um die ganze Maschine ohne weitere Verzögerung in Gang zu bringen.

Br. Wb. 88: Grey an Goschen.

London, 29. Juli. Heute nachmittag Unterredung mit dem deutschen Botschafter. Österreichs Kriegserklärung an Serbien habe die Lage verändert. Gelänge dem Kanzler die Vermittlung in Wien, gut; im entgegengesetzten Falle sei der Vorschlag einer andern Methode durch Deutschland nötig (vgl. Br. Wb. Nr. 84). Allerdings müßten nach russischer Ansicht währenddes die militärischen Operationen gegen Serbien suspendiert werden; sonst gewänne Österreich Zeit, Serbien zu zermalmen (vgl. Br. Wb. Nr. 70 b). Freilich, dazu sei es nun zu spät. Aber vielleicht werde Österreich nach der Einnahme Belgrads auf die volle Genugtuung Serbiens warten müssen; und dann werde man noch zwischen ihm und Rußland vermitteln können.

Br. Wb. 89: Derselbe an denselben.

London, 29. Juli. (Forts.) Berichtet über die Warnung an Lichnowsky, die in Br. Wb. Nr. 87 begründet ist. Der deutsche Botschafter fragte darauf, was Grey mit dem „Einschreiten Englands unter gewissen Umständen“ meine. Grey erwiderte: er wolle keinen Druck ausüben, solange Frankreich und Deutschland nicht in den Konflikt verwickelt würden. Sollten jedoch britische Interessen zum Einschreiten nötigen, dann müsse die Entscheidung sehr schnell fallen. Darum solle Lichnowsky sich nicht getäuscht fühlen, wenn dieser Fall eintreten sollte; er solle dann nicht etwa sagen: wäre er nicht irregeführt worden, so hätten die Dinge leicht einen andern Lauf nehmen können.

*

Man sieht: Greys Finger ruht bereits auf dem in der Anmerkung zu Br. Wb. Nr. 87 angedeuteten elektrischen Knopfe.

Br. Wb. 90: Derselbe an denselben.

London, 29. Juli. (2. Forts.) Berichtet darüber, was er mit Lichnowsky heute früh hinsichtlich des Vorschlages San Giulianos (Br. Wb. Nr. 64 vom 28., Antwort: Br. Wb. Nr. 81 vom 29. Juli) gesprochen habe. Einen Druck auf Rußland zugunsten Österreichs (wäre es nicht ein solcher zugunsten des Friedens gewesen?!) auszuüben, müsse er (Grey) ablehnen. Der deutsche Botschafter erwiderte: ebensowenig dürfe Österreich gedemütigt und seiner Stellung als Großmacht entkleidet werden. Grey meinte jedoch: Darum handele es sich nicht, sondern darum, wie weit Österreich-Ungarn in seiner Bestrafung Serbiens gehen wolle. Gewiß verdiene Serbien eine Demütigung; aber Österreich möchte diese so weit treiben (!), daß sie eine Demütigung Rußlands (in seiner angemaßten Stellung als angeblicher Balkanvormacht) einschließe. Denn wenn auch Österreich das serbische Gebiet nicht antasten wolle, so werde es doch Serbien praktisch zum Vasallen (!) machen; und das müsse Rußlands Stellung am Balkan gefährden.

Grey bemerkte noch dem deutschen Botschafter gegenüber: für den Fall eines europäischen Konflikts sei es unmöglich zu sagen, wer nicht mit hinein gezogen werden könnte; sogar die Niederlande ergriffen Vorsichtsmaßregeln! Eben deswegen, so betonte Lichnowsky, müßten Mittel und Wege gefunden werden, den Frieden Europas zu bewahren.

*

Man sieht: immer wieder wurden Österreich-Ungarn — gegen seine wiederholten Versicherungen — schlimmere Absichten gegen Serbien unterlegt, als es tatsächlich hegte, lediglich, um Rußlands kriegerische Haltung zu rechtfertigen.

Br. Wb. 91: Grey an Bunsen.

London, 29. Juli. Der österreichische Botschafter erzählte, er habe ein langes Memorandum fertig, das nachweise, wie nötig Österreichs Schritte gegen Serbien seien. Grey erwiderte: er wünsche nicht, die Gründe für die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien zu erörtern. Österreich möge sich seine Genugtuung holen, wenn der europäische Friede dabei nicht bedroht werde. Mensdorff entgegnete: Die Zeiten, wo Österreich sich auf immer erneute Mobilisierungen beschränkt habe, seien vorüber; es müsse eine sichere Bürgschaft für die Zukunft haben, daß seine Interessen geschützt seien. Das sei alles. Grey meinte: dabei könne Serbien leicht ein Vasall Österreichs werden (vgl. Br. Wb. Nr. 90); das bestritt Graf Mensdorff. Er setzte hinzu: bis zum Balkankriege habe jeder geglaubt, daß Serbien in der österreichischen (nicht in der russischen) Einflußsphäre liege.

Br. Wb. 92: Grey an Rodd.

London, 29. Juli. Der italienische Botschafter überbrachte die Mitteilung San Giulianos, Deutschlands Gründen gegen die ursprünglich von Italien unterstützte Greysche Viererkonferenz sollte durch eine andere Form des Vorgehens begegnet werden. Grey bemerkte dazu: dem habe er schon genügt, indem er

die Deutsche Regierung nach dem Modus gefragt habe, den sie der Vermittlung zwischen Österreich und Rußland zugrunde gelegt wissen möchte.

Br. Wb. 93b: Sſasonow an Graf Benckendorff.

Petersburg, 29. Juli. (Tel.) Berichtet über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès über des Kanzlers Wiener Bemühungen zugunsten des Friedens. Das beste wäre eine Viererkonferenz, auch wenn sie nicht Deutschlands Sympathien hätte, gleichzeitig mit einer direkten Aussprache zwischen Wien und Petersburg, ähnlich, wie während der kritischen Augenblicke im Laufe des letzten Jahres. Nach den Konzessionen Serbiens in einzelnen Punkten solle Österreich nun auch seinen guten Willen zeigen, den Rest gütlich beizulegen.

Br. Wb. 93c: Derselbe an denselben.

Petersburg, 29. Juli. (Tel.) Nach seiner Unterredung mit Pourtalès erhielt Sſasonow Schebekos Telegramm (Br. Wb. 93a). Nun bleibe Rußland nichts anderes übrig, als sich auf das britische Kabinett zu verlassen, daß es die Initiative ergreife.

Br. Wb. 94: Bunsen an Grey.

Wien, 29. Juli. (Tel.; erhalten 30. Juli). Ich höre vom russischen Botschafter, daß die Mobilisierung der gegen die österreichische Grenze bestimmten russischen Korps befohlen worden ist. Graf Berchtold selbst wird durch die etwas späte Nachricht nicht überrascht worden sein; aber das übrige Wien dürfte diesen Abend noch nichts davon wissen. Der deutsche Botschafter heuchelt (!) Überraschung darüber, daß serbische Dinge so großes Interesse für Ruß-

land hätten. Der russische Kollege sagte Herrn von Tschirschky: Rußlands Druck werde Serbien veranlassen, noch weiter entgegenzukommen; aber seine Regierung, durch ihr völliges Ignoriertwerden beleidigt, könne sich bei der künftigen Regelung nicht einfach beiseite schieben lassen. Schebeko zeigte sich Bunsen gegenüber beunruhigt darüber, welche Wirkung eine ernste Verwicklung wohl auf die russische öffentliche Meinung ausüben werde.

Der 30. Juli:

Offizielle Nachricht, daß Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil mache; entsprechendes Telegramm des Kaisers an den Zaren unter Fortsetzung der deutschen Aktion in Wien. Der Zar an den Kaiser: schlägt dessen Stellung als Vermittlers hoch an.

Der belgische Geschäftsträger in Petersburg meldet seinem Minister Davignon: Heute habe man in Petersburg die Zusicherung, daß Großbritannien Frankreich beistehen und daß dieser Beistand der russischen Kriegspartei mit Oberwasser verschaffen werde.

Das französische 45. Infanterie-Regiment wird in Lastautos nach Namur gebracht.

Englands Vermittlungsversuch in Wien. Sir Edward Grey lehnt Bethmann Hollwegs Neutralitätsvorschlag vom 29. Juli schroff ab.

Telegrammwechsel zwischen Prinz Heinrich von Preußen und König Georg V.

Am 30. Juli traf in Berlin die offizielle Nachricht ein, daß Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil mache. Daraufhin richtete der Kaiser, unter Fortsetzung der deutschen, von London aus unterstützten Vermittlung in Wien, folgendes Telegramm an den Zaren:

D. Wb. 23: 30. Juli 1 (Uhr) a. m.

Mein Botschafter ist angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hinzuweisen; das gleiche habe ich Dir in meinem letzten Telegramm gesagt. Österreich-Ungarn hat nur gegen Serbien mobilisiert, und zwar nur einen Teil seiner Armee. Wenn Rußland, wie es jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, gegen Österreich-Ungarn mobil macht, so wird die Vermittlerrolle, mit der Du mich in freundschaftlicher Weise betrautest und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte angenommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen. gez. Wilhelm.

Daraufhin hatte der Zar immer noch die Stirn, zu betonen, daß er Kaiser Wilhelms Stellung als Mittlers hoch anschlage.

D. Wb. 23a: Der Zar an Kaiser Wilhelm.

Peterhof, den 30. Juli 1914, 1 h 20 p. m.

Ich danke Dir von Herzen für Deine rasche Antwort. Ich entsende heute abend Tatischtschew mit Instruktion. Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor fünf Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise Deine Stellung als Vermittlers beeinflussen werden, die Ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt. Nicolaus.

Wie „ernst“ es dem Zaren zu derselben Stunde um ein Gelingen des deutschen Druckes auf Österreich gewesen sein mag, geht aus folgendem Telegramm des Militärbevollmächtigten in Petersburg an den Kaiser vom 30. Juli hervor:

D. Wb. 18: Gestern sagte mir Fürst Trubetzkoi, nachdem er veranlaßt hatte, daß Euer Majestät Telegramm an Kaiser Nikolaus sofort übermittelt würde: Gottlob, daß ein Telegramm Ihres Kaisers gekommen ist! Er sagte mir nun soeben, das Telegramm hätte auf den Kaiser tiefen Eindruck gemacht. Aber da die Mobilisierung gegen Österreich bereits befohlen gewesen und Ssasonow Seine Majestät wohl davon überzeugt hätte, daß es nicht mehr möglich sei, zurückzuweichen, so könne Seine Majestät leider nichts mehr ändern. Ich sagte ihm darauf, die Schuld an den unabsehbaren Folgen trage die frühzeitige Mobilisierung gegen das doch nur in einen lokalen Krieg mit Serbien verwickelte Österreich-Ungarn; denn Deutschlands Antwort darauf sei wohl klar und die Verantwortung fiele auf Rußland, welches Österreich-Ungarns Zusicherung, daß es territoriale Erwerbungen in Serbien in keiner Weise beabsichtige, ignoriert habe. Österreich-Ungarn habe gegen Serbien und nicht gegen Rußland mobilisiert, und zum sofortigen Eingreifen sei kein Grund für Rußland. Ich fügte des weiteren hinzu, daß man in Deutschland die Redensart Rußlands, „wir können unsere Brüder in Serbien nicht im Stiche lassen“, nach dem furchtbaren Verbrechen von Serajewo nicht mehr verstehe. Ich sagte ihm schließlich, er möge, wenn Deutschlands Streitmacht mobilisiert werde, sich nicht wundern.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb in ihrer Abendausgabe vom 30. Juli:

Von einer Seite, die wir für absolut zuverlässig halten dürfen, erfahren wir, daß angesichts der schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die unser gesamtes Wirtschaftsleben durch die fortwährenden bedrohlichen Gerüchte über russische Kriegsvorbereitungen erfährt, und die besonders durch die heute morgen mitgeteilte Reutermeldung von einer Mobilisierung in Süd- und Südwest-Rußland noch bedeutend an Wahrscheinlichkeit gewonnen haben, und die deshalb geradezu eine Bedrohung unseres gesamten Wirtschaftslebens bedeuten — die Deutsche Regierung nunmehr eine Anfrage an die Russische Regierung gerichtet hat, ihr binnen 24 Stunden Aufklärung zu geben, ob es wahr sei, daß derartige Rüstungen stattfinden, und was diese Rüstungen zu bedeuten haben.

Br. Wb. 95: Bunsen an Grey.

Wien, 30. Juli. (Tel.) Der russische Botschafter erklärte die Mobilisierung damit, daß seine Regierung bei der bevorstehenden Bestimmung über das Schicksal Serbiens befragt zu werden wünsche; sie könne es allerdings verstehen, daß Österreich seine slawischen Provinzen vor einer feindlichen, von Serbien ausgehenden Propaganda schützen müsse.

Der französische Botschafter hörte aus Berlin, daß der deutsche Botschafter in Wien instruiert sei (vgl. Br. Wb. Nr. 75), die Österreichisch-Ungarische Regierung ernstlich vor Schritten zu warnen, die einen europäischen Krieg heraufbeschwören könnten. (Diese Information hat Bunsen in seinem Berichte vom 1. September total vergessen!) Unglücklicherweise sei, so behauptet Bunsen, Herr v. Tschirschky

so identisch mit antirussischen und antiserbischen Kreisen Wiens, daß er wenig geeignet sei, der Sache des Friedens mit voller Aufrichtigkeit zu dienen. (Bunsen vergißt wieder, daß eine Eigentumspolitik à la Cartwright, Iswolski oder Barrère innerhalb der deutschen Diplomatie nicht geduldet wird.)

Bunsen fügt hinzu: obgleich er sie nicht nachprüfen könne, melde er doch die private Information, daß der deutsche Botschafter den Text des Ultimatums an Serbien kannte, ehe es nach Belgrad abgefertigt und dem Deutschen Kaiser telegraphiert wurde. Jedenfalls unterschreibe er (Tschirschky) jede Zeile.

Br. Wb. 96: Bunsen an Grey.

Wien, 30. Juli. (Tel.) Auf der französischen Botschaft berichtete dem französischen Kollegen und Bunsen der russische Botschafter über die freundliche Aussprache, die er mit dem Grafen Berchtold gehabt hatte. Obwohl Österreich-Ungarn die russische Mobilisation mit derselben Maßregel beantworten müsse, so bedeute das noch keinen Bruch, sondern nur eine weitere Vorsichtsmaßregel. Jedenfalls habe Berchtold (das war sicherlich die Frucht der deutschen Vorstellungen) nichts gegen eine Fortsetzung des gegenseitigen Meinungsaustausches in Petersburg einzuwenden, wenn er auch darüber schwieg, daß die serbische Antwort dafür als Grundlage dienen könne.

Der russische Botschafter, der schon Vorbereitungen zur Abreise getroffen hatte, schöpft neue Hoffnung.

Br. Wb. 97: Buchanan an Grey.

Petersburg, 30. Juli. (Tel.) Dem französischen Botschafter und mir sagte Minister Ssasonow heute

früh, er habe gestern dem deutschen Botschafter erklärt: obgleich Deutschland dafür bürgen wolle, daß die serbische Integrität von Österreich respektiert werde, so werde trotzdem Serbien Österreichs Vasall werden, und das werde in Rußland eine Revolution hervorrufen. Außerdem sei er genau davon unterrichtet, daß Deutschland militärische und Marinevorbereitungen gegen Rußland treffe, vor allem in Richtung auf den Finnischen Meerbusen.

Der deutsche Botschafter hatte um 2 Uhr eine zweite Aussprache mit Ssasonow. Letzterer, von Pourtalès um eine Anregung gebeten, die er als „letzte Hoffnung" nach Berlin telegraphieren könne, händigte ihm in französischer Sprache folgende Formel ein:

„Wenn Österreich in Erkenntnis dessen, daß sein Konflikt mit Serbien den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat, sich selbst bereit erklärt, aus seinem Ultimatum die Punkte zu streichen, die den Grundsatz der Souveränität Serbiens verletzen, dann verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen."

Wird dieser Vorschlag von Österreich abgelehnt, dann werden die Vorbereitungen auf eine allgemeine Mobilisierung folgen, und ein europäischer Krieg ist dann unvermeidlich. Jedenfalls läßt sich, wenn Österreich keine Konzession macht, Rußland nicht mehr halten.

Br. Wb. 98: Goschen an Grey.

Berlin, 30. Juli. (Tel.) Staatssekretär von Jagow hat sofort auf Lichnowskys letztes Telegramm hin in Wien anfragen lassen, ob es geneigt sei, eine Vermittlung anzunehmen, nachdem es von Belgrad oder einem andern zu besetzenden Punkt aus

Serbien seine Bedingungen gestellt haben werde. Aber er fürchtet, die russische Mobilisation gegen Österreich dürfte die Schwierigkeiten verstärken. Inzwischen möge Großbritannien auf Petersburg mäßigend einzuwirken versuchen.

Was die Zurückberufung von Offizieren betreffe, die übrigens erst nach, nicht vor dem gestrigen Besuche des französischen Botschafters angeordnet worden sei, so habe sie noch nichts mit militärischen Vorbereitungen zu tun. Aber etwas habe geschehen müssen, da es sonst zu spät dazu sein könne; denn wenn Deutschland mobilisieren müsse, so habe es dies nach drei Seiten zu tun. Von Greys Warnung an Lichnowsky (siehe Br. Wb. Nr. 89; vgl. auch 102) habe er zwar mit Bedauern, aber nicht gerade mit Überraschung Kenntnis genommen. Wäre die telegraphische Nachricht davon eher in des Kanzlers Hände gekommen, so hätte er nicht in der Weise zu Goschen gesprochen, wie er es (vgl. Br. Wb. Nr. 85) getan habe.

*

Hat Goschen die Stimmung an den maßgebenden Stellen Berlins richtig wiedergegeben, und man braucht daran kaum zu zweifeln, dann scheint es, als ob Herr v. Bethmann am 30. Juli klar darüber geworden sei, wessen er sich von Großbritannien zu versehen habe und daß ein Krieg gegen drei Fronten bevorstehe. Das war die Wirkung der Mahnung Greys, Lichnowsky solle sich ja nicht einbilden, daß Deutschland auf Englands Beiseitestehen zählen dürfe. In dieser Angel hing tatsächlich der jähe Umschwung in den bisher anscheinend so freundlichen deutsch-britischen Beziehungen.

*

An demselben 30. Juli schrieb der belgische Legationsrat B. de l'Escaille aus Petersburg an seinen Minister des Auswärtigen, J. Davignon in Brüssel. Das ist eine Sache für sich, wie folgt:

Ein aktiver belgischer Diplomat über Deutschlands Bemühungen zur Erhaltung des Friedens.

Am 31. Juli d. J. war in Berlin ein Brief mit folgender Adresse zur Post gegeben worden:

„Madame Costermans.
107 Rue Froissard. Bruxelles. Belgique."

Da am gleichen Tage das Reichsgebiet in Kriegszustand erklärt wurde und damit die Bestellung von Privatbriefen nach dem Ausland aufhörte, ist der Brief mit dem postalischen Vermerk „Zurück wegen Kriegszustands" dem Aufgabepostamt wieder zugestellt worden. Der Brief blieb dort liegen und wurde nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist durch die Kaiserliche Oberpostdirektion in Berlin zur Ermittlung des Absenders amtlich geöffnet. In dem äußeren Briefumschlag befand sich ein zweiter mit der Adresse:

„Son Excellence Monsieur Davignon
Ministre des Affaires Etrangères."

Da auch auf diesem Umschlage der Absender nicht angegeben war, wurde er ebenfalls geöffnet. Es fand sich in ihm ein amtlicher Bericht des Königlich Belgischen Geschäftsträgers in St. Petersburg, Herrn B. de l'Escaille, über die dortige politische Lage am 30. Juli d. J., der im Hinblick auf seine politische Bedeutung von der Kaiserlichen Oberpostdirektion dem Auswärtigen Amte zugestellt wurde.

Der Bericht lautet:

„Légation de Belgique
à St. Pétersbourg. Le 30 juillet 1914.
795/402.
Situation politique.
Monsieur le Ministre,

Les journées d'hier et d'avant-hier se sont passées dans l'attente d'événements qui devaient suivre la déclaration de guerre de l'Autriche-Hongrie à la Serbie. Les nouvelles les plus contradictoires ont circulé sans qu'il soit possible de démêler exactement le vrai du faux touchant intentions du Gouvernement Impérial. Ce qui est incontestable c'est que l'Allemagne s'est efforcée, autant ici qu'à Vienne, de trouver un moyen quelconque d'éviter un conflit général, mais qu'elle a rencontré d'un côté l'obstination du Cabinet de Vienne à ne pas faire un pas en arrière et de l'autre la méfiance du Cabinet de St. Pétersbourg devant les assurances de l'Autriche-Hongrie qu'elle ne songeait qu'à punir la Serbie et non à s'en emparer.

M. Sazonow a déclaré qu'il était impossible à la Russie de ne pas se tenir prête et de ne pas mobiliser, mais que ces préparatifs n'étaient pas dirigés contre l'Allemagne. Ce matin un communiqué officiel aux journaux annonce que „les réservistes ont été appelés sous les armes dans un certain nombre de Gouvernements". Connaissant la discrétion des communiqués officiels russes, on peut hardiment prétendre qu'on mobilise partout.

L'Ambassadeur d'Allemagne a déclaré ce matin qu'il était à bout des essais de conciliation qu'il n'a cessé de faire depuis samedi et qu'il n'avait plus guère d'espoir. On vient de me dire que l'Ambassa-

deur d'Angleterre s'était prononcés dans le même sens. La Grande Bretagne a proposé dernièrement un arbitrage, M. Sazonow a répondu: „Nous l'avons proposé nous mêmes à l'Autriche-Hongrie, elle l'a refusé.“ A la proposition d'une Conférence, l'Allemagne a répondu par la proposition d'une entente entre cabinets. On peut se demander vraiment si tout le monde ne désire pas la guerre, et têche seulement d'en retarder un peu la déclaration pour gagner du temps.

L'Angleterre a commencé par donner à entendre qu'elle ne voulait pas se laisser entrainer dans un conflit. Sir George Buchanan le disait ouvertement. Aujourd'hui on est fermement convaincu à St. Petersbourg, on en a même l'assurance, que l'Angleterre soutiendra la France. Cet appui est d'un poids énorme et n'a pas peu contribué à donner la haute main au parti de la guerre.

Le Gouvernement Russe a laissé dans ces derniers jours libre cours à toutes les manifestations pro — Serbes et hostiles à l'Autriche et n'a aucunement cherché à les étouffer. Il s'est encore produit des divergences de vues dans le sein du Conseil des Ministres qui s'est réuni hier matin; on a retardé la publication de la mobilisation. Mais depuis s'est produit un revirement, le parti de la guerre a pris le dessus et ce matin à 4 heures cette mobilisation était publiée.

L'armée qui se sent forte est pleine d'enthousiasme et fondée de grandes espérances sur les énormes progrès réalisés depuis la guerre japonaise. La marine est si loin d'avoir réalisé le programme de sa reconstruction et de sa réorganisation qu'elle ne peut

vraiment pas entrer en ligne de compte. C'est bien là le motif qui donnait tant d'importance à l'assurance de l'appui de l'Angleterre.

Comme j'ai eu l'honneur de vous le télégraphier aujourd'hui (T. 10) tout espoir de solution pacifique parait écarté. C'est l'opinion des cercles diplomatiques.

Je me suis servi pour mon télégramme de la voie via Stockholm par le Nordisk Cabel comme plus sûre que l'autre. Je confie cette dépêche à un courrier privé qui la mettra à la poste en Allemagne.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de mon plus profond respect.

(gez.) B. de l'Escaille."

In Übersetzung:

Belgische Gesandtschaft,
St. Petersburg. den 30. Juli 1914.
795/402.

Die politische Lage.

An Seine Exzellenz Herrn Davignon, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Herr Minister!

Der gestrige und vorgestrige Tag vergingen in der Erwartung von Ereignissen, die der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien folgen mußten. Die widersprechendsten Nachrichten wurden verbreitet, ohne daß es möglich gewesen wäre, bezüglich der Absichten der Kaiserlichen (Russischen) Regierung Wahres von Falschem genau zu unterscheiden. Unbestreitbar bleibt nur, daß Deutschland sich hier ebenso sehr wie in Wien bemüht hat, irgendein Mittel zu finden, um einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden, daß es dabei aber einerseits auf die feste Entschlossenheit des Wiener

Kabinetts gestoßen ist, keinen Schritt zurückzuweichen und anderseits auf das Mißtrauen des Petersburger Kabinetts gegenüber den Versicherungen Österreich-Ungarns, daß es nur an eine Bestrafung, nicht an eine Besitzergreifung Serbiens denke.

Herr Ssasonow hat erklärt, daß es für Rußland unmöglich sei, sich nicht bereitzuhalten und nicht zu mobilisieren, daß aber diese Vorbereitungen nicht gegen Deutschland gerichtet seien. Heute morgen kündet ein offizielles Communiqué an die Zeitungen an, daß „die Reservisten in einer bestimmten Anzahl von Gouvernements zu den Fahnen gerufen sind". Wer die Zurückhaltung der offiziellen russischen Communiqués kennt, kann ruhig behaupten, daß überall mobil gemacht wird.

Der deutsche Botschafter hat heute morgen erklärt, daß er am Ende seiner seit Sonnabend ununterbrochen fortgesetzten Ausgleichsbemühungen angelangt sei und daß er kaum noch Hoffnung habe. Wie mir eben mitgeteilt wird, hat sich auch der belgische Botschafter im gleichen Sinne ausgesprochen. England hat letzthin einen Schiedsspruch vorgeschlagen. Herr Ssasonow antwortete: „Wir selbst haben ihn Österreich-Ungarn vorgeschlagen, es hat den Vorschlag aber zurückgewiesen." Auf den Vorschlag einer Konferenz hat Deutschland mit dem Vorschlage einer Verständigung zwischen den Kabinetten geantwortet. Man möchte sich wahrhaftig fragen, ob nicht alle Welt den Krieg wünscht und nur versucht, die Kriegserklärung noch etwas hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen.

England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir George Buchanan sprach das offen aus. Heute aber ist man in St. Petersburg fest davon überzeugt, ja

man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen.

Die Russische Regierung hat in den letzten Tagen allen serbenfreundlichen und österreichfeindlichen Kundgebungen freien Lauf gelassen und hat in keiner Weise versucht, sie zu ersticken. In dem Ministerrate, der gestern früh stattfand, machten sich noch Meinungsverschiedenheiten geltend; die Bekanntgabe der Mobilisierung wurde verschoben, aber seitdem ist ein Umschwung eingetreten, die Kriegspartei hat die Oberhand gewonnen und heute früh um 4 Uhr wurde die Mobilmachung bekanntgegeben.

Die Armee, die sich stark fühlt, ist voller Begeisterung und gründet große Hoffnungen auf die außerordentlichen Fortschritte, die seit dem japanischen Kriege gemacht worden sind. Die Marine ist von der Verwirklichung ihres Erneuerungs- und Reorganisationsplanes noch so weit entfernt, daß mit ihr wirklich kaum zu rechnen ist. Darin eben liegt der Grund, warum die Zusicherung des englischen Beistandes eine so große Bedeutung gewann.

Wie ich die Ehre hatte, Ihnen heute zu telegraphieren (T. 10), scheint jegliche Hoffnung auf eine friedliche Lösung dahin zu sein. Das ist die Ansicht der diplomatischen Kreise.

Für mein Telegramm habe ich den Weg via Stockholm über den Nordisk Cabel benutzt, da er sicherer ist als der andere. Diesen Bericht vertraue ich einem Privatkurier an, der ihn in Deutschland zur Post geben wird.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner größten Ergebenheit. gez.: B. de l'Escaille.

Unsere Feinde erklären heute, verleumderisch und unter geflissentlicher Verdrehung der wahren Tatsachen, aller Welt, die Mächte der Tripleentente hätten bis zum letzten Augenblicke nur die Erhaltung des Weltfriedens im Auge gehabt, seien aber durch Deutschlands schroffes, jede Verständigung unmöglich machendes Verhalten zum Kriege gezwungen worden; Deutschland habe eben in seiner wilden Eroberungsgier unter allen Umständen den Krieg gewollt. Demgegenüber ist das vorliegende Dokument als Beweis dafür wertvoll, daß man in diplomatischen Kreisen Petersburgs noch am 30. Juli, also zwei Tage vor der deutschen Mobilmachung, die Überzeugung hatte, Deutschland habe sich sowohl in Wien wie in Petersburg die größte Mühe gegeben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren und den Ausbruch eines allgemeinen Weltbrandes zu verhindern. Es ist ferner wertvoll als Beweis dafür, daß dieselben Kreise schon damals überzeugt waren, England habe durch die Zusicherung, es werde in einem etwaigen Kriege nicht neutral bleiben, sondern Frankreich gegen Deutschland beistehen, der russischen Kriegspartei den Rücken gestärkt und damit wesentlich zur Provozierung des Krieges beigetragen. Und schließlich ist dieses Dokument auch noch deshalb für uns von Interesse, weil sein diplomatischer Verfasser seiner Regierung berichten zu sollen glaubte, er halte die Versicherungen Rußlands, nur in einzelnen Gouvernements würden die Truppen zu den Fahnen gerufen, eine allgemeine Mobilmachung finde aber nicht statt, für Schwindel.

Br. Wb. 99: Bertie an Grey.

Parie, 30. Juli. (Tel.) Der Präsident der Republik erzählte Bertie: die Russische Regierung sei von der Deutschen benachrichtigt worden, daß letztere mobilisieren werde, wenn jene nicht in ihrer Mobilisation innehalte. Dann aber habe Deutschland angefragt, unter welchen Bedingungen Rußland demobilisieren werde. Rußland habe geantwortet: wenn Österreich-Ungarn zusichere, die Souveränität Serbiens zu achten und die Punkte, die letzteres nicht angenommen habe, einer internationalen Erörterung zu unterbreiten. Poincaré meinte: das werde Österreich kaum zugeben. Jetzt liege der Frieden in den Händen Großbritanniens. Denn wenn dieses erkläre, sich auf die Seite Frankreichs stellen zu wollen, so werde Deutschland seine Haltung ändern. Berties Einwänden gegenüber blieb der Präsident bei seiner Meinung. In einem allgemeinen Kriege werde England sowieso seine Lebensinteressen wahren müssen.

Br. Wb. 100: Rodd an Grey.

Rom, 30. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter erzählte mir am vergangenen Abend, er denke, daß es Deutschland gelingen werde, Österreich von allzu drückenden Forderungen an Serbien abzuhalten, wenn letzteres sich vernünftig zeige.

Br. Wb. 101: Grey an Goschen.

London, 30. Juli. (Tel.) Die Antwort auf des Kanzlers Neutralitätsvorschlag (Br. Wb. Nr. 85 vom 29. Juli).

„Die Königliche Regierung kann auch nicht einen Augenblick den Vorschlag des Kanzlers in Erwägung

ziehen, sich unter solchen Bedingungen zur Neutralität zu verpflichten. Was er von uns verlangt, geht in seiner Wirkung dahin, uns zu verpflichten, ruhig zuzusehen, während französische Kolonien genommen werden und Frankreich geschlagen wird, solange Deutschland kein französisches Gebiet, d. h. nicht Kolonialgebiet, nimmt. Vom sachlichen Gesichtspunkt aus ist ein derartiger Vorschlag unannehmbar; denn Frankreich könnte, auch ohne daß ihm Land in Europa genommen würde, so zermalmt werden, daß es seine Stellung als Großmacht verlöre und der deutschen Politik untertan würde. Aber ganz abgesehen davon, würde es eine Schande für uns sein, auf Kosten Frankreichs diesen Handel mit Deutschland zu machen, eine Schande, von der der gute Name unseres Landes niemals gereinigt werden könnte. Der Kanzler fordert uns ferner im Effekt dazu auf, zu verschachern, was wir an Verpflichtungen oder Interessen in bezug auf die Neutralität Belgiens haben. Wir konnten diesen Handel ebensowenig in Erwägung ziehen. Nach dem Gesagten ist es unnötig, zu untersuchen, ob die Aussicht auf ein künftiges allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen England und Deutschland hinreichende positive Vorteile bieten würde, um uns zu entschädigen dafür, daß wir jetzt unsere Hände binden. Wir müssen unsere völlige Freiheit bewahren, um zu handeln, wie die Umstände es uns zu erfordern scheinen, im Falle einer derartigen unglücklichen und bedauerlichen Entwicklung der gegenwärtigen Krise, wie sie der Kanzler ins Auge faßt. Sie mögen zu dem Kanzler im obigen Sinne sprechen und eindringlichst hinzufügen, daß der einzige Weg, gute Beziehungen zwischen England und Deutschland zu unterhalten, der ist, daß Sie fortfahren, gemeinsam für den Frieden

Europas zu arbeiten; wenn wir damit Erfolg haben, werden die gegenseitigen Beziehungen zwischen England und Deutschland, wie ich glaube, ipso facto verbessert und gestärkt werden. Zu diesem Ziele wird die Königliche Regierung auf solche Weise hinarbeiten mit aller Aufrichtigkeit und allem guten Willen. Und ich will dies erklären: Wenn der Friede Europas gewahrt bleiben kann und die gegenwärtige Krisis glücklich überstanden ist, wird mein eigenes Streben dahin gehen, ein Einvernehmen zu fördern, an dem Deutschland teilhaben könnte, wodurch es Sicherheit erhalten könnte, daß keine aggressive oder feindliche Politik gegen es oder seine Verbündeten von Frankreich, Rußland und uns selbst gemeinsam oder einzeln verfolgt würde. Ich habe hiernach gestrebt und hierfür gearbeitet, soweit ich es konnte, während der letzten Balkankrise; und da Deutschland ein entsprechendes Ziel hatte, so haben sich unsere Beziehungen fühlbar gebessert. Der Gedanke ist bisher zu utopisch gewesen, um den Gegenstand bestimmter Vorschläge zu bilden; aber wenn die jetzige Krisis, die ja weit schärfer ist als irgendeine, durch die Europa seit Generationen gegangen ist, glücklich überstanden ist, dann hoffe ich, daß die Erleichterung und Rückwirkung, die ihr folgen wird, eine entschiedenere Annäherung zwischen den Mächten möglich machen wird, als bisher möglich gewesen ist."

*

Diese Antwort war allerdings deutlich genug. Sie war nicht die Antwort eines Neutralen; denn dem hätte genügt, was der Kanzler versprach, und er hätte die beiden Gegner ritterlich ihren Strauß ausfechten lassen. Nein, es war die Antwort des Genossen Frankreichs, dem ein siegreiches Deutschland in jedem

Falle unerträglich dünkte. Kam es zum Kriege, so mußte Frankreichs Großmachtstellung unerschüttert erhalten werden; Deutschlands Schicksal aber kümmert den Engländer keinen Deut. Der Krieg gegen Frankreich war auch der Krieg gegen England, das war der nüchterne Sinn der Antwort Greys. Somit lief auch dieser Telegrammwechsel darauf hinaus, daß Deutschland sich von Österreich trennen, in die Demütigung seines Verbündeten einwilligen und seine eigene Demütigung damit vorbereiten — oder aber den Krieg nach drei Fronten aufnehmen mußte. Das Angebot eines allgemeinen Friedensbundes, das der Engländer dem Kanzler machte, war unter diesen Umständen nichts als blutiger Hohn: Deutschland hätte es mit dem Opfer seiner Ehre und seiner Großmachtstellung bezahlen müssen. Man muß über die Unverfrorenheit staunen, womit Grey einen praktisch ausführbaren Vorschlag des Reichskanzlers glatt abweist, um ihn mit einer Utopie zu vertrösten, von deren Undurchführbarkeit er, der durch (inzwischen bekanntgewordene) Ententeverpflichtungen gebundene britische Staatsmann, von vornherein fest durchdrungen sein mußte. Man halte nur Br. Wb. Nr. 98 dagegen!

Br. Wb. 102: Derselbe an denselben.

London, 30. Juli. (Tel.) Teilt dem Botschafter mit, daß er den Fürsten Lichnowsky davor gewarnt habe, anzunehmen, daß Deutschland unter allen Umständen auf Großbritanniens Uninteressiertheit rechnen dürfe.

Br. Wb. 103: Grey an Buchanan.

London, 30. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter berichtete über den deutschen Vorschlag an Wien, daß Österreich nach der Besetzung Bel-

grads und des angrenzenden Gebiets verspreche, nicht weiter vorzurücken, während dessen die Mächte über die von Serbien zu leistende Genugtuung verhandeln würden. Die russische Formel (Nr. 97) schlage er vor, so zu ändern:

> Wenn Österreich nach Besetzung Belgrads und des angrenzenden serbischen Gebiets sich selber bereit erklärt, im Interesse des europäischen Friedens den Vormarsch einzustellen und (mit den Mächten) über die endgültige Erledigung der Streitfrage zu beraten, dann hoffe ich, wird auch Rußland in eine Erörterung und Suspendierung der militärischen Vorbereitungen willigen — vorausgesetzt, daß die andern Mächte dasselbe tun.

*

Wir werden sehen (siehe Br. Wb. Nr. 132), daß auch diese — notabene von London ausgehende — Änderung bald, und zwar abermals auf englische Initiative hin, eine weitere Verschärfung erfährt. Daß bei solchem Verfahren von ehrlicher Friedfertigkeit keine Rede sein kann, ist klar.

Br. Wb. 104: Grey an Bertie.

London, 30. Juli. (Tel.) Unterrichtet den Botschafter von dem in Br. Wb. Nr. 103 umschriebenen Vorgehen.

Berlin, 20. August. Die „Nordd. Allgem. Ztg." übergibt der Öffentlichkeit Aktenstücke, die sich auf den politischen Meinungsaustausch zwischen Deutschland und England unmittelbar vor dem Kriegsausbruch beziehen. Es ergibt sich aus diesen Mitteilungen, daß Deutschland bereit war, Frankreich zu schonen, falls England neutral blieb und die Neutralität Frankreichs gewährleistete.

Telegramm des Prinzen Heinrich an den König von England vom 30. Juli 1914.

Bin seit gestern hier. Habe das, was Du mir so freundlich in Buckingham Palace am vorigen Sonntag gesagt hast, Wilhelm mitgeteilt, der Deine Botschaft dankbar entgegennahm.

Wilhelm, der sehr besorgt ist, tut Sein Äußerstes, um der Bitte Nikolaus' nachzukommen, für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten. Er steht in dauerndem telegraphischen Verkehr mit Nikolaus, der heute die Nachricht bestätigt, daß Er militärische Maßnahmen angeordnet hat, welche einer Mobilmachung gleichkommen, und daß diese Maßnahmen schon vor 5 Tagen getroffen wurden.

Außerdem erhalten wir Nachrichten, daß Frankreich militärische Vorbereitungen trifft, während wir keinerlei Maßnahmen verfügt haben, wozu wir indessen jeden Augenblick gezwungen sein können, wenn unsere Nachbarn damit fortfahren. Das würde dann einen europäischen Krieg bedeuten.

Wenn Du wirklich und aufrichtig wünschst, dieses furchtbare Unglück zu verhindern, darf ich Dir dann vorschlagen, Deinen Einfluß auf Frankreich und auch auf Rußland dahin auszuüben, daß sie neutral bleiben? Das würde meiner Ansicht nach von größtem Nutzen sein. Ich halte dies für eine sichere und vielleicht einzige Möglichkeit, den Frieden zu wahren. Ich möchte hinzufügen, daß jetzt mehr denn je Deutschland und England sich gegenseitig unterstützen sollten, um ein furchtbares Unheil zu verhindern, das sonst unabwendbar erscheint.

Glaube mir, daß Wilhelm in Seinen Bestrebungen um die Aufrechterhaltung des Friedens von der größten Aufrichtigkeit ist. Aber die militärischen Vorbe-

reitungen Seiner beiden Nachbarn können Ihn schließlich zwingen, für die Sicherheit Seines eigenen Landes, das sonst wehrlos bleiben würde, ihrem Beispiele zu folgen. Ich habe Wilhelm von meinem Telegramm an Dich unterrichtet und hoffe, Du wirst meine Mitteilungen in demselben freundschaftlichen Geiste entgegennehmen, der sie veranlaßt hat. gez. Heinrich.

Telegramm des Königs von England an Prinz Heinrich von Preußen vom 30. Juli 1914.

Dank für Dein Telegramm. Sehr erfreut, von Wilhelms Bemühungen zu hören, mit Nikolaus sich für die Erhaltung des Friedens zu einigen. Ich habe den ernsten Wunsch, daß ein solches Unglück, wie ein europäischer Krieg, das gar nicht wieder gutzumachen ist, verhindert werden möge. Meine Regierung tut ihr Möglichstes, um Rußland und Frankreich nahezulegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Österreich sich mit der Besetzung von Belgrad und benachbartem serbischen Gebiet als Pfand für eine befriedigende Regelung seiner Forderungen zufrieden gibt, während gleichzeitig die andern Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen (vgl. den Zusatz zu Br. Wb. Nr. 103). Ich vertraue darauf, daß Wilhelm Seinen großen Einfluß anwenden wird, um Österreich zur Annahme dieses Vorschlages zu bewegen; dadurch würde Er beweisen, daß Deutschland und England zusammenarbeiten, um zu verhindern, was eine internationale Katastrophe sein würde. Bitte versichere Wilhelm, daß Ich alles tue und auch weiter alles tun werde, was in Meiner Macht liegt, um den europäischen Frieden zu erhalten.

gez. Georg.

Br. Wb. 105: Grey an Bertie.

London, 30. Juli. Botschafter Cambon erinnerte mich heute an den Brief, den ich ihm vor zwei Jahren (am 22. November 1912) geschrieben hatte, worin wir (d. h. Grey und Cambon, am 23. November) darin übereingekommen waren, daß wir, falls der Frieden Europas ernstlich bedroht sei, erörtern wollten, was wir vorsichtshalber tun sollten (Abschriften beiliegend; ihr Wortlaut konnte hier wegbleiben, da er auf S. 71 ff. zum Jahre 1912 verzeichnet steht). Er bat mich nicht direkt um Einmischung; aber er wollte wissen, was wir unter gewissen Umständen — er meinte: bei einem deutschen Angriff auf Frankreich — tun würden. Er gab mir ein Verzeichnis (Abschrift gleichfalls beiliegend) von militärischen Vorbereitungen Deutschlands, die an der Grenze offensiver seien als die französischen. Vermutlich werde Deutschland fordern, entweder, daß Frankreich seine Vorbereitungen einstelle, oder, daß es bei einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe; beides könne Frankreich nicht zulassen.

Grey vertröstete Cambon auf die Kabinettssitzung morgen früh.

*

Hier wird es deutlich: die elektrische Leitung funktioniert bereits. Das Eventualabkommen mit Frankreich hat vom 30. Juli an praktischen Wert. Die fertigen Generalstabspläne werden unter diesem Tage wirksam.

Überaus merkwürdigerweise ist das oben genannte, am 30. Juli schon in London befindliche und von Grey beigelegte Verzeichnis der angeblich aggressiven Schritte Deutschlands, die das XVI. und XV. Armeekorps sowie die angebliche Heimberufung von

Zehntausenden deutscher Reservisten betreffen, aus Paris vom 31. Juli datiert, während der französische Botschafter in London bereits am 30. Juli eine Übersetzung davon dem britischen Staatssekretär überreicht haben will! Aus dieser auffallenden Unstimmigkeit lassen sich verschiedene Schlüsse ziehen. Der mildeste läßt die Deutung auf wenig Sorgfalt bei der Zusammenstellung des ganzen Aktenstücks zu.

Aber noch andere interessante Unstimmigkeiten sind dem britischen Weißbuche vorzuwerfen. Gleich im ersten Satze der französischen Einlage hieß es ursprünglich, daß die deutschen Vorposten die französische Grenze „hier vendredi", in der englischen Übersetzung „yesterday Friday", also „am gestrigen Freitag", erreicht hätten. Diese Zeitangabe ist höchst merkwürdig. Denn der Freitag war der 31. Juli, so daß das französische Schriftstück, das in London einem Briefe Greys vom 30. Juli beigelegt worden ist, sogar erst am 1. August in Paris geschrieben sein kann! Deshalb ist in den späteren Ausgaben des Weißbuchs der „Freitag" weggelassen, und zwar ist er gestrichen sowohl im französischen wie im englischen Text.

Und noch ein dritter Fehler, der erst in der neuesten Ausgabe des englischen Weißbuches bemerkt worden ist, befindet sich in diesem Schriftstück. Der französische Minister behauptet nämlich, daß die deutschen Vorbereitungen bereits an demselben Tage begonnen hätten, wo das österreichische Ultimatum an Serbien gegeben wurde, das heißt also am 23. Juli. In dem französischen Text wird nun ebenso wie in der englischen Übersetzung angegeben, daß dies ein Sonnabend gewesen sei. Nun aber war der Tag der Übergabe des österreichischen Ultimatums an Serbien

kein Sonnabend, sondern ein Donnerstag, während Sonnabend, der 25. Juli, der Tag war, an dem die serbische Antwort übergeben wurde. Daß die militärischen Vorbereitungen auf Grund der serbischen Antwortnote angefangen haben, ist gar nicht auffällig; der französische Minister hat aber zeigen wollen, daß die Deutsche Regierung mit der Österreichischen bereits vor der Übergabe des Ultimatums zu dem Kriege entschlossen gewesen sei. Das falsche Datum beweist, daß es sich dabei ganz einfach um eine nachträglich zurechtgemachte Lüge handelt. Die Englische Regierung hat bei der zweiten Herausgabe ihres Weißbuchs diesen „Irrtum" bemerkt und deutet in einer harmlosen Fußnote an, daß es sich um einen kleinen Zeitfehler handle! Als ob hier nicht alles genau aufs Datum ankäme!

Br. Wb. 106: Rodd an Grey.

Rom, 30. Juli. (Tel.; eingetroffen 31. Juli.) San Giuliano, von dem Aufhören des österreichisch-russischen Meinungsaustausches unterrichtet, hält dafür, daß nun Deutschland noch mehr als bisher in Wien zur Mäßigung raten werde, zumal da es davon überzeugt zu sein scheine, daß Großbritannien mit Frankreich und Rußland zusammenhandeln werde. Italien tritt für eine Wiederaufnahme des Viererkonferenzgedankens ein und ist einstweilen um einen italienisch-britischen Meinungsaustausch besorgt.

Br. Wb. 107: Goschen an Grey.

Berlin, 30. Juli. (Tel.; eingetroffen 31. Juli.) Behandelt den Stand der Dinge auf Grund der im Br. Wb. Nr. 84 vom 29. Juli skizzierten Lage. Der Kanzler sagte: er habe in Wien so stark „auf den

Knopf gedrückt", daß vielleicht dabei eine beschleunigende Wirkung sich ergeben habe entgegengesetzt der, die man beabsichtigt hatte.

Der 31. Juli:

Mobilmachungsbefehl des Zaren. Er telegraphiert an den Kaiser: Die militärischen Vorbereitungen einzustellen, sei unmöglich; doch gebe er sein feierliches Wort darauf, daß die russischen Truppen nichts Herausforderndes unternehmen würden.

Telegramm des Kaisers an den Zaren: Nun sei er zu Verteidigungsmaßregeln gezwungen.

Befristete Anfrage der Deutschen Regierung in Petersburg; entsprechende Anfrage in Paris.

Grey telegraphiert seinem Pariser Botschafter Bertie: Die Britische Regierung werde bei Eintritt einer neuen Entwicklung die Frage, ob sie zum Einschreiten verpflichtet sei, noch einmal erwägen.

Die Französische Regierung gibt die Einberufungsbefehle zur Post.

Deutschland im Kriegszustand gegenüber Rußland.

Allgemeine Mobilmachung in Österreich-Ungarn. Die Österreicher auf serbischem Boden.

Br. Wb. 108: Goschen an Grey.

Berlin, 31. Juli. (Tel.) Der Kanzler informierte mich, daß seine Vermittlungsversuche in Wien durch die russische Mobilisierung ernstlich gehemmt worden seien. Er sei darin weiter gegangen, als das dem Ball(haus)platz angenehm gewesen sei. Da es nun den Anschein habe, als ob Rußland auch gegen Deutschland rüste, so müsse letzteres Abwehrmaßnahmen ergreifen. Er sei auf dem Wege zum

Kaiser. Dabei hätten ihn die Nachrichten von russischen Angriffsvorbereitungen in demselben Augenblick erreicht, wo der Zar im Namen ihrer alten Freundschaft um Vermittlung in Wien gebeten und der Kaiser dieser Bitte tatsächlich willfahrt habe!

Br. Wb. 109: Derselbe an denselben.

Berlin, 31. Juli. (Tel.) Unterrichtete den Kanzler von der britischen Antwort, betreffend den Neutralitätsvorschlag Br. Wb. Nr. 85 (vgl. Br. Wb. Nr. 101). Voll von den bedrohlichen Nachrichten aus Rußland, bat Herr v. Bethmann den Botschafter, ihm das Schriftstück zu ruhigem Studium dazulassen, obwohl es keine offizielle Urkunde, sondern nur ein Hilfsmittel für die Zwiesprache war.

Br. Wb. 110: Grey an Buchanan.

London, 31. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter unterrichtete Grey von dem Erfolge der deutschen Vermittlung in Wien: Berchtold und Schebeko, Ssasonow und Szapary verhandeln wieder direkt miteinander (vgl. Br. Wb. Nr. 96). Wenn Österreich gegen 400 000 Serben acht Armeekorps mobilisiert, soll das den Russen als angemessenes Verhältnis klargemacht werden. Freilich, Rußland könne kaum veranlaßt werden, seine militärischen Vorbereitungen zu unterbrechen, wenn nicht Österreich seinem Vorrücken in Serbien eine Grenze setze.

Br. Wb. 111: Grey an Goschen.

London, 31. Juli. (Tel.) Um das gegenseitige Mißtrauen zwischen Rußland und Österreich zu überwinden, das den Stein des Anstoßes bei allem bilde, müßte Deutschland in Wien, Großbritannien in Peters-

burg sondieren, ob es den vier nicht interessierten Mächten möglich sei, der Österreichischen Regierung klarzumachen, daß sie es versuchen würden, zu erreichen, daß sie volle Genugtuung von Serbien erhalten werde, vorausgesetzt, daß sie seine Souveränität und Integrität achte. Rußland müsse sich damit begnügen, daß die vier Mächte von weiteren Forderungen Österreichs abhalten würden. Dabei müßten freilich alle Mächte ihre militärischen Vorbereitungen suspendieren.

Ich sagte dem Fürsten Lichnowsky, daß, wenn Deutschland einen Vorschlag mache, aus dem die deutsch-österreichischen Friedensbestrebungen deutlich hervorgingen, und wenn Frankreich und Rußland so unvernünftig wären, ihn abzulehnen, dann Großbritannien in Petersburg und Paris erklären werde, daß es nicht länger damit etwas zu tun haben wolle. Andernfalls werde Großbritannien mitmachen, wenn Frankreich darein verwickelt werden sollte.

*

Doch es war alles vergeblich. Denn schon am Vormittage des 31. Juli wurde die offensichtlich gegen uns gerichtete Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte angeordnet. Und während sie in vollem Gange war, richtete der Zar um 2 Uhr nachmittags an den Kaiser folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittlung, die eine Hoffnung aufleuchten läßt, daß doch noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die

Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas. Dein Dir herzlich ergebener

Nikolaus."

Mit diesem Telegramm des Zaren kreuzte sich folgendes, ebenfalls am 31. Juli um 2 Uhr p. m. abgesandtes Telegramm des Kaisers:

„Auf Deinen Appell an Meine Freundschaft und Deine Bitte um Meine Hilfe habe Ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der Österreichisch-Ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie Ich Dir schon mitgeteilt habe, Meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe Ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte Ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an Meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit Meines Reiches zwingt Mich zu defensiven Gegenmaßregeln. Ich bin mit Meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht Ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittlung hätte warten können. Die Mir von

Meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist Mir heilig gewesen, und Ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen."

Die damalige delikate Lage der Reichsregierung beleuchtet folgende Depesche des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Rom:

Fortgesetzt ist von uns zwischen Rußland und Österreich-Ungarn sowohl durch direkten Depeschenwechsel des Kaisers mit dem Zaren als auch im Benehmen mit Sir Edward Grey vermittelt worden. Durch die Mobilisierung Rußlands sind jedoch alle unsere Bemühungen sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Trotz beruhigender Versicherungen trifft Rußland allen uns zugegangenen Nachrichten zufolge so weitgehende Maßnahmen auch gegen uns, daß die Lage immer bedrohlicher wird.

Gleichzeitig erfolgten die beiden befristeten Anfragen in Petersburg und in Paris:

D. Wb. 24: Dringendes Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg:

Trotz noch schwebender Vermittlungsverhandlungen und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, hat Rußland ganze Armee und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch diese russischen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des

Reichs die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muß aber folgen, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt. Bitte dies sofort Herrn Ssasonow mitteilen und Stunde der Mitteilung drahten.

D. Wb. 25: Dringendes Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris:

Rußland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muß, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden alle Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich einstelle. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte Französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Antwort muß binnen 18 Stunden erfolgen. Sofort Stunde der gestellten Anfrage drahten. Größte Eile geboten.

Zu derselben Zeit wurde König Georg unterrichtet:

Telegramm des Kaisers an den König von England am 31. Juli 1914.

Vielen Dank für Deine freundliche Mitteilung. Deine Vorschläge decken sich mit Meinen Ideen und mit den Mitteilungen, die Ich heute nacht von Wien

erhielt und die Ich nach London weitergegeben habe. Ich habe gerade vom Kanzler die Nachricht erhalten, daß ihm soeben die Nachricht zugegangen ist, daß Nikolaus heute nacht die Mobilisierung seiner gesamten Armee und Flotte angeordnet hat. Er hat nicht einmal die Ergebnisse der Vermittlung abgewartet, an der Ich arbeite, und Mich ganz ohne Nachricht gelassen. Ich fahre nach Berlin, um die Sicherheit Meiner östlichen Grenzen sicherzustellen, wo schon starke russische Truppen Aufstellung genommen haben. gez. Wilhelm.

Von diesem Stande der Dinge erhielt das deutsche Volk durch eine Sonderausgabe der „Nordd. Allg. Zeitung“ (Nr. 178 vom 1. August 1914) wenige Stunden später genau Kenntnis. In einem Berliner Telegramm vom 31. Juli unterrichtete sie es von den beiden befristeten Anfragen; dann folgte eine das Wesentliche knapp zusammenfassende „Vorgeschichte“ und eine instruktive Erklärung des Kriegszustandes.

Daß sich Deutschland gegenüber Rußland im Kriegszustande befand, ward gleichzeitig öffentlich kundgemacht (den Wortlaut siehe in Helmolts illustriertem Meulenhoffbändchen „Der Weltkrieg“; ebendort die Ansprache und der Dank des Kaisers, die Ansprache des Reichskanzlers usw.).

*

In Österreich-Ungarn wurde die Teilmobilmachung zur allgemeinen erweitert. An demselben Tage drangen die Österreicher jenseit der Donau und der Save in serbisches Gebiet ein.

Br. Wb. 112: Goschen an Grey.

Berlin, 31. Juli. (Tel.) Auf die Nachricht hin, daß die gesamte Armee und Marine Rußlands mobili-

siert werden, erzählte der Kanzler dem Botschafter, daß sofort der Zustand der „Kriegsgefahr“ verkündet werde, da die allgemeine Mobilisierung Rußlands nur gegen Deutschland gerichtet sein könne. Rußland habe somit alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der Krisis zerstört; Deutschland müsse sich unbedingt für alle Möglichkeiten wappnen.

Br. Wb. 113: Buchanan an Grey.

Petersburg, 31. Juli. (Tel.) Es ist beschlossen worden, den Befehl zur allgemeinen Mobilisation zu erlassen. Und zwar sei das geschehen auf einen Bericht Schebekos, daß Österreich sich auf ein Einschreiten der Mächte nicht einlassen wolle, sondern Truppen sowohl gegen Rußland wie gegen Serbien vorgehen lasse. Außerdem habe Rußland Gründe, zu glauben, daß Deutschland militärische Vorbereitungen treffe, denen es nicht nachhinken dürfe.

*

Während also greifbare Beweise von weitgehendem Entgegenkommen Deutschlands und Österreichs zu Händen waren, versuchte die russische Kriegspartei, auf Grund eines chauvinistischen Berichts aus Wien und vager Vermutungen über Berlin, den schwachen Zaren zum entscheidenden Bruche zu treiben in einem Augenblicke, wo Kaiser Wilhelm auf seine Bitten sich energisch um Aufrechterhaltung des Friedens bemühte! So erkennt man sogar aus der britischen Urkundensammlung deutlich die Schuld Rußlands. Allerdings wäre wohl dem Zaren der Entschluß zur Generalmobilisierung kaum abgerungen worden, wenn nicht seit dem Tage vorher die britische Erklärung vorgelegen hätte: wir machen mit!

Br. Wb. 114: Grey an Bertie und Goschen.

London, 31. Juli. (Tel.) Angesichts der bedrohlichen, wenn auch noch nicht unheilbaren Gesamtlage ist es für die Britische Regierung wichtig, bald zu erfahren: wird die Französische (die Deutsche) Regierung die belgische Neutralität so lange achten, wie sie andere Mächte nicht verletzen?

Br. Wb. 115: Grey an Sir Francis Villiers, britischen Gesandten in Brüssel.

London, 31. Juli. (Tel.) Unterrichtet ihn von der im Br. Wb. Nr. 114 umschriebenen Frage. Daß Belgien selbst die äußersten Anstrengungen machen werde, seine Neutralität aufrechtzuerhalten, nimmt Grey an.

Be. Grb. 9: Minister Davignons Brief vom 31. Juli an die Gesandten in Berlin, Paris und London handelt von der Erklärung des französischen Gesandten, daß Frankreich die belgische Neutralität nicht antasten werde. „Der französische Gesandte hat mir ein Havas-Telegramm gezeigt, das die Verhängung des Kriegszustandes in Deutschland ankündigte, und mir dabei folgende Erklärung gegeben:

„Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu erklären, daß kein Einfall französischer Truppen in Belgien stattfinden wird, selbst wenn ansehnliche Truppen an den Grenzen Ihres Landes zusammengezogen würden. Frankreich will die Verantwortung nicht auf sich nehmen, Belgien gegenüber die erste feindselige Handlung zu vollbringen. Vorschriften in diesem Sinne werden den französischen Behörden gegeben werden.“

Ich habe Herrn Klobukowski für seine Mitteilung gedankt und ihm bemerkt, daß wir stets das größte Vertrauen gehabt hätten in die Ehrlichkeit, mit der unsere beiden Nachbarstaaten ihren Verpflichtungen uns gegenüber nachkommen würden. Wir haben auch allen Grund, zu glauben, daß die Haltung der Deutschen Regierung der der Französischen Regierung gleich sein werde."

Be. Grb. 10: Am 31. Juli telegraphiert Davignon an alle diplomatischen Vertretungen:

Brüssel, 31. Juli.

Der Kriegsminister benachrichtigt mich, daß die Mobilisierung angeordnet und daß Sonnabend, der erste August, der erste Tag der Mobilisierung ist.

Davignon.

Be. Grb. 11: 31. Juli. Davignon fragt bei den Gesandtschaften in Berlin, London und Paris, nach einem Besuch bei Sir Francis Villiers, an, ob die Englische Regierung die besondere Anfrage an die Französische und Deutsche Regierung gerichtet habe, ob jede der beiden Regierungen bereit sei, die belgische Neutralität zu achten, falls die andere Macht sie nicht verletze. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der englische Gesandte (überrascht von der Schnelligkeit der belgischen Mobilisierung) geäußert habe, Sir Edward Grey nehme an, daß Belgien sein Möglichstes tun werde, um seine Neutralität zu wahren. Im Anschluß daran schreibt Davignon an die Gesandten: „Ich habe immer und immer wieder versichert, daß unser Heer, das durch die jüngste Reform ansehnlich vergrößert ist, uns instand setzt, uns kräftig zu verteidigen im Fall eines Angriffs auf unser Grundgebiet."

Be. Grb. 12: Noch am selben Tage teilt Minister Davignon den belgischen Gesandten in Berlin, London und Paris ein Gespräch mit, das Baron van der Elst, Generalsekretär des belgischen Auswärtigen Amtes, mit dem deutschen Gesandten, Herrn v. Below, am Morgen desselben Tages gehabt habe. Herr van der Elst habe die Gründe für die militärischen Maßnahmen Belgiens auseinandergesetzt und erklärt, daß ihnen auch nicht der Schein eines Mißtrauens gegen Belgiens Nachbarn zugrunde liege. Er erinnerte ferner an das Gespräch, das er mit Herrn v. Belows Vorgänger, Herrn v. Flotow, gehabt hatte, den man gebeten habe, Deutschland möge — anläßlich der 1911er Polemik über die Forts von Vlissingen — erklären, daß Deutschland im Interesse der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern die belgische Neutralität im Fall eines deutsch-französischen Krieges nicht antasten werde. Herr v. Bethmann Hollweg habe geantwortet, daß er diesen Schritt vollauf zu würdigen wisse und daß Deutschland nicht daran dächte, unsere Neutralität anzutasten, daß er aber das Gefühl habe, Deutschland würde durch eine öffentliche Erklärung seine militärische Stellung gegenüber Frankreich schwächen, das, wenn es im Norden sichergestellt wäre, seine gesamte Macht an der Ostgrenze ins Feld stellen könnte (vgl. des britischen Weißbuchs Nr. 122 vom 31. Juli). Auch erinnerte Baron van der Elst an die Erklärung Herrn v. Jagows, die er in der Reichstagskommission im Jahre 1913 abgegeben habe, und die sehr beruhigend für Belgien war. Der Bericht der „Nordd. Allg. Ztg." über die Sitzung der Reichstagskommission vom 29. April 1913 aus einem Berliner Schriftstücke des Barons Beyens vom 2. Mai 1913 wird im Anschluß daran zitiert.

Br. Wb. 116: Grey an Bertie.

London, 31. Juli. (Tel.) Unterstreicht nochmals den Unterschied der gegenwärtigen, England gar nicht und Frankreich nicht direkt angehenden Krisis vom Marokkokonflikte, der Frankreich direkt anging (vgl. Br. Wb. Nr. 87). Es sei ganz falsch, daß Englands Haltung einen entscheidenden Faktor abgegeben habe (schlug das böse Gewissen?!). Die Deutsche Regierung erwarte die britische Neutralität nicht (mehr!). „Wir können uns nicht feierlich verpflichten, an einem Kriege teilzunehmen.“ Der französische Botschafter bat, die Britische Regierung solle sich das noch einmal überlegen. Er habe ihn aber auf später, bis zu einer neuen Phase der Verwicklung, vertröstet.

Der letzte, untaugliche Versuch Greys, freie Hand zu behalten. Die Telegramme Br. Wb. 114—116 gehören offenbar zu den „zum Fenster hinaus“ gesprochenen Stücken.

Br. Wb. 117: Bertie an Grey.

Paris, 31. Juli. (Tel.) Auf Einladung kam ich zum Minister des Äußern, als ihn der deutsche Botschafter eben verließ. Baron Schoen habe ihn von dem deutschen Ultimatum an Rußland unterrichtet. Für den Fall seiner Nichtbeantwortung in zwölf Stunden werde auch Deutschland nach beiden Grenzen hin mobilisieren. Nun fragt der Minister, was jetzt England zu tun gedenke.

Br. Wb. 118: Bunsen an Grey.

Wien, 31. Juli. (Tel.) Unterstaatssekretär Graf Forgach sagte mir: obgleich Österreich leider gezwungen sei, auf die russische Mobilisation in gleicher Weise zu

antworten, so sei doch der österreichische Botschafter in London angewiesen, Grey zu sagen, daß das nicht als feindlicher Akt angesehen werden solle, da ja zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren ein Telegrammwechsel, zwischen Ssasonow und Szapary noch immer ein Meinungsaustausch stattfinde. Allerdings falle es schwer, ein russisches Recht auf ein Einschreiten in der serbischen Sache anzuerkennen. Doch in der albanischen Krisis habe man sich ja schließlich auch vertragen. Schebeko, den ich davon unterrichtete, sagte mir, der Nachfolger Hartwigs in Belgrad (Fürst Trubetzkoi) sei eine konziliantere Persönlichkeit, und Serbien sei angewiesen, Österreich so weit wie möglich entgegenzukommen, ohne seine Unabhängigkeit zu opfern.

*

Ex ungue leonem — britannicum! Hier haben wir den ersten Versuch Bunsens, gegenüber Österreich-Ungarn Deutschland als den intransigenteren Teil hinzustellen. Bunsen will schon in diesem äußerst kritischen Stadium der Dinge den Eindruck erwecken, als ob die Tür, die Österreich noch für alle Fälle offen hielt, von Deutschland vorzeitig zugeschlagen worden sei. In seinem Rückblick an Grey vom 1. September hat er das dann — vergeblich — urkundlich zu erhärten gesucht: durch „Vergeßlichkeit“ und Fälschung!

Br. Wb. 119: Grey an Bertie.

London, 31. Juli. Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, hatte heute früh dem Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson ein Telegramm übermittelt, auf das sich nun sein Bruder, Botschafter Paul Cambon, bezog; danach bestehe Ungewißheit darüber, wer eigentlich der antreibende

Teil in Berlin sei, an wen man sich also bei einer Intervention zu wenden habe. Anderseits glaube Jules Cambon bestimmt, daß, wenn England sich fest auf die Seite Rußlands und Frankreichs stelle, dies Deutschlands Haltung zugunsten des Friedens beeinflussen werde (vgl. schon Br. Wb. Nr. 80).

Demgegenüber stellt Grey fest, daß die Annahme, England habe bei Deutschland den Eindruck wachgehalten, daß England beiseitestehen werde, durchaus irrig sei; er habe vielmehr die Einleitung von Verhandlungen über Neutralität abgelehnt (das stimmt; siehe Br. Wb. Nr. 87 vom 29. Juli). Ja, er habe dem deutschen Botschafter gegenüber heute früh kein Hehl daraus gemacht, daß, wenn Frankreich und Deutschland hineingezogen werden sollten, England ebenfalls mitmachen werde. Das solle jedoch beileibe keine Verpflichtung Frankreich gegenüber bedeuten!

Nun zu der Weiterbehandlung von Br. Wb. Nr. 105 vom 30. Juli. Das Kabinett habe beschlossen, sich vorläufig noch nicht zu binden; denn vorher müsse ja das Parlament (!) befragt werden. Aber weitere Phasen könnten die Lage so ändern, daß dann eine Einmischung gerechtfertigt wäre. Z. B. wäre die Behandlung der belgischen Neutralität ein solcher Faktor; daher die Anfrage an beide Mächte (Br. Wb. Nr. 114 vom 31. Juli). Als Cambon nochmals fragte, ob England einem von Deutschland angegriffenen Frankreich helfen wolle, erwiderte Grey: so weit seien ja die Dinge noch nicht; also könne er noch keine Verpflichtung eingehen. Cambon wiederholte darauf, daß Großbritannien um seiner selbst willen keine Zermalmung Frankreichs — wie 1870 — zulassen könne. Doch Grey blieb bei seiner Unbestimmtheit.

R. Orb.: Am 18./31. Juli telegraphierte Ssasonow an die russischen Botschafter in Berlin, Wien, Paris, London und Rom:

Ich verweise auf mein Telegramm vom 17./30. Juli. Auf Verfügung seiner Regierung übermittelte mir der englische Botschafter den Wunsch des Londoner Kabinetts, einige Änderungen an der von mir gestern dem deutschen Botschafter vorgelegten Formel vorzunehmen. Ich antwortete, daß ich mit dem englischen Vorschlag einverstanden sei. Anbei übermittle ich Ihnen die entsprechend geänderte Formel:

Wenn Österreich-Ungarn sich damit einverstanden erklärt, seine Truppen auf serbischem Territorium einzuhalten, und wenn es anerkennt, daß der österreichisch-serbische Konflikt den Charakter einer europäischen Frage angenommen hat und zuläßt, daß die Großmächte die Frage über die Genugtuung beraten — eine Erklärung, der die Österreichisch-Ungarische Regierung ohne Schaden für seine Rechte als souveräner Staat und seine Unabhängigkeit geben könnte —, dann übernimmt Rußland die Verpflichtung, seine abwartende Haltung beizubehalten.

Br. Wb. 120: Buchanan an Grey.

Petersburg, 31. Juli. (Tel.; eingetroffen 1. August.) Ssasonow schlug Buchanan und dem französischen Botschafter auf Grund von Br. Wb. Nr. 97 und 103 folgende Formulierung vor:

Wenn Österreich seinen Vormarsch in Serbien hemmen will; wenn es in Anbetracht des europäisch gewordenen Charakters seines Zwistes mit Serbien dareinwilligt, daß die Großmächte das

Maß der serbischen Genugtuung bestimmen, dann wird Rußland versuchen (!), seine abwartende Haltung beizubehalten.

Weiter berichtete Ssasonow über den Telegrammwechsel Kaiser Wilhelm—Zar Nikolaus. Er meinte: einer friedlichen Lösung wäre die Atmosphäre in London günstiger gewesen. Jedenfalls würden Rußlands Zar, Regierung und Volk **niemals die feste Haltung Großbritanniens vergessen!**

Br. Wb. 121: Goschen an Grey.

Berlin, 31. Juli. (Tel.; eingetroffen 1. August). Berichtet über die Aufnahme des Telegramms Br. Wb. Nr. 111 vom 31. Juli beim Staatssekretär des Äußern. Ein deutscher Vorschlag sei nicht möglich, ehe keine Antwort aus Petersburg vorliege. Goschen hatte Jagow gefragt, warum das deutsche Ultimatum an Rußland auch die russische Mobilisierung der südlichen Armeekorps einschließe; er erwiderte: damit sich Rußland nicht damit herausreden könne: seine gesamte Mobilisation sei lediglich gegen Österreich gerichtet. Aber davon abgesehen hätten Kaiser wie Auswärtiges Amt bis in die vergangene Nacht hinein ihre Wiener Bemühungen um Erhaltung des Friedens fortgesetzt, und alles habe ein vielversprechendes Aussehen gehabt. **Doch die russische Mobilisation habe alles vernichtet.**

Br. Wb. 122: Derselbe an denselben.

Berlin, 31. Juli. (Tel.; eingetroffen 1. August.) Zur belgischen Neutralität (vgl. die Anfrage Br. Wb. Nr. 114). Staatssekretär von Jagow sagte, er müsse erst den Kaiser und den Kanzler befragen, ehe er darauf antworten könne. Aus seinen Äußerungen

schloß ich, er mutmaße: was immer auch er antworten möge, könne zu einem gewissen Teile den Aufmarschplan Deutschlands verraten.

Die Deutsche Regierung ist übrigens der Ansicht, daß Belgien bereits einige feindliche Handlungen sich habe zuschulden kommen lassen. So sei eine nach Deutschland bestimmte Sendung Getreide mit Beschlag belegt worden.

Der Kanzler wünschte die Antwort Frankreichs zum selben Thema kennen zu lernen.

Br. Wb. 124: Bertie an Grey.

Paris, 31. Juli. (Tel.; eingetroffen 1. August.) Antwort auf die Frage Br. Wb. Nr. 114: ein Kabinettsrat im Elysée hat gestern abend beschlossen, darüber eine Note zu verfassen. Der Minister des Äußern erzählte mir, daß der deutsche Botschafter in London Mitteilung vom Stande der deutsch-russischen Spannung gemacht habe, und war in Sorge, was England dazu sagen werde; die deutsche Botschaft sei schon im Packen begriffen.

Br. Wb. 125: Derselbe an denselben.

Paris, 31. Juli. (Tel.; eingetroffen 1. August.) Die französische Antwort auf die Frage Br. Wb. Nr. 114 lautet:

> Die Französische Regierung ist entschlossen, die belgische Neutralität zu achten, und wird nur dann um ihrer eigenen Sicherheit willen davon abgehen, wenn eine andere Macht sie verletzen sollte. Diese Versicherung ist mehrere Male gegeben worden. Der Präsident der Republik hat darüber mit dem König der Belgier gesprochen, und der französische

Gesandte in Brüssel hat sie dem belgischen Minister des Äußern gegenüber aus freien Stücken wiederholt.

*

Es wäre recht interessant zu erfahren, was Poincaré mit König Albert wohl besprochen haben mag. Hoffentlich beschert uns spätestens der Friede die Veröffentlichung des französisch-belgischen Geheimvertrages.

Der 1. August:

Russische Truppen überschreiten am Nachmittage die deutsche Grenze.

Instruktion des Reichskanzlers an den Grafen Pourtalès für den Fall einer unbefriedigenden Antwort Rußlands.

Rußland läßt die gestellte Frist ablaufen, ohne zu antworten.

Ausweichende Antwort Frankreichs. Der französische Kriegsminister erklärt dem britischen Militärattaché: Der einzige Weg zur Sicherung des Friedens sei eine militärische Aktion Englands.

Belgien beschlagnahmt deutsches, zur Durchfuhr in Antwerpen lagerndes Getreide.

Deutsche Mobilmachung befohlen; nullter Tag.

Auf Grund einer vom Botschafter Fürsten Lichnowsky angeblich mißverstandenen Frage Greys erbietet sich Kaiser Wilhelm, Frankreich nicht anzugreifen, wenn sich Großbritannien mit seiner gesamten Macht für die französische Neutralität verbürge. Grey verweigert Lichnowsky die gewünschte Neutralitätserklärung wegen früherer Verpflichtungen.

Der deutsche Botschafter in Petersburg hatte die ihm aufgetragene Mitteilung an Minister Ssasonow am 31. Juli um 12 Uhr nachts gemacht.

Eine Antwort der Russischen Regierung hierauf hat uns nie erreicht.

2 Stunden nach Abläuf der in dieser Mitteilung gestellten Frist telegraphierte der Zar an den Kaiser:

„Ich habe Dein Telegramm erhalten, ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen; aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden, zu verhandeln, zum Heile unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der unseren Herzen so teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muß es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergießen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort."

Hierauf antwortete der Kaiser:

„Ich danke Dir für Dein Telegramm, ich habe Deiner Regierung gestern den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um eine Antwort für heute mittag ersucht hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich bin daher gezwungen worden, meine Armee zu mobilisieren. Eine sofortige klare und unmißverständliche Antwort Deiner Regierung ist der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen."

Da die Rußland gestellte Frist verstrich, ohne daß eine Antwort auf unsere Anfrage eingegangen wäre, wurde um 5 Uhr p. m. die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine befohlen.

Der deutsche Botschafter in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die Russische Regierung innerhalb der ihr gestellten Frist keine befriedigende Antwort erteilen würde, ihr folgendes zu erklären:

D. Wb. 26: Dringendes Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 1. August 12.52 p. m.

Falls die Russische Regierung keine befriedigende Antwort auf unsere Forderung erteilt, so wollen Eure Exzellenz ihr heute nachmittag 5 Uhr (mitteleuropäische Zeit) folgende Erklärung überreichen:

Le Gouvernement Impérial s'est efforcé dès les débuts de la crise de la mener à une solution pacifique. Se rendant à un désir que lui en avait été exprimé par Sa Majesté l'Empereur de Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne d'accord avec l'Angleterre était appliqué à accomplir un rôle médiateur auprès des Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, lorsque la Russie, sans en attendre le résultat, procéda à la mobilisation de la totalité de ses forces de terre et de mer.

A la suite de cette mesure menaçante motivée par aucun préparatif militaire de la part de l'Allemagne, l'Empire Allemand se trouva vis-à-vis d'un danger grave et imminent. Si le Gouvernement Impérial eût manqué de parer à ce péril, il aurait compromis la sécurité et l'existence même de l'Alle-

magne. Par conséquent le Gouvernement Allemand se vit forcé de s'adresser au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies en sistant sur la cessation des dits actes militaires. La Russie ayant refusé de faire droit à cette demande et ayant manifesté par ce refus, que son action était dirigée contre l'Allemagne, j'ai l'honneur d'ordre de mon Gouvernement de faire savoir à Votre Excellence ce qui suit:

Sa Majesté l'Empereur, mon auguste Souverain, au nom de l'Empire relève le défi et Se considère en état de guerre avec la Russie.

Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach russischer Zeit dringend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte Amerikanischer Botschaft übergeben.

*

Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittage des 1. Augusts, also desselben Nachmittags, an dem das eben erwähnte Telegramm des Zaren abgesandt war, unsere Grenze und rückten auf deutschem Gebiet vor.

Hiermit hat Rußland den Krieg gegen uns begonnen.

*

Inzwischen hatte der deutsche Botschafter in Paris die ihm befohlene Anfrage an das französische Kabinett am 31. Juli um 7 Uhr nachmittags gestellt.

Der französische Ministerpräsident hat darauf am 1. August um 1 Uhr nachmittags eine zweideutige und unbefriedigende Antwort erteilt, die über die Stellungnahme Frankreichs kein klares Bild gibt.



Karl Max Fürſt Lichnowſky,
ſeit 18. November 1912 deutſcher Botſchafter in London.



Friedr. Graf v. Pourtalès,
seit Oktober 1907 deutscher Botschafter
in St. Petersburg.

D. Wb. 27: Telegramm des deutschen Botschafters in Paris an den Reichskanzler vom 1. August 1 Uhr 5 Min. nachmittags.

Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident mir, daß Frankreich das tun werde, was seine Interessen ihm geböten.

Wenige Stunden darauf, um 5 Uhr nachmittags, wurde die Mobilisierung der gesamten französischen Armee und Flotte angeordnet.

Dasselbe geschah in Deutschland.

Am Morgen des nächsten Tages eröffnete Frankreich die Feindseligkeiten.

*

In den Stunden unmittelbar vorher hatte noch folgender Meinungsaustausch stattgefunden:

Telegramm des Königs von England an den Kaiser am 1. August 1914.

Vielen Dank für Dein Telegramm von gestern nacht. Ich habe ein dringendes Telegramm an Nikolaus geschickt, in dem ich ihm Meine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, alles zu tun, was in Meiner Macht steht, um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten zu fördern. gez. Georg.

Das Lichnowskysche „Mißverständnis".

Telegramm des deutschen Botschafters in London an den Reichskanzler vom 1. August 1914.

Soeben hat mich Sir E. Grey ans Telephon gerufen und mich gefragt, ob ich glaubte, erklären zu

können, daß für den Fall, daß Frankreich neutral bliebe, in einem deutsch-russischen Kriege wir die Franzosen nicht angriffen. Ich erklärte ihm, ich glaubte die Verantwortung hierfür übernehmen zu können. gez. Lichnowsky.

Über dies Telephonat hat sich unmittelbar nach der offiziellen Meldung (unterm 20. August in der „Nordd. Allgem. Zeitg.") eine sehr lebhafte Erörterung entwickelt. Damals stellte sich der äußere Hergang etwa so dar:

Sir Edward Grey, der in den Tagen bis zum Julischluß immer neue, aber nicht immer sehr praktische Ideen vorbrachte, sandte am Vormittage des 1. August zu dem Fürsten Lichnowsky einen Vertrauensmann. Er bat den deutschen Botschafter durch diese Persönlichkeit, am Nachmittage zu ihm zu kommen, und ließ ihm sagen, daß er hoffe, ihm Vorschläge machen zu können, welche die Möglichkeit böten, einer Beteiligung Englands am Kriege vorzubeugen. Es entwickelte sich anscheinend im Anschluß hieran eine längere Unterredung, und dann folgte das Telephongespräch. Fürst Lichnowsky berichtete sofort über den gesamten Vorgang nach Berlin und begab sich am Nachmittage zu Sir Edward Grey. Der englische Minister erklärte dem Botschafter nunmehr, er lege das Hauptgewicht auf die belgische Neutralität, und erörterte dann den Gedanken, ob nicht das deutsche und das französische Heer sich bewaffnet gegenüberstehen könnten, ohne einander anzugreifen. Auf die Frage des Botschafters, ob er die Zurückhaltung Frankreichs gewährleisten könnte, wurde von Sir Edward Grey keine genügende Auskunft erteilt. Der ganze Plan wurde dann von britischer Seite als unausführ-

bar fallen gelassen, und Fürst Lichnowsky teilte das in einem zweiten Telegramm dem Reichskanzler mit.

Die „Times“ vom 27. August gaben dagegen eine Darstellung der Sache, die nicht mit den Tatsachen vereinbar ist. Danach sei von der französischen Neutralität in einem deutsch-russischen Kriege gar keine Rede gewesen. Es habe sich lediglich um einen „letzten verzweifelten Versuch“ gehandelt, zu sehen, ob Deutschland veranlaßt werden könnte, neutral zu bleiben, wenn England die Neutralität Frankreichs garantierte. Unmittelbar nach der telephonischen Unterhaltung, die um 11½ Uhr vormittags am 1. August stattfand, habe eine amtliche Unterredung mit dem Fürsten Lichnowsky stattgefunden, in der deutlich auseinandergesetzt worden sei, daß der Bündnisfall für Deutschland auch den Bündnisfall für Frankreich bedeute. Wenn Deutschland kämpfen müsse, müsse auch Frankreich kämpfen. Fürst Lichnowsky habe erklärt, er habe das vorige Gespräch mißverstanden und nach Berlin eine Korrektur seiner ersten Depesche geschickt. Dieses zweite Telegramm sei „einfach unterdrückt“ worden, und die Deutsche Regierung veröffentlichte das ungenaue Telegramm, um England ins Unrecht zu setzen.

Dazu ergriff die „Nordd. Allg. Zeitg.“ vom 5. September (1. Ausg. vom 6. September) das Wort zu folgender Aufklärung:

Nach den hier vorliegenden Nachrichten hat Sir E. Grey im Unterhaus erklärt, die von der Deutschen Regierung veranlaßte Veröffentlichung des deutsch-englischen Telegrammwechsels vor dem Kriege sei unvollständig. Fürst Lichnowsky habe seine Meldung über das bekannte Telephongespräch gleich darauf telegraphisch zurückgezogen, nachdem

er darüber aufgeklärt worden sei, daß ein Mißverständnis vorliege. Dieses Telegramm sei nicht veröffentlicht worden. Die „Times“ haben, anscheinend auf Grund von Informationen von amtlicher Seite, dieselbe Behauptung aufgestellt und daran die Bemerkung geknüpft, das Telegramm sei von der Deutschen Regierung unterdrückt worden, um England der Perfidie beschuldigen und Deutschlands Friedensliebe beweisen zu können.

Wir stellen demgegenüber fest, daß ein solches Telegramm nicht existiert. Fürst Lichnowsky hat außer dem bereits veröffentlichten Telegramm, das um 11 Uhr vormittag aus London abgegangen war, am 1. August noch folgende Telegramme abgesandt:

Erstens um 1 Uhr 15 nachmittags:

„. . . Der Privatsekretär Sir E. Greys war eben bei mir, um mir zu sagen, der Minister wolle mir Vorschläge für die Neutralität Englands machen, selbst für den Fall, daß wir mit Rußland wie mit Frankreich Krieg hätten. Ich sehe Sir E. Grey heute nachmittag und werde sofort berichten.“

Zweitens um ½6 Uhr abends:

„Sir E. Grey las mir soeben die nachstehende Erklärung vor, die vom Kabinett einstimmig gefaßt worden war:

„The reply of the German Government with regard to the neutrality of Belgium is a matter of very great regret, because the neutrality of Belgium does affect feeling in this country. If Germany could see her way to give the same positive reply as that which has been given by

France, it would materially contribute to relieve anxiety and tension here, while on the other hand, if there were a violation of the neutrality of Belgium by one combatant while the other respected it, it would be extremely difficoult to restrain public feeling in this country."

(Übersetzung: Die Antwort der Deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens ist ungemein bedauerlich, weil die Neutralität Belgiens die Gefühle dieses Landes angeht. Wenn Deutschland einen Weg sehen könnte, die gleiche positive Antwort zu geben, wie diejenige, die von Frankreich gegeben worden ist, würde dies wesentlich dazu beitragen, die Besorgnis und die Spannung hier zu beheben, während es auf der andern Seite äußerst schwierig sein würde, die öffentliche Stimmung in diesem Lande zurückzudämmen, wenn eine Verletzung der Neutralität Belgiens durch einen der Kämpfenden stattfände, während der andere sie respektierte.)

Auf meine Frage, ob er unter der Bedingung, daß wir die belgische Neutralität wahrten, mir eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Großbritanniens abgeben könne, erwiderte der Minister, das sei ihm nicht möglich; doch würde diese Frage eine große Rolle bei der hiesigen öffentlichen Meinung spielen. Verletzten wir die belgische Neutralität in einem Kriege mit Frankreich, so würde sicherlich ein Umschwung in der Stimmung eintreten, die es der hiesigen Regierung erschweren würde, eine freundliche Neutralität einzunehmen. Vorläufig beständen nicht die geringsten Absichten, gegen uns feindlich vorzugehen. Man würde dies, wenn irgend möglich, zu vermeiden wünschen. Es

ließe sich aber schwerlich eine Linie ziehen, bis wohin wir gehen dürften, ohne daß man diesseits einschreite. Er kam immer wieder auf die belgische Neutralität zurück und meinte, diese Frage würde jedenfalls eine große Rolle spielen. Er habe sich auch schon gedacht, ob es denn nicht möglich wäre, daß wir und Frankreich uns im Falle eines russischen Krieges bewaffnet gegenüber stehen blieben, ohne anzugreifen. Ich frug ihn, ob er in der Lage wäre, mir zu erklären, daß Frankreich auf einen derartigen Pakt eingehen würde. Da wir weder Frankreich zerstören, noch Gebietsteile erobern wollten, könne ich mir denken, daß wir uns auf ein derartiges Abkommen einlassen würden, das uns die Neutralität Großbritanniens sichere.

Der Minister sagte, er wolle sich erkundigen, verkannte auch nicht die Schwierigkeiten, beiderseitig das Militär in Untätigkeit zurückzuhalten."

Drittens um ½9 Uhr abends:

„. . . Meine Meldung von heute früh ist durch meine Meldung von heute abend aufgehoben. Da positiver englischer Vorschlag überhaupt nicht vorliegt, erübrigen sich weitere Schritte im Sinne der mir erteilten Weisungen."

Wie ersichtlich, enthalten diese Telegramme keinerlei Andeutung darüber, daß ein Mißverständnis vorgelegen habe, und nichts über die von englischer Seite behauptete Aufklärung des angeblichen Mißverständnisses.

Jedenfalls hat Grey seine Anregung nachher verleugnet, und es ist ihm nie eingefallen, sich bei Frankreich „zu erkundigen". Diese Art, eine Angelegenheit zu behandeln, mit der das Geschick der europäischen, ja der menschlichen Gesellschaft und Leben

und Gut von Hunderttausenden eng verbunden sind, wirkt äußerst kläglich. Und wir wissen nun, was wir von der britischen Heuchelei zu halten haben.

*

Telegramm des Kaisers an den König von England vom 1. August 1914.

Ich habe soeben die Mitteilung Deiner Regierung erhalten, durch die sie die französische Neutralität unter der Garantie Großbritanniens anbietet. Diesem Anerbieten war die Frage angeschlossen, ob unter diesen Bedingungen Deutschland darauf verzichten würde, Frankreich anzugreifen. Aus technischen Gründen muß Meine schon heute nachmittag nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäß vor sich gehen. Gegenbefehl kann nicht mehr gegeben werden, weil Dein Telegramm leider zu spät kam. Aber, wenn mir Frankreich seine Neutralität anbietet, die durch die englische Armee und Flotte garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.

gez. Wilhelm.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London vom vom 1. August 1914.

Deutschland ist bereit, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls sich England mit seiner Streit-

macht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürgt. Die deutsche Mobilmachung ist heute auf Grund der russischen Herausforderung erfolgt, bevor die englischen Vorschläge hier eintrafen. Infolgedessen ist auch unser Aufmarsch an der französischen Grenze nicht mehr zu ändern. Wir verbürgen uns aber dafür, daß die französische Grenze bis Montag, den 3. August, abends 7 Uhr, durch unsere Truppen nicht überschritten wird, falls bis dahin die Zusage Englands erfolgt ist. gez. Bethmann Hollweg.

Telegramm des Königs von England an den Kaiser vom 1. August 1914.

In Beantwortung Deines Telegramms, das soeben eingegangen ist, glaube ich, daß ein **Mißverständnis** bezüglich einer Anregung vorliegen muß, die in einer freundschaftlichen Unterhaltung zwischen dem Fürsten Lichnowsky und Sir Edward Grey erfolgt ist, als sie erörterten, wie ein wirklicher Kampf zwischen der deutschen und der französischen Armee vermieden werden könne, solange noch die Möglichkeit besteht, daß ein Einverständnis zwischen Österreich und Rußland erzielt wird. Sir Edward Grey wird den Fürsten Lichnowsky morgen früh sehen, um festzustellen, ob ein Mißverständnis auf seiner Seite vorliegt.

gez. Georg.

*

In einer so ernsten Sache von einem „Mißverständnis“ zu reden, ohne den geringsten Versuch zu wagen, es aufzuklären und zur Grundlage einer Verständigung zu machen, ist frivol. Trotzdem hatte bei der patriotischen Kundgebung vom 5. September 1914 in der Guildhall zu London Premier Asquith die

Stirn, zu behaupten: „Wenn die Vorschläge Greys angenommen worden wären, so wäre der Konflikt mit Ehren für alle geschlichtet worden. Wer ist verantwortlich für das gegenwärtige, der ganzen Welt auferlegte Unglück? Eine einzige Nation: Deutschland.“

Und der Oppositionsführer Bonar Law sekundierte ihm, indem er sagte: „Dieser Krieg ist das größte Verbrechen in der Geschichte. Deutschland brauchte nur ein Wort zu sagen, damit der Friede aufrechterhalten werde. Es ist stumm geblieben, indem es vorzog, das Schwert zu ziehen.“

Ehrlichkeit war nur auf seiten der Arbeiterparteiler. Namentlich war es Keir Hardie, der am 27. August im Unterhause die Regierung arg in Verlegenheit setzte. Die bezeichnende Antwort Sir Edward Greys auf die Frage, warum er von dem wichtigen Ersuchen des Fürsten Lichnowsky das Haus am 3. August nicht in Kenntnis gesetzt habe, war gewesen, daß er „keine Zeit gehabt habe, die Unterhaltung aufzuzeichnen“. Darauf entwickelte sich zwischen Keir Hardie und dem Minister der folgende Dialog:

Keir Hardie: „Wurde irgendein Versuch unternommen, mit Deutschland auf Grundlage der Vorschläge des Fürsten Lichnowsky in Verhandlungen einzutreten?“

Sir Edward Grey: „Der deutsche Botschafter gab keine Grundlagen für Vorschläge. Es war der deutsche Reichskanzler, der die Grundlage für Vorschläge machte. Der Botschafter fragte nur, indem er ohne Autorisierung aus eigener, persönlicher Initiative sprach, ob wir Bedingungen formulieren würden, unter denen wir neutral blieben. Wir

traten in die Erörterung der Frage ein; die Bedingungen wurden im Hause klargestellt und dem deutschen Botschafter mitgeteilt."

Keir Hardie (unter der lebhaften Unruhe des Hauses): „Desavouierte die Deutsche Regierung in Berlin die Anregungen ihres Botschafters, und wurde irgendwelcher Versuch unternommen, festzustellen, wie weit die Deutsche Regierung den von ihrem Botschafter gemachten Anregungen zustimmen würde?"

Bevor der Staatssekretär diese Frage beantworten konnte, suchte einer der irischen Nationalisten Sir Edward Grey zu Hilfe zu kommen, indem er erklärte, er wünsche zu wissen, ob deutsche Sozialdemokraten im Reichstag ähnliche Fragen stellten. Erst nachdem der „donnernde Beifall" sich gelegt hatte, der dieser Bemerkung gefolgt war, bequemte sich Sir Edward Grey zu der folgenden Erklärung:

„Ich möchte keine Mißverständnisse in diesem Punkt bestehen lassen. Der deutsche Botschafter machte uns keine Vorschläge, die von denen verschieden waren, welche seine Regierung gemacht hätte."

Weiter erklärte Sir Edward Grey, Fürst Lichnowsky habe ihm keine Andeutung gegeben, daß Deutschland imstande sein würde, die Bedingung der belgischen Neutralität anzuerkennen. Der Botschafter habe ihm vielmehr angedeutet, daß England diese Bedingung nicht stellen sollte, weil er fürchte, seine Regierung würde nicht imstande sein, sie anzunehmen. Als Keir Hardie sein peinliches Inquisitorium fortsetzen wollte, wurde er von dem Hause niedergezischt. Immerhin zeigt schon dieser Dialog, mit welcher Doppelzüngigkeit Sir Edward Grey den ehrlichen Bemühungen der Deutschen Regierung und des Fürsten Lichnowsky um die Erhaltung des Friedens begegnet ist.

*

Nach gebührender Beleuchtung des überaus merkwürdigen Lichnowsky-Zwischenfalles, der die schamlose Heuchelei des schon seit dem 29. Juli zu allem entschlossenen Großbritanniens bloßlegt, laßt uns zum roten Faden der Urkunden des britischen Weißbuchs zurückkehren!

Br. Wb. 123: Grey an Goschen.

London, 1. August. Bedauert den ausweichenden Bescheid der Deutschen Regierung Br. Wb. Nr. 122. Er habe dem deutschen Botschafter im Namen des Kabinetts gesagt: es werde schon zur Beruhigung der öffentlichen Meinung Englands beitragen, wenn (man achte auf diese augurenhafte Schauspielerei!) Deutschland hinsichtlich der belgischen Neutralität dieselbe Versicherung abgeben wolle wie Frankreich (vgl. Br. Wb. Nr. 124). Fürst Lichnowsky fragte darauf, ob England neutral bleibe, wenn Deutschland sich zur Nichtverletzung der belgischen Neutralität verpflichte. Grey erwiderte: Das könne er nicht sagen; Englands Hände seien noch frei, und es werde sich überlegen, welche Haltung es einnehmen werde.

„Der Botschafter drang in mich, zu sagen, warum ich durchaus nicht die Bedingungen formulieren wolle, unter denen England neutral bleiben werde. Er stellte für diesen Fall sogar die Verbürgung der Integrität Frankreichs mit seinen Kolonien in Aussicht. Doch ich lehnte jede Zusage einer Neutralität unter ähnlichen Bedingungen ab; wir müßten unsere Hände frei behalten."

*

Unseres Erachtens hätte die Deutsche Regierung gerade aus dieser dürftigen Ausrede Greys mehr

Kapital schlagen sollen, als es bisher geschehen ist. Nachdem Fürst Lichnowsky, schwerlich seine Instruktionen überschreitend, dem britischen Staatssekretär zu verstehen gegeben hatte, daß sogar die — früher (siehe Br. Wb. Nr. 85 vom 29. Juli) noch nicht mit einbezogenen — französischen Kolonien unangetastet bleiben sollten, falls Großbritannien neutral bliebe, so hatte letzteres sichtlich keinen Grund mehr, seine Teilnahme am Kriege damit zu entschuldigen, daß es keine „Zertrümmerung" Frankreichs dulden könne. Während also Deutschland auch England gegenüber um des Friedens willen bis zur äußersten Grenze geht, windet sich Englands verantwortlicher Staatsmann und dreht sich vor lauter Verlegenheit, weil seine Hände eben längst nicht mehr frei waren, er aber doch dies aus Sorge: wie verantworte ich mich vor dem Parlamente? keinem Fremden bekennen durfte.

Br. Wb. 126: Bertie an Grey.

Paris, 1. August. (Tel.) Der Direktor der politischen Abteilung erzählte mir, der deutsche Botschafter sei darüber informiert worden, die französische Regierung habe den Grund seiner gestrigen Mitteilung nicht recht verstanden. Da die Russische Regierung, die erst nach der österreichischen allgemeinen Mobilisierung die ihre befohlen habe (vgl. Br. Wb. Nr. 127!), wieder demobilisieren (!) wolle, wenn das alle andern Mächte auch täten, so finde die Französische Regierung die Stellung eines deutschen Ultimatums an Rußland befremdend. Und obwohl keine Differenz zwischen Deutschland und Frankreich bestünde, habe der Botschafter eine drohende Note an Frankreich mit Befristung bis zum Tage darauf

gerichtet mit der Bemerkung: er werde abreisen, wenn die Antwort nicht befriedigend ausfalle. Das sei ein außergewöhnliches Vorgehen. — Der deutsche Botschafter bat zwar noch nicht um seine Pässe, bereitete aber seine Abreise vor.

*

Die Französische Regierung gebärdet sich wie ein unschuldiges Lamm, obwohl sie, wie seit einiger Zeit einwandfrei nachgewiesen ist, mehrere Tage vor dem 31. Juli Mobilisierungsmaßregeln angeordnet und durchgeführt hatte.

Br. Wb. 127: Bunsen an Grey.

Wien, 1. August. (Tel.) Allgemeine Mobilisierung von Heer und Flotte Österreich-Ungarns.

Br. Wb. 128: Villiers an Grey.

Brüssel, 1. August. (Tel.) Antwort auf die Anfrage Br. Wb. Nr. 115. Belgien erwartet, daß die andern Mächte seine Neutralität achten, und wird mit allen Kräften darüber wachen. Zwar seien die Beziehungen zu allen Nachbarn gut; es werde sich aber gegen alle Möglichkeiten wappnen.

Be. Grb. 13: Den 1. August benachrichtigte Graf von Lalaing, belgischer Gesandter in London, den Minister Davignon, daß Frankreich den Vorschlag Englands angenommen habe, nicht die Neutralität Belgiens zu verletzen, in dem Falle, daß Deutschland sie nicht verletze.

Be. Grb. 14: Am 1. August benachrichtigte Baron Beyens, der belgische Gesandte in Berlin, den Minister Davignon, daß Deutschland auf den englischen Vorschlag, die belgische Neutralität zu achten, zu antworten nicht in der Lage sei.

Be. Grb. 15: Am 1. August teilt Davignon den belgischen Gesandtschaften in Berlin, Paris und London mit, unter welchen Bedingungen Frankreich die Neutralität Belgiens garantieren werde.

Be. Grb. 16 und 17: Am 1. August befiehlt Davignon den belgischen Gesandtschaften bei den Garantiemächten einerseits und bei den Gesandtschaften in Rom, Haag und Luxemburg anderseits, den Instruktionen vom 24. und 25. Juli gemäß zu handeln. (Siehe Be. Grb. 2 und 3.)

Br. Wb. 130: Grey an Goschen.

London, 1. August. (Tel.) Beschwert sich darüber, daß hamburgische Behörden Dampfer der Great Central Company und andere britische Handelsschiffe mit Gewalt zurückgehalten hätten. Sie sollen sofort freigegeben werden, da sonst der Eindruck auf die öffentliche Meinung beklagenswert sein werde.

Br. Wb. 131: Derselbe an denselben.

London, 1. August. (Tel.) Glaubt immer noch, daß der Krieg vermieden werden könne, wenn nur ein kleines bißchen Zeit gewonnen werden könnte. Österreich und Rußland seien — allerdings auf Grund einer Vermittlung, die den Bedenken gegen die ursprüngliche Formel Rußlands (Br. Wb. Nr. 97) nicht ausgesetzt sei — noch immer bereit, zu unterhandeln. Deutschland solle davon Gebrauch machen.

Br. Wb. 132: Derselbe an denselben.

London, 1. August. (Tel.) Sſasonow telegraphierte gestern folgendes an den Grafen Benckendorff:

Im Einklang mit dem englischen Vorschlage (Br. Wb. Nr. 103) ist die Formel folgendermaßen geändert worden:

Wenn Österreich in eine Einstellung seines Vormarsches in Serbien willigt und angesichts des europäischen Charakters des Konflikts damit einverstanden ist, daß die Großmächte das Maß der Genugtuung prüfen, die Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Souveränität und Unabhängigkeit gewähren kann, so versucht Rußland sein Abwarten beizubehalten.

*

Vgl. dazu Br. Wb. Nr. 120 und 103! Jeder Unvoreingenommene wird zugeben, daß Österreich-Ungarn im Kontraste zu der geringen Eventual-Zusicherung, die Rußland zugestand, zu starke Zumutungen gestellt wurden, als daß man glauben dürfte, die Dreiverbandsmächte hätten ernstlich mit ihrer Annahme gerechnet. Aber inzwischen war Österreich einer neuen Demütigung, wohl auf deutschen Rat, klug zuvorgekommen (siehe Br. Wb. Nr. 133).

Br. Wb. 133: Derselbe an denselben.

London, 1. August. (Tel.) Der russische Botschaftsrat von Etter teilte dem Staatssekretär Grey folgende Depesche Ssasonows vom 31. Juli mit:

Die Österreichisch-Ungarische Regierung erklärte ihre Bereitwilligkeit, den Inhalt ihres Ultimatums an Serbien zu besprechen. Ssasonow antwortete befriedigt, am besten fände diese Erörterung unter Teilnahme der Großmächte in London statt.

Der russische Minister fügte hinzu: es sei sehr wichtig, daß Österreich-Ungarn unterdes seiner militärischen Aktion in Serbien Halt gebiete.

*

Man beachte den großen Unterschied zwischen dem, was Österreich am 31. Juli als Äußerstes von sich aus vorschlug (von einem Stoppen des Vordringens in Serbien als Vorbedingung war keine Rede — es wurde nur noch gewünscht!), und dem, was man ihm unmittelbar danach (Br. Wb. Nr. 132) am liebsten auferlegt hätte! Jedenfalls hatte Wien nun freie Hand, Serbien durch unbeschränkte Besetzung zu demütigen, wenn die Londoner Konferenz seine Geduld abermals auf eine zu lange Probe gestellt hätte.

Br. Wb. 134: Bertie an Grey.

Paris, 1. August. (Tel.) Der Präsident der Republik informierte mich, daß die Deutsche Regierung versuche, Rußland mit Verantwortung zu belasten; aber letzteres habe erst mobilisiert, nachdem Österreichs Mobilisationsbefehl erschienen sei (der aus Br. Wb. Nr. 126 bekannte gröbliche Irrtum). Deutschlands Maßregeln seien in Wahrheit bereits eine allgemeine Mobilisierung (!!), obwohl sie nicht als solche bezeichnet würden; darum sei Frankreichs allgemeine Mobilisation zur Selbstverteidigung notwendig, und trotzdem hinke es um 48 Stunden hinterher. Während die französischen Truppen Befehl hätten (und auch befolgten?), nicht näher als bis auf zehn Kilometer an die Grenze vorzurücken, hätten deutsche Truppen die Grenze hier und da schon überschritten. Trotzdem verzweifele die Französische Regierung noch nicht ganz an der Erhaltung des Friedens.



Leopold Graf Berchtold,
ſeit 17. Februar 1912 öſterreichiſch-ungariſcher Miniſter des Äußern.



Albert Graf von Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein,
seit 6. Mai 1904 österreichisch-ungarischer Botschafter in London.

Br. Wb. 135: Grey an Buchanan.

London, 1. August. (Tel.) Aus sehr glaubwürdiger Quelle hat Grey die Nachricht erhalten: die Österreichische Regierung habe der Deutschen mitgeteilt, daß sie in Anbetracht der englischen Bemühungen um den Frieden trotz der russischen Mobilisation Greys Vorschlag über eine österreichisch-serbische Vermittlung mit Wohlwollen betrachte. Allerdings sei das nur so zu verstehen, daß die militärische Aktion gegen Serbien einstweilen weitergehe (vgl. die Bemerkung zu Br. Wb. Nr. 133), während Großbritannien bitte, daß Rußland seine Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn vorläufig einstelle; in diesem Falle werde auch Österreich seine Verteidigungsgegenmaßregeln in Galizien beschränken.

Br. Wb. 136: Bertie an Grey.

Paris, 1. August. (Tel.) Heute nachmittag 3,40 Uhr Befehl zur allgemeinen Mobilisierung. Denn Deutschland habe, so sagte mir der Kriegsminister, unter dem System „Kriegszustand" sechs Jahrgänge einberufen. Trotzdem seien die französischen Grenztruppen (acht Armeekorps auf Kriegsfuß) angewiesen, nicht anzugreifen.

Br. Wb. 137: Grey an Bunsen.

London, 1. August. (Tel.) Der österreichisch-ungarische Botschafter unterrichtete Grey von einem Telegramm Berchtolds an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris, worin die bekannten Versicherungen Wiens betreffend die Behandlung Serbiens enthalten waren und die Gerüchte von Absichten auf den Sandschak widerlegt wurden. Bei einem zweiten Besuche teilte Mensdorff das Telegramm

Berchtolds an den Grafen Szapary in Petersburg mit, worin Sſasonow gebeten wurde, sich versichert zu halten, daß Österreich-Ungarn durchaus noch nicht die Türe zu weiteren Unterhandlungen dröhnend zugeschlagen habe (vgl. Br. Wb. Nr. 133). Dabei seien die eben gestreiften Versicherungen nochmals wiederholt worden.

Br. Wb. 138: Goschen an Grey.

Berlin, 1. August. (Tel.; eingetroffen 2. August.) Betrifft die Reaktion auf Br. Wb. Nr. 131. Da Deutschland nur als Österreichs Bundesgenosse in die Verwicklung gezogen sei, so solle es angesichts der Bereitwilligkeit in Wien und in Petersburg, die Angelegenheit zu besprechen, logischerweise die erhobene Hand senken. Herr von Jagow erwiderte: die Wiener Bereitwilligkeit sei lediglich das Ergebnis des deutschen Einflusses, und alles wäre gut, hätte Rußland nicht mobilisiert. Rußland, das Deutschlands Ersuchen um Demobilisierung unbeantwortet gelassen, habe Deutschland gezwungen, ebenfalls zu mobilisieren. Aber während Rußland monatelang in diesem Zustande verharren könne, ohne Krieg zu führen, treffe das für Deutschland nicht zu. Deutschland habe die Schnelligkeit für sich, Rußland die große Zahl; zu seiner Sicherheit dürfe Deutschland es gar nicht zulassen, daß Rußland in aller Gemächlichkeit Massen von Truppen aus allen Teilen seines weiten Reiches zusammenbringe. Und obwohl Deutschland dem gesetzten Termine mehrere Stunden zugefügt habe, sei aus Petersburg keine Antwort eingelaufen. Darum sei der Befehl zur Mobilisierung ergangen.

R. Orb.: Vom deutschen Ultimatum machte ein Geheimtelegramm Ssasonows an die Vertreter Rußlands im Auslande folgende Mitteilung:

19. Juli/1. August. Um Mitternacht erklärte mir der deutsche Botschafter im Auftrage seiner Regierung, daß, wenn nach zwölf Stunden, das heißt am Nachmittag des Sonnabend, wir nicht zur Demobilisation nicht allein Deutschland, sondern auch Österreich-Ungarn gegenüber schreiten, die Deutsche Regierung gezwungen sein werde, den Befehl zur Mobilisation zu geben. Auf meine Frage, ob das gleichbedeutend mit dem Kriege sei, antwortete der Botschafter mit Nein, daß wir aber dem Krieg außerordentlich nahe ständen. Ssasonow.

Br. Wb. 139: Buchanan an Grey.

Petersburg, 1. August. (Tel.; eingetroffen 2. August.) Der Zar hat sein Telegramm an den Kaiser gestern dem deutschen Botschafter vorgelesen. Kein Fortschritt zu verzeichnen. Am Abend hatte Ssasonow eine Aussprache mit dem Grafen Szapary über die österreichisch-russischen Beziehungen im allgemeinen. Ssasonow kam darauf zurück, die Hauptfrage sei die, ob Österreich beabsichtige, Serbien zu zermalmen und zum Vasallen zu machen oder ihm Freiheit und Unabhängigkeit zu lassen. Da diese serbische Frage nicht zu lösen sei (warum nicht? Ssasonow wollte eben den Versicherungen Österreichs nicht trauen), so sei jede abstrakte Erörterung Zeitverschwendung; mit Aussicht auf Erfolg könne sie nur in London vor sich gehen. Aber das verhindere wieder Wiens Absicht, Belgrad, eine wirklich unbefestigte (!) Stadt, zu beschießen (in Wirklichkeit hat sie eine viermonatige Beschießung ausgehalten!).

In einer Unterredung mit dem französischen Kollegen und mir setzte Ssasonow auseinander: eine Beherrschung Serbiens durch Österreich sei für Rußland ebenso unerträglich wie eine Abhängigkeit der Niederlande von Deutschland für Großbritannien. Das sei tatsächlich für Rußland eine Frage von Leben und Tod. Österreich behandle Rußland mit Hohn (das war eine bewußte Verdrehung!) im Vertrauen auf die deutsche Hilfe. Ob Deutschland die Bestimmungen des Wiener Ultimatums vorher gekannt habe oder nicht, sei eine Sache geringerer Wichtigkeit. Es habe Pech mit seiner Vertretung in Wien und in Petersburg. v. Tschirschky sei ein heftiger Russenfeind, und Graf Pourtalès habe nach Berlin gemeldet, Rußland werde niemals in den Krieg ziehen.

Er, Ssasonow, sei **müde** von den unaufhörlichen Mühen um Erhaltung des Friedens (wir haben gesehen, daß gerade er es gewesen war — vgl. Br. Wb. Nr. 17, 44, 47 —, der schon in der serbischen Phase des Konflikts dringend die englische Hilfe nachgesucht und damit den Weltkrieg heraufbeschworen hatte). Das Scheitern aller Vorschläge und Anregungen (?! man erinnere sich nur des bis zuletzt fast erfolgreichen Telegrammwechsels Zar-Kaiser!) habe Rußland genötigt (!), zu mobilisieren. Nun habe die deutsche Mobilisierung die Lage verzweifelt gestaltet. Aber auf keinen Fall werde Rußland als erstes mit den Feindseligkeiten beginnen (vgl. Br. Wb. Nr. 144).

*

Die unfreiwillige, aber um so überzeugender wirkende Selbstanklage Ssasonows, der zu spät sieht, was er mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber der Großfürstenclique angerichtet hat.

Br. Wb. 140: Bertie an Grey.

Paris, 1. August. (Tel.) Der französische Kriegsminister legt andauernd großen Wert auf die Einhaltung der 10-Kilometer-Zone (vgl. Br. Wb. Nr. 134 und 136.)

Br. Wb. 141: Bunsen an Grey.

Wien, 1. August. (Tel.; eingetroffen 2. August.) Betrifft das befristete deutsche Ultimatum an Rußland. Der russische Botschafter versucht die russische Mobilisierung als verhältnismäßig harmlos hinzustellen; es scheine so, als ob die Spannung zwischen Deutschland und Rußland größer sei als die zwischen Österreich und Rußland (vgl. zu dieser Verdächtigung Bunsens Rückblick vom 1. September). Er, Schebeko, werde heute vom Grafen Berchtold die (wiederholt freiwillig gegebene, aber von Rußland bisher — vgl. Br. Wb. Nr. 139 — stets unter Mißtrauen ignorierte) Versicherung heischen, daß Serbiens Integrität und Unabhängigkeit respektiert würden. Sollte diese — in der Tat — geringfügige Konzession nicht gemacht werden, so werde Schebeko dem Grafen Berchtold „fürchterliche Konsequenzen“ androhen. (Man weiß nicht, was man zu dieser verlogenen Nichtbeachtung der österreichischen Zusicherungen über Serbien sagen soll.) Bunsen stimmt mit Schebeko darin überein, daß Herrn v. Tschirschkys persönliches Vorurteil, in Übereinstimmung mit seiner Regierung in Berlin, zum Kriege treibe. (Diese Verdächtigung harmoniert mit Greys — auf S. 263 — gestreiftem Speech, worin er die Autorität Lichnowskys herabzusetzen suchte.) Hier ist man sehr in Unruhe, zu erfahren, was England wohl tun werde.

Br. Wb. 142: Goschen an Grey.

Berlin, 1. August. (Tel.; erhalten 2. August.) Der Befehl zur allgemeinen Mobilisierung des Heeres und der Flotte ist ergangen. Erster Tag: Der zweite August.

Br. Wb. 143: Derselbe an denselben.

Berlin, 1. August. (Tel.; eingetroffen 2. August.) Betrifft die Zurückhaltung eines britischen Dampfers in Hamburg (vgl. Br. Wb. Nr. 130). Der Staatssekretär drückte Überraschung und Verdruß aus und wollte sofort entsprechende Weisungen geben.

*

Der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung erlassen am 1. August folgenden Aufruf an die französische Nation:

„Seit einigen Tagen hat sich die Lage in Europa beträchtlich verschlimmert. Trotz der Anstrengungen der Diplomatie hat sich der Horizont verfinstert. Zur gegenwärtigen Stunde mobilisieren mehrere Nationen ihre Streitkräfte. Selbst Länder, die durch Neutralität geschützt sind, haben geglaubt, diese Maßregel aus Vorsicht ergreifen zu müssen.

Mächte, deren konstitutionelle oder militärische Gesetzgebung nicht der unsrigen gleicht, haben ohne Mobilisierungsdekret Vorbereitungen begonnen und fortgesetzt, die einer Mobilisierung gleichkommen und ihre Ausführung vorwegnehmen. Frankreich, welches seinen Friedenswillen bekundet, welches in tragischen Tagen Europa Ratschläge der Mäßigung erteilt und welches ein lebendiges Beispiel der Vernunft gegeben hat, hat seine Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens vervielfältigt.

Indem es sich auf jede Möglichkeit vorbereitet, hat es nunmehr die ersten Verfügungen getroffen, welche unerläßlich sind für den Schutz seines Gebietes. Unsere Gesetzgebung gestattet uns jedoch nicht, diese Vorbereitungen ohne Erlassung eines Mobilisierungsdekretes vollständig zu machen. Im vollen Bewußtsein der auf uns fallenden Verantwortung würden wir eine heilige Pflicht versäumen, wenn wir den Dingen freien Lauf ließen. Die Regierung hat soeben ein Dekret erlassen, welches durch die Lage erforderlich geworden war. Die Mobilisierung und der Kriegszustand erscheinen unter den gegenwärtigen Umständen auch als das beste Mittel zur Sicherung eines Friedens in Ehren.

Beseelt von dem heißen Wunsche nach einer friedlichen Lösung der Krise, hat die Regierung die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen und wird ihre diplomatischen Bemühungen fortsetzen. Sie hofft auf Erfolg.

Die Regierung rechnet mit der Besonnenheit ihrer edlen Nation, daß sie sich nicht einer ungerechtfertigten Aufregung überläßt. Sie zählt auf die Vaterlandsliebe aller Franzosen. Sicher ist, daß es in dieser Stunde keinen einzigen gibt, der nicht bereit wäre, seine Pflicht zu tun. Es gibt keine Partei, es gibt nur das ewige Frankreich, das friedliche und entschlossene Frankreich, es gibt nur ein Vaterland des Rechtes und der Gerechtigkeit, einig in der Ruhe, Wachsamkeit und Würde."

*

Nach der römischen „Tribuna" vom 2. August hat der italienische Ministerrat am 1. August morgens nach einer langen und eingehenden Beratung folgenden Beschluß gefaßt:

1. Es entspricht dem Wesen des Dreibunds, daß keine der verbündeten Mächte sich in Unterneh-

mungen von allgemeinen Folgen einlassen darf, ohne vorher ihre Absichten den verbündeten Mächten mitzuteilen und ihre Zustimmung einzuholen.

2. Diese grundlegende Bestimmung des Bündnisses ist später durch Vereinbarung zwischen Österreich und Italien, betreffend die Verhältnisse am Balkan, noch befestigt worden.

3. Wie allgemein bekannt, wurde die Note der Österreichisch-Ungarischen Regierung an Serbien, aus der die gegenwärtige Lage entstanden ist, der Italienischen Regierung durchaus nicht mitgeteilt. Daher war auch Italien nicht in der Lage, sich zu diesem diplomatischen Schritt zu äußern oder von seinem Rechte, Ratschläge zu erteilen, Gebrauch zu machen.

Anderseits kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Italien als befreundeter und verbündeter Staat von Österreich-Ungarn nicht verlangen konnte, daß es seine Forderungen, die nun einmal gestellt waren, wieder zurückziehe. Die Italienische Regierung hat sich auf jede Weise bemüht, von Österreich-Ungarn eine bindende Erklärung, die territoriale und politische Unabhängigkeit Serbiens betreffend, zu erhalten. Österreich-Ungarn hat hierauf nur erwidert, es sei dies seine bestimmte Absicht, hat aber diesen Erklärungen keinen bindenden (!) Charakter gegeben.

4. Der Dreibund ist im wesentlichen defensiver Art. Sein Zweck ist die Aufrechterhaltung des Statusquo, woraus folgt, daß Italien sich nicht durch eine offensive Unternehmung eines oder beider Alliierten gebunden halten konnte, um so weniger, als diese mit ihm nicht das notwendige Einvernehmen gepflegt haben.

5. Schließlich war Italien, das man völlig im Dunkeln über alle Pläne gelassen hatte, verhindert, rechtzeitig die nötigen Vorkehrungen zur Wahrung seiner Lebensinteressen zu treffen, die im Krieg unverzüglich und auf das schlimmste gefährdet sein müßten.

Dies sind die Punkte, auf die sich vorläufig der Ministerrat geeinigt hat. Danach hatte sich also Italien die Entschließung vorbehalten, wie es die italienischen Interessen am besten vertrete, ohne zugleich seine freundliche Haltung gegen seine Verbündeten aufzugeben.

Der 2. August:

Erster Tag der deutschen Mobilmachung (vgl. M. Erzberger im fünften Hefte der von Ernst Jaeckh herausgegebenen Reihe politischer Flugschriften „Der Deutsche Krieg").

Abschluß des deutschen Weißbuchs (veröffentlicht am 3. August).

Die ohne Fühlung mit Frankreich lancierte Anregung Greys an Lichnowsky vom 1. August als aussichtslos aufgegeben.

Frankreich eröffnet die Feindseligkeiten.

Russische Angriffe auf die deutsche Grenze bei Eichenried, Miloslaw und Schwiddern.

Dem russischen Botschafter Swerbejew werden die Pässe zugestellt.

R. Orb.: Ssasonow an die russischen Botschafter im Auslande.

Petersburg, 2. August.

Es ist klar, daß Deutschland versucht, die Verantwortung des Abbruches auf uns abzuwälzen. Unsere Mobilisierung ist von der großen Verantwortung

diktiert worden, die wir gehabt haben, wenn wir nicht alle nötigen Maßnahmen genommen haben in dem Augenblick, in dem Österreich, das sich mit „Pourparlers“ dilatorischen Charakters begnügte, Belgrad bombardierte und die allgemeine Mobilmachung anordnete. Der Kaiser hatte sich mit seinem Wort dem deutschen Kaiser verpflichtet, keine aggressive Maßnahme zu treffen, solange die Pourparlers mit Österreich noch dauerten. (Hat sie aber trotz seines Wortes getroffen!) Nach einer solchen Garantie und nach all den Zeichen der russischen Friedensliebe (!) hatte Deutschland nicht mehr das Recht, an unserer Erklärung zu zweifeln, daß wir jede Lösung, die mit der serbischen Würde und Unabhängigkeit in Einklang gewesen wäre, akzeptiert hätten. Jeder andere Ausweg wäre aber mit unserer eigenen Würde nicht in Einklang gewesen und hätte das europäische Gleichgewicht zugunsten der deutschen Hegemonie (!) zerstört. Dieser europäische, ja internationale Charakter des Konflikts ist unendlich bedeutender als der Vorwand, der ihn geschaffen hat. Mit seinem Entschluß, uns den Krieg zu erklären, während die Verhandlungen unter den Mächten noch dauerten (nachdem Rußland entgegen dem Ehrenwort seiner leitenden Militärs allgemein, auch gegen Deutschland, mobilisiert hatte und russische Reitermassen schon am 1. August vormittags in deutsches Gebiet eingedrungen waren!) hat Deutschland eine schwere Verantwortung auf sich genommen. (Hatte Rußland vielleicht auch schon im Frühjahr, als es seine östlichen Truppen mobilisierte, die „große Verantwortung“ zu tragen gehabt, mit der Herr Ssasonow das russische Vorgehen am 2. August zu begründen sucht?)

Br. Wb. 129: Der luxemburgische Staatsminister an Grey.

Luxemburg, 2. August. (Tel.) Der luxemburgische Staatsminister Eyschen empfing soeben vom deutschen Gesandten von Busch ein Telegramm des Kanzlers, daß die militärischen Maßnahmen in Luxemburg keinen feindlichen Akt gegen dies Land bedeuteten, sondern nur Deutschland vor einem Angriffe des französischen Heeres sichern sollten. Für die Schäden der Deutschland überlassenen Eisenbahnen werde volle Entschädigung gezahlt werden.

Be. Grb. 18: Telegramm des Ministerpräsidenten der luxemburgischen Regierung, daß Deutschland die Neutralität Luxemburgs am 2. August verletzt habe dadurch, daß deutsche Truppen über die Brücken von Wasserbillig und Remich eingedrungen seien. Dagegen sei Einspruch in Berlin erhoben worden.

Br. Wb. 144: Goschen an Grey.

Berlin, 2. August. (Tel.) Da russische Truppen die Grenze überschritten (vgl. Br. Wb. Nr. 139), ist der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland eingetreten.

Br. Wb. 145: Derselbe an denselben.

Berlin, 2. August. (Tel.) Die Erlaubnis zur Freilassung britischer Schiffe aus dem Hamburger Hafen (vgl. Br. Wb. Nr. 143) bedeute eine besondere Freundlichkeit an die britische Adresse. Die Zurückhaltung sei wegen des Legens von Minen angeordnet gewesen.

Br. Wb. 146: Villiers an Grey.

Brüssel, 2. August. (Tel.) Der Einmarsch deutscher Truppen in Luxemburg ist der Belgischen Regierung offiziell angezeigt worden.

Br. Wb. 147: Der Staatsminister von Luxemburg an Grey.

Luxemburg, 2. August. (Tel.) Berichtet über den Einmarsch deutscher Truppen am frühen Morgen nach vorheriger Anzeige. Er widerspreche der Neutralität des Großherzogtums von 1867. Darum habe die Luxemburgische Regierung lebhaft dagegen protestiert.

Br. Wb. 148: Grey an Bertie.

London, 2. August. (Tel.) Nach der Kabinettssitzung am Morgen übergab ich dem Botschafter Cambon folgendes Memorandum:

Kommt die deutsche Flotte in den Kanal oder durch die Nordsee, um feindlich gegen Frankreichs Küsten oder Schiffahrt vorzugehen, so wird die britische Flotte diese Macht voll unterstützen.

Dies Versprechen unterliegt aber als Teil der britischen Regierungspolitik noch der Billigung durch das Parlament und bindet die britische Regierung nicht vor dem Eintreten der oben bezeichneten Möglichkeit.

Grey rechtfertigt diesen Beschluß — notabene noch vor dem Eintreten des Vorwands der Verletzung der belgischen Neutralität!! — damit, daß es für Frankreich wesentlich sei, über seine Mittelmeerflotte richtig disponieren zu können. Eine Kriegserklärung sei vor dem Erscheinen der deutschen

Flotte nicht nötig (!). Hinsichtlich der luxemburgischen Neutralität stehe er auf dem Standpunkte der Lords Derby und Clarendon von 1867. Dagegen werde eine Verletzung der belgischen Neutralität (notabene: durch Deutschland! — sonst nicht) wohl als casus belli betrachtet werden.

Telegramm des deutschen Botschafters in London an den Reichskanzler vom 2. August 1914.

Die Anregungen Sir Edward Greys, die auf dem Wunsche beruhten, die Möglichkeit dauernder Neutralität Englands zu schaffen, sind ohne vorherige Stellungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis der Mobilmachung erfolgt und inzwischen als völlig aussichtslos aufgegeben. gez. Lichnowsky.

*

Der Schwerpunkt der von Deutschland abgegebenen Erklärungen liegt in dem Telegramm Kaiser Wilhelms an den König von England vom 1. August. Auch wenn ein Mißverständnis in bezug auf einen englischen Vorschlag vorlag (S. 262), so bot doch das Anerbieten des Kaisers England Gelegenheit, aufrichtig seine Friedensliebe zu bewähren und den deutsch-französischen Krieg zu verhindern.

Br. Wb. 149: Grey an Goschen.

London, 2. August. (Tel.) Behandelt die Hamburger Sache Br. Wb. Nr. 143 und Nr. 130 vom Tage vorher. Grey hofft, daß der Freilassungsbefehl die Ladung einschließe.

Be. Grb. 19: Am 2. August teilt Minister Davignon den Gesandtschaften bei den Garantie-Mächten mit, daß der Gesandte Frankreichs seine Erklärungen

vom 1. August bekanntgegeben habe. Belgien sei aufs äußerste bemüht, eine gleiche Versicherung von Deutschland zu erhalten.

Be. Grb. 20: Am 2. August, um 7 Uhr abends, übergibt Herr v. Below-Saleske, unser Vertreter in Brüssel, eine deutsche, sehr vertrauliche Note, die ein Ultimatum darstellt. Darin legt das Deutsche Reich Belgien nahe, keinen Widerstand dem Durchzug der deutschen Truppen entgegenzusetzen. Da die Belgische Regierung durch absichtliche Fälschung eines der Hauptpunkte des deutschen Vorschlags wochenlang die öffentliche Meinung irregeführt und gegen Deutschland eingenommen hat, so ist es nötig, den vollen Wortlaut der deutschen Note vom 2. August zu inserieren.

Be. Grb. 20:

Note remise le 2 août, à 19 heures, par M. Below Saleske, Ministre d'Allemagne, à M. Davignon, Ministre des Affaires Etrangères.

Brüssel, den 2. August 1914.

Kaiserlich
Deutsche Gesandtschaft
in Belgien.

Très Confidentiel.

Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maas-Strecke Givet-Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen.

Die Kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien, trotz besten Willens, nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen

Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Mit dem größten Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten.

Um jede Mißdeutung auszuschließen, erklärt die Kaiserliche Regierung das folgende:

1. Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die Deutsche Regierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfang zu garantieren.

2. Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreichs wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist.

3. Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den Königlich Belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte.

4. Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegentreten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Maas-Befestigungen oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunneln oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, so

wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreich gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können, sondern müßte die spätere Regelung des Verhältnisses beider Staaten zueinander der Entscheidung der Waffen überlassen.

Die Kaiserliche Regierung gibt sich der bestimmten Hoffnung hin, daß diese Eventualitäten nicht eintreten, und daß die Königliche Belgische Regierung die geeigneten Maßnahmen zu treffen wissen wird, um zu verhindern, daß Vorkommnisse, wie die vorstehend erwähnten, sich ereignen. In diesem Falle würden die freundschaftlichen Bande, die beide Nachbarstaaten verbinden, eine weitere und dauernde Festigung erfahren.

Annexe au No. 20.

Traduction de l'ultimatum de l'Allemagne.

Le Gouvernement allemand a reçu des nouvelles sûres d'après lesquelles les forces françaises auraient l'intention de marcher sur la Meuse par Givet et Namur. Ces nouvelles ne laissent aucun doute sur l'intention de la France de marcher sur l'Allemagne par le territoire belge. Le Gouvernement Impérial allemand ne peut s'empêcher de craindre que la Belgique, malgré sa meilleure volonté, ne sera pas en mesure de repousser sans secours une marche française d'un si grand développement. Dans ce fait on trouve une certitude suffisante d'une menace dirigée contre l'Allemagne.

C'est un devoir impérieux de conservation pour l'Allemagne de prévenir cette attaque de l'ennemi.

Le Gouvernement allemand regretterait très vivement que la Belgique regardât comme un acte d'hostilité contre elle le fait que les mesures des ennemis de l'Allemagne l'obligent de violer de son côté le territoire belge.

Afin de dissiper tout malentendu le Gouvernement allemand déclare ce qui suit:

1. L'Allemagne n'a en vue aucun acte d'hostilité contre la Belgique. Si la Belgique consent dans la guerre qui va commencer, à prendre une attitude de neutralité amicale vis-à-vis de l'Allemagne, le Gouvernement allemand de son côté s'engage, au moment de la paix, à garantir le royaume et ses possessions dans toute leur étendue.

2. L'Allemagne s'engage sous la condition énoncée à évacuer le territoire belge aussitôt la paix conclue.

3. Si la Belgique observe une attitude amicale, l'Allemagne est prête, d'accord avec les autorités du Gouvernement belge, à acheter contre argent comptant tout ce qui est nécessaire à ses troupes et à indemniser pour les dommages causés en Belgique.

4. Si la Belgique se comporte d'une façon hostile contre les troupes allemandes et particulièrement fait des difficultés à leur marche en avant par une opposition des fortifications de la Meuse ou par des destructions de routes, chemins de fer, tunnels ou autres ouvrages d'art, l'Allemagne sera obligée de considérer la Belgique en ennemie.

Dans ce cas l'Allemagne ne prendra aucun engagement vis-à-vis du royaume, mais elle laissera le règlement ultérieur des rapports des deux Etats l'un vis-à-vis de l'autre à la décision des armes. Le Gouvernement allemand a l'espoir justifié que cette éventualité ne se produira pas et que le Gou-

vernement belge saura prendre les mesures appropriées pour l'empêcher de se produire. Dans ce cas les relations d'amitié qui unissent les deux Etats voisins, deviendront plus étroites et durables.

Be. Grb. 21: Note über die Unterredung, um die Herr v. Below-Saleske, der deutsche Gesandte in Brüssel, den Staatssekretär Belgiens für Auswärtige Angelegenheiten v. der Elst anging.

Um 1½ Uhr nachts bat der deutsche Gesandte Herrn Baron van der Elst besuchen zu dürfen. Er sagte ihm, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, uns zu benachrichtigen, daß französische Luftschiffe Bomben geworfen hätten und daß eine französische Kavallerieпatrouille das Völkerrecht dadurch verletzt hätte, daß sie die Grenze überschritten hatte, bevor der Krieg erklärt sei.

Der Staatssekretär fragte Herrn v. Below, wo dieser Vorgang sich ereignet hätte. „In Deutschland", antwortete er.

Der Baron v. d. Elst bemerkte, daß er sich in diesem Fall das Ziel seiner Mitteilung nicht erklären könne.

Herr v. Below sagte darauf, daß diese, das Völkerrecht verletzenden Vorgänge von der Art seien, daß man mutmaßen müsse, sie würden weitere Verstöße gegen das Völkerrecht von seiten Frankreichs nach sich ziehen.

Der 3. August:

Deutschland erklärt amtlich, von Frankreich angegriffen zu sein; der Kriegszustand durch Frankreich hergestellt. Belagerungszustand über Frankreich und Algerien.

Das deutsche Weißbuch ausgegeben.

Greys große Unterhausrede (deutsche Übersetzung von E. E. Lehmann in Rohrbach-Jaeckh's Wochenschrift „Das Größere Deutschland" Nr. 21 vom 29. August 1914).

Die Antwort Belgiens an Deutschland, dessen Anfrage vom 2. August durch die belgische Regierung in gefälschtem Auszuge veröffentlicht wird.

Der belgische Ruf an die Mächte.

Die Frage der Unterstützung Belgiens durch die Entente.

Deutschland erklärt Belgien den Krieg.

Be. Grb. 22: Am 3. August, 7 Uhr morgens, überreicht Davignon, der belgische Minister des Äußern, Herrn v. Below-Saleske die belgische Antwort. Darin wird dem Erstaunen Belgiens Ausdruck gegeben, daß Deutschland nicht die Neutralität Belgiens achten wolle. Belgien sei fest entschlossen, mit allen Mitteln, die in seiner Macht ständen, auf seinem Rechte zu bestehen.

Be. Grb. 23: Am 3. August sandte Davignon ein Telegramm an die belgischen Gesandten in St. Petersburg, Berlin, London, Paris, Wien und dem Haag, zu dem Zwecke, die Gesandten Belgiens bei den Großmächten von dem Sinn des deutschen Ultimatums und der Antwort der Belgischen Regierung zu unterrichten.

Be. Grb. 24: Brief des Ministers Davignon an die Gesandten Belgiens in Paris, Berlin, London, Wien und St. Petersburg.

Brüssel, 3. August, mittags.

Herr Minister (Gesandter)!

Wie Sie wissen, hat Deutschland an Belgien ein Ultimatum gestellt, das heute morgen, den 3. August,

7 Uhr, ablief. Es hat sich zur Stunde noch kein Kriegsakt abgespielt. Der Ministerrat hat daher beschlossen, daß es **für den Augenblick noch nicht am Platz** ist, an **die Garantiemächte zu appellieren.** Der französische Gesandte sagte mir hierzu:

„Ohne zu einer Erklärung von meiner Regierung ermächtigt zu sein, glaube ich dennoch, von deren bekannten Absichten dahin unterrichtet zu sein, daß wir, falls die Belgische Regierung an die Französische Regierung als Garantiemacht seiner Neutralität appelliert, sofort dem Ruf entsprechen würden; wenn dieser Anruf nicht erfolgt, ist es wahrscheinlich, zum mindesten wohl zu verstehen, daß die Sorge um seine (Frankreichs) eigene Verteidigung die außergewöhnlichen Maßnahmen nicht einschränken wird, die für die Intervention zu erwarten sind, sobald Belgien einen Schritt des wirklichen Widerstandes geleistet hat.

Ich habe Herrn Klobukowski (dem französischen Gesandten) gedankt für die Unterstützung, die die Französische Regierung uns gütigst nötigenfalls anbieten wollte, habe ihm aber gesagt, daß die Belgische Regierung für den Augenblick nicht an die Garantiemächte appellieren werde, sondern **sich vorbehalte, später zu erwägen,** was es zu tun gedenke.

Davignon.

Be. Grb. 25: Nun wendet sich König Albert telegraphisch im Interesse der belgischen Neutralität an König Georg.

Be. Grb. 26: Ferner telegraphiert der Graf de Lalaing, der belgische Gesandte in London, an

Davignon, daß **England erklärt, es werde Deutschland den Krieg erklären, wenn die Neutralität Belgiens verletzt werde.**

Be. Grb. 27: Der deutsche Gesandte schreibt französisch an den belgischen Minister, daß die Weigerung Belgiens, die deutschen Truppen durchzulassen, die gewaltsame Erzwingung des Durchmarsches nach sich ziehen werde. Daß der deutsche Durchmarsch ein Gebot der Not sei — in Anbetracht der Drohungen der Franzosen — wird hier ausdrücklich wiederholt.

Br. Wb. 150: Goschen an Grey.

Berlin, 3. August. (Tel.) Betrifft dieselbe Sache wie die in Br. Wb. Nr. 149 vom 2. August. Keine Information zur Verfügung.

Br. Wb. 151: Villiers an Grey.

Brüssel, 3. August. (Tel.) Die Französische Regierung hat durch ihren hiesigen Militär-Attaché die **Unterstützung Belgiens durch fünf französische Armeekorps angeboten.** Sie hat darauf folgende Antwort erhalten:

„Wir sind der Französischen Regierung für ihr Anbieten einer Eventualunterstützung aufrichtig dankbar. Doch unter den gegenwärtigen Umständen beabsichtigen wir nicht an die Garantie der Mächte zu appellieren. Die Belgische Regierung wird sich später über die Handlungsweise entscheiden, die sie (die Mächte) für nötig erachten mögen.

*

Die beiden „Garantie"-Mächte Frankreich und England, denen es oblag, das kleine Anhängsel der Entente, das Königreich Belgien, zu schützen,

haben diese Aufgabe schlecht erfüllt. Kein Wunder, daß besonders die englischen Diplomaten das Bedürfnis empfinden, die öffentliche Meinung Belgiens zu beruhigen und die schmähliche Hinopferung Belgiens für englisch-französische Interessen zu beschönigen. Die britische Botschaft in Paris ließ deshalb im November eine französische Ausgabe ihres Weißbuches verbreiten, worin Sir Edward Grey zu erklären sucht, weshalb die verbündete Republik die Verteidigung ihrer Interessen den Belgiern überlassen hat.

„Am 3. August", so berichtet sie, „meldete Sir F. Villiers, britischer Gesandter in Brüssel, nach London, daß die Französische Regierung sofort nach Eingang der ersten deutschen Note der Belgischen Regierung die sofortige Unterstützung durch fünf französische Armeekorps anbot. Das belgische Ministerium erwiderte jedoch, daß es zwar für das Angebot sehr dankbar sei, aber unter den gegenwärtigen Umständen, um Deutschland keinen Vorwand zu Feindseligkeiten zu geben, das Dazwischentreten der Garantiemächte und die Verhandlungen zwischen London und Berlin abwarten wolle. Die Belgische Regierung würde sich später über die zu unternehmenden Schritte schlüssig werden.

Einige Tage später, nachdem Deutschland aus der Weigerung der Belgischen Regierung seine Konsequenzen gezogen hatte, verlangte Belgien die bewaffnete Unterstützung Frankreichs. **Der französische Generalstab hatte jedoch inzwischen, nach der Ablehnung vom 3. August, andere Verfügungen getroffen.**" Dieser Beschönigungsversuch läßt das Vorgehen der beiden Ententemächte in noch schlimmerem Licht erscheinen. Also nur deshalb, weil Belgien sich einige Tage Bedenkzeit ausbat, ist

über die fünf Armeekorps anderweitig verfügt worden! Warum Belgien preisgegeben wurde, das wissen wir jetzt besser: Weil Lüttich so überraschend schnell fiel und damit das berühmte belgische Festungsdreieck Antwerpen-Namur-Lüttich gesprengt wurde.

Br. Wb. 152: Grey an Bertie.

London, 3. August. Der französische Botschafter teilte am 1. (!) August mit: auf Befragen hat San Giuliano folgendes erklärt:

> Der von Österreich unternommene Krieg und die daraus sich ergebenden Folgen haben nach den eigenen Worten des deutschen Botschafters (in Rom) einen aggressiven Zweck. Beides widerspricht dem rein defensiven Charakter des Dreibunds. Unter diesen Umständen wird Italien neutral bleiben.

Dabei hatte Botschafter Cambon den ausdrücklichen Auftrag, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß der gegenwärtige Krieg kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffskrieg sei, weshalb der casus foederis nicht gegeben war. Daß Grey die immerhin wichtige Mitteilung Cambons vom 1. August erst am 3. August und dazu auf brieflichem Wege weitergab, lag wohl daran, daß Grey Berties Bekanntschaft damit voraussetzen dürfte. Also wieder eine Einreihung, lediglich auf das große Publikum berechnet.

*

Daß Italien formell durchaus im Rechte war, braucht hier nicht nochmals unterstrichen zu werden.

Der 4. August:

Außerordentliche Session des Deutschen Reichstags. Annahme der Kriegsgesetze. Rede des Reichskanzlers.

Kriegserklärung Großbritanniens; Vorwand: Die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland.

Der französische Gesandte Mollard verläßt Luxemburg.

Ausschreitungen des Pöbels in Antwerpen.

Die Belgier sprengen die Maasbrücke bei Visé.

Be. Grb. 27: Gesandter von Below-Saleske an Davignon (in französischer Sprache): Da die Belgische Regierung ein Eingehen auf Deutschlands Vorschläge abgelehnt habe, sei letzteres zu seinem lebhaften Bedauern gezwungen, angesichts der französischen Drohungen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

Be. Grb. 28: Der britische Gesandte Sir Francis H. Villiers überreicht Davignon, dem belgischen Minister des Auswärtigen, folgende Note:

Brüssel, 4. August.

Ich bin beauftragt, die Belgische Regierung zu informieren, daß, wenn Deutschland einen Druck ausübe, um Belgien zu zwingen, von seiner Neutralität abzugehen, die Englische Regierung erwarte, daß Belgien mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand leiste. Die Britische Regierung ist in diesem Falle bereit, sich mit Rußland und Frankreich zu vereinigen, und falls Belgien es wünscht, ihm unverzüglich ein gemeinsames Vorgehen anzubieten, um den Gewaltmaßnahmen Widerstand zu leisten, die Deutschland gegen Belgien anwendet, und ferner zur selben Zeit Garantien anzubieten, um die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Belgiens für die Zukunft aufrechtzuerhalten.

Be. Grb. 29: Baron Fallon, belgischer Gesandter im Haag, teilt dem Minister Davignon mit, die Nieder-

lande seien genötigt, für die Schelde den Zustand des Kriegsbojenlegens zu verkünden. In einem besonderen Anhang wird dies System genauer erklärt.

Be. Grb. 30: Minister Davignon kündigt den belgischen Gesandten in London und in Paris die Verletzung des belgischen Territoriums in Gemmenich an.

Be. Grb. 31: Minister Davignon stellt dem deutschen Gesandten die Pässe zu.

Be. Grb. 32: Gesandter v. Below-Saleske bestätigt den Empfang des den Abbruch der diplomatischen Beziehungen anzeigenden Briefs (Be. Grb. Nr. 31) und teilt Davignon mit, daß sein Kollege von den Vereinigten Staaten den Schutz der deutschen Gesandtschaft in Brüssel übernehme.

Be. Grb. 33: Davignon beauftragt den Madrider Gesandten Baron Grenier, die Spanische Regierung um Übernahme des Schutzes der belgischen Interessen in Deutschland zu bitten.

Be. Grb. 34: Davignon weist den Baron Beyens in Berlin an, seine Pässe zu erbitten. Spanien werde den Schutz der belgischen Interessen in Deutschland übernehmen.

Br. Wb. 153: Grey an Goschen.

London, 4. August. (Tel.) Der König der Belgier hat für Belgien den König von Großbritannien um diplomatisches Einschreiten gebeten:

In Erinnerung an zahlreiche Beweise freundschaftlicher Gesinnung Eurer Majestät und Ihres Vorgängers, an die freundliche Haltung Englands im Jahre 1870 und an den uns soeben (?!) wieder gegebenen Freundschaftsbeweis, richte ich einen

letzten Appell an das diplomatische Einschreiten der Britischen Regierung um Schutz der Integrität Belgiens.

Gleichzeitig wurde die Britische Regierung davon unterrichtet, die Deutsche Regierung habe an Belgien, unter Befristung auf zwölf Stunden, eine Note gerichtet des Inhalts: freundliche Neutralität unter freiem Durchmarsch durch Belgien, beim Friedensschluß Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Integrität des Königreichs mit seinen Kolonien; sonst wird Belgien wie ein Feind behandelt.

Belgien lehnte dies als flagrante Verletzung des Völkerrechts kategorisch ab. Die Britische Regierung protestiert dagegen und verlangt eine sofortige Zusicherung, daß die Forderung nicht durchgeführt werde.

Br. Wb. 154: Villiers an Grey.

Brüssel, 4. August. (Tel.) Der deutsche Gesandte richtete an den Minister des Äußern heute vormittag eine Note, daß, da die Belgische Regierung die deutschen Vorschläge abgelehnt habe, die Deutsche Regierung sie leider nötigenfalls mit Gewalt ausführen werde, weil sie angesichts der französischen Drohungen nicht zu umgehen seien.

Br. Wb. 155: Grey an Villiers.

London, 4. August. (Tel.) Die Britische Regierung erwartet, daß die Belgische den Deutschen Widerstand leisten werde, und wird sie darin unterstützen, und zwar, wenn es gewünscht werde, in Gemeinschaft mit Rußland und Frankreich.

*

Ohne weitere Verhandlungen tritt der längst fertige Eventualvertrag in Kraft. Das Fehlen jedes Ausstreckens eines Fühlers hinüber nach Paris und Petersburg, wie es sonst in so wichtigen Entscheidungen unabweisbar wäre, spricht allein Bände. (Zu der Streitfrage: Ist Belgien von England angespornt worden? vgl. in einem weiteren Bande die „Nordd. Allg. Ztg." vom 6. Oktober im Rahmen des publizistischen Duells Jagow-Acland.)

Br. Wb. 156: Grey an Goschen.

London, 4. August. (Tel.) Aus Hamburg, Cuxhaven und andern deutschen Häfen sind zahlreiche Klagen britischer Firmen wegen des Zurückhaltens ihrer Schiffe eingelaufen. Dies Verfahren ist ganz unverantwortlich. Der Botschafter soll nochmals sofortige Freigabe fordern.

Br. Wb. 157: Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen an den Fürsten Lichnowsky.

Berlin, 4. August. (Tel.; übermittelt durch die deutsche Botschaft in London.) Auftrag, Großbritannien zu versichern, daß Deutschland kein belgisches Gebiet wegzunehmen beabsichtige. Deutschland hat **Holland** gegenüber sein **Wort verpfändet, seine Neutralität zu achten.** Eine Einverleibung belgischen Gebiets ohne gleichzeitige Erwerbung holländischen Bodens wäre unnütz. Nach tadelloser Information plante Frankreich einen Angriff quer durch Belgien — dem **durfte** Deutschland nicht ausgesetzt werden. Es handelte sich für es um eine **Frage auf Leben und Tod,** hierin Frankreich zuvorzukommen.

Br. Wb. 158: Villiers an Grey.

Brüssel, 4. August. (Tel.) Unser Militärattaché ist auf dem Kriegsministerium davon unterrichtet worden, daß deutsche Truppen belgisches Gebiet betreten haben. Ein kleine Abteilung Deutscher hat Lüttich aufgefordert, sich zu ergeben, ist aber abgewiesen worden.

Br. Wb. 159: Grey an Goschen.

London, 4. August. (Tel.) Deutschland hat der Belgischen Regierung die nunmehr unausbleibliche Ausführung der in Br. Wb. Nr. 153 skizzierten Forderungen angekündigt. Wir hörten, daß Deutsche bei Gemmenich die belgische Grenze überschritten haben. Deshalb müssen wir unser Verlangen (Br. Wb. Nr. 153) wiederholen. Wird ihm bis Mitternacht nicht entsprochen, so haben Sie Ihre Pässe zu fordern.

*

Thronrede Kaiser Wilhelms II. im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin. (Text siehe Helmolt-Meulenhoffs „Weltkrieg", S. 75—77.)

*

Rede des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg vor dem Deutschen Reichstage. (Text ebendort, S. 77—82.)

Die entscheidende Stelle lautet:

„Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die Französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiert. Wir

wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der Luxemburgischen und der Belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen — das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist, wie wir, und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!"

Be. Grb. 35: Gesandter Baron Beyens in Berlin sendet an Davignon eine französische Übersetzung dieser Stelle aus Bethmanns großer Rede.

*

Die Kriegsproklamation Poincarés.

Der Präsident der Republik richtet an die Kammer eine Botschaft, in der erklärt wird: Frankreich sei das Opfer eines brutalen Angriffes. Vor der Kriegserklärung, vor der Abreise des deutschen Botschafters sei französischer Boden verletzt worden.

Seit mehr als vierzig Jahren hätten die Franzosen in echter Friedensliebe auf den Wunsch (!) nach berechtigten Wiederherstellungen verzichtet und das Beispiel einer großen Nation gegeben, die ihre neu erstarkte Macht nur im Interesse des Fortschrittes und der Humanität benützt habe. Man könne Frankreich seit dem Beginn der Krise keinen Akt, keine Geste, kein Wort vorwerfen, die nicht entgegenkommend und friedlich gewesen wären. In der Stunde ernster Kämpfe dürfe Frankreich sich feierlich darüber Rechenschaft

geben, daß es bis zum letzten Augenblicke (vertrat Herr Paléologue in Petersburg nicht Frankreich, als er noch während der österreichisch-russischen Phase der Krisis rückhaltlos die Unterstützung Frankreichs in Aussicht stellte?) die äußersten Anstrengungen gemacht habe, einen Krieg zu vermeiden.

Am Morgen des Tages, da unser Verbündeter und wir öffentlich der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß die Verhandlungen unter den Auspizien des Londoner Kabinetts friedlich verlaufen würden, erklärte Deutschland an Rußland den Krieg, drang in das Gebiet von Luxemburg ein, beleidigte die belgische Nation und versuchte, uns verräterisch inmitten diplomatischer Besprechungen zu überraschen(!).

Frankreich jedoch, ebenso wachsam wie friedlich, war bereit, die für unsere Grenzschutztruppen gestattete Mobilisierung methodisch auszuführen. Die mutige Armee erhob sich, um die Ehre des Vaterlandes zu verteidigen.

Der Präsident hebt dann die Einigkeit des Landes hervor und gibt der Bewunderung und dem Vertrauen aller Franzosen für das Landheer und die Seemacht Ausdruck. Geeint in gemeinsamem Gefühle, werde die Nation begleitet vom verbündeten Rußland und unterstützt von der loyalen Freundschaft Englands.

*

Be. Grb. 36: Graf Lalaing in London unterrichtet den Minister Davignon von den Erklärungen des britischen Premiers im Unterhaus; Asquith habe verlesen: Be. Grb. Nr. 27 und 30, Br. Wb. 157 und 159.

Be. Grb. 37: Derselbe an denselben.

London, 4. August. Grey hat den britischen Gesandten in Norwegen, Holland und Belgien mit-

geteilt: England erwarte, daß die genannten drei Königreiche dem deutschen Drucke widerstünden und neutral blieben. Die Entente werde sie darin unterstützen. Lalaing erwiderte: Belgien ist in Ewigkeit neutral. Grey antwortete: Er meine den Fall einer Verletzung der Neutralität.

Be. Grb. 38: Minister Davignon unterrichtet die belgischen Gesandten in Paris, London und Petersburg genauer über die Ereignisse seit dem 31. Juli.

Be. Grb. 39: Der Londoner Gesandte Graf Lalaing teilt dem Minister Davignon den Schritt Greys, Br. Wb. Nr. 159, mit. Damit sei der britische Vorschlag, Be. Grb. Nr. 37, für den Augenblick annulliert.

Be. Grb. 40: Davignon an die Gesandten in Großbritannien, Frankreich und Rußland.

Brüssel, 4. August. Deutsche Truppen haben heute früh belgischen Boden betreten. Die belgische Regierung wird nach Kräften Widerstand leisten und apelliert an die Hilfe der drei in der Adresse genannten Mächte.

*

Den Beschluß der Aufzeichnungen von diesem denkwürdigen 4. August 1914 möge folgender, gleichzeitig zum 5. August überleitender

Bericht Sir Edward Goschens
an Sir Edward Grey

bilden, von der Britischen Regierung unterm 27. August als Weißbuch veröffentlicht:

Der 4. August.

Übereinstimmend mit den Instruktionen in Ihrem Telegramm vom 4. d. M. suchte ich heute nachmittag

den Staatssekretär des Auswärtigen auf und fragte ihn im Namen der Britischen Regierung, ob die Kaiserliche Regierung von der Verletzung der belgischen Neutralität abstehen würde. Herr v. Jagow erwiderte sofort, er bedauere, sagen zu müssen, daß seine Antwort Nein sein müsse, weil, da die deutschen Truppen die Grenze an diesem Morgen überschritten hätten, die belgische Neutralität bereits verletzt sei. Herr von Jagow erklärte die Gründe, aus denen die Kaiserliche Regierung gezwungen sei, diesen Schritt zu tun, nämlich daß sie auf dem schnellsten und leichtesten Wege gegen Frankreich marschieren müsse, um ihre Operationen beschleunigen und so früh als möglich einen entscheidenden Schlag führen zu können. Es sei für die Deutschen eine Frage von Leben und Tod. Hätten sie die südlichere Route eingeschlagen, so könnten sie angesichts der geringen Zahl der Straßen und der Stärke der Festungen nicht hoffen, ohne furchtbaren Widerstand und folglich großen Zeitverlust vorwärts zu kommen. Dieser Zeitverlust würde bedeuten, daß die Russen Zeit gewinnen, um ihre Truppen an die deutsche Grenze zu schaffen. Raschheit der Aktion sei der große deutsche Vorteil, während der russische in einem unerschöpflichen Vorrat an Truppen liege. Ich machte Herrn v. Jagow klar, daß dieses fait accompli der Verletzung der belgischen Grenze die Situation, wie er sofort verstehen werde, überaus ernst gestalte und ich befragte ihn, ob nicht noch jetzt Zeit sei, zurückzugehen und mögliche Folgen zu vermeiden, die er und ich beklagen würden. Er erwiderte, daß es aus den angegebenen Gründen jetzt für die Deutschen unmöglich sei zurückzugehen.

Während des Nachmittags empfing ich Ihr ferneres Telegramm vom gleichen Tage und in Gemäß-

heit der Instruktion darin begab ich mich wiederum zum Kaiserlichen Auswärtigen Amt und unterrichtete den Staatssekretär davon, daß, falls die Kaiserliche Regierung nicht in dieser Nacht bis 12 Uhr die Versicherung geben könne, sie würde die Verletzung der belgischen Grenze nicht weiter fortsetzen und ihren Vormarsch zum Stillstand bringen, ich instruiert worden sei, meine Pässe zu verlangen und die Kaiserliche Regierung zu imformieren, daß Seiner Majestät Regierung alle in ihrer Macht liegenden Schritte zu ergreifen haben würde, um die Neutralität Belgiens zu erhalten und einen Vertrag zu wahren, den Deutschland ebenso unterschrieben habe wie sie selbst. Herr v. Jagow erwiderte, er könne mir zu seinem großen Bedauern keine andere Antwort erteilen, als die bereits früher am Tage gegebene, nämlich, daß die Sicherheit des Reiches es absolut notwendig mache, daß die Kaiserlichen Truppen durch Belgien marschierten. Ich gab Seiner Exzellenz einen schriftlichen Abriß Ihres Telegramms, erklärte, Sie hätten 12 Uhr als die Zeit bestimmt, wo die Britische Regierung eine Antwort erwarte und fragte ihn, ob es angesichts der schrecklichen Folgen, welche notwendig eintreten müßten, nicht noch sogar im letzten Momente möglich sei, die deutsche Antwort zu überlegen. Er erwiderte, daß, selbst wenn die gegebene Frist 24 Stunden oder mehr wäre, seine Antwort die gleiche sein müsse. Ich sagte, daß ich in diesem Falle meine Pässe zu verlangen haben würde.

Diese Unterredung fand ungefähr um 7 Uhr statt. In einer kurzen Unterhaltung, die folgte, drückte Herr v. Jagow sein schmerzliches Bedauern über den Zusammenbruch seiner und des Reichskanzlers gesamter Politik aus. Diese sei gewesen, mit Großbritannien

in Freundschaft zu leben und hierauf durch Großbritannien Frankreich näherzutreten. Ich sagte, dieses plötzliche Ende meiner Berliner Arbeit sei auch für mich ein Gegenstand tiefen Bedauerns und der Enttäuschung. Er müsse jedoch einsehen, daß unter den gegebenen Umständen und angesichts unserer Verpflichtungen die Britische Regierung gar nicht anders habe handeln können, als sie getan. Ich sagte weiter, daß ich gern den Reichskanzler besuchen würde, weil es vielleicht das letztemal sei, wo ich Gelegenheit haben würde, ihn zu sehen. Er ersuchte mich, dies zu tun. Ich fand den Reichskanzler sehr aufgeregt. Se. Exzellenz begann sofort mit einer Anrede, die ungefähr zwanzig Minuten dauerte.

Er sagte, der von der Britischen Regierung beschlossene Schritt sei im höchsten Grade schrecklich; nur um ein Wort „Neutralität", ein Wort, das in Kriegszeiten so oft mißachtet worden sei, nur um ein Stück Papier sei Großbritannien im Begriff, Krieg mit einer verwandten Nation zu führen, welche nichts Besseres wünsche, als mit ihr befreundet zu bleiben. Alle seine Anstrengungen in dieser Richtung seien durch diesen letzten schrecklichen Schritt nutzlos geworden; eine Politik, für die er sich, wie ich wisse, seit seinem Amtsantritt eingesetzt habe, sei zu Boden gefallen wie ein Kartenhaus. Was wir getan hätten, sei nicht auszudenken. Es sei wie ein Schlag gegen einen Mann von hinten, während er mit zwei Angreifern um sein Leben kämpft. Er mache Großbritannien verantwortlich für alle die schrecklichen Ereignisse, die eintreten könnten.

Ich protestierte gegen diese Erklärung nachdrücklich und sagte, so wie er und Herr v. Jagow mich ersucht hätten, einzusehen, daß der Vormarsch durch Belgien und die Verletzung der belgischen Neutralität

aus strategischen Gründen eine Sache von Leben und Tod für Deutschland sei, ebenso bäte auch ich ihn, zu verstehen, daß es sozusagen eine Sache von Leben und Tod für die britische Ehre sei, eine feierliche Verpflichtung zu halten und alles zur Verteidigung der angegriffenen belgischen Neutralität aufzubieten. Dieser feierliche Vertrag müsse einfach gehalten werden, denn welches Vertrauen könnte sonst noch in Zukunft irgend jemand auf britische Verpflichtungen setzen? Der Kanzler sagte: „Aber um welchen Preis wird dieser Vertrag gehalten? Hat die Britische Regierung daran gedacht?“ Ich deutete Sr. Exzellenz so offen als ich konnte an, daß die Furcht vor den Folgen kaum als Entschuldigung für den Bruch feierlicher Verträge anzusehen sei. Aber Se. Exzellenz war so erregt, so offensichtlich von der Nachricht von unserem Handeln überwältigt und so wenig aufgelegt, Vernunftgründe anzuhören, daß ich davon abstand, durch ferneres Argumentieren Öl in das Feuer zu gießen. Als ich ihn verließ, sagte er: Der Schlag, den Großbritannien führe, indem es sich zu Deutschlands Feinden geselle, sei um so größer, als fast bis zum letzten Augenblick er und seine Regierung mit uns gearbeitet und unsere Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland unterstützt hätten. Ich sagte, dies eben gehöre zu der Tragödie der Trennung der beiden Nationen gerade in dem Augenblick, wo ihre Beziehungen freundlicher und herzlicher geworden seien, als sie seit Jahren waren. Unglücklicherweise habe sich trotz unserer Bemühungen, den Frieden zwischen Rußland und Österreich zu erhalten, der Krieg ausgebreitet und uns einer Situation gegenübergestellt, die wir, wenn wir unsere Verpflichtungen einhalten, unmöglich vermeiden konnten und die unglücklicher-

weise den Bruch mit unseren bisherigen Mitarbeitern zur Folge habe. Er würde ohne Zweifel verstehen, daß niemand dies mehr bedauere als ich.

Nach diesem etwas schmerzlichen Gespräch kehrte ich zur Botschaft zurück und setzte einen telegraphischen Bericht über das Vorgefallene auf. Dieses Telegramm wurde etwas vor 9 Uhr abends auf dem Haupttelegraphenamt eingehändigt. Es wurde von dem Amt angenommen, aber anscheinend nicht abgesandt. (Das Telegramm hat nach dem Weißbuch das englische Auswärtige Amt niemals erreicht.)

Die Kriegserklärung.

Etwa um 9,30 Uhr abends besuchte mich Herr Zimmermann, der Unterstaatssekretär. Nach dem Ausdruck seines tiefen Bedauerns fragte er mich beiläufig, ob das Verlangen meiner Pässe mit einer Kriegserklärung gleichbedeutend sei. Ich erwiderte, eine solche Autorität in Völkerrechtsfragen, wie er selber sei, müsse ebensogut oder besser als ich wissen, was in solchen Fällen das übliche sei. Ich fügte hinzu, daß es viele Fälle gegeben habe, wo die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden und dennoch kein Krieg folgte, daß aber in dem vorliegenden Falle er aus meinen Herrn v. Jagow mitgeteilten Instruktionen ersehen haben werde, daß Seiner Majestät Regierung in dieser Nacht bis 12 Uhr Antwort auf eine bestimmte Frage erwarte, und beim Fehlen einer befriedigenden Antwort gezwungen sein werde, die Schritte zu ergreifen, welche ihre Verpflichtungen erforderten. Herr Zimmermann sagte, daß dies in der Tat eine Kriegserklärung bedeute, weil die Kaiserliche Regierung die verlangte Versicherung weder in dieser Nacht noch in einer andern Nacht geben könne.

In der Zwischenzeit, nachdem Herr Zimmermann mich verlassen hatte, verbreitete sich ein vom „Berliner Tageblatt“ herausgegebenes Extrablatt mit der Nachricht, Großbritannien habe Deutschland den Krieg erklärt. Die unmittelbare Folge davon war die Ansammlung einer überaus aufgeregten und unruhigen Menge vor der britischen Botschaft. Das kleine Polizeiaufgebot, das man zur Bewachung der Botschaft geschickt hatte, war bald überwältigt, und die Haltung des Pöbels wurde drohender. Wir nahmen von dieser Demonstration, solange sie sich auf den Lärm beschränkte, keine Notiz. Als aber das Krachen von Glasfenstern und die Steine in dem Salon, in dem wir alle saßen, uns zeigten, daß die Situation ungemütlich war, telephonierte ich an das Auswärtige Amt einen Bericht über das Geschehene. Herr v. Jagow informierte sofort den Polizeipräsidenten, und eine hinreichend große Abteilung berittener Polizei, die mit großer Raschheit eintraf, räumte die Straßen sehr bald. Von diesem Augenblick an waren wir gut geschützt, und kein direkt unangenehmer Vorfall trat mehr ein. Nachdem die Ordnung wieder hergestellt war, kam Herr v. Jagow zu mir und drückte mir sein aufrichtiges Bedauern über das Vorgefallene aus. Er sagte, er schäme sich über das Betragen seiner Landsleute mehr, als er Worte habe, um es auszudrücken. Es sei ein unverlöschlicher Flecken auf dem Rufe von Berlin. Das in den Straßen verbreitete Extrablatt sei von der Regierung nicht autorisiert gewesen, vielmehr habe der Reichskanzler ihn telephonisch angefragt, ob er glaube, daß man eine solche Erklärung veröffentlichen solle, und er habe erwidert: „Keinesfalls bis zum Morgen.“ Infolge dieses Entschlusses sei nur eine kleine Polizeiabteilung in die Nähe der Botschaft

geschickt worden, weil er geglaubt habe, die Anwesenheit einer starken Mannschaft müsse unvermeidlich Aufmerksamkeit erregen und vielleicht zu Unruheszenen führen. Er habe gehört, der Haufe sei dadurch zu Ausschreitungen hingerissen worden, daß man von der Botschaft aus Zeichen machte und Dinge herunterwarf. Er sei aber überzeugt, daß dies nicht wahr sei. (Ich war bald imstande, ihn zu überzeugen, daß dieser Bericht keinerlei Begründung hatte.) Selbst wenn es wahr wäre, sagte Herr v. Jagow, sei dies keine Entschuldigung für die Szenen. Er fürchtete, ich werde mit mir einen schlechten Eindruck von den Berliner Manieren in Augenblicken der Erregung nach Hause nehmen. Tatsächlich hätte keine Entschuldigung voller und ausreichender sein können.

Der 5. August.

An dem folgenden Morgen, dem 5. August, sandte der **Kaiser** einen seiner Adjutanten mit der folgenden Botschaft zu mir: „Der Kaiser hat mich beauftragt, Ew. Exzellenz sein Bedauern über die Geschehnisse der letzten Nacht auszudrücken, aber gleichzeitig Ihnen zu erklären, daß Sie aus diesen Geschehnissen eine Vorstellung von den Gefühlen seines Volkes über das Vorgehen Großbritanniens und dessen Bündnis mit andern Nationen gegen seinen alten Verbündeten von Waterloo gewinnen werden.“ Seine Majestät bittet Sie auch, dem König zu sagen, daß er auf die Titel eines britischen Feldmarschalls und britischen Admirals stolz gewesen sei, aber infolge des Geschehenen diese Titel sofort ablegen müsse. Ich möchte hinzufügen, daß diese Botschaft von ihrer Herbheit nichts durch die Art der Mitteilung verlor. Auf der andern Seite möchte ich auch feststellen, daß ich während dieser

ganzen aufreibenden Zeit von Herrn v. Jagow und den Beamten des Kaiserlichen Auswärtigen Amtes nichts als Höflichkeit empfing. Etwa um 11 Uhr am gleichen Morgen händigte mir Graf Wedel meine Pässe ein, die ich früh am Tage schriftlich verlangt hatte und sagte mir, er sei beauftragt worden, sich mit mir über den Weg zu unterhalten, welchen ich für meine Rückkehr nach England wählen würde. Er habe gehört, ich zöge die Reise über Hoek van Holland der über Kopenhagen vor. Infolgedessen habe man Vorbereitungen für die erstere Route getroffen, doch würde ich dann bis zum folgenden Morgen warten müssen. Ich willigte ein, und er sagte, ich könne ganz versichert sein, daß es keine Wiederholung der schändlichen Szenen vom vorigen Abend geben würde, da volle Vorsichtsmaßregeln getroffen würden. Er brachte mir auch einen reizenden Brief von Herrn v. Jagow, der in den freundlichsten Ausdrücken abgefaßt war. Der Tag verging mit dem Einpacken der Dinge, für die Zeit da war.

Der 6. August.

Die Nacht verlief ruhig und ohne irgendwelchen Vorfall. Am Morgen war eine starke Polizeimacht auf dem üblichen Wege zum Lehrter Bahnhof aufgestellt, während die Botschaft durch Seitenstraßen in Automobildroschken zum Bahnhof hindurchgeschmuggelt wurde. Dort hatten wir keinerlei Belästigung zu erdulden, und es blieb uns die von der Menge meinem russischen und französischen Kollegen zuteil gewordene Behandlung erspart. Graf Wedel traf uns am Bahnhof, um namens des Herrn v. Jagow Lebewohl zu sagen und nachzusehen, ob alle für unsere Bequemlichkeiten angeordneten Vorkehrungen vorschriftsmäßig

ausgeführt seien. Ein pensionierter Gardeoberst begleitete den Zug zur deutschen Grenze und war überaus freundlich in seinen Bemühungen, die großen Menschenmassen, welche die Bahnhöfe bei jedem Haltepunkt des Zuges anfüllten, von Beleidigungen abzuhalten. Aber außer dem Heulen patriotischer Gesänge und einigen wenigen Hohnworten und beleidigenden Bewegungen hatten wir uns auf unserer ermüdenden Reise zur deutschen Grenze wirklich über nichts zu beklagen.

Nach einer Belobung des Personals der britischen Botschaft in Berlin fährt Sir W. E. Goschen fort: Ich möchte auch erwähnen, wie große Hilfe uns allen durch meinen amerikanischen Kollegen, Herrn Gerard, und seine Beamten geleistet worden ist. Ohne durch das Heulen und Zischen abgeschreckt zu werden, mit dem er beim Betreten und Verlassen der britischen Botschaft oft vom Pöbel begrüßt wurde, kam Se. Exzellenz wiederholt zum Besuch zu mir, um zu fragen, wie er uns helfen könne und Anstalten für die Sicherheit gestrandeter britischer Untertanen zu treffen. Er befreite viele von diesen mit eigener persönlicher Gefahr für ihn selbst aus überaus schwierigen Situationen. . . .

Der 5. August:

Erneuerung des Eisernen Kreuzes (Faksimile in Helmholt-Meulenhoffs „Weltkrieg").

Die „Königin Luise" legt Minen vor der Themse.

Das Ganze, nach britischer Ansicht, ein „Mißverständnis"! Dies heuchlerische Wort, das wir schon unterm 1. August weitläufig glossieren mußten, kommt auch in einem Telegramm vor, das der König von

England am 5. August an den Zaren gerichtet hat, das aber erst am 12. August veröffentlicht worden ist. Darin heißt es nach der Übermittlung der Nachricht, daß sich Deutschland Rußland gegenüber im Kriegszustande befinde:

„Ich muß glauben, daß diese ernste Entschließung aus einem Mißverständnis entstanden ist. Ich wünsche auf das heißeste, keine Gelegenheit zu versäumen, um die entsetzliche Katastrophe aufzuhalten, die gegenwärtig die Welt bedroht.

Deshalb wende ich mich an Sie mit einem persönlichen Appell, damit Sie das Mißverständnis aus der Welt schaffen, das nach meinem Dafürhalten geschehen sein muß, und damit Sie noch einmal den Weg für Friedensverhandlungen öffnen."

Be. Grb. 41: Graf Lalaing an Minister Davignon.

London, 5. August. Mitteilung von der Kriegserklärung Englands an Deutschland.

Be. Grb. 42: Davignon an die belgischen Gesandten in Paris, London und Petersburg.

Brüssel, 5. August. Mitteilung von Belgiens Appell an England, Frankreich und Rußland.

Be. Grb. 43: Derselbe an dieselben.

Brüssel, 5. August. Rekapituliert die gestrigen und heutigen Ereignisse (Be. Grb. 37, 39, 40).

Be. Grb. 44: Davignon an die Chefs aller belgischen Vertreter im Auslande.

Brüssel, 5. August. Rechtfertigt den belgischen Standpunkt auf Grund des Garantievertrags vom

18. April 1839 und des Artikels 10 der Haager Konvention von 1907.

Be. Grb. 45: Baron Beyens teilt mit, daß er morgen Berlin verlassen werde.

Be. Grb. 46: Baron Grenier in Madrid teilt mit, daß Spanien der in Be. Grb. Nr. 33 vorgebrachten Bitte willfährt. In Be. Grb. Nr. 51 bedankt sich Davignon dafür.

Be. Grb. 47: Baron Guillaume übermittelt Deutschlands Kriegserklärung an Frankreich.

Be. Grb. 48: Sir Francis Villiers stellt die Teilnahme Großbritanniens am Widerstande gegen Deutschland in Aussicht.

Be. Grb. 49: Graf Lalaing kündigt an, die britische Flotte werde die freie Durchfahrt auf der Schelde zur Wiederverproviantierung Antwerpens sichern.

Be. Grb. 50: Baron Fallon teilt mit, Holland habe die Kriegsbojenlegung (siehe Be. Grb. Nr. 29) hergestellt.

Be. Grb. 52: Davignon an die belgischen Gesandten zu Paris, London und Petersburg.

Brüssel, 5. August. Die Gesandten Frankreichs und Rußlands haben offiziell mitgeteilt, daß ihre Regierungen, zusammen mit der Britischen, das belgische Gebiet verteidigen würden.

*

Alles übrige gehört nicht mehr zur geheimen Vorgeschichte des Krieges, sondern bereits zu seinen Begleiterscheinungen und bleibt daher dem schon mehrfach angekündigten **weiteren Bändchen** vorbehalten.

Dieses soll außer einigen diplomatischen Stücken aus den ersten Kriegsmonaten in eigenen Abschnitten beleuchten:

1. Serajewo und Serbien,
2. das belgische Problem,
3. die italienische Neutralität,
4. Japans Teilnahme,
5. das Eintreten des Islams,
6. die Bewegungen in Irland und in Südafrika.

Die wichtigsten Verordnungen und Kundgebungen sollen nicht fehlen.

Schluß.

Wir sind am Ende. Ist es übertriebener Historismus, der uns die Wichtigkeit der durch die eisernen Ereignisse der letzten beiden Monate überholten diplomatischen Verhandlungen überschätzen läßt? Gewiß, es war eine harte Zumutung an unsere Leser, sich durch diese Artikelreihe hindurchzuarbeiten. Dennoch — die Mühe war sicher nicht umsonst. Wir sind der felsenfesten Überzeugung, daß wir zu diesem furchtbar blutigen Kriege doch unwiderlegbare Gründe hatten.

Die Haupterrungenschaften sind in folgenden Sätzen zusammenzufassen:

1. Zu unterscheiden sind drei Stadien der Vorgeschichte:

a) ein österreichisch-serbisches, das bis zu der Ablehnung der serbischen Antwort durch Österreich am 25. Juli reicht;

b) eine österreichisch-russische Phase, hervorgerufen durch Rußlands ungerechtfertigte Ansprüche auf eine Balkanvorherrschaft und durch sein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber allen Wiener Erklärungen, Serbien intakt erhalten zu wollen: Ssasonow geschoben oder schiebend, hetzt, gestützt auf Frankreichs

unbedingte Gefolgschaft (am 28. Juli ganz offen) zum Krieg und heischt wiederholt, vom 27. Juli an erfolgreich und am 31. Juli dafür dankbar, Großbritanniens Beistand;

c) das europäische Stadium, das man von Greys Warnung an Lichnowsky (29. Juli) an rechnen darf. Seit dem 30. Juli wußte die Deutsche Reichsregierung, woran sie mit England war. Alles andere ist mehr oder weniger unwesentliches, aber nach außen wirkendes Neben- und Blendwerk zum Zeitgewinnen; vor allem gilt das von der belgischen Neutralitätsfrage.

2. Wichtige Teilergebnisse.

a) Deutschland hat von dem ihm auf Grund ehrlicher Bundesgenossenschaft zustehenden Recht, in Wien ernste Vorstellungen erheben zu dürfen, bis zur äußersten Grenze Gebrauch gemacht (Bethmann am 29. Juli; der Kaiser an den Zaren).

b) Der deutsche Neutralitätsvorschlag an Großbritannien vom 29. Juli, der die französischen Kolonien noch ausschloß, wurde am 1. August durch den Fürsten Lichnowsky auch um diesen sehr wichtigen Punkt bereichert. Das ist ein überraschendes Novum, das einer besonderen Erwähnung wohl wert ist.

c) Der geheime Eventualvertrag Großbritanniens mit dem französisch-russischen Zweibunde, von den Generalstäben des Heeres und der Marine der drei Länder, wahrscheinlich unter Einbeziehung Belgiens, in den vorhergehenden Jahren vereinbart, wird automatisch in die Praxis übersetzt: leise am 27. Juli durch die britische Flottenbereitstellung, deutlicher am 29. Juli durch die Mahnung an Lichnowsky und bindend am 30. Juli durch das Eingehen Greys auf Cambons Erinnerung an den Briefwechsel vom 22./23. November 1912.

d) Für das Auswachsen des serbischen Konflikts zu einer europäischen Krisis ist allein Ssasonow oder die ihn vorwärts drängende russische Kriegspartei mit dem Mobilisierungsbefehle verantwortlich, für das mindestens ebenso verhängnisvolle Auswachsen der europäischen Krisis zum unabwendbaren Kriege die seit Eduards VII. Tod in Grey sich verkörpernde Einkreisungspolitik Englands. Oder, wie es Karl Rathgen (Deutschland, die Weltmächte und der Krieg) formuliert: „Selbst moskowitische Überhebung kam zum letzten Entschlusse doch erst, als man eines Faktors sicher war: der englischen Hilfe. — England konnte tatsächlich in Ehren nicht mehr neutral bleiben, wie Greys Weigerung, irgendein Neutralitätsversprechen abzugeben, sofort deutlich machte.“ Im Vergleiche mit diesen beiden Hauptschuldigen kommen einem Frankreich und Belgien fast wie arme, halb mechanisch auftretende Statisten vor oder wie zwei klägliche Helfershelfer und Spießgesellen, die an einem Verbrechen teilnahmen, ohne sich den Umfang der geplanten Untat und ihre unheilvollen Folgen völlig klargemacht zu haben. Doch das Sprichwort lautet: Mitgefangen, mitgehangen! Sie glaubten zu betrügen, und sie wurden betrogen.

*

Ich schließe mit Worten unseres Kaisers:

„Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie Meine Regierung und vor allem Mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.“

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Die innere Entwicklungsgeschichte des Dreiverbandes 3

Vom russisch-französischen Zweibund und französisch-britischen Einvernehmen zur gemeinsamen Verschwörung gegen die mitteleuropäische Mächtegruppe 5

Deutschlands Einkreisung durch König Eduard und seine Helfer 9

Die Saat Lansdownes und Delcassés 10

Sir Edward Grey 37

Die Umgarnung Belgiens 42

Der Ausbau der Entente 44

Reval 47

Der Sieg der Jungtürken. Die Einverleibung Bosniens 51

König Eduards Ende. Potsdam 55

Delcassé redivivus 58

Belgien optiert für Frankreich 60

Der Fall Cartwright 64

Die Maschen des Netzes werden enger gezogen . . 65

Das russisch-französische Marineabkommen 69

Das Schlußstück 70

Die letzte Erneuerung des Dreibunds 77

Der Entscheidung entgegen 80

Die erste Hälfte des Jahres 1914 80

Ein französischer Prophet 80

Die britisch-russische Marinekonvention 86

Was enthält eigentlich der Dreibundvertrag? . . . 100

Hinter den Kulissen 105

Die geheimen Verhandlungen unmittelbar vor und bis zum Bruche 105

Der äußere Anstoß 105

Die diplomatischen Vorgänge tageweise geordnet . 106

Der 20. Juli 106

Der 22. Juli 108

Der 23. Juli 108

Seite

Der 24. Juli 117
Der 25. Juli 125
Der 26. Juli 150
Der 27. Juli 158
Der 28. Juli 176
Der 29. Juli 189
Der 30. Juli 210
Ein aktiver belgiſcher Diplomat über Deutſchlands Bemühungen zur Erhaltung des Friedens 217
Der 31. Juli 234
Der 1. Auguſt 251
Das Lichnowskyſche „Mißverſtändnis“ 255
Der 2. Auguſt 279
Der 3. Auguſt 288
Der 4. Auguſt 293
Bericht Sir Edward Goſchens 301
Der 5. Auguſt 310
Schluß 313

Bildniſſe:

Delcaſſé und J. Cambon . . . . . zwiſchen S. 14 u. 15
Millerand und P. Cambon . . zwiſchen S. 30 u. 31
Lansdowne und Grey . . . . . zwiſchen S. 62 u. 63
Bunſen und Goſchen . . . . . zwiſchen S. 78 u. 79
Kokowzow und Sſaſonow . . . . zwiſchen S. 142 u. 143
Paſchitſch und Lalaing . . . . . zwiſchen S. 158 u. 159
Fürſt Lichnowsky u. Graf v. Pourtalès zwiſchen S. 254 u. 255
Graf Berchtold und Graf von Mensdorff-Pouilly-Dietrichſtein . . . . . zwiſchen S. 270 u. 271